PETER A. RIEBE

REVOLUTION DER WELT-HERRSCHAFT

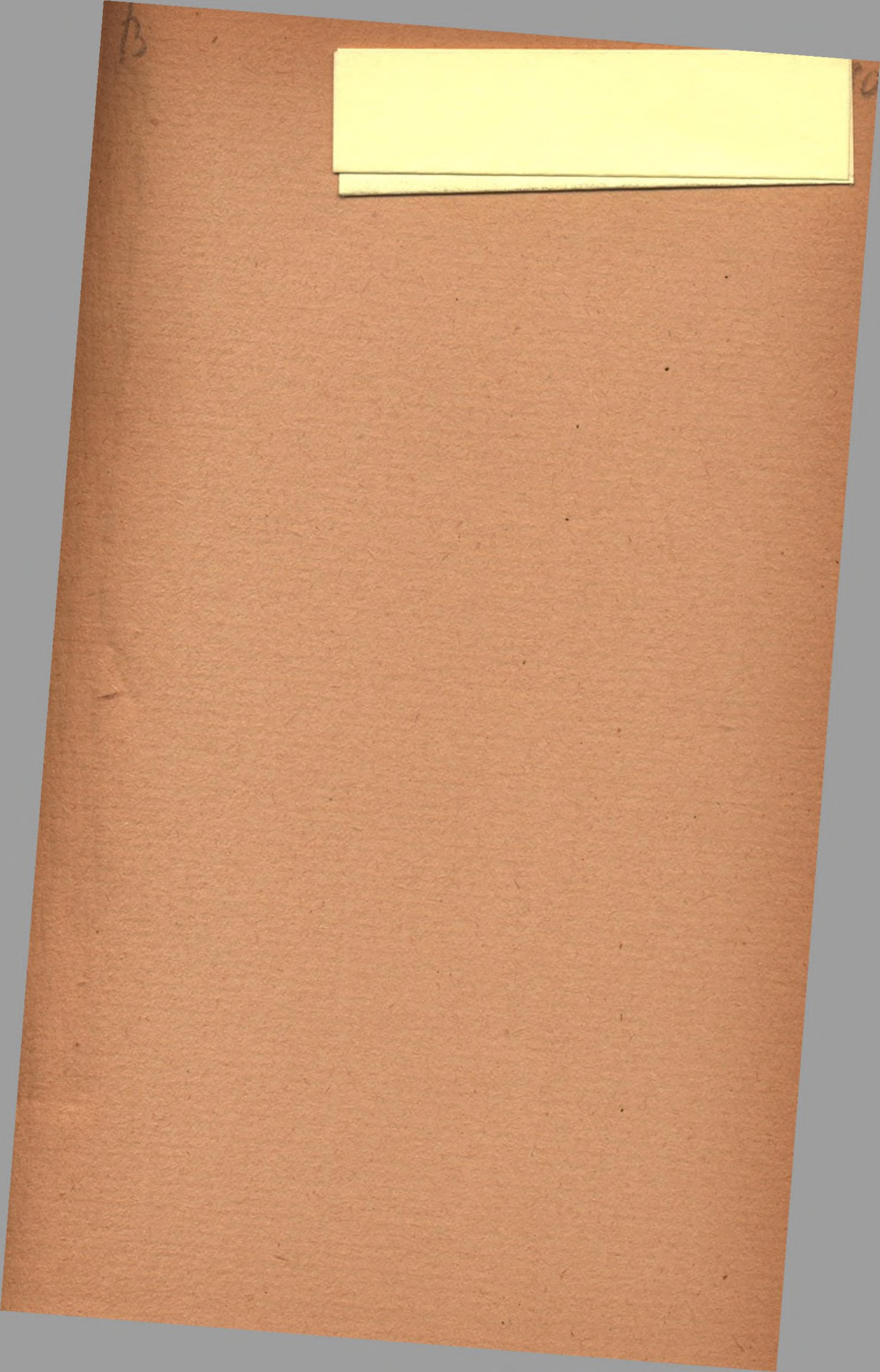
ENGLANDS ENTEIGNUNG durch



• TILLESSEN •

GERHARD STALLING VERLAG

IEBE • REVOLUTION DER WELTHERRSCHAFT •



Peter A. Riebe

Revolution der Weltherrschaft

PETER A. RIEBE

Revolution der Weltherrschaft

und Englands Enteignung durch die USA.

Mit einem
Geleitwort von Ministerialdirektor
Hans Fritzsche

11.—15. Tausend. 1943

Gerhard Stalling Verlagsbuchhandlung
Oldenburg (Oldb) / Berlin

Einbandgestaltung von Kurt Tillessen, Berlin

 Gedruckt und gebunden von der Gerhard Stalling AG., Oldenburg (Oldb) / Berlin

„Unsere große Gelegenheit kommt. Wir sind die Erben Englands. Das ist ganz unausbleiblich. Wir brauchen nur zuzugreifen, und wir haben alles.“

Page

(amerikanischer Botschafter in London
im ersten Weltkriege), Februar 1941

„1919 hatten wir eine goldene Gelegenheit, die Führung der Welt zu übernehmen. Wilson verdarb sie, wir verwarfen sie. Es ist nicht leicht, die Hoffnung auf diese verlorene Aufgabe neu zu beleben. Und doch — mit unser aller Hilfe muß Roosevelt da Erfolg haben, wo Wilson scheiterte.“

Henry R. Luce

im „Life“, Frühjahr 1941

Meinem guten Kameraden
und Mitarbeiter
Dr. Ilse Buresch-Riebe
gewidmet

Zum Geleit

Eines der stärksten Argumente in der geistigen Auseinandersetzung, die neben dem weltweiten militärischen Ringen stattfindet, ist der Hinweis auf einen Denkfehler, von dem unsere englischen und amerikanischen Gegner nicht loskommen. Es ist der Fehler, um die Erhaltung einer Weltherrschaft alten Stils zu ringen, obwohl die natürliche Entwicklung in den alten Erdteilen die Voraussetzungen, auf denen ein solcher Herrschaftsanspruch beruht, längst vernichtet hat. Das Prinzip, die Schlüssel der Schatzkammern dieser Erde zu sammeln, die Wege zu ihnen zu kontrollieren und Produktionsstätten in eigener Regie zu halten — dieses Rezept ist undurchführbar in einer Welt, in der die wirklich Werte schaffenden Völker die Kontrolle über ihren Lebens- und Arbeitsraum in die eigene Hand nahmen. Abseits von allen kriegerischen Entscheidungen ist längst die Entscheidung über den Fortschritt der wirtschaftlichen Nutzung und der politischen Führung der Welt nach diesem moderneren Prinzip gefallen.

Es ist das Verdienst des Verfassers der „Revolution der Weltherrschaft“, an Hand einer erdrückenden Fülle von Beweismaterial einmal den Totentanz der sterbenden Weltordnung gezeigt zu haben. Fast mutet es gespenstisch an, daß Washington noch gegen den eigenen Bundesgenossen um das Erbe des Empire kämpft, ohne zu merken, daß das Erbe längst überschuldet ist.

Wir wissen, daß ein Kompromiß zwischen der neuen

und der alten Weltordnung, der eine Evolution der früheren Weltherrschaftsmethoden ermöglicht hätte, von den Trägern der alten Macht stur abgelehnt wurde. Es ist das andere Verdienst des vorliegenden Buches, die nach dieser Ablehnung nur folgerichtige deutsche Außenpolitik auf der Basis des Dreimächtepaktes nachzuzeichnen, der mit seiner weltumspannenden Reichweite das Ende jeder Politik der raffgierigen Expansion besiegelt. Die Glaubenslehre Adolf Hitlers von den Lebensrechten und dem ausreichenden Lebensraum der jungen Völker ist der Nährboden, auf dem sich die Revolution der Weltherrschaft vollzieht. Ihr Vorkämpfer ist heute der deutsche Soldat und der Soldat der uns verbündeten Nationen. Ihre Träger aber sind auch die Gedanken und die Argumente, die dieses Buch zusammenstellt und die weit über die Fronten auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen in die Welt hinausgetragen werden müssen.

Hans Fritzsche

Zur Einführung

Wir erleben zur Zeit eine doppelte Revolution im Bereich des Begriffes „Weltherrschaft“. Auf der einen Seite ist eine starke Bewegung gegen die Beherrschung der Welt durch eine einzelne, in Europa ansässige Macht im Gange. Diese Bewegung, verursacht durch den bisherigen (oder eigentlich früheren) Herrschaftsträger England selbst, bezweckt die endgültige Ausschaltung der Diktatur einer Macht, die zwar in Europa behaust ist, aber ihre wichtigsten Interessen in den vier anderen Erdteilen zu haben behauptet und trotzdem verlangt, daß in keinem der vielen europäischen Staaten ohne Englands Genehmigung einem Bürger ein Haar vom Haupte fallen darf.

Das wäre die Bewegung *gegen* die Weltherrschaft. Sie ist unter Führung Deutschlands noch im Gange und stellt ein schwebendes Verfahren dar, dessen Ausgang nicht zweifelhaft sein kann, das aber in den folgenden Betrachtungen nicht zur Debatte steht. Hier tut sich vielmehr ein Panoptikum der Revolution *in* der Weltherrschaft auf. Es geht hoch her in der „angelsächsischen“ Familie: England hat sich so leichtfertig wie überheblich in einen Krieg gestürzt, dessen Bedingungen es nicht übersah, und die lieben Verwandten in den USA. sahen die längst ersehnte Gelegenheit gekommen, die britische Erbschaft noch vor dem Ableben des Erblassers für sich sicherzustellen und dadurch zugleich die räumliche Vorbedingung für eine amerikanische Weltherrschaft zu schaffen. England steht in Europa in einem Kampf auf Leben und Tod.

Amerika fällt, genau genommen, eigentlich seinen nahen Verwandten in den Rücken. Aber diese Art liegt in der Familie und in ihrem Blut, das durch allzu starke Vermischung mit einer sonst verfehmten Rasse bedenklich verfälscht ist und immer mehr verfälscht wird. Daher denn auch der völlige Mangel irgendwelcher moralischer Hemmungen in dieser verwandtschaftlichen Auseinandersetzung, bei der man nicht weiß, was abstoßender ist: die englische Liebedienerei gegenüber den Erbschleichern oder die hinterhältige Raffgier der amerikanisch-jüdischen Verwandtschaft.

Es ist im Hinblick auf die großen Umwälzungen in der Welt nötig, das üble Geschäft genau anzusehen — nicht mit dem Vergrößerungsglas, das ist in keiner Weise nötig, wohl aber mit einem scharfen Feldstecher, der die Dinge dicht heranholt und alle Einzelheiten in Ruhe zu betrachten ermöglicht. Die Europäer von heute und erst recht wir Deutschen, die das neue Europa mit unseren Freunden aufzubauen berufen sind, müssen die Entwicklung von der britischen Weltherrschaft zu einer etwaigen amerikanischen „Weltherrschaft" um so genauer verfolgen, als wir ja in dieser stark verkleinerten Welt zukünftig so oder so manches gewichtige Wort mitzureden haben werden — nicht freilich, als könnte uns irgend jemand weltherrschaftlicher Gelüste zeihen, vielmehr in Wahrung jener selbstverständlichen Interessen, die der Zwang des ausreichenden Lebensraumes uns und unseren Freunden nun einmal nahelegt und die ja weder ein britisches noch ein amerikanisches Hausmonopol sein können.

Berlin-Frohnau, im Januar 1942.

Der Raubkalender des britischen Weltreiches

Nach englischer Auffassung ist England der politische Stellvertreter Gottes auf Erden und als solcher unfehlbar. England entscheidet danach grundsätzlich nicht nur in allen großen und kleinen Problemen aller Nationen in letzter Instanz, gegen die es keinen Einspruch gibt, sondern es hat auch als das auserwählte Volk sein Weltreich von der höheren Gewalt sozusagen verliehen bekommen.

Dieses Weltreich kam in Wirklichkeit auf folgende Weise zustande:

England raubte 1605 die Inselgruppe Barbados, 1608 die Inselgruppe Tobago, 1609 die Bermudas, 1629 die Bahama-, die Lee- und die Windward-Inseln und 1655 die Insel Jamaika den Spaniern. Auf Jamaika wurden dann fast zwanzig Aufstände der gepeinigten Bevölkerung mit britischer Brutalität im Blute erstickt.

England raubte 1704 Gibraltar, den westlichen Schlüssel zum Mittelmeer, den Spaniern und 1713 Neufundland den Franzosen.

England raubte in der Zeit von 1740—1821 fast ganz Vorderindien den Franzosen und zum Teil eingeborenen rechtmäßigen Herrschern.

England raubte in der Zeit von 1756—1763 den Franzosen Kanada und rottete die eingesessene indianische Bevölkerung aus.

England raubte 1795 den Holländern die Insel Ceylon.

England raubte 1797 den Spaniern Trinidad.

England raubte 1800 den Franzosen Malta.

England raubte 1806 den Buren (Holländern) das Kapland.

England raubte in der Zeit von 1823—1849 den indischen Staat Burma seinen eingeborenen rechtmäßigen Herrschern.

England raubte 1833 den Argentiniern die Falklandinseln.

England raubte 1839 Aden den Arabern.

England eroberte in der Zeit von 1840—1846 mit Feuer und Schwert Neuseeland.

England raubte 1841 Hongkong den Chinesen.

England raubte 1878 Cypern den Türken (die Insel ist überwiegend griechisch).

England raubte 1882 Ägypten den Türken (und später den Ägyptern selbst).

England raubte 1890 Rhodesien in Afrika seinen eingeborenen Eigentümern.

England eroberte 1896/97 den ägyptischen Sudan.

England raubte in den Jahren 1899—1902 die Burenstaaten Transvaal und Oranje ihren Besitzern in einem besonders brutalen Feldzuge.

England raubte 1919 den Deutschen ihre Kolonien Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika sowie größtenteils Togo, Kamerun und den deutschen Besitz in der Südsee.

England raubte im gleichen Jahre den türkischen Besitz Palästina und Transjordanien.

In der Zeit nach dem Weltkriege raubte England schließlich Gebiete auf der arabischen Halbinsel von Hadramaut bis hinauf zum Persischen Golf.

Die Raubpolitik erstreckte sich also über 3¼ Jahrhunderte. Seinen gesamten Raub aber hat es nur etwa zwanzig

Jahre besessen, wenn man die „freiwillige" Hergabe der westindischen Stützpunkte an die USA. als Beginn des Zerfalles seines Bestandes nimmt. Man könnte die amerikanische Erb-, d. h. Enteignungspolitik einen Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit nennen, wenn ihre Beweggründe nicht ebenfalls rein imperialistischer Natur wie die englische Raubpolitik wären.

Einleitung

> *„Die Vereinigten Staaten von Amerika müssen ihre Chance ausnutzen, die Hegemonie in der Luft und auf den Meeren an sich zu reißen und vom britischen Weltreich zu retten, was noch zu retten ist, um es in Wirklichkeit — wenn auch nicht offiziell — ihrem Machtbereich einzuverleiben."*
> *Amerikanische Blätter am 6. 9. 1940.*

Im März 1941 brachte eine bekannte deutsche Wochenzeitschrift eine Weltkartenskizze, die schon auf den ersten Blick hin sehr eindrucksvoll war. Aus den verschiedenen Schraffierungen der Erdteile und Länder hob sich als beherrschender Blickfang das ganz schwarz gehaltene Gebiet der USA. hervor, und von diesem ausgehend waren in starken schwarzen Pfeilen die geographischen Linien der nordamerikanischen Expansionspolitik nach Osten und Westen eingezeichnet. Das Ganze wirkte wie eine jener riesigen schwarzhaarigen, giftigen Spinnen, die in den Tropen ihr Unwesen treiben.

Die britische Außenpolitik hatte es selbst im Sommer 1941 noch nicht richtig erfaßt, daß das Empire der bisher fetteste Happen der nordamerikanischen Spinne zu werden begann. Die Abtretung von Stützpunkten an der Ostküste Amerikas hatte in den Kalkulationen Londons keine andere Rolle gespielt als die eines zeitweilig gegebenen Pfandes, mit dem man die Yankees auf die britische Kriegspolitik festzulegen gedachte, um sie nach Erfüllung ihrer Mohrenpflicht dann wieder so mit gnädigem Kopfnicken zu entlassen wie einst nach dem Weltkriege.

Zweierlei an dieser Einstellung Englands ist schlechterdings unbegreiflich — auch dann noch, wenn man den unbegrenzten britischen Hochmut voll in Rechnung stellt. Erstens hatte England nach dem Weltkriege als eins der damals reichsten drei Länder die USA. auf immerhin 5,7 Milliarden Dollar britischer Kriegsschulden sitzenlassen und hatte sich zum Überfluß auch noch bei seinen Begründungen gegenüber den amerikanischen Mahnern als ausgesprochen böswilligen Schuldner gezeigt. Es konnte also keinesfalls erwarten, daß die USA. noch ein zweites Mal die Rolle des spendablen Uncle Sam spielen würden, jedenfalls nicht im Anleihewege. Zweitens aber hätte England aus der mit jüdischer Gerissenheit gemanagten sogenannten Neutralitätspolitik der USA. schon mehrere Jahre *vor* dem Kriege entnehmen müssen, daß es eine Finanzierung des englischen Krieges durch Washington und Morgan im Stil von 1914/1918 ein zweites Mal nicht geben konnte. Denn entweder war die Neutralitätspolitik ehrlich gemeint — dann kam nur eine korrekte Zurückhaltung der USA. gegenüber dem europäischen Kriege in Frage, wie sie ja Herr Roosevelt zum Zweck seiner dritten Wahl ausdrücklich in zahlreichen Formulierungen versprochen hatte. Oder sie war, wie wir später noch darlegen werden, nichts anderes als ein von langer Hand — nämlich seit 1935! — vorbereiteter Coup an der politischen Börse, *um sich die gar nicht beabsichtigte Neutralität mit erheblichen Sachwerten von England abkaufen zu lassen* — dann hätte England spätestens im Herbst 1940 den amerikanischen Dreh mit der großzügigen Erbschafts- und Nachfolgepolitik erkennen müssen.

Zu jenem Zeitpunkt aber hatte sich England politisch und militärisch schon derartige Blößen gegeben, daß es den

Amerikanern in einem völlig neuen Licht erscheinen mußte. Es hatte den erstaunten Yankees das Bild geboten, seine militärische Führung sich weder von den taktischen und strategischen Vorstellungen des Weltkrieges hatte trennen, noch sich selbst nach bittersten Belehrungen über den modernen Krieg zu neuen konstruktiven Ideen hatte durchfinden können. Englands Generäle, die sich nach Herrn Gort den „zu jungen" deutschen Generälen weit überlegen fühlten, brachten, von den Schlachtfeldern meistens als erste fliehend, fast nur Niederlagen heim, versuchten nach immerhin anderthalb Kriegsjahren in Nordafrika den Blitzkrieg nachzuahmen, erhielten neue drastische Lehren durch Rommel und überließen schließlich eine so wichtige Position wie Kreta zur Verteidigung einem — neuseeländischen Generalmajor. In den gleichen anderthalb Jahren zerstob der Nimbus der britischen Flotte, zeigte sich „der fliegende Löwe" so hoffnungslos unterlegen, daß er zur Aufrechterhaltung seines Prestiges im eigenen Lande die albernen Trickaufnahmen im Filmatelier von nie erkämpften Siegen nötig hatte. Und wiederum in den gleichen anderthalb Jahren tappte die englische Außenpolitik unter Führung der beiden erfolglosesten englischen Politiker, Churchills und Edens, von Falle zu Falle, von Niederlage zu Niederlage.

Für die im Weißen Hause und in der Wallstreet maßgeblichen Begriffe wäre es sündhaft, ja geradezu eine schwere Sünde wider den Geschäftsgeist gewesen, jetzt nicht zuzugreifen. Kann man es überdies den Roosevelt und Genossen verdenken, daß sie angesichts einer solchen konzentrierten Unfähigkeit ihren lange gehegten Wunsch nach Übernahme der Weltherrschaft ziemlich schnell zu einem — vorläufigen — Plan auf Übernahme des briti-

schen Empires umformten? Die Weltherrschaft würde dann wohl von allein nachkommen. Anders ausgedrückt: so wie England alle Wirkungen und Folgen dieses Krieges selbst gegen sich heraufbeschworen hat, so hat es *den Amerikanern selbst erst richtig Appetit auf das Empire gemacht*, das sich in so kurzer Zeit als ein Koloß auf tönernen Füßen entlarvt hatte. Ohne jede Überraschung zog man in Washington die Konsequenzen. Die amerikanische Liquidierung der britischen Weltmacht begann mit der berühmt gewordenen Forderung Morgenthaus nach dem englischen Offenbarungseid, der man in London schleunigst nachkam, ein weiterer Beweis für die Altersschwäche Englands. Spätestens seit diesem englischen Offenbarungseid im Herbst 1940 kann man von einer *englischen Erfüllungspolitik gegenüber den USA.* sprechen. Diese arbeitete zudem der amerikanischen Bewegung der „Union now" geradezu in die Hände, noch immer so gut wie ahnungslos darüber, daß diese „Union" genau wie die vorangegangene „Neutralitäts"-Politik der USA. nichts anderes war als eine Tarnung des sprungbereiten Imperialismus der Rooseveltschen Kreise. —

☆

In ganz groben Zügen gesehen entwickelt sich das Verhältnis zwischen England und den Vereinigten Staaten seit deren Gründung so:

1. Die britischen Kolonien trennen sich gewaltsam vom sogenannten Mutterlande, das in den Kolonien weiter nichts als einen gehorsamen Abnehmer gesehen hat;

2. in der Folgezeit ergibt sich allmählich ein Nebeneinander auf dem bekannten Korrektheitsfuß als Modus vivendi;

3. nach dem Weltkriege treten Spannungen auf infolge der englischen Weigerung, die Kriegsschulden zu bezahlen;

4. diese Spannung überdauert auch die Amerikareise englischer Ministerpräsidenten, da das reiche England, Mitnutznießer der deutschen Milliardentribute, alljährlich die amerikanische Forderung nach Barzahlung erneut zurückweist;

5. die Annäherung der beiden angelsächsischen Mächte erfolgt vorwiegend auf Betreiben Englands, ungeachtet der Tatsache, daß in den letzten Jahren vor dem Kriege das britische Dominion Kanada auf allen Gebieten immer stärker von Washington aus amerikanisiert wird; die Annäherung wird durch Roosevelt selbst gefördert insofern, als seine Reden schon eine Reihe von Jahren vor dem Krieg an seiner Achsen-, besonders Deutschlandfeindlichkeit keinen Zweifel lassen;

6. durch den zweiten Krieg Englands gegen Deutschland erfolgt Englands Demaskierung als eines Staates, der nur noch von den Renten einer *früheren* wirklichen Macht lebt;

7. die unmittelbare Folge ist der konzentrische Aufmarsch der USA. zur Übernahme der britischen Erbschaft, der schon seit 1935 vorbereitet wird.

Am Ende steht der Untergang des britischen Weltreiches. Seine Entstehung war eine einzige Geschichte des Raubes und Betruges. Sein Untergang ist teils militärische Niederlage, teils Zerfall aus innerer Schwäche, teils Zerstückelung durch die USA. Ob im Laufe der Auflösung noch eine vierte Komponente durch Verselbständigungsaktion des einen oder anderen Empireteiles hinzukommt, ist heute erst ungefähr abzuschätzen wie der gebietsmäßige Umfang des Zerfalles des Empires. Entscheidend

bleibt jedenfalls, daß neben den direkten und indirekten Auswirkungen des Krieges dieser Zerfall durch dieselbe — verwandte! — Macht betrieben wird, der sich England in die Arme geworfen hat. England, in seiner Geschichte Verräter an vielen Völkern, ward schließlich in der Nacht vor seiner längst fälligen Hinrichtung von seinem ihm wesensgleichen Freunde USA. verraten, ehe noch der Hahn dreimal gekräht hatte. Herr Roosevelt, Geschäftsführer der Firma Morgan, Morgenthau, Baruch & Co., gibt sich nicht mehr mit Geschäften in Silberlingen ab, seitdem er bei dem großen Baissegeschäft in britischen Werten das Ende der würgenden Schlinge um Englands Hals in die Hand bekommen hat.

1.

Vom Kolonial- zum Weltmachtsverhältnis

„Nirgends in der Welt können Feindseligkeiten ausbrechen, ohne Interessen, Rechte und Verpflichtungen Amerikas zu berühren.“ Staatssekretär Hull am 17.7.1937.

Selbst ein noch so knapper Überblick über die Entwicklung des heutigen englisch-amerikanischen Verhältnisses zeigt die unerbittliche Wendung des Schicksals gegen England auf, das heute von seiner einstigen amerikanischen Kolonie stückweise enteignet wird. England ging den Weg von einem Inselstaat, der stets ein Handelstrust, aber niemals ein Reich gewesen ist, zur Vormacht in Europa und schließlich zur Vormacht in der Welt, zur Weltherrschaft, ein Begriff, der bis zum Ausbruch des zweiten englischen Krieges gegen Deutschland in gewissem Umfange begründet, wenn auch nicht berechtigt war. Als Vormacht in Europa hat England seit Dünkirchen und seit der Zerschlagung seines französischen Festlanddegens ausgespielt. Schon unmittelbar darauf war auch seine Stellung als Vormacht in der Welt in Frage gestellt, in dem Augenblick nämlich, als sein Botschafter Lord Lothian seine Bittgänge im Weißen Hause begann: er konnte nicht mehr wie einst sein Kollege im Weltkriege darauf hinweisen, daß 27 Staaten — freiwillig oder gezwungen — auf britischer Seite kämpften. Neben ihm stand nichts, jedenfalls nichts, was machtpolitisch noch irgendeinen nennenswerten Hilfsfaktor dargestellt hätte. In diesem Augenblick sah man in Washington durch die Lücken der schon angeschlagenen

Rüstung und erkannte, daß sie nicht von der Riesengestalt eines einst allgewaltigen Empires und seiner zahllosen Hilfsvölker ausgefüllt war, sondern daß sie um den dürren Leib eines altersschwach gewordenen England schlotterte.

Es ist nicht nur ein Stück Geschichte zweier Erdteile, sondern ein Stück Weltgeschichte, was zwischen der Errichtung der englischen Kolonien auf dem nordamerikanischen Festlande und jenen Bittgängen Lord Lothians sowie seines Nachfolgers, des frommen Pharisäers Lord Halifax, liegt. Das Angelsachsentum ist bis in unsere Tage eine Welt für sich geblieben. Zuerst regierte und diktierte mehr oder weniger sichtbar England in dieser Welt, vor allem in ihrem wirtschaftlichen Sektor. Dann mußte es sich mit den amerikanischen Emporkömmlingen, die man gesellschaftlich verachtete und geschäftlich haßte, in die Wirtschaftsherrschaft, später auch in die Seeherrschaft, teilen, bis sich schließlich die Peers dazu verstehen mußten, bei den einstigen Leibeigenen zu betteln und gar einen leibhaftigen englischen König, Kaiser von Indien usw., zum Empfang eines Yankee-Botschafters auf einen bombenbeschädigten Bahnhof der früheren Welthauptstadt London zu schicken. Der König wußte nicht oder wollte mindestens nicht daran denken, daß einer seiner Vorfahren noch im vergangenen Jahrhundert in der Thronrede die Anerkennung Englands für die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Bericht eines Ohrenzeugen stets „mit gebrochener Stimme“ zu erwähnen pflegte.

Dieser Vorfahr erinnerte sich zweifellos noch besser als Englands letzter König der Anordnung Pitts, wonach die Kolonie Amerika *ausschließlich* die Aufgabe hatte, „den Handel, die Schiffahrt und die Industrie Englands zu heben und auszudehnen“ — und nicht etwa zu einem

möglichst blühenden Teil des Reiches aufzusteigen. Im Gegenteil, das wurde von England planmäßig verhindert. Wie nützlich erwies sich da die Navigationsakte von 1651! Sie gab die Möglichkeit, auch den amerikanischen Kolonien den Ausfuhrhandel nach anderen Ländern auf fremdländischen Schiffen zu verbieten.

Man beließ es in London nicht bei dieser Nutzanwendung. Bald verbot man den amerikanischen Kolonisten — sie blieben in Englands Augen noch Kolonisten, als sie schon ihr 50jähriges Staatsjubiläum feierten —, Eisenerze zu exportieren. Und als die Amerikaner darauf ihrerseits die Nutzanwendung zogen und sich die ersten größeren Werkstätten für die Herstellung von Eisenwaren aller Art einrichteten, die sie ja schließlich als Kolonialpioniere dringend brauchten, da untersagte ihnen die Regierung Seiner Britischen Majestät auch noch die Herstellung von Eisenwaren. Für biedere Hinterwäldler, die den vermeintlichen Londoner Unsinn nicht zu durchschauen vermochten, hielt man in London die Begründung bereit: „Die Errichtung von Fabriken ist geeignet, die *Abhängigkeit* der Kolonie vom Mutterlande einzuschränken.“ Und ein paar Monate später, als die nächste Post aus London kam, erfuhr man in den Siedlungen des Atlantik, daß der Minister Lord Chatam die letzte Klarheit über das Verhältnis der Londoner Regierung zur amerikanischen Kolonie geschaffen hatte mit der Mitteilung: „Ich werde nicht dulden, daß die Kolonisten drüben sich auch nur einen Hufnagel selbst herstellen.“

Auch das war noch nicht alles. Die nächste Verordnung aus London enthielt ein strenges Verbot der fabrikmäßigen Herstellung von Wollwaren aller Art. Für alle solche Erwerbszweige, wie sie England verboten hatte, waren in

Amerika alle Voraussetzungen gegeben. Aber es kam London gar nicht darauf an, aus den amerikanischen Kolonien auf Grund ihrer natürlichen Schätze ein reiches Land zu entwickeln, denn das hätte ja nach Lord Chatam „die Abhängigkeit vom Mutterlande eingeschränkt". Londons Ziel war einzig und allein, aus Amerika genau wie aus Indien einen monopolisierten Absatzmarkt für die englische Industrie zu machen. Wie man in Indien damals und heute Getreidefelder umpflügen läßt und den Anbau von Mohn für die Herstellung von Opium erzwingt, so verbot man den Amerikanern einfach die Nutzung der ungeheuren Reichtümer ihres Landes, auf dem sie noch nicht einmal wie Pächter, sondern wie eine Art freigelassener, aber kontrollierter Strafgefangener saßen.

Wir erleben heute so etwas wie eine modifizierte *Umkehrung* dieser brutalen Marktpolitik durch die USA. gegenüber England und dem Empire. Es muß doch wohl etwas Wahres sein an der Meinung, daß sich alles Unrecht in der Geschichte früher oder später einmal rächt. Die Nachfahren der Kolonisten diktieren heute nicht nur die Preislisten für die Einzelposten der amerikanischen Hilfe für England, und zwar in Sachwerten, sondern sie befinden auch souverän darüber, ob und wieweit man sich bei dem eigentlichen englischen Ausverkauf engagieren darf. Und der einst monopolisierte Absatzmarkt der frühen englischen Industrie, die nordamerikanischen Kolonien, greifen heute ihrerseits nach dem englischen Weltreich als Absatzmarkt.

Der amerikanische Krieg von 1772 gegen England sah dieses genau wie 1941 auf See allein und zudem ohne Hilfsvölker vom Festlande. Zum ersten Male hatte das stolze Britannien in einem überseeischen Kriege vor einem

nicht als ebenbürtig anerkannten und überdies schlecht gerüsteten, doch gut geführten Gegner die Flagge streichen müssen. London hat das den „Kolonisten“ nie verziehen, so wenig wie die Begründung der Unabhängigkeitserklärung von 1776, die besagte, daß Englands Politik gegenüber Amerika ständig darauf abziele, „eine unbeschränkte Tyrannei über diese Staaten aufzurichten“. Um die Anerkennung der Souveränität der neuen Macht drüben kam man nicht herum, wollte man nicht auf den höchst einträglichen Handel verzichten. Man versuchte sich wenigstens dadurch schadlos zu halten, daß man den Vereinigten Staaten von Amerika — so weit griff ihr neuer Name den Tatsachen gleich von Anfang an vor! — das Leben so schwer wie nur irgend möglich machte. Das ging bis zu Schikanen aller Art. Der Ruf der schier unbegrenzten Erwerbs- und Aufstiegsmöglichkeiten des neuen Staatswesens ging durch die ganze alte Welt; Handwerker, Kaufleute, Techniker usw. drängten über den Atlantik — in England sperrte man jedem Facharbeiter die Ausreise nach den Staaten.

Bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein blieb es bei der erklärten Abneigung Englands, ungeachtet der offiziellen politischen und vor allem breitesten wirtschaftlichen Beziehung. Noch in der Zeit, als Napoleon seine Heere durch Europa trieb, ließ der nordamerikanische Kongreß beispielsweise einmal feststellen, welchen Umfang die englische Übung angenommen hatte, amerikanische Seeleute von amerikanischen Schiffen einfach in englische Dienste zu pressen. Ohne Rücksicht auf das Ergebnis des amerikanischen Freiheitskrieges wurden dabei amerikanische Staatsbürger einfach als Engländer angesehen. Die Erhebungen des Kongresses allein in dem

genannten Jahre hatten das Resultat, daß nicht weniger als *3000* amerikanische Staatsbürger gezwungen worden waren, Dienste auf britischen Schiffen zu nehmen — und dieser Dienst war in der ganzen Welt berüchtigt. Diese und andere Fragen wurden erst durch den zweiten amerikanisch-englischen Krieg von 1812 bis 1814 halbwegs klargestellt.

Er änderte nichts an Englands Feindschaft, das auf seine Chance wartete. Sie schien in dem amerikanischen Sezessionskriege gekommen zu sein. Von 1861—1865, also vier Jahre lang, unterstützte England die Süd- gegen die Nordstaaten und erreichte nichts anderes, als daß der Sieg des Nordens nur noch eindrucksvoller wurde.

Wenn sich das Verhältnis zwischen den beiden Mächten in der Folgezeit allmählich dem Zustand des „Korrekten" zu nähern begann, dann lag das nicht an ihrem ausdrücklichen Willen, sondern daran, daß beide, die USA. mit inneren, England mit kolonialen Aufgaben bzw. Eroberungen ausreichend beschäftigt waren. Daß die alten Zwiste durchaus nicht vergessen waren, zeigte sich beispielsweise wieder 1912, als England in dem schweren Konflikt um den Panama-Akt eine erhebliche Einengung seiner bisherigen Vertragsrechte hinnehmen mußte, oder zwei Jahre später, als sich die USA. und England auf dem mexikanischen Felde gegenüberstanden.

Ein Dutzend Jahre danach beginnt man sich in London die ersten Sorgen um die Ausweitung der amerikanischen Macht nach Westen, also im Bereich des Stillen Ozeans, zu machen. Am 23. April 1925 veröffentlicht die „Navy League" ihren Jahresbericht in der „Times" und muß bekennen: „Wir sehen keine besondere Gefahr voraus, dürfen aber keinesfalls die Tatsache übersehen, daß *der*

Schwerpunkt der Seemacht von den europäischen Gewässern *nach dem Pazifik hinübergewechselt* ist und daß die Völker der britischen Dominien auf jener Seite der Weltkugel in Unruhe versetzt werden müssen, wenn die Flotte, auf die sie sich verlassen, ungenügend nach Zahl, Kraft oder Bereitschaft ist, um ihnen im Notfalle Schutz zu geben." Diese britischen Besorgnisse um die fernsten Teile des Empire rührten zum geringeren Teile von der machtpolitischen Konsolidierung Japans, zum weit größeren aber von den amerikanischen Flottenplänen bzw. ihrer Durchführung her, mit denen unter anderem auch die Anlage starker Marinebasen an der pazifischen Küste und das Vortreiben von Stützpunkten in die Inselwelt verbunden war, eine Bewegung, die seit der Vollendung des Panamakanals und den ersten amerikanischen Flottenmanövern im Stillen Ozean ständig an Umfang und Zielstrebigkeit gewann.

Von dem schon 1922 gemachten Zugeständnis der Flottengleichheit und der damit verbundenen Teilung der Seeherrschaft führt eine gerade Linie zu der Verdrängung der britischen Vorherrschaft in Ostasien, beginnend mit dem Rückzug starker britischer Seestreitkräfte von dort nach dem Mittelmeer zur Zeit des abessinischen Krieges: England sah keine andere Möglichkeit, als seine Belange in Ostasien und im Stillen Ozean mehr und mehr durch die Sterne und Streifen der nordamerikanischen Flagge wahren zu lassen. Es gibt keinerlei Anhalt dafür, daß man in London diesen Vorgang im Hinblick auf die USA. mit irgendwelchen Besorgnissen für die Zukunft verbunden hat. Dazu war man sich in den regierenden Kreisen Englands trotz der schweren Niederlage im Sanktionskriege über die unantastbare Macht Großbritanniens viel zu

einig. Wohl aber liegt angesichts des heutigen englisch-amerikanischen Verhältnisses die Frage nahe, ob nicht jene Enthüllung der wirklichen Begrenzung der britischen Flottenmacht *schon damals* die Aufmerksamkeit der Roosevelt-Kreise auf die Mängel und Lücken der britischen Weltposition richten ließ und entsprechende Anregungen zu der späteren Expansions- bzw. Erbschaftspolitik der USA. auf Kosten Englands lieferte. —

Wesentlich interessanter noch als die bisherige Entwicklung des englisch-amerikanischen Verhältnisses ist seine Umkehrung in der Zeit von 1933 ab. Sie spannt sich in weitem Bogen von der Versteifung der USA. in der Kriegsschuldenfrage bis zur — scheinbaren — Entschlossenheit Washingtons, alles auf die britische Karte zu setzen. Wie diese Entschlossenheit in Wirklichkeit aussieht, das zeigt der Szeneriewechsel vom sogenannten Neutralitätsgesetz über das Hilfsgesetz bis zur unverhüllten Erbschaftspolitik. Der konsequente Aufbau dieser betrügerischen Politik wird noch darzustellen sein.

Wir greifen aus der Zeit von 1933 bis zum Frühjahr 1941 einige charakteristische Daten heraus:

1933 ist die amerikanische Auffassung von der Kriegsschuldenfrage noch ganz mit den Vorstellungen von englischer Rückzahlung der 5,7 Milliarden Dollar (fast 24 Milliarden Goldmark!) verbunden. Am 6. April betont der Vertrauensmann des Präsidenten Roosevelt, Young, auf der Londoner Wirtschaftskonferenz, der amerikanische Kongreß habe selbst eine Erörterung der Revision der Schuldfragen mit großer Mehrheit abgelehnt. Als die USA. in diesem Jahre an die Zahlung der fälligen Raten erinnern und sie für Juni verlangen, macht England, damals noch der reichste Staat der Welt, eine Teilzahlung

von sage und schreibe 10 Millionen Dollar oder 42 Millionen Mark, obwohl es bis zur Lausanner Konferenz von 1932 überdies noch Teilhaber an den deutschen Milliardentributen gewesen ist. Man weiß nicht, was erstaunlicher ist: die Tatsache, daß das schwerreiche England ein Trinkgeld anbietet oder daß das reiche Amerika das Trinkgeld annimmt.

Im Jahre 1934 spielt sich wiederum in der Kriegsschuldenfrage ein Vorgang ab, der im Hinblick auf die heutige Lage Englands den USA. gegenüber einer Satire würdig wäre.

Zum ersten Male erfolgt bald nach Beginn des Jahres ein amerikanischer Fühler, der eine Art *Junktim zwischen Kriegsschuldenfrage und englischem Kolonialbesitz anstrebt:* Washington sondiert in London, ob England geneigt wäre, angesichts seiner offensichtlichen Zahlungsverweigerung britische *Kolonialgebiete, also Sachwerte,* in Zahlung zu geben.

London seinerseits setzt sich aufs hohe Pferd und weist dieses Ansinnen rundweg ab, ohne irgendeinen anderen Vorschlag zu machen. Sechs Jahre später verschleudert England unter Führung und Verantwortung eines Churchill seine wertvollsten Besitze und Stützpunkte an der ostamerikanischen Küste von Neufundland bis hinunter an die südamerikanische Küste für 50 — in Buchstaben: fünfzig — amerikanische Zerstörer, die wegen Überalterung außer Dienst gestellt waren. Andererseits ist England schon damals ziemlich weitgehend unter nordamerikanischen Einfluß geraten: Es muß im Oktober mitteilen, daß es den Freundschaftsvertrag mit Japan, den es 1922 auf direktes Betreiben der USA. kündigte, endgültig fallen läßt.

Das Jahr 1935 bringt den Beginn des großen amerikanischen Schwindels mit der sogenannten Neutralitätspolitik. Am 22. August wird das Gesetz angenommen. Roosevelt spielt mit Pose die Rolle, als sei für ihn die Staatsmaxime James Monroes noch immer und mehr denn je in vollem Umfange Grundgesetz der amerikanischen Außenpolitik. Aber *schon vier Monate später*, noch vor seinem Inkrafttreten, erhält das „Neutralitätsgesetz" die erste Abänderungsformel, die die Möglichkeit einer späteren *Änderung der Position Englands in der Welt sinngemäß berücksichtigt* — zum ersten Male wird der Schleier über den wirklichen Zweck des Gesetzes gelüftet. Als es dann später, beginnend mit dem Jahre 1939, stufenweise auf seinen eigentlichen Sinn umgemodelt bzw. abgebaut wird, sind diese Vorgänge für niemanden mehr noch irgendwie mit einer amerikanischen Neutralität in Einklang zu bringen. Nichts ist simpler als die Tatsache, daß eine amerikanische Neutralität geradezu ein selbstgebautes Hindernis für die Spekulationen der Roosevelt und Morgan auf die britische Erbschaft gewesen wäre.

Das Jahr 1936 bringt wieder einmal einen Zusammenstoß englischer und amerikanischer Wirtschaftsinteressen auf dem vielumkämpften südamerikanischen Felde, wo die beiden Mächte seit Jahrzehnten in heftiger Konkurrenz liegen. Auf jeden Fall macht Nordamerika im Endeffekt das Rennen, ungeachtet der immer wieder herüberkommenden englischen Werbekommissionen, Modeausstellungen usw. Als sich im Frühjahr 1941 wieder englische und nordamerikanische Kommissionen — die englische unter Führung Lord Willingdons — in Südamerika den Rang abzulaufen bemühen, ist England nicht nur auf den europäischen Schlachtfeldern ein geschlagener Mann, son-

dern muß auch in Südamerika das Feld den Yankees größtenteils überlassen; schon im Februar 1941 müssen die Engländer so gut wie erfolglos abreisen.

Im größten Stil wird die nordamerikanische Werbung auf dem südlichen Kontinent natürlich gelegentlich der sogenannten panamerikanischen Konferenz von 1936 betrieben, mit bewußter Tendenz gegen die britischen Interessen.

Mit dem Jahre 1937 werden die Anzeichen dafür deutlicher, daß sich die USA. in einer stärkeren Position als früher gegenüber England fühlen. Ein Beispiel für viele, das seinerzeit wenig beachtet wurde, aber sehr vielsagend ist: Am 6. Juni verlangt Washington mit Bezug auf den englischen Teilungsplan für Palästina (!), daß die amerikanische Regierung bei einer Änderung des palästinischen Mandatsystems „zu Rate gezogen wird". Wobei man sich immerhin daran erinnert, daß die Vereinigten Staaten weder die Pariser Vorortverträge unterschrieben haben noch Mitglied des „Völkerbundes" gewesen sind. In London versucht man, das amerikanische Ansinnen dilatorisch zu behandeln. Aber Herrn Roosevelts Botschafter wird noch einmal unter nachdrücklichem Hinweis auf „die Interessen der USA. in Palästina" in sehr dringlicher Form im Foreign Office vorstellig, und am 14. August muß die Regierung Seiner britischen Majestät die amerikanische Forderung annehmen.

Inzwischen hat Washington durch Staatssekretär Hull am 17. Juli eine Erklärung über die Auffassung der Rooseveltkreise von dem *neuen Grundgesetz der amerikanischen Außenpolitik* abgeben lassen: „Nirgends in der Welt können Feindseligkeiten ausbrechen, ohne Interessen, Rechte und Verpflichtungen zu berühren." Man

schreibt — wohlverstanden — das Jahr 1937! Zu dieser Zeit erhebt England trotz seines schweren Prestigeverlustes während des Abessinienkrieges und trotz seiner Niederlage im Sanktionskrieg immer noch Anspruch auf den Besitz der Weltherrschaft. In dem oben zitierten Ausspruch Hulls, der im Auftrage Roosevelts eine wohlweislich festgelegte Formulierung veröffentlicht, wird jedoch nicht mehr und nicht weniger als ein *Kontrollrecht über die ganze Welt* gefordert. Logischerweise sind darin die später klarer vertretenen Erb- und Weltherrschaftspläne der USA. in nuce enthalten.

Es wirkt heute nur wie eine Ergänzung oder Ausführungsbestimmung zu jener Erklärung, wenn dann im Jahre 1938 am 10. Januar das Repräsentantenhaus den Antrag Ludlow *ablehnt*, wonach der Eintritt der Vereinigten Staaten in einen Krieg von einer Volksabstimmung abhängig gemacht werden soll. Diese Ablehnung ist nun schon die genaue Umkehrung der einst so großartig verkündeten Neutralitätspolitik. Der Antrag Ludlow wollte verhindern, daß die Rooseveltkreise in Verfolgung ihrer teils gewinnsüchtigen, teils imperialistischen, auf jeden Fall aber eigensüchtigen Privatpläne das kriegsabgeneigte amerikanische Volk willkürlich in einen Krieg stürzen, der die USA. in keiner Form etwas angeht.

Auf dem Gesetzes- bzw. Verfassungspapier kann der amerikanische Bundespräsident auch heute, d. h. auf Grund seiner erweiterten Vollmachten, noch immer nicht eigenmächtig einen Krieg erklären; diese Befugnis hat nur der Kongreß, also Senat und Repräsentantenhaus zusammen. Aber abgesehen davon, daß Herr Roosevelt ja in seinen Reden von 1941 wiederholt die Meinung kundgetan hat, man könne auch ohne Kriegserklärung Krieg

führen oder sich an einem Kriege beteiligen, und das auch schon weitgehend in die Praxis umgesetzt hat: Was ist in demokratischen und jüdisch gelenkten Staatswesen nicht alles bloßes Papier! Zumal im Lande der Monroe-Doktrin, die Herr Roosevelt ins Gegenteil umgefälscht hat. Die Ironie des Schicksals will es, daß die Regierung Roosevelt im Zusammenhang mit ihren Kriegsbeteiligungsplänen das Original der Monroe-Doktrin mit anderen geschichtlichen Dokumenten (darunter der englischen Magna Charta) in ein bombensicheres Gewölbe überführt hat, eins der vielen Mittel zur Herbeiführung der gewünschten Kriegshysterie. Der Vorgang ist symbolisch: Die Monroe-Doktrin ist damit aus dem öffentlichen und staatlichen Leben der USA. verschwunden, sie liegt für jedermann unzugänglich im tiefen Keller, ist also im Sinne Herrn Roosevelts und seiner Drahtzieher unschädlich gemacht, für immer, wie man annehmen darf.

Der Juni 1938 bringt neue Merkmale für die amerikanische Revision in den Beziehungen zu England. Am 14. Juni werden die Verhandlungen mit England über einen Handelsvertrag durch die amerikanische Regierung vertagt, und zwar wegen „bedeutender Schwierigkeiten" im Zusammenhange mit — Kanada! In jener Zeit also wurde das heutige Militärbündnis der USA. mit dem britischen Dominion Kanada schon vorbereitet. Im November kommt der amerikanisch-englische Handelsvertrag schließlich doch noch zustande, man kann das englische Entgegenkommen in Washington nicht gut länger übersehen, aber — Kanada schließt seinen Vertrag mit den USA. selbständig ab, der staatsrechtliche Vorläufer für das heutige Vertragsverhältnis zwischen den beiden nordamerikanischen Nachbarn. England selbst hatte diesen

Ausgang herbeigeführt insofern, als es Kanada durch weitgehende Zugeständnisse an die USA. erheblich benachteiligt hatte, und mußte nun sein Dominion dadurch entschädigen, daß es die Präferenzen ermäßigte, die seine Ausfuhr nach Kanada an sich hatten.

Am 31. Januar 1939 gibt Roosevelt dann zum ersten Male einen Teil seiner Pläne bekannt, die sowohl auf grundsätzliche Einmischung in die europäischen Angelegenheiten als auch auf die spätere Bevormundung Englands hinauslaufen. In der Geheimsitzung des Armeeausschusses des Senates spricht er von „weitestgehenden Bindungen" zwischen den USA. und den europäischen Demokratien sowie von festen Abmachungen. Die Vereinigten Staaten müssen bereit sein, im Falle eines Krieges England und Frankreich zu helfen. Als diese Erklärung eine Sensation in der Welt verursachte, wollte Herr Roosevelt nichts gesagt haben. Die obige Erklärung gab den europäischen Westmächten jede Vollmacht zur Einleitung eines Krieges, Amerika wollte ja helfen. Weder in London noch in Paris hat man sich damals darüber Rechenschaft gegeben, daß der amerikanisch-jüdische Händlergeist, hervorgegangen *aus der englischen Schule*, nichts umsonst tut, schon gar nicht nach den Erfahrungen mit den Kriegsschulden. England mußte diese Unterlassung bekanntlich mit der ersten Rate auf die amerikanische Erbschleicherei, mit der Abtretung („Verpachtung" auf 99 Jahre) seiner Besitzungen an der amerikanischen Ostküste für ein Ei und ein Butterbrot bezahlen.

Gegen Ende dieses und im Verlauf des nächsten Jahres stellt die amerikanische Regierung dann ihre politischen, wirtschaftlichen und Friedensgrundsätze in einer diktatorischen Form auf, als gebe es eine Weltmacht England

gar nicht mehr, oder so, als sei im europäischen Kriege Nordamerika auf jeden Fall der eigentliche Sieger, ganz gleich, wer ihn militärisch gewinne. Die amerikanische Regierung veröffentlicht am 25. November 1939 eine Erklärung über ihre weltpolitischen Ziele und verkündet dabei unter Punkt zwei: „Die amerikanische Regierung wird an der Schaffung eines gerechten andauernden Friedens *aktiv mitarbeiten.*" Niemand hatte bis dahin die USA. um eine Mitarbeit in einer Angelegenheit ersucht, die sie nichts angehen konnte. Unter wesentlich anderen Voraussetzungen hätte man eine solche Erklärung begrüßen können. Auf dem Hintergrund der amerikanischen Weltherrschaftspläne im Wege einer Kriegsbeteiligung, in welcher Form auch immer, konnte der Satz nur noch die Entschlossenheit Washingtons bedeuten, sich ungefragt und ungebeten, aber grundsätzlich in alle europäischen Angelegenheiten und darüber hinaus in alle Angelegenheiten zu mischen, mithin die Monroe - Doktrin geradezu ins Gegenteil zu verkehren. Die ganze Erklärung, durch die vorhin zitierte Erklärung Hulls vom 17. Juli 1937 vorbereitet, stellte im Grunde genommen ein *nordamerikanisches Programm* darüber auf, wie die USA. der Roosevelt und Genossen sämtliche großen Angelegenheiten der Welt, wie Entscheidungen über Konflikte, Wirtschaftsbeziehungen usw., zu beurteilen und zu behandeln gedachten, nämlich als Schiedsrichter in letzter Instanz.

Am 13. Februar 1940 kündigt Roosevelt dann amtlich die Europareise des Unterstaatssekretärs Sumner Wells nach Italien, Frankreich, England und Deutschland an. Wells hat angeblich keinerlei Vollmachten für irgendwelche Abschlüsse. Man kann annehmen, daß das sogar wahr war: Herr Roosevelt läßt das europäische Gelände

und damit zugleich die englische Position in Europa unter dem Vorwand einer Informationsreise sondieren, eine politische *Bestandsaufnahme* der britischen Guthaben in Europa. Zur gleichen Zeit beginnt die amerikanische Regierung die Stellung der Neutralen zu den europäischen Fragen in gesonderten diplomatischen Besprechungen zu untersuchen.

Der Verkündung der weltpolitischen Grundsätze Roosevelts vom 25. November 1939 folgt am 10. März 1940 das Programm der wirtschaftlichen Außenpolitik der USA. nach dem Kriege, das Washington allen Regierungen der Welt überreichen läßt. Es stellt den Versuch dar, die Wirtschaftslage nach dem Kriege und ihre allgemein gültige Regelung durch die amerikanische Regierung für die ganze Welt zu präjudizieren. Schon neun Tage danach hat sich Roosevelt so weit in das selbstverliehene Amt als Weltschiedsrichter eingefühlt, daß er auf einer Konferenz der ausländischen Missionen, eigens hierzu einberufen, nun auch die amerikanischen Friedensgrundsätze vorträgt. Er gibt damit gewissermaßen die Ausführungsbestimmungen zu der amtlichen Regierungserklärung vom 25. November 1939.

Am 17. August dieses Jahres erfolgt die Mitteilung des Beginns der Verhandlungen über Flotten- und Flugstützpunkte zwischen London und Washington. Sie geht bezeichnenderweise nicht von der englischen, sondern von der amerikanischen Regierung aus. Das Wuchergeschäft mit den 50 alten amerikanischen Zerstörern wird perfekt gemacht — England, der bis dahin größte Wucherer und Ausbeuter, wird von dem amerikanischen Shylock, wie London die USA. nach dem Weltkriege wegen ihrer berechtigten Schuldenforderungen nannte, in einer Weise

übers Ohr gehauen, daß die ganze Welt ein einziges Hohngelächter ist.

Die Mitteilung Roosevelts, die am 8. Oktober folgt, ist wieder ein echt amerikanischer Bluff. Er verkündet die Typisierung der beiderseitigen Luftwaffen und überhaupt der Wehrmächte beider Staaten. Das sieht auf den ersten Blick nur nach der ohnehin solange verzögerten Kriegshilfe Amerikas für England aus. Es ist jedoch angesichts der Erbschafts- und Weltherrschaftspläne Roosevelts nichts anderes als ein Wechsel auf eine unbestimmte Zukunft: so wie man drüben Wert auf die britischen Schlachtschiffe legt, weil die britische Schiffsartillerie der schweren Kaliber die gleiche Stärke hat wie die amerikanische und weil man diese Schlachtschiffe für die Abenteuerpolitik im Pazifik braucht, so gleicht man von Amerika aus für alle Fälle schon jetzt die Bewaffnung der übrigen Wehrmachtsgattungen einander an. Das ist nützlich für den Fall, daß früher oder später einmal eine Union der beiden Mächte in irgendeiner Form eintreten sollte.

Der 17. Dezember des Jahres 1940 bringt dann die bis dahin aufschlußreichste amerikanische Aktion über die Rooseveltschen Pläne. An diesem Tage bittet das unermeßlich reiche, allmächtige England in Washington ganz offiziell um finanzielle Hilfe, in der Hauptstadt des Staatenbundes also, dem man noch runde zwanzig Milliarden Mark aus dem Weltkriege schuldet. England kann sich kaum noch stärker vor dem angelsächsischen Vetter demaskieren. Mit beiden Beinen springt man drüben in das ganz große Geschäft, das nun endlich für die USA. praktisch beginnt. Die Antwort Washingtons auf das englische Hilfegesuch reißt den letzten Schleier von der amerikanischen „Hilfe"-Politik. Finanzsekretär Morgenthau

teilt dem britischen Botschafter Lord Lothian mit, eine finanzielle Hilfe der USA. für England sei nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Kongresses möglich. Das ist die Umschreibung dafür, daß besagter Kongreß — und erst recht die amerikanische Regierung — über die britischen Aktiva und Passiva sehr genau unterrichtet werden wollen. Schon am nächsten Tage kommt der amerikanische Bundespräsident selbst mit dem Plan heraus, der das ganze Thema der Kriegshilfe sofort ins richtige Licht rückt: Amerikanisches Kriegsmaterial wird nicht verkauft (man hat schließlich seine Erfahrungen aus dem Weltkriege), sondern — „vermietet oder verpachtet"! Die Katze ist aus dem Sack: Washington hat mit dieser Erklärung amtlich mitgeteilt, daß es Wert ausschließlich auf britische Sachwerte legt.

Aus der obengenannten Umschreibung wird letzte brutale Klarheit, als das amerikanische Schatzamt von England eine genaue Aufstellung seiner finanziellen Lage einfordert. Es ist wohl *einer der peinlichsten, demütigendsten Vorgänge in der neueren Geschichte Großbritanniens.*

Die USA. denken nicht im Traume daran, sich mit dem englischen Offenbarungseid vom Ende des Jahres 1940 zu begnügen. In Washington will man sich selbst überzeugen. In England erscheint am 9. Januar 1941 Mister Hopkins, der wichtigste der insgesamt fünf Sondersendlinge Washingtons. Er ist ein unangenehm verschlossener Mann, spricht mit niemandem in der Öffentlichkeit, hält sich die englische Presse mit geschulter Schroffheit vom Leibe und fragt dafür in den geheimen, streng vertraulichen Besprechungen mit der Regierung Churchill diesem und seinen Ministern ein Loch in den Kopf. *England muß hier zum zweiten Male einen Offenbarungseid ablegen.*

Volle zwei Monate lang reist Mister Hopkins in ganz England umher, studiert die englische Wehrfähigkeit aller Grade und Arten von Grund auf, und dieser ehemalige Wohlfahrtspfleger verblüfft die ausgekochten englischen Bärenführer immer wieder durch seine höchst unerwünschte Sachkenntnis, die die Engländer in Unruhe über die genaue Arbeit des amerikanischen Wirtschafts-Spionagedienstes bringt.

Das ist Roosevelt—Morgans Bestandsaufnahme der englischen Masse in Großbritannien, die durch die Berichte Willkies, Donovans, Curries, Harriman's und anderer Emissäre ergänzt wird.

Mit der Ankunft des neuen Botschafters Lord Halifax in Amerika am 25. Januar 1941 übersendet England zugleich ein Kollektivmuster seiner neuesten Schlachtschiffe, von denen „King George V." als erstes fertig geworden ist. Die USA. haben sich ein Vorkaufsrecht auf die englischen Schlachtschiffe gesichert, ein Recht, das genau besehen mehr ein Vorgriff auf früher oder später ohnehin fällige Sachwerte ist. Mit der vorläufigen Zurverfügungstellung dieses neuesten Schlachtschiffes hat England sein nationales Heiligtum, die Flotte, im Wege des Ausverkaufs in die Hände der USA. angetastet.

Wer will sagen, ob dies der Anfang vom Ende des britischen Weltreiches ist oder ob er nicht schon in einem der bisher aufgezählten Merkmale liegt? Die Zeichen mehren sich jetzt so stark, daß ihre Einzelaufzählung ermüden würde. Wir schließen den vorläufigen Überblick über die Entwicklung des englisch-amerikanischen Verhältnisses auf dem Wege des Wechsels in der Weltherrschaft mit zwei Momenten, die für alle folgenden sprechen mögen.

Am 17. März läßt sich der Londoner „Observer" aus Washington melden, es stehe die Bildung einer englisch-amerikanischen Vereinigung mit dem Zweck bevor, in Zukunft, d. h. nach dem Kriege, die ganze Welt zu beherrschen. Hier wird der Gedanke der Aufsaugung des Empire in umschriebener Form zum ersten Male in England öffentlich ausgesprochen. Es ist ein Tastversuch, es gilt zunächst zu prüfen, wie die öffentliche Meinung Englands den Gedanken aufnehmen wird. Deshalb spricht das Blatt vorerst einmal nur von einer „Union", in der beide Partner gleiche Rechte haben sollen. Der britische Konservativismus stellt sich selbt in der schwersten Staatskrise nicht gern auf Neues, Ungewohntes um. Natürlich weiß der Observermann ganz genau, daß die amerikanische Agitation um „Union now" *nicht erst seit dem März 1941* im Gange ist und daß sie in London ein großes Büro mit riesigen Mitteln aus der Hand Morgans und seiner Leute unterhält. Wir werden uns diese „Union now" noch genauer anzusehen haben. —

☆

Es ist ein weiter Weg von der Verschuldung Englands an die Wallstreet im Weltkriege bis zur Vorbereitung der Verhandlungen darüber, welchen Rang ein Nachkriegs-England, oder wie es dann heißen mag, in einer „Union" mit den USA. haben soll. Aber er ist kurz, wenn man ihn als die logische Entwicklung aus dem bornierten Deutschenhaß Englands und aus seiner absoluten Verschlossenheit gegenüber der europäischen Revolution ansieht.

II.

Englands Offerte ohne Bündnisfähigkeit

„Die Engländer würden katholisch werden, wenn es nötig wäre, um sich den Beistand Frankreichs zu sichern."
Bismarck an General v. Gerlach, 1854.

Als König Georg VI. 1939 in den Vereinigten Staaten war, gab es in England nur ein politisches Gespräch: das Verhältnis der beiden angelsächsischen Staaten zueinander, das seit der Umwandlung der englischen Kolonie in eine souveräne Macht so viele und für England nicht immer erfreuliche Wandlungen durchgemacht hatte. Vor seinem Besuch in Washington hatte der König von England am Empire-Tag des 24. Mai 1939 von Winnipeg (Kanada) aus eine Botschaft an das Empire und an die Vereinigten Staaten gerichtet. Indem er mit gewohntem Gehorsam die für ihn ausgearbeitete Rede ablas, sprach er auch die Behauptung nach, das britische Empire diene „der harmonischen Verbindung zwischen der Alten und Neuen Welt". Er ahnte mit keinem Gedanken, daß diese Formel schon anderthalb Jahre später für besagtes Empire eine sehr ominöse Bedeutung haben würde. Was wird König Georg sagen, wenn er, einmal außer Landes gegangen, mehr oder weniger auf die Gnade der USA. angewiesen sein wird? Er weiß heute noch nicht einmal, ob er die Zahl der plötzlich zu Privatleuten gewordenen Staatsoberhäupter vermehren wird oder ob in den Zukunftsplänen Washingtons wenigstens noch ein Repräsentationsplatz für den King vorgesehen ist, wenn die viel-

berufene „Union“ einmal Tatsache geworden ist und das ganze ehemalige England zu einem verbrämten nordamerikanischen Gefolgsstaat geworden ist. Selbst ein bloßer Repräsentationsposten ohne alle Rechte ist für ihn im Raum der „Union“ fraglich geworden, seitdem im Frühsommer 1941 amerikanische Stimmen den Engländern öffentlich erklärten, im Falle einer Vereinigung der beiden Mächte müßten die Engländer selbstverständlich auf das Königtum verzichten. Man muß sich vorstellen, wie solche Zumutung auf das stockkonservative regierende England wirkt, wo der König eine zwar schablonierte, aber geradezu rituelle Einrichtung ist. Aber wenn die Engländer nach Bismarck schon in normalen Zeiten sogar katholisch werden würden, um sich in irgendeinem Konflikt den französischen Degen zu sichern, dann wird ihnen auf dem Höhepunkt der britischen Krise mit der völligen Vereinsamung in Europa, den Zusammenbruch des Empires im ostasiatischen Kriege vor Augen, nicht nur eine mehr oder weniger getarnte Unterstellung unter die USA., sondern schließlich auch der Verzicht auf das Königtum genau so unabwendbar erscheinen wie ihre inzwischen erfolgte Ausschaltung aus Europa.

Der alte Baldwin bemerkte einmal in einer Rede: „Die Insellage hat den Engländern zwölf Jahrhunderte ruhiger Entwicklung und dann der bürgerlichen Disziplin gebracht.“ Er wäre niemals auf den Gedanken gekommen, daß diese ruhige Entwicklung und das, was er als sehr wohlsituiertes Mitglied der britischen Plutokratie die „bürgerliche Disziplin“ nannte, nichts anderes war als der raffiniert übersteigerte britische Händlergeist und die Entfremdung des englischen Volkes von der *nationalen* Disziplin der Wehrpflicht, Wehrkraft, Wehrmacht. Eng-

land, gewohnt, seine Kriege durch andere ausfechten zu lassen, mußte versagen, als es zum erstenmal um seine Existenz zu kämpfen hatte. Einen nationalen Existenzkampf kann nur ein Volk in seiner *Gesamtheit* führen. Im zweiten englischen Kriege gegen Deutschland hat man diese Binsenwahrheit in England noch immer nicht begriffen, noch immer ließ die regierende Schicht andere für sich kämpfen. Ging es nicht mehr durch andere Völker, nun dann eben durch Engländer, soll heißen: Engländer nicht der regierenden, sondern der regierten Kreise, die ja seit Jahrhunderten dazu erzogen waren, in den Land-, Industrie- und Finanzlords höhere Wesen zu sehen.

England sah sich in diesem Kriege lange allein gelassen von seinen Bundesgenossen. Das englische Volk, das in ungewohnt hohem Maße diesmal die Soldaten stellen mußte und gleichzeitig wohl vergeblich auf die Versorgung seiner Soldatenfamilien durch die plutokratische Regierung wartete, sah sich schließlich auch *von seiner regierenden Kaste allein gelassen,* die ihre Kinder, Rennpferde und Hunde rechtzeitig nach den USA. geschafft hatte. Die oberen Zehntausend sahen wirklich keine Möglichkeit, sich mehr als sonst an diesem Kriege als Kämpfer zu beteiligen, den sie ja nicht zu diesem Zweck heraufbeschworen hatten. Sie waren auch tatsächlich überreichlich damit beschäftigt, ihre Vermögen zu sichern oder zu flüchten, ihre Golfplätze und Jagdgelände gegen das Umpflügen und Bebauen zu verteidigen (man muß einmal den 10. August, den Beginn der Hühnerjagd in Schottland, dort miterlebt haben, um eine leise Vorstellung davon zu bekommen, was alle diese Vorrechte in England bedeuten), ferner die größtmöglichen Gewinne aus dem Kriege zu ziehen und in den bombensicheren

Speise- und Tanzräumen der fashionablen Hotels standesgemäß aufzutreten.

Es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß die gesellschaftliche Korruption in den United States of America sich von der in den Staaten Seiner britischen Majestät nicht unterscheidet. Das liegt in der Verwandtschaft und in der Gleichheit des Emporkömmlingtums sowie in der jüdischen Versippung. Aber ebenso unzweifelhaft ist es, daß alle jene Merkmale der inneren Verfassung Englands in den nordamerikanischen Ablösungsplänen ein Wort mitgesprochen haben. Diese Merkmale gehörten nebenbei auch zu der Bestandsaufnahme des wortkargen Mister Hopkins. Die Amerikaner wären Narren gewesen, wenn sie die innere Wurmstichigkeit Englands bei ihren Erb- und Weltherrschaftsplänen nicht voll in Rechnung gestellt hätten.

In Washington überblickte man im Vorstadium der angelsächsischen Ablösung mit der Gelassenheit eines Börsenspekulanten, der seiner Beute sicher ist, den Weg Englands von der „splendid isolation“ bis zur Bündnisunfähigkeit, die den Briten indirekt schon in den peinlichen Moskauer Wochen des Sommers 1939 attestiert worden war. England selbst war es, das die seinerzeit für allein seligmachend gehaltene „splendid isolation“ durch das Bündnis mit Japan vom Jahre 1902 fallen gelassen hatte. England selbst war es, das im Juni 1940 die von Narvik bis Dünkirchen nachgewiesene eigene militärische Unterlegenheit durch ein „Unions“ - Angebot an Frankreich übertünchen wollte, mit dem Dolus, sich die französischen Kolonien und Mandate und gleichzeitig damit auch die französischen Kolonialarmeen einzugliedern und mit diesen neuen Mitteln den Krieg weiterzutreiben. England selbst

war es, das nach der Überlassung seiner wichtigsten Stützpunkte an der Ostküste Amerikas durch Minister, wie den Kanadier Beaverbrook, durch bestellte Parlamentsredner und ebenso bestellte Pressediskussionen *sich selbst den Amerikanern in Bausch und Bogen anbot.* So hat England seine Bereitschaft zum Verzicht sogar auf Selbständigkeit dokumentiert, nachdem man in Washington anderthalb Kriegsjahre lang wohlweislich mit der Kriegshilfe gezögert hatte, weil man anderthalb Kriegsjahre lang Beweise für die Bündnisunfähigkeit Old Englands sammelte und auch reichlich erhielt.

Amerika, das nichts weiß und wissen will von Begriffen wie Mutterland, Tochterland, „Brücke zwischen der Alten und Neuen Welt" usw., zieht heute die Bilanz aus den Erfahrungen von mehr als 170 Jahren mit der gleichen erbarmungslosen Kälte, wie einer seiner Trusts einen unterlegenen Gegner abschlachtet. Das wäre im Wege noch so hoher Anleihebegebung wie einst im Weltkriege niemals möglich gewesen. Mit der „Verpachtung und Verleihung" von Kriegsmaterialien, d. h. mit dem Griff nach den britischen Sachwerten, ist das fast ein Kinderspiel. Dieses Spiel war, solange Amerika sich nicht am Kriege direkt beteiligte — und es hatte mehr als einen Grund, diese Beteiligung möglichst lange zu meiden —, *risikofrei* und trotzdem mit der denkbar *größten Gewinnquote* verbunden. Denn es gehört für amerikanische Begriffe mit aller geschäftlichen Selbstverständlichkeit dazu, daß die Preise, d. h. die Forderungen nach britischen Grundliegenschaften, allmählich um so höher werden, je mehr England sich in ausweglose Kriegsnöte verschiedener Art verstrickt.

Im Gefolge dieser Kriegsnöte steht zudem eine Tat-

sache, die man in England geflissentlich totzuschweigen versucht, um nicht unliebsame und höchst unzeitgemäße Erinnerungen aufzufrischen: *Englands bedingungsloser Zahlungszwang* gegenüber den USA. Dieser Zahlungszwang bleibt in *jedem* Falle bestehen, ganz gleich, ob die amerikanischen Lieferungen zu 25 oder zu 50 oder zu 75 Prozent versenkt werden. Diese Feststellung sieht auf den ersten Blick nach einer Binsenwahrheit aus, ist aber für unsere Betrachtungen von großer Bedeutung:

Beide Geschäftspartner wissen genau, daß es angesichts der deutschen Abwehrmaßnahmen nach menschlichem Ermessen unmöglich ist, daß das amerikanische Material auch nur zum größeren Teil bis in englische Häfen gelangt. (Zum Überfluß hat kein Geringerer als Herr Roosevelt selbst in der Mairede am Kamin 1941 bemerkt, daß selbst der englische und amerikanische Schiffsbau zusammen nur die Hälfte der Schiffsversenkungen ausgleichen könnte.) England muß also ganz bewußt das chancearme Risiko eingehen, sich für Lieferungen zu verschulden, die überwiegend *gar nicht in seine Hände kommen*, sondern auf den Meeresgrund sinken. Das ist kaufmännisch und wirtschaftlich eine Verrücktheit, politisch eine der vielen von England selbst verschuldeten Zwangslagen. Amerika seinerseits rechnet geradezu mit diesem Risiko. Denn da gar nicht die Rettung Englands, sondern die möglichst lange Erhaltung der europäischen Front Amerikas bis zur eigenen Aufrüstung sowie die Beerbung Englands das Ziel der Rooseveltkreise ist, so kann ihm jede Steigerung der britischen Verschuldung nur ein Fortschritt auf dem Wege zur eigenen Weltherrschaft sein.

Der Endeffekt besagter Verrücktheit besteht darin, daß die USA. als Gläubiger in jedem Falle die Gewinner *so*

hoher Schuldtitel sein werden, daß ein politisch, militärisch und wirtschaftlich ruiniertes England seine Schulden mit Geld überhaupt nicht mehr, sondern nur noch mit Liegenschaften abdecken kann, zumal England bekanntlich Geldschulden nicht zahlt. Dieser Zahlungszwang Englangs hinsichtlich seiner Sachwerte war *die bestimmende Spekulation Washingtons bei dem famosen „Pacht- und Leihgesetz"*, also auch bei dem Neutralitätsschwindel, dies und nichts anderes.

Folglich wird Amerika die Schulden beider englischer Kriege gegen Deutschland bei dieser einzigartigen Gelegenheit einer allgemeinen Kontobegleichung zusammenzählen. Es ist dabei gleichgültig, ob der Ausverkauf britischer Grundliegenschaften großen Stiles noch während dieses Krieges oder erst danach beginnt. In jedem Fall wird es kein Verkauf mehr, sondern ein Übergang britischer Gebiete in amerikanischen Besitz auf dem Wege der Schuldverschreibung sein, den man vielleicht noch mit der bekannten „Verpachtung auf 99 Jahre" retuschieren wird. Mit anderen Worten: England hat sich in eine aussichtslose Schuldknechtschaft hineinmanövriert, die nur mit der Löschung des Kontos England im amerikanischen Hauptbuch enden kann.

Damit wird auch klar, warum sich die USA. trotz der Weltkriegserfahrung so *auffallend wenig Sorge* um die Bezahlung der Lieferungen an England machen und warum Herr Roosevelt noch *vor* der Annahme des Englandhilfe-Gesetzes sogar versichern konnte, die Vereinigten Staaten würden an England *auch dann liefern, wenn es überhaupt nicht zahlen könnte.* Da war der amerikanische Beerbungsplan einschließlich seiner weltherrschaftlichen Ausweitung längst bis in die letzten Einzelheiten ausge-

arbeitet, und Herr Roosevelt konnte sich mit der ihm eigenen Bedenkenlosigkeit auf die politische Caritas hinausspielen.

Das Wort „business as usual" stammt zwar aus dem englischen Mutterlande. Aber die Mutter muß sich heute mit sehr gemischten Gefühlen sagen, daß sie eine überaus gelehrige Tochter — hat? nein, *gehabt* hat.

III.

Englands Demaskierung

„Hinter dem Gespenst einer deutschen Vorherrschaft, gegen die die Engländer zu kämpfen glauben, sehen sie den gigantischen Schatten einer amerikanischen Vorherrschaft auftauchen.“ Senator Luigi Barzini, Januar 1940, Popolo d'Italia.

Für denjenigen, der die Entwicklung des englisch-amerikanischen Verhältnisses nicht ständig genau verfolgt hat, ist es kaum faßbar, in welchem Ausmaß und mit welcher grotesken Kurzsichtigkeit England der Spekulationspolitik Washingtons in die Hände gearbeitet und sich selbst die Schlinge um den Hals gelegt hat. Die Ironie des Schicksals wollte es, daß die regierende britische Kaste dabei selbst den Bock zum Gärtner machte: die beiden Henkersknechte sind der Halbamerikaner Churchill und der Kanadier Beaverbrook, der sich beiläufig noch im Frühjahr 1941 als Minister für Flugzeugbeschaffung öffentlich über die „stupiden Pferdehandelsmethoden“ erboste, mit der sein Vorgesetzter Churchill die Überführung Englands in die amerikanische Botmäßigkeit betrieb.

Eben diesen Churchill aber, den politische Kreise Englands in der Zeit seiner Ministerpräsidentschaft so gern unter die Großen der allbritischen Politik rechneten, beurteilt man drüben in den USA. so: „Er ist ein Engländer und das Symbol der engen kleinen Insel“, wie es Eliot Janeway im Sommer 1941, also auf der Höhe der Macht Churchills, in der größten Zeitschrift „Life“ schreibt.

Etwa um die Zeit des Amtsantrittes des Lord Halifax als Botschafter in Washington setzt in England geradezu ein Exhibitionismus hinsichtlich der Aufzeigung der inneren und äußeren Schwächen gegenüber dem gelassen lauernden Nordamerika ein, eine Selbstbloßstellungssucht, gegen die sich der altbritische konservative Inselstolz nicht durchzusetzen vermochte. England hatte sich in den letzten hundert Jahren immer mehr zu einem riesigen Handels- und Industriekontor entwickelt. Im gleichen Tempo schrumpfte die eigene Ernährungsbasis zusammen, und die ausländischen Zufuhren schnellten in die Höhe. Die terroristische Hinausgraulung der englischen Bauern und die Umwandlung ihrer Äcker in Jagdgelände, Golfplätze und bestenfalls Schafweiden ist ja nur ein kleiner Ausschnitt aus diesem ganzen Kapitel britischen Dünkels und Weltherrschaftsgefühls. England selbst hatte seine ernährungspolitische Sicherheit untergraben und setzte das unbekümmert um die ernste Lehre durch die deutschen U-Boote im Weltkriege fort. Gleichzeitig mußte England feststellen, daß es nicht mehr im gewohnten Ausmaß Herr auf den Märkten der Welt war. Andere Mächte, nicht zuletzt die Vereinigten Staaten, drangen in allen Teilen der Welt in britische Domänen ein.

Aber selbst die altgewohnten und von England stets als maßgeblich angesehenen Wirtschaftsformen sahen sich einem neuen fremden Konkurrenten gegenüber, den man sehr bald ernst nehmen mußte: Die revolutionären Wirtschaftsgrundsätze der autoritären Staaten schlugen empfindliche Breschen in die kapitalistischen Weltwirtschaftswälle. Diplomatische Positionen in Europa und anderen Erdteilen gingen verloren, entweder schon bevor sich die nationalistische Selbstbesinnung in vielen von England

beherrschten Ländern regte oder als Vorläufer solcher Bewegungen.

Zum Überfluß hatte England in seinem traditionellen Hochmut einerseits und in seiner Judenhörigkeit andererseits ganz unbeachtet gelassen, daß der jüdische Internationalismus mit den beiden Zentralen Washington—New York und London inzwischen längst eine *regelrechte Dachorganisation zur Beherrschung der beiden angelsächsischen Reiche* errichtet hatte, so daß England nicht einmal mehr Herr im eigenen Hause war. Die Entlarvung der militärischen Schwächen der britischen Arroganz, zumal die Zerstörung des Nimbus der Britenflotte, der seit der Skagerrakschlacht keinerlei Proben mehr zu bestehen gehabt hatte, gaben der Weltstellung Englands den Rest. Man begann selbst in solchen Ländern, die sich von England in irgendeiner Form abhängig gemacht hatten, zu erkennen, daß *das britische Weltreich* mitsamt der angeblichen Allmacht Englands *eine Fiktion* gewesen war.

Aber selbst in dieser neuen, erschreckenden Lage bedachte man in den maßgeblichen Kreisen Englands nicht, wie sehr man sich selbst durch die verbohrte Fortsetzung eines fast verlorenen Krieges mit allen seinen schweren militärischen und politischen Niederlagen und allen seinen verhängnisvollen Auswirkungen vor dem amerikanischen Erbschleicher bloßstellte und wie alle Schwächen Englands um so deutlicher klar wurden, je länger der Krieg dauerte, Schwächen, die in einem allzu schroffen Widerspruch zu dem Dogma von der britischen Unfehlbarkeit, Unantastbarkeit und Unangreifbarkeit standen. Wohl empfand man die Aufdeckung der britischen Schwächen gegenüber dem vermeintlichen Freunde jenseits des Atlantik als sehr peinlich — aber niemals wäre man in

London bis zur offenen Verkündung der amerikanischen Erbschaftspolitik auf den Gedanken gekommen, daß man in Washington irgendwelche Folgerungen daraus ziehen werde, die den Bestand des englischen Weltreichs selbst, ja die englische *Souveränität* antasten würden. Und während man sich innerlich auch dann noch gegen erschreckende Erkenntnisse sträubte, als es längst zu spät war, begann man doch in den zahlenmäßig sehr beschränkten einsichtigen englischen Kreisen instinktiv zu fühlen, wie dieser zweite englische Krieg gegen Deutschland *den USA. direkt in die Hände arbeitete.*

Es gab schon 1937 ein Anzeichen dafür, daß man in Washington hinter die britischen Prestigekulissen zu sehen wußte. Wir haben schon erwähnt, daß England infolge seiner sinnlosen Anbaupolitik im stärksten Umfange auf ausländische Zufuhr angewiesen ist. Was schon im Frieden nicht mehr unbedenklich war, mußte in jeder Kriegsgefahr zu einer Bedrohung werden. Im Kriege mußte England erst recht von der ausländischen Zufuhr an Lebensmitteln, Futtermitteln, Rohstoffen und Kraftstoffen abhängig sein. Es sandte daher im Jahre 1937 den ehemaligen Handelsminister Lord Runciman nach Washington zu Verhandlungen. Die englische Handelsbilanz mit den USA. war schon damals stark passiv zugunsten der USA. Diese witterten das große Geschäft für den Kriegsfall und forderten *uneingeschränkte Öffnung des allbritischen Marktes* für amerikanische Waren. Die Forderung bezog sich also nicht mehr auf England, sondern auch auf die Dominien und die britischen Kolonien. Runciman mußte unverrichtetersache wieder abziehen, die Forderung Washingtons erschien in London damals noch als eine Zumutung. Jenes amerikanische Ansinnen ist nur eine der

Vorstufen zu der viel weiter gegangenen Entwicklung von heute. Der Handelsvertrag mit den USA. kam, wie wir gesehen haben, dann doch noch mit der Verzögerung von fast einem halben Jahr zustande. Aber Washington hatte es durchgesetzt, daß er sich *auf das ganze Empire* bezog.

Die politische Demaskierung Englands hat seitdem Riesenschritte gemacht. Wir erinnern beispielshalber nur an Tatsachen wie die, daß nicht nur in ganz Europa, sondern auch in Ostasien die größten Umwälzungen erfolgten, ohne daß die einstige Weltpolizeimacht England überhaupt gefragt wurde oder daß sie ihren Willen geltend machen konnte; die Tatsache ferner, daß gerade England, Herrscher über Hunderte von Völkern aller Rassen, in dem zweiten Kriege gegen Deutschland schließlich keine freiwilligen Bundesgenossen fand — und dies trotz eifrigen Herumhausierens mit sehr weitgehenden Angeboten, deren Einzelheiten vermutlich erst in späteren Jahren vollinhaltlich bekannt werden dürften; die Tatsache, daß britische Versprechungen keinerlei praktischen Wert mehr hatten; die Tatsache, daß das einst für allmächtig gehaltene England seit 1941 in den Vorzimmern Washingtons noch viel kläglicher herumbettelte als in den Moskauer Vorzimmern im Sommer 1939.

Ungleich eindrucksvoller noch war die englische Demaskierung auf militärischem Gebiet:

1. Bis zum abessinischen Kriege hatte England auch den Amerikanern das Bild einer schier unangreifbaren Macht mit entsprechenden Mitteln geboten. Dieser Nimbus war in dem Augenblick verflogen, als man in Washington sehen mußte, daß England die bisher einzige und größte Chance seines bedeutendsten Machtmittels, seine Flotte,

bei der deutschen Skandinavien-Expedition nicht zu nutzen wußte, ja nicht einmal einen ausreichend energischen Versuch dazu unternahm.

2. Dafür erbrachte die mit soviel Reklamelorbeer vorbedachte britische Flotte den ständigen Nachweis, daß sie nicht einmal die Zufuhr für die Heimatinseln sichern, geschweige denn die Weltmeere beherrschen konnte.

3. Die eigene Expedition des englischen Landheeres nach dem europäischen Festlande endete im Sommer 1940 mit seiner militärischen Vernichtung, ja gar mit seiner schimpflichen Flucht unter Anführung des Oberkommandierenden Lord Gort, der dafür einen der höchsten Orden und etwas später die Versetzung auf einen einflußlosen Posten erhielt.

4. Die Royal Air Force, von Churchill und Beaverbrook mit immer neuen Vorschußlorbeeren ausgestattet, erwies sich vom ersten Kriegstage an dem deutschen Gegner unterlegen, der bald die Luftzone von Narvik bis zur Biskaya weit in den Ozean hinaus beherrschte.

5. Ungeachtet ihrer riesigen natürlichen Mittel und Reichtümer, ungeachtet auch der fast 500 Millionen Menschen des Empire brachte die Weltmacht England nicht eine einzige Offensive von nachhaltigem Erfolge zustande.

6. Die englische Blockade gegen Deutschland verwandelte sich in eine Blockierung Englands, ohne daß dieses die Umkehrung seiner Aktion trotz seiner angeblichen Beherrschung der Meere zu hindern oder auch nur aufzuhalten vermochte.

7. England hat rund 180 Kriege geführt, unzählige Einzelfeldzüge, „Strafexpeditionen“ usw. in seinen Kolonien gar nicht mitgerechnet. Jetzt mußte England zum ersten Male seinen Mann in einem Kriege stehen, in dem

es sich nach kurzer Zeit auf sich allein angewiesen sah, eine Tatsache, die zur Quelle allgemeiner Erkenntnis seiner vielen Schwächen wurde. Aber das britische Weltreich? Hatte es nicht unerschöpfliche Hilfsmittel und Menschenreserven? Demgegenüber ergibt sich sofort die Frage: Wo sind die Massenheere der britischen Dominien und Kolonien wie einst im Weltkriege? Sie haben nur Bruchteile dessen in den englischen Bankerott investiert, was sich London erhofft hatte. Vielfach haben die englandhörigen Kreise in den Dominien sogar beträchtliche Widerstände gegen die Kriegshilfe für den englischen Krieg und gegen eine Verwendung der eigenen Truppen im Auslande wie in Australien und in Kanada im Februar 1941 überwinden müssen. Dazu kamen die steigenden Schwierigkeiten in Indien. In Ostasien mußten Tientsin, Peking und Schanghai aufgegeben werden; Hongkong war nach Ansicht aller militärischen Fachleute ein verlorener Posten. Englands stärkster Kampfplatz, die Zwingburg Singapore, wurde im Januar 1942 von den Japanern erobert. Im Kanal darf sich England nicht mehr blicken lassen — ungeachtet seiner angeblich unüberwindlichen Flotte, ungeachtet seiner angeblich unüberwindlichen Luftwaffe (deren Unterlegenheit Churchill dann im April 1941 im Unterhaus nach dem Zusammenbruch auf dem Balkan endlich zugegeben hat), ungeachtet auch so gewaltiger Seefestungen wie Portland, Plymouth und Portsmouth. Wer kann nach alledem sagen, wie England und sein Weltreich am Ende dieses Krieges aussehen werden?!

8. Es gibt Stimmen genug, die die Demaskierung Englands in seinen Schwächen auch in englischer Sprache offen zugeben. Wir greifen von vielen eine heraus, freilich eine, die publizistisch ihr Gewicht hat. Hector Bywater, Marine-

sachverständiger des „Daily Telegraph“, der Mann mit den besten Beziehungen zur Admiralität, schrieb schon im Oktoberheft 1940 der „Current History“ eine sorgenvolle Bilanz, in der es u. a. heißt: „England ist nicht nur eine Insel, die von der See für ihre Verteidigung abhängt, sondern das Haupt eines riesigen Weltreiches, dessen Einzelteile sich nicht selbst verteidigen können. Kein Krieg ist denkbar, in dem England seine ganze Flotte sicher an einem Punkt zusammenziehen könnte. Außerdem muß aber die englische Flotte die ganze Versorgung des Landes mit Lebensmitteln sichern. Die Engländer haben *das deutsche U-Boot von 1917 nicht vergessen. Kein Land ist so von Hungersnot bedroht!* Zudem kann Japan Englands ostasiatische Besitzungen besetzen und ihren Handel lahmlegen, ja es kann Indien und sogar Australien bedrohen.“

Solche Offenherzigkeiten — von den zahlreichen ähnlichen Äußerungen der Minister gar nicht zu reden — hat man drüben in Washington zweifellos sorgsam in die Akte „Ablösung des britischen Weltreiches“ eingetragen. Einen nach allen Seiten gesicherten, bestens gerüsteten, bestens geführten und organisierten Staat nimmt man gern zum Bundesgenossen — einen Staat, der schon im ersten Teil eines Krieges alle seine politischen und militärischen Schwächen offenbaren muß, nimmt man nicht als „Seniorpartner“, sondern als Gefolgsstaat.

Es entsprach diesem Charakter als Gefolgsstaat, wenn die Regierung Roosevelt im Juli 1941 schließlich gar einen *Delegierten in die englische Regierung* entsenden konnte. Von dieser Zeit an nahm Mister Hopkins an den Londoner Kabinettssitzungen teil, in seiner Eigenschaft als Administrator des Pacht- und Leihgesetzes. Es ist der erste Fall in der Geschichte Englands, daß ein Ausländer

Zutritt zu den Sitzungen des Kabinetts erhielt. Nicht einmal der englische König hat dieses Recht.

Auf der gleichen Linie liegt es, wenn die amerikanische Botschaft in London im Laufe des Jahres 1941 schnell den Umfang und die Funktionen eines Ministeriums annahm. Dabei residierten in London außer dem Botschafter noch die beiden Sondergesandtschaften Hopkins und Harrimans, von denen der letztere ebenfalls amerikanische Büros von der Größe eines kleinen Ministeriums leitet — offiziell für die Lieferungen, daneben aber vor allem als Kontrollbehörde für die englische Kriegswirtschaft. In dieser Funktion unternahm Harriman Inspektionsreisen durch englische Außenbesitze, beispielsweise durch Afrika; man will in Washington ganz genau wissen, was man einmal in der Erbmasse zu erwarten hat.

Es war mit der Bloßstellung der politischen und militärischen Schwächen noch nicht einmal getan. Das Land, das jahrzehntelang den Rang des reichsten Staates der Welt mühelos halten konnte, bot den USA. das Bild, daß seine Finanzaristokratie ihre Vermögen zum Teil schon vor Beginn des Krieges nach Kanada und den Vereinigten Staaten geflüchtet hatte — *welch ein „Vertrauensbeweis" der herrschenden Kaste in die Stärke des eigenen Staates!* Dabei war schon ein ganzer Strom von Gold, Wertpapieren und Aktien in den letzten Jahren vor dem Kriege nach der Wallstreet abgewandert. Das englische Pfund Sterling, einst die beherrschende Währung der Welt, war zum Schatten seiner selbst geworden. Vor dem Weltkriege hatte das englische Pfund den Vorrang vor allen anderen Währungen. Es war eine Nachwirkung seiner maßgeblichen Stellung, wenn es England sogar nach der Loslösung vom Golde im Jahre 1931 gleichwohl noch

gelungen war, einen Teil dieser Weltgeltung seiner Währung wieder aufzuholen. Seitdem ist auch der Pfundblock, für den England eine Reihe von Ländern gewinnen konnte, längst für immer zerfallen. Die Weltgeltung des Pfundes gehört der Geschichte an — es kämpft heute einen aussichtslosen Kampf gegen den vordringenden Dollar.

Eine Parallele dazu ist der *Schwund der englischen Schiffahrt auf den Weltmeeren.* Ein Beispiel für viele: Auch hier ging die bestimmende Initiative auf Grund der englischen Schwächeerscheinungen von den lauernden USA. aus. Ende März 1941 wurde zwischen Washington und London ein „gemeinsamer Schiffahrtsplan" erörtert. Trotz der Schärfe der englischen Zensur melden Londoner Blätter dabei folgende amerikanische Forderungen:

1. Die britischen Handelsschiffe sollen den Stillen Ozean ganz verlassen; er soll nur noch von Schiffen der Vereinigten Staaten befahren werden.

2. Die USA. wünschen ferner den Schiffahrtsverkehr von ihrem Gebiet nach — dem britischen Dominion Südafrika zu übernehmen, für dessen Häfen sich die Öffentlichkeit der Staaten in höherem Auftrage schon des öfteren im Zusammenhang mit den Plänen Washingtons hinsichtlich der westafrikanischen Küste sehr deutlich interessiert hatte.

Tatsächlich begann der Rückzug der britischen Schiffahrt aus den Meeren Ostasiens noch vor Beginn des Jahres 1941 in größtem Maßstabe. Im Frühjahr folgten weitere; so gab die Canadian Pacific Line Ende April 1941 die Einstellung ihrer Linien im Stillen Ozean bekannt. Die drei größten englischen Fahrgastschiffe der dortigen Linien, die „Empress of Asia" (was für ein ominöser

Name in diesem Zusammenhange!), die „Empress of Russia“ und die „Empress. of Canada“ verschwanden aus der Fernostfahrt.

Der „gemeinsame Schiffahrtsplan“, von dem oben die Rede war, mündete dann im Spätsommer 1941 in die „anglo-amerikanische Schiffahrtsunion“. Sie ist das rechtsgültige Dokument für die Übernahme der Schiffahrt auf allen sieben Weltmeeren durch die USA. an Stelle Englands — mit Ausnahme der Linien im Nordatlantik (es war damals mit der Bewaffnung der 900 amerikanischen Handelsschiffe noch nicht so weit). 290 Jahre nach Cromwells Navigationsakte ließ Herr Roosevelt die Grundlage der englischen Handelsvorherrschaft zur See durch eine englisch-amerikanische Schiffahrts-„Union“ beseitigen, nachdem er sich lange vorher die Übernahme der englischen Flotte gesichert hatte.

Kurz, das äußere Gesamtbild Englands mußte sich in dem geschichtlich winzigen Zeitraum von noch nicht einmal anderthalb Jahren auch in den Augen der Vereinigten Staaten so stark wandeln, daß man drüben kein erfolgreicher Schüler des britischen Händlergeistes und des britischen Imperialismus gewesen wäre, wenn man sich diese einzigartige Gelegenheit hätte entgehen lassen, den halbtönernen Koloß beiseitezuschieben und auf verhältnismäßig billige Weise in absehbarer Zeit zu einem Weltreich zu kommen, mochte man die spätere „Union“ offiziell nennen, wie man wollte. Die Frage, wieviel dabei von dem britischen Empire zu erben war, blieb zunächst noch eine Angelegenheit zweiter Ordnung.

Es blieb dem Londoner „Economist“ vorbehalten, die Entthronung des einstigen britischen Hochmutes in einem Satz zusammenzufassen. Das Blatt erklärte im März 1941,

bei der Feststellung des Friedens *müsse England den Vereinigten Staaten den Vortritt lassen!* Dabei war die Bemerkung des „Economist", die vielleicht noch nicht einmal aus der Redaktionsstube stammte, nur eins von vielen Anzeichen beginnender englischer Resignation, deren Bekämpfung der Regierung Churchill so viele Mühe machte. Ein spanischer Berichterstatter in London schilderte im Frühjahr 1941 seinem Blatt ausführlich, wie in vielen englischen Kreisen sorgenvoll die Frage erörtert würde, welche Rechte und Ansprüche die Vereinigten Staaten auf Grund des „Pacht- und Leihgesetzes" gegenüber England noch erheben würden, z. B. auch solche, die England bis zu diesem Kriege stets rundweg abgelehnt hatte, wie eine mehr oder weniger deutliche Vorherrschaft in der Welt *einschließlich* des Mitbestimmungsrechtes in britischen Angelegenheiten.

IV.

Blick ins Empire

„Es ist möglich, daß wir sogar noch zu unseren Lebzeiten den Zusammenbruch und das Zerbröckeln dieser großen englischen Schöpfung des Empire verfolgen können." Der jüngere MacDonald als Dominienminister, 13. 12. 1938.

Das britische Weltreich nimmt ein Viertel der bewohnten Erdoberfläche ein und enthält ein Viertel der Menschheit als Bewohner. Es übertrifft die Größe des „Mutterlandes" um etwas mehr als das Hundertfache und ist dreimal so groß wie unser Erdteil Europa. Es umfaßt ein Areal von 34 938 000 qkm mit 516 Millionen Einwohnern. Sein Besitz beträgt in

Asien	5 609 000 qkm mit	382 Mill. Einw. oder 68 Einw. auf 1 qkm
Afrika	9 926 000 qkm mit	60 Mill. Einw. oder 6,1 Einw. auf 1 qkm
Amerika	10 584 000 qkm mit	14 Mill. Einw. oder 1,3 Einw. auf 1 qkm
Australien	8 500 000 qkm mit	10 Mill. Einw. oder 1,2 Einw. auf 1 qkm

Zu seinen menschlichen Reserven zählen u. a. etwa 375 Millionen Inder in Indien und auf Ceylon, ferner 40 Millionen Neger, 6 Millionen Araber, 6 Millionen Malaien, 1 Million Chinesen, 1 Million Polynesier, 100 000 Indianer (Kanada) usw. England besaß bis zum Kriege 35% der Welttonnage, 42% aller Baumwollspin-

deln und nächst den USA. den größten Goldschatz der Welt. Alljährlich flossen Hunderte von Millionen Pfund Sterling aus den Dominien, Kolonien, „Mandaten", Reservationen usw. nach England, dessen Außenbesitz und Handel die größte Flotte der Welt schützte. England war bis zum zweiten Kriege gegen Deutschland eine Weltmacht von solcher Stärke, daß es sich noch nach dem Weltkriege große Gebiete auf der arabischen Halbinsel aneignen konnte, ohne daß sich irgendwo ein ernstlicher Widerspruch regte, die Aneignung mochte so unberechtigt und die Mittel dazu so skrupellos sein, wie sie wollten.

Mußte man nicht annehmen, daß das „Mutterland" und seine Bewohner alles aufbieten würden, um eine derartige Fülle von Besitz und Reichtum durch ständigen Einsatz zu sichern und zu fördern? Es war nicht so. Der Engländer war es von jeher nicht gewohnt, sich innerhalb der englischen Belange um Dinge zu kümmern, die seinen persönlichen Bereich nichts angingen. Für das Regieren hatte er eine Kaste, die dazu in Eton, Cambridge, Oxford usw. vorbereitet wurde. Für die Austragung von Kriegen hatte er die Flotte und das Söldnerheer, falls es einmal dazu kam, daß man auf englische Truppen zurückgreifen mußte. Für die Austragung von Fußballwettspielen hatte er die Fußballvereine mit ihren Cracks (es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß die Engländer allgemein ein Sportvolk oder Fußballspieler sind; dazu sind die Vereinsmitglieder da, die in ihrer Gesamtheit einen verblüffend geringen Anteil der Bevölkerung bilden, die nur die Zuschauermassen stellt). Das alles war immer so und sollte auch so bleiben.

Dementsprechend glaubte man auch, daß die Versorgung der Kolonien usw. mit englischen Beamten, Kauf-

leuten, Ingenieuren durch die Entnahme aus den stets gleichen Schichten für alle Zeiten geregelt und damit gesichert war. Es gehörte auch noch um die Jahrhundertwende zum guten Ton unter den Absolventen der Colleges der High Society, als Vorbereitung auf einen höheren Posten in der Diplomatie, in der Verwaltung, in der Regierung oder ähnlichen Bezirken für einige Zeit in die Kolonien zu gehen, wie es die Väter getan hatten, die dort zu Geld, Ansehen und Einfluß gekommen waren.

Es zeigte sich schon in den Jahren vor diesem Kriege, daß der Mangel an Interesse gegenüber den Empiregebieten im Nachwuchs aller englischen Kreise geradezu erschreckende Formen angenommen hatte im gleichen Maße, wie das Gefühl für Arbeitsehre, Arbeitspflicht, Schaffensfreude in der englischen Jugend verlorenging. In diesem größten Commonwealth, diesem mächtigsten Staatentrust der Welt wurde von englischen Beobachtern, Politikern, Volkswirtschaftlern und Statistikern eine immer stärkere *Gleichgültigkeit gerade des Nachwuchses* gegen die Außenbesitzungen Großbritanniens festgestellt.

So kam es dazu, daß der Anteil der weißen und vor allem englischen Bevölkerung in den Dominien und Kolonien immer geringer wurde und der Farbige im umgekehrten Verhältnis emporschnellte. Man hat ausgerechnet, daß aus England in jedem einzigen Jahre mindestens 200 000 Menschen in die Außenbesitzungen gehen müßten. Erst dann wäre das erforderliche Zuwachskontingent von 2% erreicht. Tatsächlich steht nicht einmal ein Bruchteil davon für Verwaltung, Handel und Wirtschaft zur Verfügung. Ja, es war in letzter Zeit sogar schon fraglich geworden, ob England diese 200 000 Menschen für die Kolonien jährlich überhaupt noch aufbringen konnte

selbst dann, wenn den Nachfahren die Eroberungen ihrer Väter nicht gleichgültig geworden wären: Seit 1940 ist die Geburtskurve in England hinter der Sterbekurve zurückgeblieben. Es ist nur eins der vielen Anzeichen für die tatsächliche Überalterung Englands. Auch ohne den leichtfertigen Krieg wäre wahrscheinlich in einer absehbaren Reihe von Jahrzehnten die Zeit gekommen, wo sich selbst die hochmütigsten Kreise der britischen Plutokratie hätten fragen müssen, woher sie noch die englischen Menschen nehmen wollten, um ein Reich von der Größe eines Viertels der bewohnten Erde zu verwalten.

Noch ein anderes kommt hinzu. Die *„Reichsidee"*, die man von London gern den einzelnen Teilen des Empire eingepflanzt hätte, ist niemals etwas anderes gewesen als ein *Wunschgedanke* der Londoner Zentrale. Aus dem Weltkriege und aus der Beteiligung der Kolonien mit höchsten Blutopfern, die ein Vielfaches der englischen Verluste darstellten, entstand in den großen Einzelheiten des Empire die Forderung nach größerer Selbständigkeit. Dort dachte man damals noch nicht an so weitgehende Wünsche, nun gleich Staaten mit eigener Souveränität auszurufen, obwohl England dergleichen praktisch nicht hätte verhindern können. Man begnügte sich mit der Forderung nach freierer Selbstverwaltung. Sieben Jahre wich England mit den bewährten Verschleppungsmethoden aus, die man in London überall da anwendet, wo unbequeme Entwicklungen Entscheidungen verlangen. Schließlich mußte London dann doch 1926 eine Empirekonferenz einberufen und Australien und Neuseeland, Kanada und Südafrika so etwas wie eine Gleichberechtigung zubilligen. Aus den Kolonien wurden Dominien, die in ihren Angelegenheiten durch ihre Regierungen entscheiden.

Die neue Regelung des Verhältnisses Englands zu seinem Außenbesitz brachte eine einschneidende Änderung mit sich: bis dahin war die Londoner Außenpolitik unter allen Umständen für *alle* Teile des Empire maßgeblich gewesen — jetzt gab es eine für das Commonwealth einheitlich bindende Außenpolitik Londoner Herkunft nicht mehr. Jedes Dominion hat sein Parlament, und diese Parlamente wachen über ihr wichtigstes Recht, die Beschlüsse der Regierungen zu billigen oder abzulehnen. Während also die Londoner Regierung nur mit dem dortigen Parlament zu tun hatte, hatten es die Dominienregierungen mit dem eigenen Parlament *und* der Londoner Regierung zu tun, mit der man sich in empirewichtigen Fragen eben doch noch auseinandersetzen mußte.

Die Londoner Theorie von der „Reichsidee" hatte im italienisch-abessinischen Kriege ihre Probe zu bestehen. Es wurde ein *Versager* wie der Sanktionskrieg. Die daraus entstehende Beunruhigung der Londoner Regierung veranlaßte diese, im Jahre 1937 eine neue Empire-Konferenz einzuberufen. Unter Benutzung einiger Umwege und Umschreibungen gedachte London dort wenigstens eine allgemeingültige Regelung für den Fall herbeizuführen, daß England in einen Krieg verwickelt werden könnte. Es gab viele und lange Erörterungen, wieweit sich die Dominien an etwaigen Verpflichtungen Englands beteiligen könnten — nicht etwa müßten.

Im Jahre 1938 gab es einen eklatanten *Skandal* um die Rede, die der damalige britische Dominienminister MacDonald am 13. Dezember hielt. In dieser Rede kamen die für einen Dominienminister Seiner Britischen Majestät immerhin erstaunlichen Sätze vor:

„Über die Zukunft des Empire zu sprechen, ist Spekulation. Eine dieser Möglichkeiten ist, daß wir *sogar noch zu unseren Lebzeiten* den Zusammenbruch und das Zerbröckeln dieser großen englischen Schöpfung verfolgen können . . . Manchmal, wenn ich so in meinem Amte sitze, frage ich mich, ob ich es nicht doch noch erleben werde, daß die Propheten des Empirezerfalles recht haben."

Es gab eine Riesenaufregung in den „politischen Kreisen" und ihren Organen. Hatte Chamberlain von dieser Rede vorher gewußt? Sprach der Dominienminister etwa für die Regierung, deren Mitglied er war? Oder wer hatte ihn zu so unerhört pessimistischen Äußerungen autorisiert?

Die Presse tobte. Selbst Regierungsblätter waren chokiert. Die „Daily Mail" donnerte gar in ihrem Kommentar wider die „unfaßliche Verwilderung der Disziplin innerhalb der Regierung", und die Blätter des Rothermere-Konzerns forderten kurzerhand das Haupt des Ministers auf einer Schüssel. Hinter den Kulissen beschwichtigte die Regierung die Parteien und erreichte es, daß es im Unterhause bei einer Anfrage blieb. Chamberlain war der Mann dafür, dergleichen abzubiegen: er hielt eine Rede, in der er dem Empire einen rhetorischen Lorbeerkranz wand und sein volles Vertrauen auf dessen Bestand aussprach. Damit war die Angelegenheit erledigt, die Herrn MacDonald jun. nicht einmal so viel geschadet hat, daß er nicht heute Hoher Kommissar ausgerechnet von — Kanada wäre. Und das ist immerhin ein tolles Kuriosum insofern, als man den Grabredner des Empire an die Spitze gerade des durch und durch amerikanisierten, also meistgefährdeten Dominions gestellt hat.

Im übrigen befand sich MacDonald in der denkbar besten Gesellschaft, als er jenen Grabgesang anstimmte, nämlich in der Gesellschaft zweier englischer Ministerpräsidenten. In den achtziger Jahren war es kein Geringerer als *Gladstone*, der erklärte: „Amerika kann und wird uns in der Zukunft wahrscheinlich unsere wirtschaftliche Vorherrschaft in der Welt *entreißen*", und das ist ja anders als auf dem Wege über das Empire nicht gut möglich. Ein halbes Jahrhundert später, am 26. Februar 1930, formulierte ein *Churchill*, der Totengräber des Empire, folgende düstere Vorschau: „Mir scheint eine Bereitschaft dafür zu bestehen, alles das wegzuwerfen, was durch große Taten und Opfer gewonnen wurde. Es macht den Eindruck, als hätten wir jedes Vertrauen in unsere Mission verloren und als seien wir geneigt, unsere schwer erkämpften Rechte aufzugeben." Das war damals teils rhetorische Phrase, teils Ausdruck einer nur zu berechtigten Besorgnis gegenüber der immer weiter sich ausbreitenden Gleichgültigkeit der englischen Jugend hinsichtlich des Empire. Und schließlich gehört hierher auch der Yankee Ludwell *Denny* mit seinem Buch „American conquers Britain" (Amerika erobert England), dem wir noch an anderer Stelle begegnen werden. Er schreibt in diesem Buch u. a.: „Wir waren einst Englands Kolonie. *Nur noch kurze Zeit, und es wird umgekehrt sein,* zwar nicht dem Namen, aber allen Tatsachen nach. Den Briten verhalfen Maschinen zur Weltherrschaft. Uns Amerikaner werden modernere Maschinen zu *Herren der Welt und Großbritanniens* machen. Davon wird uns nichts zurückhalten. Mit dem reichsten Lande der Welt sind wir nicht zufrieden." Das sind Offenbarungen einer nordamerikanischen schönen Seele, wie man sie sich nicht klarer wünschen kann.

In der unmittelbaren Gegenwart können sich die USA. auf einen höchst prominenten Zeugen wiederum aus England selbst berufen. Am 17. September 1941 erklärte der britische Botschafter in Washington, *Lord Halifax*, bei einem Aufenthalt in London vor Pressevertretern, er erblicke in der Besetzung Islands „das Wiedererwachen des *expansionistischen amerikanischen Pioniergeistes*". Damit auch jeder wußte, was gemeint war, hatte er vorher erklärt, das Vordringen der USA., wie es sich in der Besetzung Islands zeige, werde in England *begrüßt*, selbst dann, wenn diese Gebietsveränderungen auch nach dem Kriege bestehen bleiben sollten — sagte dieser Botschafter sogar angesichts der sehr heiklen Besitzverhältnisse Islands unter der amerikanischen *und* englischen Besetzung, die ja Gegenstand einer für London nicht gerade erfreulichen diplomatischen Auseinandersetzung gewesen war.

Der jüngere MacDonald wußte, daß er nicht etwa der einzige Engländer war, der das Ende des britischen Empire kommen sah. Seitdem aus den gehorsamsverpflichteten Kolonien Bundesstaaten mit relativ hoher Selbständigkeit geworden waren, hat man in vielen politischen Kreisen Englands nicht aufgehört, sich Sorgen um die zukünftige Entwicklung des Britischen Weltreiches zu machen, und diese Sorgen bewegten sich durchaus nicht nur um die Frage der mehr oder weniger losen Bindung der Dominien an England. Es hatte genug Finanz- und Wirtschaftskrisen in den Dominien gegeben, um *ihre Abhängigkeit von den Weltmärkten* in beunruhigender Weise aufzuzeigen, so wie die Abhängigkeit Englands von den ausländischen Zufuhren beunruhigend war und blieb. Gerade die beiden größten und menschenärmsten Mitglieder der Commonwealth mußten das in jedem Jahre von neuem erleben:

Kanadas Wirtschaft stand und fiel mit den Weizennotierungen an den Weltbörsen, Australien kam aus der Sorge um die Wollpreise nicht heraus, und mußte nicht ein Sturz des Goldwertes, der heutzutage jederzeit möglich erscheint, Südafrika geradezu ruinieren, das schon an den Katastrophen auf dem Diamantenmarkt genug zu kauen hatte?

Bei allen diesen Vorgängen und Tatsachen muß man sich wie immer bei den Angelegenheiten des Empire vor Augen halten, daß man sie in den maßgeblichen Kreisen der Vereinigten Staaten aus naheliegenden Gründen mit größter Aufmerksamkeit verfolgte. Zu den Schwächen Englands addiert man dort stillschweigend und berechnend die Schwächen der Dominien hinzu. Diese Überlegungen mußten Ausgangspunkt für die nordamerikanischen Spekulationen um die Erbschafts-, Ablösungs- und Weltherrschaftspläne hinsichtlich des Britischen Empire sein.

Die tatsächliche Entwicklung im englischen Kriege kam den Hoffnungen Washingtons weit entgegen. Daß es der englischen Regierung gelang, die Dominien zur Kriegsbeteiligung und damit zur Übernahme außerordentlich hoher finanzieller Belastungen heranzuziehen, war Wasser auf die amerikanische Mühle. Es ist klar, daß britische Bundesstaaten für weltpolitische Umwälzungen und Krisen *um so empfindlicher werden, je mehr sie sich im Dienste Englands verschulden.* Daraus konnte man in Washington ohne viel Nachdenken weiter schließen, daß die Dominien in dieser kurzsichtig von ihnen selbst heraufbeschworenen Lage dann auch für amerikanische Einflüsterungen, Angebote und Verträge aller Art leichter zu haben sein würden als Staaten, deren Haus wohlbestellt

war. Durch die Verträge mit Kanada und Australien, den durch den Krieg meistbelasteten Dominien, machte Washington die Probe aufs Exempel. Sie erfüllte die amerikanischen Erwartungen vollauf und veranlaßte sie, weitere Marschziele auf dem Erbschaftswege abzustecken. Nach den Abmachungen auf der Konferenz von Washington Ende 1941/Anfang 1942 unterschieden sich Kanada und Australien kaum noch von nordamerikanischen Bundesstaaten. Ein bekanntes Scherzwort sagt: „Es darf noch nicht darüber gesprochen werden, aber es kann schon gefeiert werden."

Was Südafrika betraf, so sorgte Ministerpräsident Smuts, britischer Feldmarschall, Verräter an seinem Volke, dafür, daß die neuerdings stark belebten Beziehungen zu Washington dort als wichtiger Aktivposten in den eigenen Plänen gewertet werden konnten. Herr Smuts hatte in seinen Kriegsreden zuerst die unüberwindliche Stärke Englands gepriesen. Als er diese Melodie nach Dünkirchen nicht mehr recht zeitgemäß fand, redete er von der Herbeiführung des Sieges durch die Dominien in einer Weise, als wäre er befugt oder beauftragt gewesen, im Namen der Dominien zu sprechen. Seit dem Frühjahr 1941 erscheint ihm auch diese Parole nicht mehr zugkräftig und sachlich begründet genug, und so legte er im März dieses Jahres in einer Kapstadter Rede los: die Garantie für den Sieg Englands sei die — hundertprozentige Unterstützung durch die USA. Er hatte damit der Sache Englands und der britischen Sache überhaupt einen wahren Bärendienst erwiesen; denn er bekundete mit seiner neuen Parole öffentlich, daß er an einen Sieg Englands weder ohne noch mit Unterstützung der Dominien glaubte und daß das Schicksal Englands und seines Weltreiches besten-

falls von einer fremden Macht abhängig war. Er hatte mit anderen Worten Englands militärische Ohnmacht und zugleich seine Bündnisunfähigkeit für die USA. aufgezeigt. Mitsamt seinen riesigen Außenbesitzungen konnte England also nach Ansicht eines Dominionregierungschefs gegen das kolonienlose Deutschland keinen erfolgreichen Kampf mehr führen. *Wiederum hatte die britische Reichsidee versagt.* In den USA. führt man darüber sorgfältig Buch.

Werfen wir einen Blick in die einzelnen Dominien. Es genügt nach dem bisher Aufgezeigten, einige Hinweise zu geben.

Australien: Die riesige Insel im Stillen Ozean hat bei einer Größe von 7703000 qkm nur 0,9 Einwohner auf einen Quadratkilometer. Die Menschenleere veranlaßte im Jahre 1922 Lord Northcliffe zu dem Schreckensruf: „Die Welt wird ein menschenleeres Australien nicht dulden!" Und in unseren Tagen war es der Dekan von Canterbury, Dr. Johnson, der es durchaus für möglich hielt, daß England früher oder später diesen Kontinent einmal werde aufgeben müssen, was dann 1942 Wirklichkeit zu werden begann.

Wenn er gleichwohl im Weltkriege 400000 Mann für England auf die Beine brachte, von denen 59000 fielen, dann ist das eine ungeheure Zahl, die in diesem Kriege kaum erreicht werden dürfte. Nach englischer Theorie ist England stets die Schutzmacht Australiens gewesen — es fragt sich nicht mehr, wie und womit England heute einen auf der anderen Halbkugel gelegenen Erdteil noch schützen wollte. Das Blatt hat sich auch hier gewendet: heute ist das Dominion zur Schutzmacht Englands geworden insofern wenigstens, als die Blüte der männlichen

Jugend des australischen Kontinents immer wieder die zweifelhafte Ehre hat, die Angriffs- und Sturmtruppen für England zu bilden und sich unter dem Druck englandhöriger Regierungen trotz schwerster Verluste auf allen Kriegsschauplätzen immer wieder dazu hergeben zu müssen.

Im Weltkriege hatte man noch auf Englands Befehl die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Das Dominion schaffte sie jedoch 1929 wieder ab. Als nun General Wawell seine große Ägyptenarmee für die Offensive gegen den nordafrikanischen Kolonialbesitz Italiens entwarf und entsprechende Truppenmengen verlangte, drängte die Regierung Menzies auf Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, wie es ihr von London aus nahegelegt wurde. Die Labour-Party machte ihre Zustimmung von der Bedingung abhängig, daß australische Truppen keinesfalls außerhalb des Kontinents verwandt werden sollten. Sie sollten ausschließlich einer etwaigen Verteidigung zugute kommen. Unter Führung der Regierung wurde Australien nicht nur um die Erfüllung der Londoner Zusage betrogen, sondern seine Truppen wurden buchstäblich als Schutztruppe für die Engländer mißbraucht. Es gab gleichwohl weder Regierungssturz noch sonstige ernstliche Komplikationen.

Das Verhältnis zwischen den USA. und Australien ist durch ein Stadium der *Vorbereitung auf spätere engste Bindungen* gekennzeichnet, das nicht viel hinter dem kanadisch-amerikanischen zurücksteht. Es ist bezeichnend, daß Australien gerade bei Beginn dieses Krieges eine eigene Gesandtschaft in Washington errichtete. Eine direkte Fluglinie Port Darwin—San Franzisko folgte, obwohl ein dringendes ziviles oder wirtschaftliches Bedürfnis nicht eben vorlag. In Australien selbst erschien die Frage einer

engeren Anlehnung an die USA. im Sommer 1941 noch umstritten. Die von den USA. verursachte Zuspitzung der Lage im Pazifik brachte es mit sich, daß schon vor dem Kriege wiederholt Stimmen in Australien laut geworden waren, die dafür eintraten, daß man bei einem kriegerischen Konflikt in diesem Meere besser fahren würde, wenn man die Rückendeckung bei den USA. anstatt bei England suchen würde, das ja seit dem abessinischen Kriege ohnehin nicht mehr mit nennenswerten Seestreitkräften im Stillen Ozean vertreten ist. Der ostasiatische Krieg dürfte die politischen Kreise darüber belehrt haben, daß sie mit irgendeiner Hoffnung auf englische und amerikanische Unterstützung verraten und verkauft sind.

Wie man auch in London die eigene Bedrängnis einschätzte, geht ja daraus hervor, daß man sich in Singapore allein nicht mehr sicher fühlte und daher Verhandlungen Washingtons über gemeinsame Benutzung der gewaltigen Seefestung, die keine Flotte mehr hat, wohl oder übel entgegenkommend aufnahm. Als dann der Dreimächtepakt von Berlin auch die Lage im Fernen Osten weitgehend beeinflußte, ja ein völlig neues Moment dort hineintrug, ging man in London dazu über, Singapore geradezu unter den Schutz der USA.-Seestreitkräfte zu stellen, obwohl dieser Schutz angesichts der ungeheuren Entfernungen — Hawaii als Ausgangsbasis angenommen — und der seestrategischen Vorteile für die japanische Flotte reichlich fragwürdig werden mußte.

Als dann Menzies seine unerwartet lange Reise nach London antrat, nahm er von der Labour-Party einen Auftrag mit. Er sollte der Regierung Churchill klarmachen, daß eine *möglichst starke Annäherung Australiens an die*

USA. geradezu eine Lebensnotwendigkeit für das Dominion sei. Allem Anschein nach hat Menzies diesen Auftrag ausgeführt. Denn da England die australischen Truppen brauchte wie das liebe Brot, so kam das Ansinnen der Londoner Regierung mehr als ungelegen, und Churchill sorgte dafür, daß Menzies, der seinen Aufenthalt in London angesichts seiner amerikanischen Reisepläne auf höchstens acht Tage veranschlagt hatte, sobald nicht abreisen konnte.

Die Reise Menzies nach Kanada mußte man in London mit gemischten Gefühlen verfolgen. Es war bekannt, daß er sich in Ottawa bei dem Kollegen Mackenzie King vor allem über die Veränderungen in dem kanadisch-amerikanischen Verhältnis genau unterrichten wollte, zumal er ja die Wünsche einer ganzen Gruppe australischer Politiker hinsichtlich einer engeren Verbindung zu den USA. kannte. Als Menzies bei Mackenzie King war, gab es noch keinen getarnten Militärpakt Kanadas mit den USA., wohl aber war die Ausarbeitung der Sonderverträge Washingtons mit Australien und Kanada bereits weit vorgeschritten. Der Australier gedachte sich in Kanada vor allem darüber zu informieren, was von den USA. an praktischen Vorteilen zu erwarten war. Auch hier taucht wieder das australische Abwägen nach dem Söldnergrundsatz auf: „Wes Brot ich esse, des Lied ich singe."

Die amerikanischen Vertragspläne mit den beiden britischen Dominien Australien und Kanada waren im Zusammenhang mit der Wandlung der englischen Weltposition schon in ihrem Entwurfstadium ungemein interessant. Sie wurden in Washington mit der amüsanten Begründung veröffentlicht: „. . . um alle zwischen diesen beiden Staaten auftretenden Schwierigkeiten schiedsrichterlich zu regeln."

Schiedsrichterlich? Wer — wenn nicht das „Mutterland" England hätte diese Schiedsrichterrolle „bei auftretenden Schwierigkeiten" übernehmen müssen! Noch vor wenigen Jahren wäre ein solches amerikanisches Unterfangen in London auf kühlste Ablehnung gestoßen. In der Rolle des angelsächsischen Papstes konnte Roosevelt sich die Schiedsrichterrolle gegenüber britischen Dominien — die keinerlei Konflikte miteinander hatten — vorbehalten, ohne daß aus London auch nur ein Wort des Protestes gehört wurde.

Die australischen Paktpläne Washingtons haben schließlich den praktischen Hintergrund, daß die USA. dadurch die um den Indischen Ozean liegende Masse des britischen Empire aufspalten. Das ist wesentlich nicht nur für die Zeit der endgültigen Regelung der Erbschafts- und Weltherrschaftspläne, sondern Washington glaubt sich damit zweifellos auch ein Einspruchsrecht in außenpolitischen Angelegenheiten Australiens gegenüber der Vormacht Ostasiens zu sichern; dies um so mehr, als ja die australischen Seestützpunkte wie Port Darwin u. a. eine sehr bestimmte Rolle in den aggressiven Pazifikplänen Washingtons gegenüber Japan spielten. Im Weißen Hause hatte man dafür die Formel *„Koordination der Verteidigung im Pazifik"* aufgestellt. Man dachte sich das dort so, daß Australien im Falle eines Krieges im Pazifik Port Darwin und Papua auf Neuguinea für die amerikanischen Seestreitkräfte zur Verfügung hält.

Es ist nicht bekannt, ob man in Australien dieses amerikanische Projekt mit reiner Freude ansah. Denn angesichts der Tatsache, daß Australien sich noch enger mit den USA. alliiert, oder wenn es nach Ablösung der britischen Weltherrschaft in ein noch näheres Verhältnis zu

den USA. tritt: wer will Australien garantieren, daß es nicht *vom Regen in die Traufe kommt* und in dem Pazifikkriege dieselbe Rolle als Lieferant von Streitkräften zudiktiert bekommt, die es schon in der britischen Politik zu seinem ständigen schweren Schaden hat spielen müssen?

Australiens Mann in Washington war damals noch der Gesandte Casey, der „schönste und bestangezogene Mann des fünften Kontinents". Trügen nicht alle Anzeichen, so gehört er zu den Leuten, die von jeher auf die amerikanische Karte setzen. Er gibt sich weiter keine Mühe, das zu verbergen. Jedenfalls hielt er am 21. Mai 1941 in New York eine Rede, in der er, immerhin Vertreter eines annoch britischen Dominions, sich sehr offen darüber äußerte, daß er für die Zeit nach dem Kriege Schwierigkeiten in der „Zusammenarbeit" zwischen England und den USA. voraussehe. Der Gute begründete das mit der Erklärung, *England sei nach amerikanischer Überzeugung keine Demokratie, außerdem beute es die Völker des Empire aus.* Nun hat der Herr australische Gesandte in Washington mit diesen Ansichten gewiß ebenso recht wie seine Informatoren in der amerikanischen Bundeshauptstadt, die dergleichen ja schon öfters durch nachgeordnete Funktionäre haben aussprechen und schreiben lassen. Aber die Tatsache, die vor dem Kriege der englischen Regierung ausreichenden Grund gegeben hätte, um eine väterlich-ernste Note über den allzu weitgehenden Freimut der Ansichten des Herrn Gesandten nach Australien zu senden, war nur geeignet, die englische Stellung gegenüber den USA. weiter zu schwächen und diese in ihrer Absicht zu bestärken, in einer amerikanisch-englischen „Union" unter allen Umständen die Rolle des „Seniorpartners" zu übernehmen, wie man das in Washington so schön ausgedrückt hat. —

Amerikas Haltung ist gegenüber Australien trotz aller Vertragsvorbereitungen durchaus nicht so, als müsse es eine aufwandreiche Werbung betreiben. In Washington ist man — wir sahen es schon bei anderen Zusammenhängen — des großen Geschäftes in britischen Sachwerten so sicher, daß man die Dinge an sich herankommen lassen kann. Von irgendeiner Einbeziehung Australiens in die Reichweite des „Verleih- und Pachtgesetzes" war noch Ende 1941 keine Rede. Als der australische Kriegsminister Spender am 2. Juni 1941 vor der „Vereinigung für australisch-amerikanische Zusammenarbeit" sprach, mußte er zugeben, daß eine Hilfe der USA. für England und erst recht für Australien vorläufig noch auf sich warten lassen werde. Dann aber kam der aufschlußreiche Satz:

„Wir rufen dem amerikanischen Volk zu, daß England und Amerika zusammen *Roosevelts neue Welt* aufbauen müssen!"

Das bedeutet zweierlei: erstens ist England ohne die Hilfe Amerikas zu schwach — eine neue Bestätigung für Washington; zweitens *geht es nicht mehr um eine britische Weltmacht*, sondern um eine amerikanische.

Es wird im Endeffekt darauf hinauskommen, daß sich Australien im gegebenen Augenblick einem nordamerikanischen Diktat beugen muß, ganz ähnlich wie das „Mutterland" mit dem Ausverkauf der Grundliegenschaften. Und diesen Augenblick kann man in Washington in aller Seelenruhe abwarten — denkt man dort.

Erst die Krise vom August 1941 kostete Herrn Menzies den Hals, als er ohne Rücksicht auf die erregte und verwirrte Stimmung Australiens wieder seiner persönlichen Eitelkeit nachgeben und dem Ruf Churchills nach London

folgen wollte. Man gedachte dort ein durch die führenden Dominionvertreter verstärktes Kriegskabinett aufzuziehen, um das Empire zu höheren Blut- und Sachopfern zu treiben. Menzies wollte die neue Reise nach London durchsetzen, obwohl er nur Chef eines Minderheitskabinetts war. Aber diesmal blieb die Labour-Party fest. Sie nahm Menzies' Handschuh auf, und er verließ das Feld als Geschlagener. Als er seinen Sturz nach London meldete, wußte man dort, daß England eine Stange aus seinem Empirekorsett verloren hatte.

Es blieb nicht bei diesem relativ geringen Verlust. Im November 1941 sah sich England gegenüber Australien und Neuseeland zu einem Vorschlag veranlaßt, den es vor diesem Kriege niemals auch nur erwogen hätte. Die beiden Dominien, die erhebliche Blutopfer auch in diesem Kriege wieder für ausschließlich englische Interessen gebracht hatten, beklagten sich über die schlechte Verbindung zu dem englischen Kriegskabinett und außerdem darüber, daß sie zu wenig Einfluß auf die strategische Kriegführung des Empire hätten. Die neue Labourregierung unter Curtin *forderte kurzerhand die Mitbestimmung,* jedenfalls überall dort, wo australische Truppen in englische Schlachten geschickt wurden.

Kanada: Dieses Dominion ist ganz zweifellos als erstes der großen britischen Gebiete fallreif, gleichgültig, ob eine englische Regierung einmal nach Kanada gehen muß und dort bleibt oder ob sie weiter in den Bereich des Indischen Ozeans auswandert. Kanada ist gleichsam *ein riesiger Korridor* zwischen den Vereinigten Staaten und ihrem Territorium Alaska. Daß diese Trennung in Washington *durchaus nicht als ewig angesehen wird,* darauf deutet ja schon das im Jahre 1940 veröffentlichte amerikanische

Projekt hin, eine regelrechte Heerstraße in Form einer Autobahn durch Kanada nach Alaska zu bauen, um eine schnelle Verbindung auch zu Lande mit den amerikanischen Flotten- und Luftstützpunkten im Territorium zu schaffen, die für den Einsatz im vorgesehenen Pazifikkriege ausgebaut wurden. Es liegt kein Grund vor anzunehmen, daß sich Kanada gegen den Bau einer solchen Heerstraße zur Wehr setzen würde, da ja ein Militärabkommen zwischen den USA. und Kanada unter der Spitzmarke der *„gemeinsamen Verteidigung“* seit dem Frühsommer 1941 bereits vorliegt. Die Straße, die heute einen Korridor durch den kanadischen Korridor darstellt, untersteht zweifellos nicht der kanadischen, sondern der nordamerikanischen Oberhoheit. Damit wäre der erste politische und militärische Besitztitel der USA. für einen kanadischen Sachwert gegeben. Er ist nur ein Vorspiel von vielen.

Wie die englische Handelsbilanz, so ist auch die kanadische gegenüber den USA. seit vielen Jahren passiv. Lange bevor sich Kanada von Washington für die „wirtschaftliche Koordination“ einfangen ließ, bezog Kanada für jährlich 60 Millionen Dollar Waren aus den USA., diese aber nur für 35—40 Millionen aus Kanada. Das ergibt eine *fortschreitende Verschuldung* dieses Dominions bei den Vereinigten Staaten, die durch die sehr weitgehende Durchdringung der kanadischen Wirtschaft seitens Amerikas ergänzt wird. Man geht nicht zu weit, wenn man annimmt, daß große Teile der kanadischen Wirtschaft von amerikanischem Kapital so beherrscht werden, daß die USA. im Bedarfsfalle diktieren können. Dieser Tatbestand wird noch dadurch verschärft, daß seit Beginn des zweiten englischen Krieges gegen Deutschland zahlreiche

nordamerikanische Großfirmen und Konzerne mit Wissen und Förderung der amerikanischen Regierung eigene Werke in Kanada für Kriegslieferungen errichtet haben.

Seit Kriegsbeginn ist auch der kanadische Ministerpräsident Mackenzie King, der die Reise nach London im Frühling 1941 rundweg ablehnte, oft genug in Washington gewesen, um die Tendenz der beiderseitigen „Annäherung“ im beherrschend amerikanischen Sinne aufzuzeigen. Diese Tendenz wird noch dadurch indirekt unterstützt, daß die Hälfte der kanadischen Bevölkerung nichtbritisch ist. Der Bevölkerungsteil französischer Abstammung, den man allein auf etwa 3,5 Millionen bei 11,5 Millionen Gesamtbevölkerung veranschlagen muß, hat sich niemals als britisch betrachtet, nennt sich betont Franko-Kanadier, spricht noch heute Französisch und zeigt bei offiziellen Anlässen nicht die britische, kanadische Flagge, sondern das Lilienbanner der französischen Könige, was die Regierung beim Besuch des Königs auf Ersuchen Londons ausdrücklich verbieten mußte. Diese Franko-Kanadier waren *einst die treibende Kraft, die verhinderte, daß Kanada an die USA. fiel.* Nach den Erfahrungen mit den Eingriffen der englischen Regierung in die Rechte des Dominions (von London erzwungene Wahlen usw.) und mit den zweimaligen Blutopfern für rein englische imperialistische Kriege darf man annehmen, daß die Mehrheit der kanadischen Bevölkerung gegen einen Anschluß an die USA. *nicht* mehr viel einzuwenden haben wird. Daß sie dabei aus dem britisch-jüdischen Einfluß unter das amerikanisch-jüdische Diktat und aus dem britischen Wirtschaftsimperialismus unter den amerikanischen kommen, werden sich einsichtige Kanadier inzwischen wohl selbst gesagt haben. —

Südafrika: Ein amerikanisches Interesse für dieses Dominion gab es schon, bevor Herr Roosevelt das Schlagwort von der „westlichen Hemisphäre" erfunden hatte. Das ist deshalb bezeichnend für den amerikanischen Imperialismus auf Kosten Englands, weil jenes Interesse machtpolitisch bis jetzt noch nicht durch eine ausreichend starke Atlantikflotte unterbaut ist. Es ist fast eine Ironie des Schicksals, daß *der Schrittmacher* für das amerikanische Streben nach der westafrikanischen Südküste niemand anders als *England selbst* war. Noch vor dem Kriege veranlaßte dieses die stets willfährige Regierung Smuts zu umfangreichem Ausbau der Kapstadter Flottenbasis und anderer Stützpunkte an der See. Seitdem diese Plätze zu modernen Kampfbasen wurden, bekam Südafrika für den nordamerikanischen Imperialismus und sein Ziel der Beherrschung auch des Atlantik, zumal des südlichen Atlantik, erst den richtigen Wert: was die südafrikanische Regierung bzw. die englische Regierung dort an militärischen Stützpunkten und Rüstungswerken anlegten, brauchte man später dann nicht mehr selbst anzulegen. Von diesen Überlegungen bis zur Ausdehnung der amerikanischen Pläne hinauf nach dem britischen Freetown und dem französischen Dakar war dann nur noch ein Schritt, der sich für Washingtoner Begriffe ganz von selbst ergab.

Es hat an direkten und indirekten Ermunterungen aus Kapstadt an die amerikanische Adresse nicht gefehlt. Ähnlich wie Australien setzte die südafrikanische Regierung auf *beide* Pferde, auf das britische, das noch immer, wenn auch in ungünstiger Position, im Rennen lag, und zugleich auf das amerikanische, das von seinem Jockey Roosevelt zuerst auf Warten geritten worden war und dann um so mehr mit der Peitsche aufgefordert

wurde, je mehr das britische zurückfiel. Wir sprachen schon davon, daß Herr Smuts, eine der anrüchigsten Figuren im angelsächsischen Schachbrett, den USA. das auffordernde Kompliment gemacht hatte, daß ihre „hundertprozentige“ Hilfe für die britische Sache die Rettung für England sein würde. Aber das war nur eine sanfte Umschreibung. Ganz ohne Umschweife gab sich dann Minister Reitz Anfang Mai 1941. Er sprach ganz öffentlich den Wunsch aus, *„die USA. als Sicherheitsfaktor in Südafrika zu sehen“*. Kurz vor jener Rede des Ministers Reitz hatte Herr Roosevelt seinerseits *Militär- und Marineattachés* bei der amerikanischen Gesandtschaft in Kapstadt ernannt — vor dem Frühling 1941 hatte also für Washington keinerlei Grund zu einer so auffallenden militärischen Verstärkung seiner Kapstadter Mission bestanden. Die Angelegenheit war jedermann restlos klargeworden.

Entfernungen spielen für den nordamerikanischen Imperialismus keine Rolle, wie ja die pazifischen Spekulationen zur Genüge zeigen. Bleibt also in diesem Zusammenhange nur noch darauf hinzuweisen, daß die südafrikanische Flottenstation auf dem Wege von der amerikanischen Ostküste nach dem Indischen Ozean, also nach dem südwestlichsten Teil des Pazifik, liegt. Man braucht kein Marinestratege oder Flottenpolitiker zu sein, um auf die naheliegende Kombination zu kommen, welchen Wert die Flottenbasis für die USA. bekommen hätte, wenn diese nach Osten völlig freie Hand bekommen hätten.

Indien: Singapore liegt in Indien und Indien liegt am Indischen Ozean und der Indische Ozean reicht um Kap Horn an den Atlantik. Indien bildet zudem die südlichen Ausläufer des fernöstlichen Festlandes, hat wie dieses un-

geheure Naturschätze und ungeheure Menschenmassen von vielen hundert Millionen. Was für ein Markt also!

Das Problem Indien—USA. kann nur im Zusammenhang mit dem Problem Pazifik, also mit der Auseinandersetzung der Vereinigten Staaten mit Japan gesehen werden. Japan mit seinen südlichen Ausläufern liegt für die USA. zu dicht an den indischen Landkomplexen — erst recht seit dem japanisch-französischen Abkommen über Indochina und der dadurch ermöglichten Ausdehnung des militärischen Wirkungsbereiches Japans nach Südwesten.

Man spricht in Washington kaum von den britischen Besitzungen in Indien. Man empfand es in Washington als eine sehr unliebsame Störung in einem Bereich, in dem man später einmal selbst den Ton anzugeben gedachte, und intrigierte mit der ganzen Bedenkenlosigkeit der nordamerikanischen Diplomatie gegen das französisch-japanische Ordnungsabkommen. Es blieb vergeblich, und das State-Departement in Washington hatte einen Minuspunkt mehr auszugleichen.

In der Tat, von den britischen Besitzungen in Indien spricht man in Washington nicht viel. Erstens ist es ein heißes Eisen und zweitens weiß man sehr gut, daß die indischen Kolonien die eigentliche Quelle des englischen Reichtums und der britischen Plutokratie sind, die ja nach amerikanischer Ansicht, wie wir sahen, keine Demokratie ist. Solange man sich aber noch mit England im Vertragsverhältnis befindet, also noch nicht direkt zupacken kann, ist es gut, den Engländern bis auf weiteres noch eine Serie Illusionen zu lassen, zumal man noch nicht weiß, ob nicht eine englische Regierung einmal die Zentrale nach Indien verlegt, wenn sie — „Union" hin, „Union" her — in der amerikanisch-kanadischen Suppe zuviel Haare finden

sollte. Gleichwohl spielt Indien im Kriege eine Rolle in der englisch-amerikanischen Politik. Im Frühjahr 1941 war den Herren in Washington allmählich klargeworden, daß die Rooseveltsche Einmischungspolitik nicht populär werden wollte. Man schob das auf den Mangel an einer zugkräftigen Parole, die man ahnungslos mit einer Idee gleichsetzte. Es fiel den Grüblern nichts Gescheiteres ein als die abgedroschene Sache mit der Demokratie. Aber wenn selbst der australische Gesandte festgestellt hatte, daß England wegen seiner Ausbeutungspolitik keine Demokratie sei, dann war da schwer etwas Durchgreifendes für das angeblich so demokratische England zu tun!

Man setzte also eine Denkschrift an die englische Regierung auf, in der u. a. darauf hingewiesen wurde, daß die Amerikaner an den Kampf Englands für die Demokratie so lange nicht glauben könnten, wie beispielsweise „der größte Demokrat Indiens", Pandit Nehru, Führer der indischen Freiheitspartei, im Gefängnis schmachten müsse oder solange die Zustände in gewissen britischen Besitzungen wie Jamaika usw. alles andere als demokratisch seien angesichts der haarsträubenden sozialen Mißstände dort. Das Weiße Haus pfiff in diesem wie auch in jedem anderen Falle auf die sogenannte Demokratie, sie mochte sich in Indien oder sonstwo blamieren. Aber man hatte diesen hochnäsigen Engländern bei passender Gelegenheit doch mal gezeigt, daß man ihnen in die Karten sah und daß ihre demokratische Parole im Grunde ein weltbekannter Schwindel war.

Man dachte in Washington nicht daran, es bei dieser Belehrung bewenden zu lassen, dazu war der indische Markt mit seinen gewaltigen Volksmassen denn doch zu verlockend. Die erwünschte Gelegenheit, sich auch für

diesen Teil des Empire etwas näher zu interessieren, bot ein Anlaß, der auf den ersten flüchtigen Blick mit dem Problem Empire—USA. wenig zu tun hat, nämlich der Fortgang der Japaner von Indien Ende Oktober und Anfang November 1941, nachdem die Inder auf Veranlassung der japanischen Regierung schon im September Japan hatten verlassen müssen. Der Abzug der Japaner bedeutete gleichzeitig den Fortfall einer beträchtlichen Tonnage aus dem indischen Export, da die Japaner den Transport zwischen ihrem Reich und Indien mit eigenen Schiffen betrieben hatten. Es rächte sich wieder einmal eine typisch britische Kurzsichtigkeit: man hatte die indische Schiffahrt niemals sich entwickeln lassen, hatte sie immer auf die Küstenfahrt beschränkt. Jetzt kam die Gefahr des Krieges im Pazifik hinzu, der mit einem Schlage die indischen Erzzufuhren nach England ausschalten mußte. Kurz und gut, es fehlte im gesamtindischen Bereich in Indien an Schiffen.

Das war die Gelegenheit für die USA. Sie hatten ja schon in Randgebieten wie auf den Barein-Inseln im Persischen Golf die englischen Ölinteressen aufgekauft und hatten in Ostafrika und im Vorderen Orient, also in britischen Interessengebieten, ihren Außenhandel vorgetrieben. Sie hatten damit zugleich anglo-indische Hoffnungen auf die Ausdehnung des eigenen Handels nach den Ländern des Roten Meeres, des Persischen Golfes und Ostafrikas ausgeschaltet, wo amerikanische Schiffahrtslinien überall die englischen verdrängt hatten. Allein die „Isthmian Line“ läßt 15 Dampfer auf ihren Linien nach dem Roten Meer, nach Suez und nach Port Sudan laufen, und im Persischen Golf beherrscht die „Irak American Shipping“ das Feld. Man ist also nahe genug am indischen

Bereich — Grund genug, das indische Feld selbst anzupacken.

Die Vorstudien dazu machte einer der vielen Sondergesandten Herrn Roosevelts, Grady, der im August und September Indien bereist, Schiffahrts- und Marktfragen untersucht und nebenbei auch einen fachmännischen Blick auf die anglo-indische Rüstungsindustrie geworfen hatte. Der Präsident liebt keine ungünstigen Berichte, um so mehr möglichst allgemeine und gründliche, was die britische Erbmasse angeht. Die beiden Exporteinrichtungen des amerikanischen Handels nach Ost und West würden sich später einmal im Indischen Ozean die Hand reichen können.

Das Ganze war ein Zug in dem amerikanischen Verdrängungsspiel gegen die britische Weltwirtschafts-Souveränität. Sie hatte sich fast zur gleichen Zeit gefallen lassen müssen, daß die amerikanische Regierung eine ausreichende Berücksichtigung bei der Zuteilung von Kautschuk sowie Zinn und einigen kriegswichtigen anderen Metallen sowie die Festsetzung der Preise für diese Rohstoffe in Washington verlangt hatte, die so gut wie ausschließlich britisches Monopol waren. Auch gegenüber diesem Ansinnen hatte England keinerlei ernstliche Weigerungsmöglichkeiten mehr.

Das Kapitel Indien ist für Washington noch nicht spruchreif. Aber es ist vorgemerkt, wie jeder britische Besitz wenigstens als Projekt in Washington vorgemerkt ist. Zudem könnte Indien einmal nach der Auseinandersetzung über den Pazifik den fernöstlichen Markt für die USA. vergrößern — und für Märkte würde die amerikanisch-jüdische Plutokratie ihre Seele verkaufen, wenn sie etwas so Unmodernes und handelsmäßig nicht Verwertbares noch besäße ...

Was für den indischen Markt mit seinen 380 Millionen Menschen gilt, das gilt erst recht für den Markt *China* mit seinen 450 Millionen. Am 3. November 1941 teilte die japanische Regierung mit, daß die Vereinigten Staaten von der englischen und der Tschungking-Regierung *freie Benutzung der Flottenstützpunkte* beider Länder gefordert habe einschließlich von Singapore und Hongkong, angeblich erst für die Zeit nach diesem Kriege.

☆

Am 22. Oktober 1941 brachte schließlich die amerikanische Wochenschrift „News Week" den *Plan Washingtons zur Aneignung der Herrschaft über die Weltwirtschaft* ohne Rücksicht auf die britischen Ansprüche, nachdem Herr Roosevelt kurz vorher von England die Beseitigung des britischen Schutzzollsystems, also der Ottawa-Verträge von 1932, gefordert hatte. Die „News Week" teilte mit, Washington fordere von England als Voraussetzung für die Weiterführung der Pacht- und Leihhilfe die Annahme folgender Grundsätze:

1. Einräumung des Rechts an die USA., die britischen Stützpunkte im *gesamten* Weltreich zu benutzen, wenn Washington dies für die Selbstverteidigung als wichtig erachte;
2. die formelle Anerkennung der Grundsätze des Freihandels, also die Abschaffung des Präferenzsystems von Ottawa und die Gleichberechtigung der USA.-Ausfuhr nicht nur innerhalb des Empire, sondern auch *aller* Märkte mit der britischen Ware;
3. ein offizielles Abkommen über die Beendigung der britischen Monopolstellung in wichtigen Rohstoffen,

wie Gummi und Zinn, und dafür eine *Beteiligung* der Vereinigten Staaten an der britischen Rohstoffkontrolle.

Wenn England die genannten Grundsätze annähme, würden sie als Bestandteil des Planes der „Zusammenarbeit" Großbritanniens und USA. verkündet werden. „News Week" fügte hinzu, daß Washington dieses Abkommen als den *ersten Schritt in der Führung der Weltwirtschaft durch die USA.* in der Nachkriegszeit ansehe. Diese Bestrebungen kämen aus dem klaren Gefühl, daß die Vereinigten Staaten zu dieser führenden Rolle verpflichtet seien, da die industrielle Macht der USA. vollständig mobilisiert sei und von den Märkten dringend benötigt werde, während *Englands Reserven weitgehend erschöpft* sein würden. Außerdem werde von Wallstreet ein wirtschaftliches Führertum erwartet, das die *britischen* Regierungen bisher *nicht* hätten stellen können. Roosevelt habe bereits mehrere Behörden und Planungsämter mit dem Aufbau dieses Nachkriegs-Weltprogramms beauftragt.

Das ist so einfach, so allgemeinverständlich, daß es auch den Engländern ohne weiteres eingehen muß, sagte man sich in Washington. England hat bei seinen Bemühungen um die Führerschaft in der Weltwirtschaft versagt, hat im Kriege seine Ohnmacht dartun müssen und hat außerdem alle Reserven erschöpft; folglich werden eben die USA. diese Führerschaft übernehmen, wozu ebenso selbstverständlich die vorherige Übereignung aller wichtigen Rohstoffmonopole an die USA. gehört. War es angesichts der geschmeidigen Tätigkeit des Herrn Gesandten Casey in Washington wirklich bloßer Zufall, daß um dieselbe Zeit einer der maßgeblichen Männer Australiens erklärte, *Australien werde sich den USA. anschließen,* wenn Eng-

land den Krieg verliere? Und was haben britische Dominien überhaupt noch für einen Sinn als Empire-Bestandteile, wenn besagtes Empire politisch und wirtschaftlich dann nur noch eine Erinnerung sein wird? Die politische Hysterikerin der USA., Dorothy Thompson, hatte schon ein halbes Jahr vorher im Stil der Zeitschrift „Life" in einer öffentlichen Versammlung geschrien: „Dieses Jahrhundert muß das Jahrhundert Amerikas sein. *England spielt dabei eine untergeordnete Rolle.* Amerika hängt nicht am Schwanz des britischen Löwen, sondern es ist umgekehrt Amerika, das die Welt führen wird. Nicht England, sondern Amerika wird die Kriegsziele sowie die Friedensaufgaben festsetzen."

England spielt dabei eine untergeordnete Rolle, erklärte die Miß, deren kolossales Mundwerk drüben gern für den Rooseveltschen Imperialismus eingesetzt wird — in der Versammlung saß vorne am Vorstandstisch niemand anders als Frau Roosevelt und strahlte angesichts dieser Zukunftsbilder genau so, wie sie noch vor dem Krieg das englische Königspaar beim Empfang in Washington angestrahlt hatte, das im zukünftigen amerikanischen Weltreich eine noch wesentlich untergeordnetere Rolle spielen dürfte als das ehemalige britische Empire.

V.

Smiling America

„Die Welt braucht keine Nation, die die Weltherrschaft ausübt!" Roosevelt, 1940.

In Bernhard G. Shaws „Kaiser von Amerika" gibt es eine bühnenwirksame Szene zwischen dem König von England und dem amerikanischen Gesandten. Das Schauspiel ist nun wohl ein Dutzend Jahre alt. Aber man lese einmal die nachstehend wiedergegebene kleine Szene und sage dann selbst, ob sie nicht so dasteht, als ob der alte Shaw sie auf Bestellung zur satirischen Darstellung des heutigen englisch-amerikanischen Verhältnisses geschrieben hätte:

Gesandter: „Majestät, zwischen Ihnen und meinem Lande steht eine Schuld."

König: „Hat das jetzt noch etwas zu bedeuten, wo unsere Kapitalisten . . ."

Gesandter: „Majestät, denken Sie einen Augenblick lang nicht in Ziffern! Zwischen Ihnen und meinem Lande gibt es nicht nur eine Schuld, sondern auch eine Grenze. Jene Grenze, die nicht eine einzige Kanone, nicht ein einziger Soldat bewacht, und über die hinweg der amerikanische Bürger dem kanadischen Untertan täglich die Hand schüttelt — Majestät, die Schuld ist getilgt, es gibt keine Grenze mehr . . ."

König: „Soll das heißen, Herr Gesandter, daß der Kontinent Amerika in den Atlantischen Ozean versunken ist?"

Gesandter: „Es ist etwas noch Wunderbareres geschehen; man kann sagen, daß der Atlantische Ozean in das Britische Reich versunken ist. — Sie wissen, Majestät, daß die Vereinigten Staaten von Amerika einmal einen Teil Ihres Reiches gebildet haben?"

König: „Es gibt eine Überlieferung dieses Inhaltes."

Gesandter: „Majestät, eine unbestrittene, historische Tatsache. — Aber der verlorene Sohn, Majestät, ist in seines Vaters Haus zurückgekehrt. Nicht arm, nicht hungrig, nicht zerlumpt wie einst, o nein, diesmal bringt er den Reichtum der Erde in das Haus seiner Ahnen mit. — *Wir haben beschlossen, uns wieder mit dem Britischen Reich zu vereinigen!*"

König (fährt erschrocken zusammen): „Da sei Gott vor! Darf ich Sie fragen, wem dieses Meisterstück amerikanischer Politik *seinen Ursprung verdankt?* Aufrichtig gesprochen, war ich daran gewöhnt, in Ihrem Präsidenten einen Staatsmann zu sehen, bei dem *der Mund der wichtigste Teil des Kopfes ist.* Wer hat ihm das eingegeben? Der Schuft! *Das ist das Ende von England!*"

Gesandter: „In gewissem Sinne mag das zutreffen, aber England wird nicht untergehen. Es wird aufgehen in einem größeren und glänzenderen Unternehmen."

König: „*Eine Falle, in der England umkommen wird.*"

Gesandter: „Oh, ich würde es nicht so auffassen. Außerdem kann nichts, nicht einmal das liebe alte England, ewig dauern. Fortschritt, Sie wissen ja, Majestät, Fortschritt, Fortschritt!"

König: „In Ihren Augen sind wir heute nur noch ein Indianerstamm; England wird bestenfalls ein Indianerreservat sein. Haben Sie nicht bedacht, daß wir es vorziehen könnten, bis zum letzten Blutstropfen für unsere

Unabhängigkeit zu kämpfen, ehe wir uns zu einem kleinen Anhängsel des großen amerikanischen Unternehmens herunterdrücken lassen? — Aber wir leben in einer Welt von Mischlingen, die alle ineinander aufgehen, und wenn alle Grenzen gefallen sind, mag London vom Staate Tennessee überstimmt werden, so wie alle anderen Orte, wo wir noch immer so verrückt sind, unseren Kindern *die Denkart einer Dorfschule des 18. Jahrhunderts* beizubringen."

Wie gesagt, das ist schon viele Jahre her, daß das geschrieben und in vielen Ländern unter großem Beifall aufgeführt wurde. Kassandra-MacDonald mit seiner trüben Vorschau des verfallenden Empire erscheint daneben wie ein verspäteter Nachbeter.

Halten wir daneben zwei kleine Abschnitte aus dem Buch eines Mannes, der die USA. auf jahrelangen Bereisungen genau studiert hat. In „Amerikas Schicksalsstunde" schreibt der bekannte Forscher und Weltreisende Colin Roß u. a.:

„Auch Weiße sind in dem ‚freien' Amerika als Sklaven gekauft und verkauft, gepeitscht und mißhandelt worden, wenn auch unter anderem Namen. Nirgends ist zeitweise — wie beispielsweise in und nach dem Kriege — das Recht der Meinungsäußerung und der persönlichen Freiheit so brutal und so niederträchtig geknebelt worden wie im Lande der ‚Freiheit'."

An anderer Stelle heißt es:

„Der Mythos von Amerika als dem Lande der Freiheit und des Fortschrittes hat jahrhundertelang angehalten, bis die Amerikaner ihn selbst zerstörten ... Auf dem Höhepunkt des Freiheitswahnes bestand die Freiheit des Besitzlosen lediglich darin, in der Freiheit zu verhungern. All der unerhörte Fortschritt des letzten Jahrhunderts

hatte es dahin gebracht, 10—15 Millionen arbeitsfähiger und arbeitswilliger Männer auf die Straße zu werfen. Wenn es die Fortschrittsidee in diesem reichsten Lande der Welt, in diesem Lande der riesigen ungenützten Freiflächen und unbegrenzten Bodenschätze nicht fertiggebracht hat, alle Menschen zu ernähren und zu bekleiden, allen Arbeit und Brot zu schaffen, dann ist eben etwas nicht in Ordnung mit dieser auf Fortschritt beruhenden Zivilisation. Da endet als Zerstörung, was sich als Fortschritt ausgab."

Wir haben in diesen beiden Auszügen aus dem Shawschen Schauspiel und dem Roßschen Buch im großen ganzen eigentlich alles beisammen, was die Grundelemente unseres Themas ausmacht: die innere Korruption der USA., ihre Raffgier und Herrschsucht nach außen, alles verborgen unter dem Grundsatz „Keep smiling!", und die innere Überalterung und Müdigkeit Merry Old Englands, das dem amerikanischen Erpresser nichts anderes mehr entgegenzusetzen hat als einen lässigen, von vornherein halb resignierten Versuch des Verhandelns.

Es kommt selten vor, daß man führende Amerikaner anders als lächelnd abgebildet sieht. Dieses Lächeln ist zur erstarrten Grimasse, zur Maske geworden. Selbst die großen Finanzjuden der USA. haben dieses stereotype Lächeln angenommen, obwohl diese Art von Maske den Juden an sich nicht liegt. Es hat in den USA. zum nicht geringen Teil etwa dieselbe Funktion wie das „shoking!" in Old England: das Lächeln wie der Begriff des „shoking" beziehen sich auf Dinge, die jeder kennt, von denen jeder weiß, weil sie jeder tut, über die man aber nicht spricht — nicht etwa, weil man sich ihrer schämt, sondern weil man eine verschworene Gemeinschaft zur Ausnutzung seiner Mitmenschen ist.

Herr Roosevelt lächelt auch stets, wenn er sich in der Öffentlichkeit sehen läßt. Er, Bundespräsident der zur Zeit noch 48 amerikanischen Staaten, wird *nicht* belangt, obwohl er genau wie seinerzeit Wilson seine Wiederwahl *einem planmäßigen Riesenbetrug der amerikanischen Öffentlichkeit verdankt.* Wilson, seines Zeichens Professor der Geschichte, so weltfremd, daß er bei jeder Amtshandlung den Titular-Oberst House als politischen Vormund brauchte, war damals einzig und allein deshalb zum Präsidenten gewählt worden, weil er sich anheischig gemacht hatte, die USA. aus dem Weltkriege herauszuhalten — „he kept us out of the war!" hieß das Schlagwort, das man für ihn gemacht hatte. Kaum war er wiedergewählt, so war unter dem suggestiven Einfluß seines Freundes und Sondergesandten House alles vergessen, er bekam es plötzlich mit den echt demokratischen Menschheitsidealen, der sog. Freiheit der Völker, dem Schutz der Unterdrückten usw. und führte die USA. 1917 in den Krieg — der große jüdische Trust der Morgan und Genossen brachte ein Riesengeschäft unter Dach, das für den amerikanischen Steuerzahler mit dem Verlust von 11 Milliarden Dollar endete, davon allein 5,7 Milliarden zu Lasten Englands.

Herr Roosevelt, seine Minister und Parteigänger gaben unmittelbar vor seiner zweiten Wiederwahl Erklärungen gegen *jede* etwaige Kriegsbeteiligung der USA., ja gegen die Unterstützung eines englischen Krieges geradezu am laufenden Band ab — sofort nach der Wahl setzten sie Himmel und Hölle in Bewegung, um die USA. am Kriege zu beteiligen. Dies nun zwar nach dem englischen Rezept, nämlich den amerikanischen Kriegszweck, wenn irgend möglich, unter ausschließlichem Einsatz Englands zu erreichen und die amerikanischen Machtmittel in Reserve zu

halten. Kann jemand sagen, daß die USA. außer mit einigen Hunderten Fliegern, einem Dutzend Generalstäblern in London im Sommer 1941 direkt am Kriege beteiligt waren? Die Kriegslieferungen? Herr Roosevelt lächelt: diese Lieferungen erfolgten ja streng legal, das Verleih- und Pachtgesetz wurde vom Parlament angenommen, d. h. die Anhänger der Roosevelt, Morgenthau, Baruch, Morgan usw. haben es durchgebracht, und das Volk wurde nicht gefragt, ja es wurde eine Volksbefragung, die im Repräsentantenhaus beantragt worden war, verhindert. Die lästigen Mahner, die an die Versprechungen aus der letzten Wahlzeit erinnerten, wurden unter Hinzuziehung von Frau Roosevelt zum Schweigen gebracht, die in öffentlicher Rede alle Versprechungen lächelnd leugnete. Was für barbarische, zurückgebliebene, fortschrittsfeindliche Staaten, in denen man dergleichen mit dem häßlichen Wort Korruption bezeichnet! Keep smiling! Wer denkt drüben heute noch daran, daß beispielsweise vor der ersten Wiederwahl Herrn Roosevelts in allen Zeitungen Hearsts zu lesen war: „Woodrow Wilson und Franklin D. Roosevelt teilen sich in die Ehre, *die größten Verschwender in der Politik der USA.* zu sein.“ Wozu da von einer Staatsverschuldung in Höhe von über 100 Milliarden Dollar sprechen, für die niemand eine Deckung weiß!

Schließlich ist man in dem Staatswesen, in dem die Bestechlichkeit der Polizei und der Gerichtshöfe seit vielen Jahren so völlig *zur öffentlichen Einrichtung* geworden ist, daß Hunderttausende von Menschen und nicht zuletzt vorzüglich organisierte und ausgerüstete Verbrecherbanden davon leben. Man ist daran gewöhnt wie an die Gangster, die Kidnapper und den organisierten Geschäftsschwindel, an die maßlose Heuchelei im öffentlichen Leben, an die

epidemische Wirkung ebenso verrückter wie geschäftstüchtiger Sekten, an den öden Starrummel der rein geschäftsmäßig aufgezogenen Filmindustrie usw. Man erwartet lediglich von der Sensationspresse, daß sie von Zeit zu Zeit erregende Berichte über solche Verbrecher bringt, die es zu dumm anstellen und sich fangen lassen.

Für all das und mehr ist „das Land der unbegrenzten Möglichkeiten" seit einigen Menschenaltern bekannt. Ebenso bekannt aber auch dafür, daß sich dort die *systematische Massenhypnose*, die künstliche Zweckhysterie jederzeit für jeden beliebigen Zweck, von der Zahnpasta bis zum Kriege, mit Erfolg aufs äußerste steigern läßt. Es kommt freilich zuweilen vor, daß irgend etwas derartig zum Himmel stinkt, daß man der Volksstimmung Rechnung tragen muß. Was tut man in solchem Fall? Man setzt im Senat oder Repräsentantenhaus einen Untersuchungsausschuß ein. Irgendein Untersuchungsausschuß ist fast immer im Gange. Das gab es auch in der Zeit nach dem Weltkriege. Die betreffende Kommission sollte 1933 die Schuld der Hochfinanz und der Rüstungsindustrie an der Beteiligung der USA. am Weltkriege untersuchen und die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen. Angesichts der inneren Korruption in den USA. ein geradezu lächerliches Unterfangen, das denselben Wert hat, als wenn beispielsweise England oder Frankreich irgendeinen Antrag im „Völkerbund" stellten, der doch nichts anderes als ihr eigenes ausführendes Organ war.

Natürlich war auch jener Untersuchungsausschuß nichts anderes als ein *Schaugericht* im doppelten Sinne des Wortes. Die alten Römer hatten dafür den Spottausdruck: „. . . ut aliquid fieri videatur", zu deutsch: es muß so *aussehen*, als wenn etwas Durchgreifendes geschieht. In

Wirklichkeit geschieht nichts, nämlich nichts anderes, als was in demokratischen Parlamenten einschließlich „Völkerbund“ immer geschieht: die Sache, um die es geht, wird in Kommissionen, Verhandlungen, Protokollen, Entschließungen u. dgl. begraben, und es bleibt alles beim alten. So hat denn auch jener Untersuchungsausschuß über die eigentliche Schuld der amerikanischen Beteiligung am Weltkriege Herrn Morgan und Genossen nicht das geringste geschadet, und es hat sich auch nichts geändert: Morgan finanzierte das zweite Vorspiel einer amerikanischen Beteiligung an einem englischen Kriege. Die Motive sind dieselben geblieben, *nur die Ziele haben sich verändert.*

Solche Ausschüsse mitsamt ihrem Publikationsapparat sind in den USA. eins der Mittel, mit denen man die öffentliche Meinung für jeden beliebigen Zweck gängelt. Und reicht ein Parlamentsausschuß nicht aus, dann schaltet man eben das ganze Parlament ein; die amerikanischen Krähen hacken einander sowenig die Augen aus wie die englischen. Der Apparat arbeitet in jedem Falle unbedingt zuverlässig, ganz gleich, ob es sich um den großen Schwindel mit dem Neutralitätsgesetz oder um die für eine Präsidentenwahl entscheidende Parole der Kriegsenthaltung oder um das Verleih- und Pachtgesetz oder um bewußt unwahre Hilfsversprechen an englische Gefolgsstaaten handelt.

Dementsprechend machte es auch den Drahtziehern in der Wallstreet und im Weißen Hause keine große Mühe, die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten in sehr kurzer Zeit von der Parole der unbedingten Kriegsenthaltung auf die Parole eines bedingungslosen Imperialismus umzuschalten. Öffentliche Meinung — das hat dort

nichts mit der Volksmeinung zu tun, sondern ausschließlich mit der riesigen Publikationsmaschinerie, die der amerikanischen Regierung und ihren Hintermännern in Presse und Rundfunk zur Verfügung steht.

Die Vorzeichen der Parole für die Eroberung der Weltherrschaft durch Ablösung der britischen beginnen schon bei den Serien von Botschaften, die Herr Roosevelt vor und während des Krieges an alle möglichen Staatsoberhäupter und Regierungschefs richtete. Sie schufen einen *Einmischungs-Imperialismus*, wie es ihn bis dahin sogar in der Blütezeit der englisch-französischen „Völkerbunds"-politik nicht in diesem Ausmaß gegeben hat. Wir nennen nur Beispiele wie die Botschaften Herrn Roosevelts etwa an die Staatschefs der nordischen Nationen zu ihrer Konferenz vom 18. Oktober 1939 oder gar die dummdreiste Botschaft an den Führer vom April 1939, in der Herr Roosevelt aus eigener Machtvollkommenheit Nichtangriffsversprechen für fast alle Staaten der Erde von Deutschland verlangte. Es sind das alles Dinge, die den Herrn amerikanischen Bundespräsidenten in einem 6000 km entfernten Erdteil nichts angehen, *auch dann nicht*, wenn er wenigstens für die nördliche Hälfte jenes Erdteiles zu sprechen befugt wäre, von der er vorläufig nur einen *kleineren* Teil beherrscht. Aber die Vorgänge sind wesentlich insofern, als Herr Roosevelt sich der späteren Verwirklichung seiner Weltherrschaftspläne schon so sicher fühlte, daß er ohne vorherige Anfrage in London Aktionen unternahm, die nichts anderes als direkte Eingriffe auch in die ureigenste Domäne Englands vor dem Kriege, nämlich in Europa, darstellten. England aber nahm diese Aktionen dankbar und beflissen auf und lieferte damit den Amerikanern das Material für einen neuen Schwächepunkt an die Hand.

Als dann im Kriege solche Einmischungsbotschaften gewissen technischen Schwierigkeiten begegneten, wechselte auch Herr Roosevelt, von seiner jüdischen Umgebung stets beraten, die Technik. Erstens führte er „Reden am Kamin“ ein, die ihn des Zwanges der noch halbwegs diplomatischen Sprache enthoben und ihm uneingeschränkte Hetzfreiheit gaben; nebenbei entwickelte er das System der nordamerikanischen Richtlinien für den späteren Frieden und für die Nachkriegs-Weltwirtschaft als allgemeingültige Dogmen. Zweitens sandte er Briefe an solche Staatsoberhäupter, die für die angelsächsische Politik unter amerikanischer Führung noch irgendwie von Nutzen werden konnten. Diese Briefe, die teilweise im Geleit der vielfachen unwahrhaftigen Hilfeversprechen gingen, wurden teils durch die zuständigen Botschafter, teils durch Herrn Roosevelts Sonderbotschafter, zuletzt durch seinen ältesten Sohn James über einen Raum von Tschungking bis Athen verteilt.

Jedenfalls zeigte Herr Roosevelt, wieweit er sich schon in seine zukünftige Rolle als Seniorchef der angelsächsischen Firma eingelebt hatte. Ein so unbekümmertes Hineinsprechen in die ureigensten britischen Interessensphären wäre noch vor wenigen Jahren wenn auch nicht unmöglich, so doch recht schwierig gewesen. Es lieferte Herrn Roosevelt erwünschten Anlaß, noch einen Schritt weiterzugehen und ein halbes Dutzend von Sondergesandten in die britischen Bereiche zu schicken. Die Herren *Willkie*, *Hopkins*, *Donovan*, *Harriman* und *Currie* gingen in seinem Auftrag nach England, nach dem Balkan, nach dem Nahen Osten und nach Ostasien, betätigten sich je nach Neigung und Befähigung mit mehr oder weniger Glück in der Bestandsaufnahme dessen, was England noch

an Aktiven einzusetzen hatte, und hatten nebenbei ein Auge darauf, wie England die amerikanischen Teillieferungen bewirtschaftete. Die Kommission Harriman, die im März 1941 mit einem großen Stabe von Fachmitarbeitern in England selbst eintraf und sehr weitgehende Vollmachten hat, etablierte sich dort geradezu als *Aufsichtsrat für die englische Rüstungs- und Kriegswirtschaft*, der unbekümmert um das traditionelle Durch- und Gegeneinander der englischen Behörden handelte und schnell zu einer regelrechten Filiale der amerikanischen Regierung auf englischem Boden wurde — gerade ihre Tätigkeit veranschaulichte den Engländern, die es noch nicht wußten, den bedenklichen Inhaltsreichtum des Berichtes, den der schweigsame und unbeeinflußbare Herr Hopkins nach zweimonatigen Studien in mehrwöchiger Arbeit zu Papier und sofort zum Versand nach Washington gebracht hatte. Die Regierung Churchill hat inzwischen noch eine ganze Reihe solcher aufschlußreicher Folgen des Hopkinschen Berichtes erlebt und wird seine Schlußfolgerungen noch früher erleben, als ihr zu ahnen scheint. Gleichzeitig entwickelte sich die amerikanische Botschaft in London zu einer Verbindungsbehörde, die man kaum noch anders als ein amerikanisches Ministerium auf englischem Boden bezeichnen kann.

Das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu England und dem Empire hat seit 1939 verschiedene Stadien durchgemacht. Als man sich in Washington über den Grad der englischen Schwächen und über die mögliche Reichweite des eigenen Imperialismus noch nicht so ganz klar war, sprach man noch tastend von der „westlichen Hemisphäre". Man meinte damit einen Bereich, der zwischen dem 180. Längengrad im Stillen Ozean einerseits und einer

Nord—Süd-Linie im Atlantik andererseits liegen soll, die etwa von Kap Natal in Brasilien ebensoweit entfernt ist wie von Dakar in Westafrika. Weder Island, noch Irland, noch die Azoren, noch die Kapverdischen Inseln, noch das britische Freetown in Westafrika waren *damals* in diesen Bereich mit einbezogen. (Beiläufig beträgt die Entfernung von dem ostamerikanischen Stützpunkt Norfolk über die abgetretenen Bermudas bis zu den Azoren 4600 km, von Portorico bis zu den Kapverdischen Inseln 4500 km, von dem abgetretenen Trinidad bis Freetown 5200 km.) Schon zu Beginn des Krieges aber war das Verhältnis der beiden „angelsächsischen" Mächte kaum noch zu unterscheiden von der Lage, in der sich das Frankreich der Daladier-Reynaud kurz vor seinem Zusammenbruch gegenüber England befand. England war bereits in die Rolle des „acteurs" abgerutscht, wie man in der älteren Theatersprache sagte — Regie führte Washington. Mitte Mai 1940 glaubte Herr Roosevelt dann so weit zu sein, daß er im Sinne seiner Weltherrschaftspläne die Schlußfolgerung aus der Tatsache ziehen konnte, daß die Westmächte, d. h. England, den Krieg nicht mehr gewinnen konnten. Jetzt verlangte er vom Parlament hohe, und zwar zusätzliche Rüstungskredite. Auch diese Maßnahme war wieder nur Mittel zum Zweck. Es ist sicher, daß Herr Roosevelt nach dem europäischen Kriege der lachende Dritte zu sein gedachte, der mit einer aufs höchste gesteigerten amerikanischen Wehrmacht und Rüstungsindustrie dann jede Chance für die endgültige Eroberung der Weltherrschaft und ihre Verteidigung gegen *jede* Macht, unter Einschluß des britischen Restempire, in der Hand zu haben meinte. Wie sicher sich auch hierin Herr Roosevelt glaubte, geht u. a. aus der Tatsache hervor, daß die amerikanische Rüstungs-

industrie entgegen ihren erheblichen finanziellen Bedenken im Juni 1941 über das Kommissariat Knudsen strikten Auftrag bekam, die nötigen Erweiterungsbauten *ohne Rücksicht* darauf vorzunehmen, daß diese nach dem Kriege auf jeden Fall überflüssig sein würden. Geld spielt bei einem solchen amerikanisch-jüdischen Riesengeschäft so wenig eine Rolle, daß man fast sagen kann: es kann gar nicht teuer genug werden, die Abschlußbilanz muß jede Ausgabe rechtfertigen.

Hier klafft wieder die *ungeheure soziale Lücke* in der USA.-Politik auf. Wir sahen schon, wie Colin Roß feststellte, daß in einem so reichen Lande eben etwas nicht in Ordnung sein könne, wenn die sozialen Mißstände so kraß zutage treten. Es war immerhin die amtliche Ernährungskonferenz der USA., die im Frühsommer 1941 feststellte, daß mehr als ein Drittel der Bevölkerung der USA., und zwar volle *45 Millionen Menschen, unterernährt* sind — so sieht die Innenseite des „New Deal" des Herrn Roosevelt aus, den er lieber heute als morgen auch in das künftige Vasallenland England einführen möchte! Die USA. sind seit Jahren das bei weitem reichste Land der Welt, sie sind aber auch das Land mit mindestens 17 Millionen hungernder Arbeitsloser und 45 Millionen unterernährter Menschen, und sie sind das Land, in dem nach der sachkundigen Darstellung des Amerikaners Herbert George Wells in dem Buch „Die Zukunft Amerikas" aus der Zeit unmittelbar vor dem ersten Weltkriege mindestens *1 700 000 Kinder* von der herrschenden Kaste auf typisch plutokratische Weise ausgebeutet wurden — es liegt kein Grund vor anzunehmen, daß es heute etwa weniger sein könnten. Von alledem wird man bei Herrn Roosevelt und seinen christlichen und jüdischen Helfers-

helfern *niemals ein Wort* hören, so wenig wie diese Männer jemals ein Wort darüber sagen, wie sie sich eigentlich die Tilgung der ungeheuren öffentlichen Schulden denken. Dem gleichen Herrn Roosevelt, der schon zwei volle Präsidentschaftsperioden Zeit gehabt hätte, sich mit diesen skandalösen sozialen Zuständen zu befassen, verschaffte man mit allen typisch nordamerikanischen Druck-, Bestechungs- und Massenhypnotisierungsmitteln die Möglichkeit, dieses soziale Elend, in dem die verzweifelte Notlage der Farmer ja nur ein kleiner Teil ist, ebenso weiter zu vergrößern wie die Staatsschulden, die sich unter seiner bisherigen Amtsführung nach amerikanischen Feststellungen bereits mehr als verdoppelt haben! *Die größte Summe an Dollarmilliarden in der ganzen amerikanischen Geschichte* wird von der Roosevelt-Clique bedenkenlos für ihre imperialistischen Hetzpläne ausgeworfen, ohne Rücksicht darauf, daß ihr Wert zum nicht geringen Teil in regelmäßiger Folge schiffs- und geleitzugweise versenkt wird — aber für die Millionen der Erwerbslosen, der Unterernährten usw. ist in diesem Lande der überzüchteten Plutokratie kein Geld da! Es sind verwandtschaftliche Merkmale, die beiden angelsächsischen Staaten eigen sind. Beide aber wollen trotzdem die Weltherrschaft an sich reißen. Diese Bewegung entwickelt sich zur Zeit dahin, daß die eine der beiden Plutokratien die andere mit dem kalten amerikanischen Lächeln enterbt — keep smiling!

Auf die kürzeste Formel gebracht, ist die gesamte Außenpolitik der USA. vor und während des Krieges nichts anderes als der industrielle, wirtschaftliche, militärische und politische *Aufmarsch zu dem letzten großen Angriff* zwecks Ablösung der britischen Weltherrschaft und Übernahme durch die USA. selbst.

Gibt es dann noch ein britisches Reich in irgendeiner Form, so wird es *bestenfalls* den Rang eines solchen Bundesgenossen für die USA. haben, wie ihn Frankreich unter englischer Führung in diesem Kriege hatte. Besteht ein britisches Reich dann nicht mehr als selbständiger, souveräner Staat, dann werden gewisse ehemalige Teile des Empire so oder so in amerikanischen Besitz übergegangen, nur noch Hilfsvölker in jenem wegwerfenden Sinne sein, in dem man im Vorkriegsengland von Staaten zu sprechen pflegte, die, einer selbständigen Außenpolitik entwöhnt, England als den leibhaftigen politischen Gott auf Erden anzusehen und in der merkantilistischen Furcht des Herrn zu leben pflegten.

Dabei muß der weltherrschaftliche Weizen der USA. logischerweise um so mehr blühen, je mehr es den Rooseveltkreisen gelingt, den englischen Krieg zu einem Weltkrieg auszuweiten, an dem die USA. selbst *militärisch so wenig wie möglich* beteiligt sind. Man nimmt in Washington das Dilemma der doppelten Frontstellung mit der gleichen Leichtfertigkeit in Kauf, mit der man unerfüllbare Hilfeversprechen an zahlreiche von England in den Krieg gezogene Staaten austeilte.

Jenes Dilemma aber wird ergänzt durch die Tatsache, daß die USA. bis auf weiteres außerstande sind, beide Fronten aussichtsreich zu besetzen. Das gilt für alle drei Wehrmachtsteile. Herr Roosevelt war früher einmal auch Unterstaatssekretär für die Marine, und er macht heute lieber in Marinepolitik als jemals. Auf seine Initiative hin haben die USA. *als erste Macht der Welt Schlachtschiffe von 45 000 t* auf Stapel gelegt, unter glatter Abweisung des englischen Rückstellungsersuchens. In dieser Baupolitik lag bereits eine Voranmeldung auf die zukünf-

tige Weltherrschaft, zum mindesten auf die Ablösung der britischen Seeherrschaft. Flotten sind aber auch im Lande der „unbegrenzten Möglichkeiten“ nicht von heute auf morgen zu erstellen. Das Gros der amerikanischen Kriegsflotte war vor und nach der Niederlage von Hawaii im Stillen Ozean stationiert, und der Atlantik muß sich vorläufig noch mit einem Neubauplan und einer Ersatz- oder Teilflotte begnügen.

Das ist störend und paßt durchaus nicht in die Rooseveltschen Pläne. Aber man kann die Bauzeiten von Großkampfschiffen selbst bei äußerster Beschleunigung nun einmal nicht unter drei bis vier Jahre herunterdrücken. Daher hat man sich in dem bekannten Abkommen für alle Fälle die britische Flotte gesichert. Damit die Sache nicht in Vergessenheit gerät, griff man sie im Juni 1941 in den USA. wieder auf. Um diese Zeit ist man in Washington zu der Erkenntnis gekommen, daß England wohl doch nicht mehr zu helfen ist. Man beauftragte daher einen Kreis von Fachleuten (?) mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Berichtes, der denn auch wunschgemäß einen Zusammenbruch Englands früher oder später als Tatsache unterstellte. Aber, heißt es dann weiter, *auch in diesem Falle* müßten die USA. England wenigstens so weit „helfen“, daß der König von England noch in der Lage sei, *die britische Flotte abmachungsgemäß an die USA. zu überweisen,* wie er es vor dem Geschäft mit den Zerstörern gegen die westindischen Flottenstützpunkte feierlich versprochen habe.

Charakter und Endzweck der amerikanischen „Hilfe“ für England kann nicht eindeutiger dargestellt werden als in diesen Darlegungen der amtlich bestandpunkteten amerikanischen Fachleute. Soweit ist die Angelegenheit rest-

los klar. Kommt es eines Tages dazu, daß die britische Flotte nach Kanada, also in den direkten Machtbereich der USA., flüchten muß — und in Washington rechnet man in aller Bestimmtheit mit diesem Tage —, dann ist die britische Flotte, der jahrhundertealte Stolz Englands, so ziemlich dasselbe wie die riesige Seefestung Singapore ohne Flotte, nämlich ein Kampfinstrument ohne Schlagkraft, also ein Krüppel. Denn wenn eine Flotte nach einem Lande übersiedelt, das auf solchen plötzlichen Zuwachs in keiner Weise eingerichtet ist wie Kanada, dann ist das etwa dasselbe, als wenn diese Flotte beispielsweise die südliche Arktis als Station nehmen wollte. Mit seinen heutigen Mitteln ist Kanada keine Basis für eine große Flotte und wird es auch auf Jahre hinaus nicht sein. Eine Flotte *ohne* entsprechend ausgestattete Stützpunkte, ohne Werkstätten, Werften, Docks, Arsenale und einen großen Stamm geschulter Facharbeiter ist *wie ein Schwert ohne Griff*, und alle diese Dinge kann die britische Flotte ja schließlich nicht aus England mitnehmen. Folglich wird ihr gegebenenfalls gar nichts anderes übrigbleiben, als sich in der einen oder anderen Form den USA. auszuliefern — wenn nicht gerade die englische Regierung das Abkommen mit den USA. brechen und die Flotte dann etwa in die indischen Gewässer schicken will.

Auch hier gibt es wieder eine satirische Randglosse. Die sehr scharfe Konkurrenz, in der die USA. in Südamerika mit England lagen, wurde von Washington schon mehrere Jahre vor diesem Kriege ins Machtpolitische hinübergespielt, indem es den Staaten des südlichen Kontinents die „Vermietung“ nordamerikanischer Kriegsschiffe aufzudrängen versuchte; man sagte sich, daß England zu einer ähnlichen Maßnahme nach seinen peinlichen Erfahrungen

im abessinischen Kriege keinesfalls in der Lage sein würde. Wären die südamerikanischen Staaten auf diesen Yankeeleim gegangen, so wäre den USA. ein zunächst indirekter, dann schnell ein direkter Einfluß auf die südamerikanischen Seestreitkräfte sicher gewesen, ein Manöver, das man in der Kriegszeit dann andersherum mit den Bemühungen um die Gewinnung von Flottenstützpunkten wiederholte. Nach allen Erfahrungen mit angelsächsischen Lieferungen hätte Washington den Südamerikanern sehr wahrscheinlich nur ältere Schiffstypen angedreht. Außerdem aber wäre es ihnen dann jetzt sicher ebenso gegangen wie beispielsweise den Ägyptern, die nach dem Abschluß des Vertrages mit England von London gezwungen wurden, die Neuausrüstung ihrer Wehrmacht aus England zu beziehen und sie wieder herzugeben, als England die Haltung Ägyptens in diesem Kriege nicht mehr ganz sicher fand. Die südamerikanischen Staaten liegen nicht außerhalb der Welt. Man kennt dort den politischen Imperialismus der USA. so gut wie ihren Dollarimperialismus. Wenn sie sich im Januar 1942 dann doch für Roosevelts Kriegspolitik mehr oder weniger gewinnen ließen, dann läßt das auf die Schärfe des Druckes der nordamerikanischen 5. Kolonne, vertreten durch die Leute Donovans und Rockefellers, schließen.

Gerade auch im Zusammenhang mit der erbitterten englisch-amerikanischen Konkurrenz in Südamerika leisteten sich die Amerikaner gegenüber dem schon halb hörigen England dann am 10. September 1941 ein besonders weitgehendes Stück, das die Überheblichkeit Washingtons gegenüber dem Bundesgenossen im grellsten Licht zeigte. Die englische Regierung muß sich einem Diktat aus Washington unterwerfen, das *die englische Ausfuhr*

nach dem amerikanischen Doppelkontinent und nach allen anderen Weltmärkten *auf zwei Drittel herabsetzte.* In den offiziellen Verlautbarungen wurde das Diktat natürlich ein „Abkommen“ genannt. Zu der diktatorischen Maßnahme der USA. gegenüber England kam es deshalb, weil englische Firmen mit Wissen und Willen der Regierung Churchill umfangreiche amerikanische Materialien, die unter dem sogenannten Pacht- und Leihgesetz, d. h. also als Kriegshilfe an England geliefert wurden, von dort mit entsprechenden Gewinnen an südamerikanische Staaten weitergeliefert wurden. Abgesehen davon, daß dadurch der Endzweck der amerikanischen Lieferungen an England umgangen wird, wünscht man in Washington die britische Konkurrenz gerade auf dem südamerikanischen Felde ein für allemal auszuschalten; Südamerika ist für Washington ein amerikanisches Dominion, mehr nicht. Außerdem hintertrieben die englischen Lieferungen nach dem südlichen Kontinent ja den Nordamerikanern die erpresserische Tour mit der Vorenthaltung lebenswichtiger Bedarfsartikel, störten also die von Washington rücksichtslos betriebene Unterwerfungspolitik gegen den Süden.

Es hatte in Washington allem Anschein nach Verärgerung erregt, daß die Briten einerseits ständig die äußerste Verstärkung und Beschleunigung der amerikanischen Lieferungen forderten, ja sogar von den Amerikanern selbst erhebliche Einschränkungen in ihrem täglichen Bedarf verlangten, andererseits aber selbst mit amerikanischen Lieferungen hinter dem Rücken der Amerikaner lukrative Geschäfte machten.

Damit war aber der Tatbestand noch nicht erschöpft. Die Weltmacht England, die angeblich die Meere beherrscht und deren stärkster Aktivposten ja gerade in

ihrem Welthandel und in der dominierenden Stellung ihrer Pfundwährung gelegen hatte, wurde nun von den USA. *so behandelt wie irgendein schwacher neutraler Staat,* der durch englisches Diktat, beispielsweise durch englische Navycerts, vorgeschrieben bekommt, was er noch einführen darf und was nicht. Darin liegt eine macht- und wirtschaftspolitische *Degradierung* der ehemaligen Weltmacht England, wie sie diese in solcher Reichweite bis dahin noch nicht hatte hinnehmen müssen. Es war bezeichnend dafür, daß die Regierung Churchill den Tatbestand offen zugeben mußte, ohne sich gegen das Diktat Washingtons über die starke Einschränkung der ohnehin strangulierten Ausfuhr Englands irgendwie wehren zu können. Daraus ging wieder einmal klar hervor, welches Ausmaß die englische Abhängigkeit von den USA. schon erreicht hatte.

Es änderte gar nichts an der Sachlage, daß England gleichzeitig aus Washington die „Genehmigung" erhielt, in der mexikanischen Hafenstadt Vera Cruz neue Käufe und Verkäufe zu tätigen. Im Gegenteil, gerade diese gnädige Teilerlaubnis Washingtons veranschaulichte nur noch deutlicher die wirkliche Lage Englands, das aus der Stellung eines Bundesgenossen längst auf die Stufe eines amerikanischen *Gefolgsstaates* hinabgesunken war.

Überflüssig, darzulegen, daß angesichts der ohnehin durch den Krieg bedingten Einschränkung des englischen Außenhandels die amerikanische Diktatmaßnahme auch einen *erheblichen Ausfall an Devisenaufkommen für England* mit sich brachte. Es sollte nicht die letzte amerikanische Maßnahme dieser Art gegenüber England sein. Dafür war die Position der USA. gegenüber England schon zu stark geworden. England selbst war es ja ge-

wesen, das durch seine ständigen kläglichen Bittgesuche in Washington und durch seine ewigen jammervollen Darlegungen seiner Zwangslage den Amerikanern die Tips gegeben hatte, wie man sich kostenlos schon frühzeitig Vorschüsse auf die spätere große Erbschaft verschaffen kann.

Ein besonderes Kapitel in der amerikanischen Täuschungspolitik nimmt das Spiel um die Regulierung des St.-Lorenz-Stromes ein. Jahrzehntelang haben sich nordamerikanische Börsenmächte und Industrietrusts dabei das Wasser abzugraben versucht. Es handelte sich um das Geschäft mit der Durchführung der Regulierung selbst und darüber hinaus um die Ausführung gewaltiger Elektrifizierungspläne. Für beides suchte man — immer wieder vergeblich — die Genehmigung und Unterstützung der kanadischen Regierung zu gewinnen, die sich auf so weitgehende Einschaltung beherrschender amerikanischer Kapitalien damals noch nicht einlassen wollte.

Im Zuge der Erbschaftspläne Washingtons und der lange vorher erfolgten Durchdringung Kanadas mit amerikanischen Einflüssen aller Art griff man in Washington das früher privatwirtschaftliche Projekt dann selbst auf. Am 18. Juni 1941 stellte Herr Stimson — also der *Kriegs*minister, nicht etwa einer der Wirtschaftsminister! — das Projekt im Ausschuß des Repräsentantenhauses offiziell zur Debatte. Die Begründung entsprach der Rooseveltschen Täuschungspolitik: es werde, behauptete Herr Stimson, einer der Vorteile der Regulierung des Lorenzstromes sein, daß dadurch ein Teil der Route für die Munitionsverschiffungen nach England unter unmittelbarem amerikanischem Schutz stehen würde.

Diese Begründung ist nun im wahren Sinne des Wortes

grotesk. Denn die amerikanische Regierung veranschlagt ja selbst die Regulierungsarbeiten für den gewaltigen Strom auf mindestens *vier Jahre*. Da eins ihrer Mitglieder kurze Zeit vorher erklärt hatte, die Zermalmung Englands sei in diesem Jahre (1941) nicht mehr aufzuhalten, so ist die Begründung mit der Hilfe für England ein dreister amtlicher Schwindel.

Herr Stimson ließ denn auch die Katze aus dem Sack mit der Bemerkung, daß „die USA. aus dieser Einrichtung Vorteile gewinnen würden". Die USA. — und nicht England! Die Art besagter Vorteile ist durch die amerikanisch-kanadische Vertragspolitik des Jahres 1941 eindeutig bestimmt. Sie liegen ganz in der Richtung der amerikanischen Expansionspolitik, innerhalb deren die Hilfe für England nur ein Mittel zum Zweck ist.

Die amerikanische Regierung ersuchte daher auch den Ausschuß durch den Unterstaatssekretär Berle dringend um Annahme der Vorlage. Berle fügte seinerseits noch als Begründung hinzu, die geplante Wasserstraße würde den Werften an den großen Seen die Möglichkeit geben, Schiffe für England und die anderen Demokratien (?) zu bauen.

Es ist wieder einmal ein Stück vollsaftigen Yankeetums, das sich hier vor dem Betrachter auf Kosten Englands und seines Dominions Kanada ausbreitet. Der Führer hat in seiner Reichstagsrede vom 4. Mai 1941 die wahren Motive bloßgelegt, indem er ausführte, daß die Männer, die den Krieg gewollt hätten, nicht aus irgendeiner idealen Überzeugung handelten. Hinter ihnen stehe als *treibende Kraft der jüdisch-amerikanische Kapitalismus*, dem sie verpflichtet und damit verfallen seien. Die von diesen Kriegsinteressenten aber schon festgelegten, weil investierten Milliar-

denkapitalien schrieen nach Verzinsung und Amortisation. Daher erschrecke sie auch die lange Dauer des Krieges nicht nur nicht, sondern im Gegenteil, sie sei ihnen erwünscht.

Die amerikanische Regierung braucht vier Jahre Zeit für die Durchführung des St.-Lorenz-Projektes — also „kann der Krieg wohl über vier Jahre dauern", wie Herr Stimson ausführte, bevor er auf das Lorenzprojekt zu sprechen kam —, vorher aber schwatzten die Herren von dem Schutz für einen Teil des Transportweges für England!

☆

Wir sahen die Smilingmaske der USA. Sie bringen es hinter dieser grinsenden Maske ebenso fertig, ihre eigenen Leute hungern zu lassen, wie sie Milliarden zur Befriedigung der herrschsüchtigen und rachsüchtigen Gier einer kleinen Plutokratenschicht zum Fenster hinauswerfen. Wir haben es mit dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten zu tun. Und wir sollten das vor allem für die nächsten Jahre *keinen einzigen Augenblick vergessen!*

VI.

Unzuverlässigkeit als Staatsmaxime.

„Jedes Versprechen Roosevelts hat sich als beabsichtigte Täuschung erwiesen." Die „Chicago Tribune" in einer Übersicht über die nordamerikanische Außenpolitik seit November 1939, Mitte Mai 1941.

Die „Chicago Tribune", die das oben zitierte Urteil über die Rooseveltsche Politik fällt und es durch die Aufzählung seiner zahlreichen Täuschungen im Laufe von anderthalb Jahren belegt, ist bekannt als dasjenige Blatt des mittleren Westens, das sich infolge seiner beherrschenden Stellung dort selbst in solchen Dingen ein freimütiges Urteil erlauben kann, die die Grundsätze der Staatspolitik und Entscheidungen von höchster Stelle betreffen. Sie ist im übrigen jeder Vorliebe für europäische Dinge völlig unverdächtig, ist so amerikanisch wie nur irgendein anderes Blatt. Aber sie ist für die nichtamerikanische Welt zuweilen in ihren Stellungnahmen wichtig, weil man aus ihnen wertvolle ergänzende Merkmale über die Volksmeinung entnehmen kann.

Das Urteil der „Chicago Tribune" deckt sich mit dem des heutigen Marineministers *Knox*. Am 9. September zitierte der frühere Senator *Holt* die Äußerungen Knox' („Scribners Commentator") über Roosevelt, als er noch nicht in dessen Regierung war, sondern noch zur Opposition gehörte. Knox hat damals in verschiedenen Reden festgestellt, daß *„Roosevelt praktisch jedes Versprechen gebrochen hat, das er dem amerikanischen Volke jemals*

gegeben hat". Oder er sagte: „Wenn Roosevelt sich auch als beides hinstellt, so ist er doch weder ein wahrer Demokrat noch ein wahrer Liberaler, sondern ein aristokratischer *Dilettant* mit radikalen Neigungen und einem außergewöhnlichen Hunger nach persönlicher Macht." Über Roosevelts Führerrolle in einem Kriege aber erklärte Knox: „Es ist in Friedenszeiten schlimm genug, einen Präsidenten zu haben, der allzu anmaßend, unvorsichtig, selbstherrlich, unsicher und unzuverlässig ist. *In Kriegszeiten* aber wäre das geradezu eine *Katastrophe*."

In jedem Falle sind solche Urteile über die Politik des Präsidenten, die zugleich die Politik seiner Regierung und seiner nichtamtlichen Ratgeber betreffen, sachlich mehr als reichlich begründet. Die englische Politik glaubt bekanntlich nur das, was in die traditionellen Grundsätze der Downingstreet hineinpaßt und was sie glauben will. Wenn sie daher den Grundcharakter des „smiling America" nicht annähernd im richtigen Ausmaß für ihre politische Praxis wertet, so ist das insofern begreiflich, als ja auf beiden Seiten das gleiche Moment der angelsächsisch-jüdischen Mentalität in der heutigen Politik eine ausschlaggebende Rolle spielt.

Etwas anderes aber ist es mit den Erfahrungen, die die Welt — und nicht zuletzt England selbst! — gerade in der neuesten Zeit mit der amerikanischen Außenpolitik machen mußte. Man hat diese Außenpolitik oft unklar, wankelmütig, undurchsichtig u. dgl. genannt. Sie war nichts weniger als das. Sie ist vielmehr gekennzeichnet durch absolute und *unbedingt konsequente* Unzuverlässigkeit, ja durch eine grundsätzliche Täuschungs- und Betrugsmanier, die jenseits aller zulässigen diplomatischen Kniffe und Tricks liegt. Wir stellen nur eine hundertfach

beweisbare und bewiesene Tatsache fest, wenn wir aussprechen, daß diese Politik *ein für allemal mit dem Namen des amerikanischen Bundespräsidenten Roosevelt verbunden* ist. Diese Tatsache wird nur noch durch die Erinnerung daran bestätigt, daß Herr Roosevelt seit der endgültigen Abkehr von seiner anfallsweisen sozialpolitischen Liebhaberei in erster Linie Sprachrohr und ausführendes Organ jener eigentlichen Regierung ist, die durch die amerikanisch-jüdische Hochfinanz und gewisse Teile der Schwerindnustrie repräsentiert wird.

Jedenfalls ist diese Unzuverlässigkeit der amerikanischen Außenpolitik stets von einer *strengen Folgerichtigkeit,* wenn es sich um die Durchsetzung der Bestrebungen um die Weltherrschaft, also auch um die Ablösung Englands handelt. Will man die Blindheit Englands gegenüber dieser Tatsache nicht einfach auf die notorische Sturheit gewisser Ressorts des Foreign Office zurückführen, so bleibt nur die Erklärung, daß die Regierung Churchill, die für die Untätigkeit Englands gegenüber der amerikanischen Betrugspolitik verantwortlich zeichnet, diese als solche nicht erkennen *will,* weil England unter der Führung seines größten Charlatans und Defraudanten gar nicht mehr anders kann, als sich um jeden, aber auch jeden Preis der amerikanischen Betrugspolitik anzugleichen, schließlich sich ihr zu unterwerfen: „Alles ist besser als ein Sieg Deutschlands.“ —

In den USA. erschien *1930* das schon zitierte Buch mit dem frischfröhlichen Titel „America conques Britain“, Amerika erobert England, von Ludwell Denny. Darin stehen so herzhafte Sätze yankeehafter Unbekümmertheit wie der:

„Die englische Weltherrschaft muß einmal von einer

amerikanischen abgelöst werden — *und sei es mit Gewalt.*"

Das war vor nunmehr zwölf Jahren, zu einer Zeit also, als man in England auf dem Höhepunkt der Nutznießung des Weltkrieges und der „Völkerbunds"-Politik war; als man die Abrundung einiger „schlecht geschnittener Ecken" im Arabischen vorbereitete; als man Frankreich, das seine Schuldigkeit als englischer Mohr auf dem europäischen Festlande getan hatte, Schritt für Schritt um die Hegemonie in unserm Erdteil gebracht hatte, und als man sich des inoffiziellen Mandatsgebietes Deutschland infolge der alten deutschen Nationalkrankheit, der inneren Zwietracht, mit Hilfe der fast vier Dutzend Parteien usw. ganz sicher wußte. Heute erscheint Ludwell Denny wie der Vorläufer Johannes zu dem Roosevelt-Messias der neuen Weltherrschaftslehre. Nicht einmal die Drohung mit der Gewalt konnte den Engländern unverständlich sein. Denn noch die *amerikanischen Schulbücher* aus der Zeit vor dem ersten Weltkriege waren voll von Anwürfen gegen England, weil die Amerikaner sich ihre Unabhängigkeit in einem blutigen Kriege hatten erkämpfen müssen und dabei britische Brutalität von Grund auf kennengelernt hatten.

Das Gegenstück zu dem Buch Dennys war das Buch eines anderen Amerikaners, das gegen Ende des Jahres 1938 erschien. Es hatte den Titel „England expects every American to do his duty", England erwartet, daß jeder Amerikaner seine Pflicht tut. In diesem Titel lag für London eine doppelte Warnung. Man nahm sie dort zur Kenntnis, mehr nicht.

In der Aprilnummer der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affaires" vom Jahre 1935 warf einer der be-

kanntesten Publizisten, Walter Lippmann, die Frage auf, welche Möglichkeiten sich für ein Zusammengehen der USA. und Englands ergäben. Er führte diese und jene Gemeinsamkeit an, rühmte natürlich auch die sogenannte Demokratie und zog dann doch eine überraschend einfache, weil naheliegende Schlußfolgerung: eine wirkliche *Zusammenarbeit* großen Stiles auf gemeinsamer Basis *sei aussichtslos,* „weil die wichtigsten Interessen des einen nur zweitrangige Interessen des anderen sind und die vordringlichsten Bedürfnisse beider Mächte fast niemals in einem gegebenen Augenblick übereinstimmen". Wahr gesprochen! Wir haben ja gerade im Jahre 1941 ein klassisches Beispiel für die Verschiedenartigkeit nicht nur der beiderseitigen Interessen, sondern auch für die Durchsetzung der amerikanischen gegenüber den englischen erlebt: England hatte die Burmastraße aus bekannten Gründen im chinesisch-japanischen Kriege auf Ansuchen Japans geschlossen. Das war für die USA. sehr störend, weil sie gerade von der Tschungkingregierung im Zusammenhange mit ihren antijapanischen Pazifikplänen große Mengen kriegswichtiger Metalle gekauft hatten. England mußte nach einigem Zögern auf den Druck Washingtons hin die Burmastraße wieder öffnen, nur damit die USA. ihre Aufkäufe aus dem Gebiet der Tschungkingregierung über die britisch-burmesische Grenze herausbekamen. Daß Tokio die Öffnung der Straße den Engländern mit vollem Recht übelnahm, weil sich sofort ein Strom des auf burmesischem Gebiet lagernden Kriegsmaterials für Tschungking über die Grenze ergoß und japanische Gegenmaßnahmen erforderte, störte in Washington nun wieder gar nicht. —

Im Jahre 1935 stehen wir bereits mitten in der notorisch

unzuverlässigen Roosevelt-Politik drin. Damals brüstete sich der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika noch mit feierlichen Erklärungen wie dieser, die er aus Anlaß der ersten Neutralitätsakte am 31. August abgab: „Ich habe dem Beschluß des Kongresses zugestimmt, weil er als Ausdruck des bestimmten Wunsches der Regierung und der Bürger der Vereinigen Staaten dazu bestimmt war, *jede Handlung zu vermeiden, die uns in einen Krieg verwickeln könnte.*" Fügen wir hier gleich hinzu, was für alle ähnlichen Erklärungen Herrn Roosevelts gilt: nicht das ist das Wesentliche, daß er später die Neutralität der USA. zum höchsten Marktpreis teilweise zugunsten Englands verkaufte, sondern daß eine solche sich selbst ins Gesicht schlagende Politik jeden verantwortungsbewußten fremden Staatsmann zu äußerster Vorsicht hätte gemahnen müssen. England aber war außer sich vor Jubel über die Aufhebung der amerikanischen Neutralität.

Im gleichen Jahre sagt Herr Roosevelt in seiner Botschaft an den Kongreß: „Das wenigste, was wir tun könnten, ist, jede Handlung und jede Unterlassung zu vermeiden, die einen Angreifer ermutigen, ihm helfen oder ihn stärken könnte."

Er setzte die Tour im Jahre 1936 fort. Am 14. August ertönt es in der Rede von Chautaqua schallend aus dem Munde des Pharisäers: „Ich hasse den Krieg. *Ich kann dafür sorgen, daß keine amerikanische Handlung einen Krieg hervorruft*" (siehe die Hetzaufträge an die Botschafter in London, Paris, Warschau und Bukarest!) *oder ihn fördert* . . . Die Kriegs- und Agrarproduktion für die Kriegsmärkte kann einigen wenigen Männern ein ungeheures Vermögen verschaffen, für die Nation als Ganzes bedeuten sie nur ein Unglück . . . Wenn wir die Wahl

haben zwischen Kriegsgewinnen und Frieden, wird die Nation antworten — muß sie antworten, wir wählen den Frieden." Das war die Fortsetzung der Botschaft an den Kongreß vom 3. Januar: „Vor allem *lehnen wir es ab*, zur Durchführung eines Krieges dadurch zu ermutigen, daß wir den Kriegführenden erlauben, Waffen, Munition und Kriegsmaterial von den USA. zu erlangen." Noch im gleichen Jahre griff Staatssekretär Hull diese Melodie als ein untadeliger Ehrenmann vor dem Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten auf: „*Wir können nicht verstehen*, wie ein Neutraler das Feuer und die Flammen eines Krieges planmäßig schüren helfen kann durch direkte Belieferung Kriegführender mit wesentlichen Materialien und dadurch nicht nur hilft, den Krieg fortzuführen, sondern ihn unabsehbar in die Länge zu ziehen."

Am 7. April 1937 erklärt der Rooseveltmann Senator Pittman, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Senat, einer der schlimmsten Hetzer gegen die Ordnungsstaaten, im Ton sachlich-nüchterner Überlegung: „Der Kongreß sucht aus der Erfahrung im letzten Kriege Nutzen zu ziehen, damit wir uns aus dem nächsten Kriege heraushalten können."

Genau drei Wochen später wird jene Bill, die unter dem planmäßig irreführenden Namen „Neutralitätsgesetz" ging, in entscheidender Weise *umgefälscht* durch die am 22. April eingebrachte Zusatzklausel der Rooseveltleute, wonach die USA. im Kriege auch an solche Leute liefern können, die bar bezahlen und auf eigenen Schiffen transportieren. Das Erlöschen der cash- and carry-Klausel vom 1. Mai 1939 war ein handfestes Täuschungsmanöver, das jeder sofort dafür hielt, der sich über die strenge Konsequenz der amerikanischen Politik auf dem Wege zur

Weltherrschaft klargeworden war. Die Klausel wurde in dem neuen Entwurf Pittman vom 28. September 1939, also vier Wochen nach Kriegsausbruch, wiederaufgenommen.

Man kann das sogenannte *Neutralitätsgesetz* in der Fassung vom 30. April 1937 auf Grund der späteren Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik nicht anders als einen *rein taktischen Zug* ansehen, mit dem schon erwähnten Zweck, die Aufhebung eines ohnehin nicht ernstgemeinten Gesetzes später möglichst gewinnbringend zu verkaufen (im Oktober des gleichen Jahres erfolgte ja auch die bekannte Quarantänerede Herrn Roosevelts in Chikago!). Daß das Gesetz wirklich nicht ernstgemeint gewesen ist, zeigt zur Genüge die von der Wallstreet und der Rüstungsindustrie durchgedrückte cash- and carry-Klausel. Beide Bedingungen dieser Klausel trafen nach amerikanischer Ansicht auf England zu, das vermeintlich nicht nur genug Gold, sondern auch genug Schiffe hatte. Auf dem gleichen Geleise lief seit 1937 die eindeutige Begünstigung des britischen Dominions Kanada, auf die wir noch zu sprechen kommen.

Im Dezember des gleichen Jahres sorgte Herr Roosevelt dafür, daß sein Brief an den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Landon (1936) vom 21. desselben Monats gebührend veröffentlicht wurde, in dem er bombastisch schrieb: „Amerika ist ein Teil einer großen Welt von anderen Nationen und Völkern. Und als solcher sind wir nicht nur zur Zusammenarbeit, sondern selbst zur *Führerschaft* bei dem Versuch, sich dem endlichen Ziel eines allgemeinen *Friedens* zu nähern, verpflichtet." Für englische Ohren hatte *damals* der hier gebrauchte Ausdruck „Führerschaft" noch die Bedeutung, daß sich die

USA. im Falle eines europäischen Krieges für die Friedensvermittlung einsetzen würden.

Am fünften Jahrestag der Regierung Herrn Roosevelts, am 5. März 1938, erläßt das Staatsdepartement eine Proklamation, in der es u. a. heißt: „Die amerikanische Regierung ist beseelt von dem Wunsch, *die Neutralität sorgfältig zu wahren* und sich nicht in fremde Händel zu mischen" — dies nach der vorangegangenen Verfälschung des Neutralitätsgesetzes!

Im Frühjahr 1940 — wir greifen hier nur einzelne Vorgänge als Beispiele heraus — zeigt sich klar die neue Schwenkung der amerikanischen Außenpolitik, genauer gesagt: eine neue Tarnung des Hauptzieles der USA. Man hat in Washington eine Rettung Englands, sofern sie überhaupt jemals beabsichtigt wurde, als undurchführbar abgeschrieben, und es wird als neues Kriegsziel der USA. stärker als je behauptet, daß Deutschland nach England dann die USA., ja überhaupt den amerikanischen Doppelkontinent angreifen wolle, um den weiteren Schritt zur Weltherrschaft zu tun. So blödsinnig das auf dieser Seite des Atlantiks erscheinen muß, so möglich ist dergleichen drüben im Lande der ständigen Irreführung und Belügung der Massen, wo selbst die politische Verdummung des Volkes technisiert ist. Das politische Narrenseil wird in den USA. im Regierungsauftrage industriell hergestellt. Um so bemerkenswerter bleibt das *Unverständnis der breiten Massen* und auch mancher Zeitungen für die Kriegshetze Herrn Roosevelts und seiner Kreise. Daher beklagte sich denn auch im Juni 1941 Sir Norman Angell in der „New Republic" sehr über die englandfeindlichen Demonstrationen in Chikago und anderen Städten, bei denen z. B. auf Schildern die Freiheit für

Irland und Indien gefordert wurde: Ja, klagt der Peer weiter, die Amerikaner hätten auf großen Kundgebungen in Universitäten und Versammlungen die britische Unterdrückung und Ausbeutung der Buren, Iren, Inder und zahlreicher anderer Völker gebrandmarkt, und solche Meinungen seien im amerikanischen Volke weit verbreitet. Von allen Äußerungen der wahren Volksmeinung aber, die Herr Roosevelt ständig fälschte bzw. vergiftete, hat es den englischen Baron am meisten getroffen, daß Senator Nye England den „größten Angreiferstaat der modernen Geschichte" nannte.

In der Tat, die jüdischen Regisseure und die industriellen und finanziellen Nutznießer der amerikanischen Täuschungs- und Betrugspolitik *konnten mit ihrem Mann zufrieden sein* und sich die Hände reiben. Es klappte alles wie am Schnürchen, der große Schwindel mit dem „Neutralitätsgesetz", der der Welt mehrere Jahre Sand in die Augen gestreut und die Presse ganzer Staaten zu erbitterten Barden der untadeligen, unparteiischen USA. hatte werden lassen, nicht weniger der Dreh mit dem „Verleih- und Pachtgesetz", der die Engländer und selbst Churchill auf die falsche Fährte brachte. So ging man denn beschwingten Gemütes an den *schamlosen Betrug mit der Rooseveltschen Wahlparole* der unbedingten Heraushaltung aus dem Kriege.

So wird das Jahr 1941 zu einer einzigen großen Serie von politischem Großschwindel durch die USA.

Nachdem das amerikanische Hilfsgesetz für England unter Dach und Fach war, schwamm die Regierung Churchill in einem wahren Meer von Hoffnungen. Es zeigte sich schnell, daß dieses Meer so trügerisch war wie die angeblich von England beherrschten Weltmeere. England

erwartete nach dem ersten unlukrativen Handel mit den 50 alten amerikanischen Zerstörern weitere 74, nach anderen Quellen sogar *119* auf Grund eines von der britischen Botschaft aus Washington eingegangenen Berichtes. Am gleichen Tage, dem 13. Februar, wurde amtlich aus Washington gemeldet, die USA. würden — *17* (in Buchstaben: siebzehn!) ältere Zerstörer schicken, dazu 18 „Moskitos", also kleine Schnellboote, 55 „U-Boot-Jäger", also langsame, als Patrouillenboote verwendete Fischdampfer u. dgl. sowie 9 alte U-Boote, die bereits außer Dienst gestellt waren. Abgesehen davon, daß nie bekannt geworden ist, ob und was von dieser amerikanischen Ausschußsammlung über den Ozean gekommen ist: begann so „die größte Demokratie", wie Churchill im Überschwang der Gefühle die USA. nach der Annahme des Hilfegesetzes genannt hatte, ihre volltönend angekündigte Hilfe für ein England, für das sie unter inneren Kämpfen Milliardensummen ausgeworfen zu haben schien?

Dem Fernstehenden kam es so vor, als klaffe wieder einmal der große Widerspruch in der Haltung der USA. gegenüber dem britischen Freunde auf. Sollte Hilfe überhaupt einen Sinn und einen Erfolg haben, dann hätten die von niemandem bedrohten und unangreifbaren USA. das Beste und Modernste an Schiffen, Waffen und Kriegsmaterial aller Art herübersenden müssen, was sie hatten. Solche Sendungen aber waren nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen, erstens weil die amerikanische Wehrmacht nicht annähernd auf dem Sollstand war, zweitens weil die USA. in den letzten Jahren selbst keinen Zweifel daran gelassen hatten, daß sie die kriegerische Klärung des Pazifikproblems als unausbleiblich ansehen und nach dem Ausfall Englands in Ostasien auf seine dortigen Posi-

tionen und deren ausreichende Besetzung früher oder später gesteigerten Wert legen mußten. Da nun aber einsichtige Beurteiler in Amerika selbst überzeugt waren, daß Hilfe für England überhaupt zu spät kommen würde, wie es z. B. die „Chicago Daily News“ Mitte Februar 1941 in aller Deutlichkeit aussprach, so bleibt *nur eine einzige Schlußfolgerung:* so wie der Bluff mit dem Neutralitätsgesetz die erste taktische Vorbereitung auf das große Geschäft mit England im Sinne seiner späteren Ablösung in der Weltherrschaft war, so war *das ganze Hilfegesetz in erster Linie eine Ergänzung zu dem amerikanischen Aufrüstungsprogramm,* dessen Verwirklichung die Übernahme der Weltherrschaft durch die USA. zum Ziel hatte und hat.

Aber man wahrte das demokratische Gesicht, während man England im Grunde als aufgegebenen Fall ansah. Man schrie aus den vorderen Fenstern, man betrachte die Sache Englands als die eigene, und rechnete in den Hinterstuben aus, wann man so weit sein werde, daß man die britische Konkursmasse ohne allzu große Unkosten und dazu in anscheinend legalem Austausch von Sachwerten gegen Sachwerte, von Lieferungen gegen Empireteile werde übernehmen können. So anfängerhaft wie die USA. Wilsons, die Blut, Geld und Material großen Ausmaßes einsetzten und nur unbezahlte Milliardenschulden heimbrachten, gedachte das verjudete Amerika der Ära Roosevelt auf keinen Fall mehr zu sein. Diesmal sollte es Zug um Zug gehen. Und was an amerikanischen Forderungen nicht gleich angemeldet oder ausgehandelt werden konnte, das wurde auf die *spätere Hauptrechnung* nach der Liquidierung Englands in Europa geschrieben. Erst wenn man die ganze politische Unzuverlässigkeit und Hinterhältigkeit der USA. auch gegenüber ihren Freunden in Rech-

nung stellt, bekommt man einen ungefähren Eindruck von dem Grad der amtlichen, halbamtlichen und nichtamtlichen Judenherrschaft im Weißen Hause.

Herr Roosevelt hatte volle anderthalb Jahre nach dem Beginn des Krieges gebraucht, bis er sich darüber klargeworden war, ob und wie er England helfen wollte, obwohl er zu dem Kriege persönlich ständig gehetzt hatte. Erst nach diesem langen Zeitraum mußte dann die Produktion langsam organisiert werden. Sie brauchte noch länger, bis sie überhaupt anlief, und dann überließ er England vorläufig das volle Risiko für den Transport.

Tatsächlich dachte man gar nicht daran, sich ganz und sofort auf Rüstung umzustellen. Vielmehr gab es beispielsweise neue *Rekorde in der Autoproduktion*, die in den ersten drei Monaten 1941 mit 1 560 000 Fahrzeugen für den Zivilbedarf den bis dahin erreichten Höchststand brachte. Die Autoindustrie ließ sich dann zu einer Umstellung von ganzen zwanzig Prozent für Kriegsbedarf herbei, und auch das erst für die Produktion 1942! Die Lissaboner Zeitung „A Voz" glossierte dieses Verfahren am 25. April 1941 so: „Amerika produziert heute weniger, als es versprochen hat ... Worin besteht für Amerika die von ihm mit solcher Hartnäckigkeit versprochene Verteidigung der Demokratie? Im *Verkaufen!* Amerika verkauft sehr viel. Es verkauft, soviel es nur irgend kann."

Zählen wir weiter auf. Bekanntlich ist das internationale Seerecht bis heute nicht im einzelnen vertraglich festgelegt. Eine solche Festlegung wurde stets von England auf Grund seiner Seeherrschaft verhindert, damit es in Kriegszeiten nach Belieben gegen irgendwelche Länder Blockaden verhängen und Seeraub aller Art betreiben konnte. Im übrigen hätte die Existenz eines noch so klar

ausgearbeiteten Seerechtes England in diesem Kriege so wenig wie im Weltkriege gehindert, sich über die Gesetze eines internationalen Seerechtes ebenso hinwegzusetzen, wie es sich ja etwa über die Dreimeilenzone hinwegsetzt und Allgemeingültigkeit für britische Blockademaßnahmen beispielsweise auch vom Schlage der berüchtigten Navycerts verlangt. Gleichviel, jedenfalls haben sich die USA. noch niemals dadurch gestört gefühlt, daß es die „*Freiheit der Meere*“ bisher nicht gegeben hat. Aber im Frühjahr 1941 behauptete die amerikanische Presse plötzlich, „die Freiheit der *beiden* Ozeane ist für die Vereinigten Staaten eine *Lebensfrage*“. Und gleichzeitig deckt Herr Roosevelt die der Presse gegebene Anweisung mit der eigenen Erklärung auf: „Es sind rein *militärische* (!) Notwendigkeiten und *strategische* Berechnungen (also nicht die Hilfe für England), die uns eine Unterstützung für England vorschreiben“, und die Begründung ist noch viel eindeutiger: „. . . weil Englands Flotte das Bollwerk der Sicherheit *unserer* westlichen Hemisphäre gegen die Angriffe der Diktatoren ist“. Das ist so klar wie nur irgend möglich. Anfang 1942 entstand dann der Ausdruck „das Helgoland der USA.“ für England. Englands Sicherheit oder Rettung ist für die USA. eine Frage zweiter Ordnung. Es kommt den USA. in diesem Stadium ausschließlich auf die Kontrolle der beiden Weltmeere an, vor allem des Atlantik, und zwar deshalb, weil an den Ufern des Atlantischen Ozeans nicht weniger als zwei Drittel der größten Häfen der Welt liegen.

Auch dies alles genügt noch nicht, um den Engländern den tückischen Eigennutz ihrer amerikanischen Freunde endlich klarzumachen, obwohl sich gelegentlich in dem einen oder anderen englischen Blatt leise Besorgnisse dar-

über äußern, daß Herr Roosevelt statt des kleinen Fingers die ganze Hand, ja das britische Empire nehmen könnte.

Dabei läßt man in Washington um diese Zeit nun wirklich die Maske fallen. Typisches Beispiel: die Behandlung der Flottenfrage. Die USA. haben sich in London ein Vorrecht auf die britische Flotte gesichert, nicht etwa, um sie für die Briten zu retten, sondern um sie für den eigenen Bedarf vor allem im (späteren) Pazifikkriege sicherzustellen. Nun hatte Marineminister Knox die weitere Londoner Forderung nach amerikanischen Zerstörern unter Hinweis auf den eigenen Bedarf der USA. abgelehnt. Der Präsident jedoch war gegenteiliger Meinung und drückte sie auch durch. Die sogenannte Weltpresse machte sich noch das sonderbare Vergnügen, die Meinungsverschiedenheit zwischen Herrn Roosevelt und seinem Marineminister auszuschlachten, als man in Washington bereits mit dem wohlüberlegten neuen Gegengeschäft herauskam: weitere amerikanische Zerstörer wären evtl. zu haben, aber — *nur gegen Abgabe englischer Schlachtschiffe*, und zwar auf dem Standard: 1 Schlachtschiff für 20 Zerstörer. Wohlverstanden: man gab das nicht etwa als offizielle amerikanische Regierungsmitteilung, sondern man lancierte dieses echt amerikanisch-jüdische Plänchen zunächst einmal in die Presse, um zu sehen, wie man das in London aufnahm.

Dies war wohl der bis dahin abgefeimteste amerikanische Dreh mit der Hilfe für England. Wenn die englische Regierung nicht schon Hunderte von Gründen gehabt hätte, den Leuten in Washington mit dem äußersten Mißtrauen zu begegnen, dann hätten ihr jetzt endlich die Augen aufgehen müssen. Es geschah nichts dergleichen.

Und das Echo aus England? Man ließ die amerikanische Forderung als Tatsache mitteilen, aber die Pressekommentare, soweit solche überhaupt erschienen, weder dafür noch dagegen stimmen.

Also war den Herren in London diese Zumutung trotz des vorangegangenen Abkommens über die britische Flotte doch als zu weitgehend erschienen? Man hätte es annehmen sollen. Und doch liegt eine Tatsache vor, die zu der Annahme zwingt, daß die Regierung Churchill sich noch nicht einmal grundsätzlich gegen das amerikanische Projekt gewandt hat. Wir haben schon gesehen, daß man den Amerikanern bei der Reise des neuen Botschafters für Washington, Lord Halifax, in dem nagelneuen, eben erst in Dienst gestellten 35 000-t-Schlachtschiff „King George V." zeigen wollte, was die englische Flottenharke ist. Der Botschafter war schon monatelang im Amt, als das Schlachtschiff, dessen Einzelheiten die Fachleute drüben mit begreiflichem Interesse zur Kenntnis nahmen, noch immer dort war. Das Schlachtschiff, das von der „Bismarck" bei ihrem siegreichen Kampfe gegen die „Hood" in die Flucht gejagt wurde, gehörte zur „King George"-Klasse, war aber nicht als das Führerschiff der Klasse, nämlich als der seinerzeit nach den USA. gegangene „King George V." selbst auszumachen. Demnach muß man wohl annehmen, daß es ungeachtet der britischen Verluste an schweren Kampfeinheiten und des dadurch empfindlich gestiegenen britischen Eigenbedarfs *gleich als Muster drüben geblieben* ist. Gewiß, dies ist nur ein Indiz; aber es wiegt schwer nach allen Erfahrungen, die man bisher mit dem britischen Ausverkauf und mit der britischen Aufgeschlossenheit gegenüber allen noch weitergehenden amerikanischen Plänen gemacht hat.

Eine regelrechte Aufregung in der englischen Presse gegenüber amerikanischen Aspirationen gab es eigentlich zum erstenmal im April 1941. Die amerikanische Zeitschrift „Al the Worlds Aircraft“ erklärte damals, die Vereinigten Staaten hätten sich entschlossen, den Krieg *finanziell „bis zum letzten Engländer“* zu unterstützen. Es ist nicht gut denkbar, daß die Zeitschrift sich das ganz aus den Fingern gesogen hat; es gehört ja zu den Praktiken der Demokratien, dergleichen Dinge, die sonst nicht im Vordergrund stehen, auf dem Umwege über Publikationsorgane zu veröffentlichen.

In jedem Falle ist diese Veröffentlichung aufschlußreich: Erstens ist nicht von Kriegsbeteiligung, sondern nur von Unterstützung die Rede; zweitens wird selbst die Unterstützung nur auf finanziellem Gebiete angekündigt. Finanzierung aber bedeutet für angelsächsische Begriffe, die ja auch den Engländern sehr geläufig sind, Kapitalsanlage mit sicherer Aussicht auf *großen* Gewinn im Hinblick auf das Empire. Man kann sich in England wirklich nicht beklagen, daß der „Tochterstaat“ die guten Lehren, die er von dem „Mutterlande“ gelernt hatte, im geeigneten Augenblick nicht auch gegen das ehemalige Herrscherland anwendet. Und die Praxis, die die USA. gegebenenfalls unter der Devise „bis zum letzten Engländer“ durchzuführen scheinen, ist ja nichts anderes als die Anwendung vielgeübter britischer Methoden gegenüber törichten Hilfsvölkern. Es gibt ein sehr wahres Wort von dem großen amerikanischen Staatsmann George Washington, das er vor dem amerikanischen Kongreß am 19. September 1796 sprach: „Es ist ein Wahnsinn, wenn eine Nation von einer anderen uneigennützige Vorteile erwartet, und sie muß wissen, daß sie *alles,* was sie in dieser

Hinsicht unternimmt, *mit einem Stück ihrer Unabhängigkeit bezahlen muß.*" Das ist nicht nur richtig, sondern auch in der Natur der Dinge begründet. Bei den Beziehungen der Völker untereinander handelt es sich nicht um die Abwägung der Interessen von Familien oder Gemeinden, sondern von vielen Millionen Menschen. Daraus ergibt sich eine Multiplizierung von vielfach gegeneinander laufenden Interessen und daraus wiederum eine Verschärfung in ihrer Formulierung und Vertretung. Dementsprechend werden also bei zwischenstaatlichen Beziehungen in der Regel die *machtpolitischen* Verhältnisse den Ausschlag geben: Der Staat, der mit einem Kontrahenten von einer stärkeren Machtbasis aus, also im Besitz größerer Vorteile verhandeln kann, wird auch bei der Durchsetzung eines Abkommens die größeren Vorteile für sich verbuchen können. Das englisch-amerikanische Verhältnis in diesem Kriege ist ein Beispiel für diese einfache Wahrheit, dessen Drastik noch durch die verwandtschaftlichen Eigenheiten und Gemeinsamkeiten der beiden Völker mit dem starken jüdischen Einfluß und Einschlag unterstrichen wird.

Erinnert man sich wohl heute in London noch daran, daß die einzigen Ausländer, die die Nordamerikaner jemals in eine Gefahr gebracht und die junge Stadt Washington geplündert und in Brand gesteckt haben, *niemand anders als eben die Engländer waren?* Es ist kaum anzunehmen. Es gibt nicht viele Leute mit geschichtlichen Kenntnissen in England.

☆

Setzen wir einmal den Fall, daß es alle die bisher hier aufgezählten amerikanischen Täuschungen und Betrügereien nicht gegeben hätte, die ja nur eine kleine Auswahl

der wirklichen Tatsachen darstellen. Dann hätte England spätestens Anfang Mai 1941 völlig reinen Wein aus Washington eingeschenkt bekommen. Damals trat plötzlich einer der einflußreichsten Männer der amerikanischen Publizistik mit einem großen Artikel an die Öffentlichkeit, der sich bis dahin nur als Herausgeber und Verleger betätigt hatte. Henry Robinson *Luce* ist Herausgeber der illustrierten Zeitschrift „Life", die eine Auflage von mehr als zwei Millionen hat und uns noch wiederholt begegnen wird. Ihm unterstehen ferner die „Fortune", das große Organ der amerikanischen Industrie, und die „Time", die ebenfalls eine Million Auflage hat. Luce ist einer der Männer mit den besten direkten Beziehungen zum Weißen Hause und zum Präsidenten selbst. Man kann ihn als Roosevelts nichtamtlichen Chef für innere Agitation bezeichnen.

Sein Artikel, der wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung und wegen seiner ersichtlichen Autorisation aus den maßgeblichsten Kreisen Washingtons in großen Blättern der USA. nachgedruckt wurde, trug die fanfarenartige Überschrift „Das amerikanische Jahrhundert". Wir geben nachstehend die wesentlichsten Sätze wieder:

„Es ist ein großer Irrtum der Amerikaner, anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten sich in einem Kriege Englands befinden. Das ist grundfalsch. Der Krieg, in den sich Amerika hineinbegeben hat, ist vielmehr ein amerikanischer Krieg. Das ergibt sich schon daraus, daß Kriegsziele *von England gar nicht mehr aufgestellt werden können.* Fast alle Sachverständigen sind sich darin einig, daß England den Krieg allein nicht gewinnen kann. Wenn nun England von Zeit zu Zeit seine Kriegsziele verkündet, so

kann doch das amerikanische Volk jederzeit den englischen Kriegszielen zustimmen *oder nicht.*

England dagegen wird unter allen Umständen zustimmen müssen, wenn etwa die Vereinigten Staaten Kriegsziele verkünden sollten. *Es ist unsinnig, zu glauben, daß Amerika das Spiel Englands spielt.* Das hat es höchstens früher einmal gegeben. Für die Gegenwart gilt:

England ist bei jeder Art von Partnerschaft zusammen mit seinem Empire jederzeit bereit, daß die USA. die Rolle des Seniorpartners übernehmen. Das ist eine Tatsache, die nicht von heute oder gestern stammt. Ernst zu nehmende Engländer haben daher auch immer bedauert, daß die USA. die Möglichkeit, sich die *Führung der Welt* anzueignen, nicht schon längst ergriffen haben. Die entscheidend wichtige Feststellung, die hier gemacht werden muß, lautet, daß *jetzt die Gelegenheit zur Führerschaft bei uns liegt.* Wir führen nur unsere eigenen Kriege.

1919 hatten wir die in unserer Geschichte einzigartige, goldene Gelegenheit, die Führung der gesamten Welt zu übernehmen. Wir verstanden die Gelegenheit nicht und wiesen sie zurück.

Roosevelt muß dort Erfolg haben, wo Wilson noch zurückgewichen ist. Zum ersten Male in der Weltgeschichte ist unsere Welt von zwei Milliarden Menschen ein unteilbares Ganzes (??). Die Welt des 20. Jahrhunderts muß, wenn sie gesund und kräftig leben will, sich überwiegend in einem amerikanischen Jahrhundert zusammenfinden. Das Wissen hierum ruft uns zur Tat. — *Das 19. Jahrhundert ist das Jahrhundert Englands gewesen — jetzt kommt das amerikanische Zeitalter.*

Wenn wir erst einmal die leblosen Argumente des Isolationismus hinter uns gelassen haben, werden wir entdecken, daß es bereits einen gewaltigen amerikanischen Internationalismus gibt. Der amerikanische Jazz (!!), die Filme aus Hollywood, der amerikanische Slang, amerikanische Maschinen und Konserven sind in der Tat das einzige, was jede Gemeinschaft in der ganzen Welt von Sansibar bis Hamburg anerkennt. Ohne daß wir es beabsichtigt haben, sind wir auch schon eine Weltmacht in trivialen Angelegenheiten. Aber die USA. sind auch bereits der wissenschaftliche und künstlerische (sic!) Mittelpunkt der Welt ...

Amerika und seine Freunde haben dafür zu sorgen, daß seine Schiffe und Langstreckenflugzeuge dorthin gehen können, *wohin* sie wünschen und *wie* sie es wünschen. Asien beispielsweise ist zur Zeit für die USA. nur einige Hunderte von Millionen Dollars wert. Es muß erreicht werden, daß es den Amerikanern jährlich 4 oder 5, ja 10 Milliarden einbringt."

Alle diese Ausführungen Luces sind so restlos klar, daß man sie den Engländern der Churchill-Periode natürlich nicht zu lesen geben kann. Es könnte doch sein, daß sich das englische Volk, das heute noch nicht weiß, warum es eigentlich Krieg führen und teilweise hungern muß, sich dafür bedanken würde, in diesem Kriege dieselbe Rolle im Dienste der USA. und ihrer Plutokraten zu spielen, die bisher Frankreich auf dem Festlande im Dienste Englands gespielt hat. Luce hat keine Scheu mehr, den Engländern zu sagen, daß sie *nur eine Trabanten- und Landsknechtsrolle* im Spiel der USA. darzustellen haben. Er sagt ihnen unverblümt, daß sie über die Kriegsziele gar nicht zu bestimmen haben, weil sie den Krieg nicht ge-

winnen können, und daß ihnen gar nichts anderes übrigbleibt, als *amerikanische* Kriegsziele für England als *auf jeden Fall bindend* anzuerkennen. Das heißt mit anderen Worten: die USA. gedenken die Kriegs- und natürlich erst recht die Friedensziele dieses Krieges genau so selbstherrlich zu bestimmen und zu organisieren, wie es England und Frankreich nach dem Weltkriege in den Pariser Vorortdiktaten gegenüber ihren Hilfsvölkern getan haben, die dabei ohne Rücksicht auf ihre Verluste und Opfer weidlich übers Ohr gehauen wurden.

Mit ganz einfachen Worten wird weiter der Anspruch der USA. auf die *Beseitigung* der britischen Weltherrschaft und ihren Ersatz durch eine amerikanische in einem Ton ausgesprochen, als sei es das Selbstverständlichste von der Welt. Luce ist dabei in der Lage, etwaigen Widerspruch aus England mit den eigenen pro-amerikanischen Meinungen namhafter Engländer aus dem Felde zu schlagen. Diese Engländer reichen ja, wie wir gesehen haben, bis in den unmittelbaren Kreis des Kabinetts Churchill hinein wie die Beaverbrook und Genossen. Mit dem kaltschnäuzigen Geschäftsinstinkt des Yankees sagt Luce, daß die Aneignung der auf so verhältnismäßig billige Weise freigewordenen Weltherrschaft für die USA. eine *reine Konjunktursache* wie irgendein großes Börsengeschäft ist und daß sie sich eine so einzigartige Konjunktur, bei der eine dritte Macht, Deutschland, England aus dem Sattel wirft, auf gar keinen Fall entgehen lassen werden: „Wir führen nur unseren eigenen Krieg." Wir sagten es schon in anderem Zusammenhange: die USA. Herrn Roosevelts und seiner jüdischen Regisseure denken nicht im Traume daran, die Dummheit der Wilsonleute zu wiederholen und sich mit einem Rebbach der Morgan und Genossen zu be-

gnügen. Ein hochherrschaftliches Weltreich ist zwangsweise zu veräußern, und der Makler in Washington hat schon die Hand auf das Objekt gelegt, noch bevor der Termin bekanntgegeben ist — Deutschland aber wird des Strebens nach der Weltherrschaft beschuldigt!

Fast im Verordnungston erklärt Luce als Sprachrohr seiner Auftraggeber aus Washington das britische Jahrhundert für beendet. In diesem Passus stehen zwei wichtige Nuancen. Luce spricht nur von einem britischen *Jahrhundert,* kündet aber ein amerikanisches *Zeitalter,* also einen viel größeren, aus mindestens mehreren Jahrhunderten bestehenden Zeitraum einer amerikanischen Weltherrschaft an. Und zweitens spricht er von „unserer Welt von zwei Milliarden Menschen", um daraus einen Anspruch auf die Weltherrschaft abzuleiten. Die beiden amerikanischen Kontinente haben zusammen nur 266 Millionen Menschen, stellen also noch nicht einmal den achten Teil. Woher Luce den starken Rest für die zwei Milliarden Menschen nimmt, ist nach seiner Darlegung der amerikanischen Weltherrschaftspläne nicht schwer zu finden. Es macht Leuten, die mit Milliardenzahlen von Menschen um sich werfen und fremde Reiche als einen marktgängigen Artikel ansehen, nichts aus, wenn ihre kalten Berechnungen Schönheitsfehler aufweisen. Mister Luce meint, die Welt des 20. Jahrhunderts müsse unter dem Sternenbanner leben, „wenn sie gesund und kräftig leben will". Meint er damit die 17 Millionen Arbeitsloser in den USA. oder die 45 Millionen Unterernährter im reichsten Lande der Welt oder die widerlichen sozialen Gegensätze zwischen dem tiefsten Elend und dem sinnlos unter einigen Familien aufgeteilten ungeheuren Reichtum, Zustände, wie man sie in solcher Kraßheit eigentlich nur noch ein-

mal auf der Erde, nämlich in den Städten des britischen Dominions Südafrika, findet? Nennt Herr Luce dergleichen „gesund und kräftig leben"? Es gibt nicht nur ausländische, sondern auch amerikanische Kritiker genug, die ebensooft wie vergeblich verlangen, daß die USA. mit ihren ungeheuren Mitteln erst einmal die skandalösen sozialen Zustände im eigenen Lande angreifen, ehe sie sich das Maul über einen Ordnungsstaat wie Deutschland zerreißen, der in der beispiellos schnellen Beseitigung der Arbeitslosigkeit und in der Hebung des Lebensstandards des Volkes bis heute noch keinen annähernd ebenbürtigen Konkurrenten gefunden hat.

Leider enthüllt Mister Luce unfreiwillig, aber ganz unvermeidlich das erbarmungswürdige geistige Niveau seiner eigenen Denkweise, die ja die Denkweise auch seiner Auftraggeber in Washington ist. Jazz und Hollywood-Filme sind ihm geradezu Kulturgüter von vermeintlich internationalem, also allgemeingültigem Rang! Von diesem Niggerstandpunkt aus kann man freilich gleich die USA. als „wissenschaftlichen und künstlerischen Mittelpunkt der Welt" ansehen. Kein Wort mehr darüber! Es ist immer peinlich, wenn Raffke von Dingen schwatzt, die er nur vom Hörensagen kennt.

Wieviel handfester und sicherer hört es sich an, wenn er schließlich die Führung der Weltwirtschaft, ja ein *weltwirtschaftliches Monopol* für die USA. fordert! Da ist er wieder in seinem Element. Daß auch andere Völker an der Weltwirtschaft als Produzenten und Konsumenten stärkstens beteiligt sind, ist für Leute wie Herrn Luce unerheblich. Mit diesen Staaten wird man fertig werden, wenn man erst einmal Herr im Welthause ist. Er macht deshalb auch mit leichter Hand aus dem riesigen asia-

tischen Erdteil mit seinen vielen Hunderten von Millionen Menschen, die etwa die Hälfte der Menschheit ausmachen, einfach eine Art amerikanischer Kolonie, die später einmal für ihre vermeintlichen Herren jährlich Milliardengewinne zusammenzuschuften haben wird. Er müßte doch einmal davon gehört haben, daß es dort im Fernen Osten einen Staat gibt, der Japan heißt, die dortige Vormacht ist und eins der wichtigsten Mitglieder des Berliner Dreimächtepaktes darstellt ...

Der Artikel Luces, der schon wegen seiner Herkunft und seiner Hintermänner in England eine Sensation gewesen sein muß, räumt mit allen britischen Illusionen gründlich auf. Er legt als amerikanischen Standpunkt dar, daß *Roosevelt und die Seinen diesen englischen Krieg als den entscheidenden Schritt der USA. auf dem Wege zur Weltherrschaft ansehen* und daß sie dementsprechend auch alle Entscheidungen, die nach dem Kriege zu fällen sein werden, auch ausschließlich sich selbst vorbehalten, Entscheidungen, denen sich Rest-England samt Rest-Empire zu fügen haben werden. Schamlos grinst hier die Fratze des imperialistischen Yankees den Engländer an, der sich bis weit ins Jahr 1941 eingebildet hat, die USA. würden noch einmal so dumm sein und wie 1917 die Blüte ihrer Nation und viele Dutzende von Dollarmilliarden nur zur höheren Ehre und für die Säckel der britischen Plutokratie aufs Spiel setzen. Im Spätsommer 1941 hatte das englische Volk von dieser grauenhaften Kluft zwischen den Lügen der Regierung Churchill und dem eiskalten politischen Börsenspiel der Roosevelt, Morgan, Baruch, Morgenthau und Genossen nicht die geringste Ahnung, obwohl es schon genug Enttäuschungen mit der amerikanischen Hilfe erlebt hatte. Die englische Regierungskaste

wußte Bescheid; aber die hatte sich schon zu weit den Wucherern jenseits des Ozeans in die Hand gegeben, als daß sie noch wenigstens mit Worten den Versuch eines Widerstandes wie der König im Shawschen „Kaiser von Amerika" hätte machen können.

Die Geschichte ist, auf lange Sicht gesehen, immer gerecht. England hat seine zahlreichen Hilfsversprechen unter den Chamberlain und Churchill alle mit einer einschränkenden Klausel wie „nach Möglichkeit" oder „soweit es in seinen Kräften steht" und dergleichen gegeben, aber die Hilfe als solche stets bedingungslos in Aussicht gestellt. Jetzt erlebt England, daß mit ihm durch eine größere Macht *dasselbe Betrugsspiel* getrieben wird. Die Geschichte ist immer gerecht, aber selten in so geringen Zeiträumen.

Wir schließen die kleine Aufstellung der amerikanischen Täuschungs- und Betrugsmanöver mit folgenden vier Beispielen:

Herr Roosevelt versprach England öffentlich, er werde dafür sorgen, daß das amerikanische Kriegsmaterial auch in englische Hände komme, ein Versprechen, das Staatssekretär Hull am 18. Mai 1941 wiederholte. Ja, Herr Roosevelt hatte ausdrücklich hinzugefügt, man könne es im Interesse der amerikanischen Prosperität nicht dulden, daß sich das amerikanische Kriegsmaterial in den Häfen der USA. auch nur anstaue. Es ist ja auch zu Transporten gekommen, wenn auch nicht annähernd in dem früher angekündigten Ausmaß, aber erstens mußte England entgegen den amtlichen Versprechungen aus Washington nach wie vor das Transportrisiko tragen, und zweitens mußte der amerikanische Admiral Land öffentlich zugeben, daß *40% der amerikanischen Sendungen England gar nicht*

erreichen, wobei wir dahingestellt sein lassen, ob der Admiral seine Zahlenangabe nicht zur Schonung der interessierten Kongreß- und Finanzkreise vor der Veröffentlichung gesenkt hat.

Ferner wurde England in seinen Hoffnungen auf den amerikanischen Kriegsschauplatz dadurch außerordentlich bestärkt, daß Herr Roosevelt verkündete, die amerikanische Regierung habe das *Rote Meer* für amerikanische Schiffstransporte aus der Kriegszone herausgenommen und zugleich Ägypten als neutrales Land erklärt mit dem Zweck, amerikanische Schiffe mit Kriegsmaterial für die britischen Truppen dorthin gelangen zu lassen. Es war wieder ein ausgesprochenes Betrugsmanöver. Die britischen Truppen in Afrika haben bis weit in den Sommer 1941 hinein keine amerikanische Patrone zu sehen bekommen. Derartige Schwindeleien und Gaunereien ist man ja auch in England an führenden Männern gewöhnt.

Etwas ganz Ähnliches erlebten die Engländer mit Herrn Roosevelt bei dem *Balkan-Feldzug*. Als die deutsche Offensive begann, teilte er mit, er habe die sofortige Absendung von amerikanischem Kriegsmaterial auf jugoslawischen (!) Schiffen angeordnet. Weder die Serben noch ihre weiter südlich in Griechenland stehenden britischen Kontrolleure haben etwas von amerikanischem Kriegsmaterial gemerkt.

Wenig später bekam die englische Regierung aus *China* einen weiteren Beweis für die Unglaubwürdigkeit Rooseveltscher Versicherungen und Abmachungen. Während sie die amerikanische Rüstungsindustrie völlig mit der eigenen Aufrüstung und mit den Lieferungen für England beschäftigt glaubte, berichtete ihr Botschafter bei der Tschungking-Regierung am 12. Mai 1941, der Sprecher

dieser Regierung habe offiziell erklärt, amerikanisches Kriegsmaterial werde für Tschungking nunmehr in zunehmendem Maße eintreffen, und zwar *ohne Rücksicht* auf die starken Bedürfnisse Englands!

Der irakischen Regierung ließ Herr Roosevelt für den Fall, daß sie sich der Sache Englands anschließen würde, anbieten: 1. Waffenlieferungen im großen Stil, 2. Verwirklichung eines großarabischen Reiches unter irakischer Führung, 3. Zuteilung des (französischen!) Mandatslandes Syrien an den Irak. Der Präsident, der bis dahin nicht ein einziges seiner vielen Versprechen vor und in dem englischen Kriege gehalten hatte, wußte ganz genau, daß er keines seiner Anerbieten jemals werde ausführen können. Wo die Unzuverlässigkeit und die planmäßige Täuschung zum Staatsgrundsatz gemacht werden, da kommt es für das in diesen Manövern führende Staatsoberhaupt auf einen bewußten Betrug mehr oder weniger nicht an. Kann sich das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika wundern, daß auch von den ihm selbst gemachten Versprechungen Herrn Roosevelts, angefangen von der Prosperity bis zur Heraushaltung aus dem Kriege, nichts gehalten worden ist?

Der Betrug, den Herr Roosevelt gegenüber der griechischen Regierung durchzuführen und gar noch mit brieflichen weiteren Versprechungen an den König auf Kreta fortzusetzen versuchte, hat nur noch lächerliche Bedeutung.

Dagegen war Herr Roosevelt *im Falle Sowjetunion* wieder ganz auf der Höhe. Er teilte nach Beginn des deutsch-russischen Feldzuges sofort der Prese mit, die USA. würden Rußland *„jede mögliche“ Hilfe* geben. Auch in diesem Falle war es dem Präsidenten bewußt, daß eine merkliche amerikanische Hilfe für Rußland praktisch

im weiten Felde liegen mußte. Denn die beiden einzigen Zufahrtstraßen, die noch in Frage gekommen wären, nämlich das Eismeer und der Weg nach Wladiwostok, waren unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr gangbar: das Eismeer liegt im Bereich der deutschen Luftwaffe, und große Waffentransporte aus den USA. über den Stillen Ozean nach dem östlichen Rußland müssen Japan auf den Plan rufen, wie ja auch aus Tokio bestätigt wurde. Am 30. August 1941 ließ die amerikanische Regierung durch Hull erklären, sie werde auf der Freiheit der Meere in den Gewässern des Stillen Ozeans bestehen. Das hieß mit anderen Worten, die USA. verlangten, daß Japan zuzusehen habe, wie amerikanische Rüstungstransporte aller Art durch die Engen der japanischen Sunde ausgerechnet nach Wladiwostok — direkt vor Japans Haustür! — geleitet würden! Das war eine untragbare Zumutung in doppelter Hinsicht: erstens können amerikanische Rüstungstransporte Wladiwostok gar nicht erreichen, ohne die ureigensten japanischen Gewässer zu durchkreuzen. Es ist dabei im Zeitalter der Fernartillerie und des Flugzeuges ganz unerheblich, ob dabei die eigentliche, drei Seemeilen breite Hoheitszone Japans berührt wird oder nicht. Es war ja *niemand anders als die USA. selbst,* die auf der panamerikanischen Konferenz die Verkündung einer *300 Kilometer* breiten Sperrzone an der Ostküste ganz Nord- und Südamerikas beantragten und auch durchsetzten. Man nannte das heuchlerisch Neutralitätszone, meinte aber tatsächlich eine Erweiterung der Drei-Seemeilen-Zone auf eine Hoheitsgrenze von 300 Kilometer Tiefe, die von Kriegs- und ähnlichen Schiffen der Ordnungsmächte (die Engländer hatten Aktionsfreiheit) gemieden werden sollte. Man stelle sich den Höllenlärm in

den USA. vor, wenn Japan gegenüber den amerikanischen Zumutungen auch nur eine Sicherheitszone von 100 Kilometer Breite um seine Hauptinseln erklärt hätte!

Washington hatte es also vollkommen in der Hand, das japanische Sicherheitsverlangen hinsichtlich der Transporte nach Wladiwostok vernünftigerweise zu achten oder sie gegebenenfalls mit Gewalt durchzusetzen. Das letztere lag durchaus in der Richtung der aggressiven Politik der USA. im Stillen Ozean gegen Japan.

Zweitens aber lag in der amerikanischen Forderung nach freien Kriegstransporten für Wladiwostok eine Zumutung gegenüber Japan insofern, als die Lieferungen nicht so sehr die Unterstützung der Sowjets, als vielmehr die Gewinnung *amerikanischer Stützpunkte an der Nordwestküste des Pazifik* zum Ziel hatten, im Zusammenhang mit dem amerikanischen Bemühen, die Angriffsbasen gegen Japan möglichst weit gegen das Inselreich vorzutreiben. Gerade in den Monaten Juli und August 1941 waren die Forderungen nach Überlassung Wladiwostoks, der Halbinsel Kamtschatka und einer Reihe von Stützpunkten an der Beringstraße das Tagesgeschrei der amerikanischen Presse. Es war nur der Niederschlag der Verhandlungen, die darüber zwischen Washington und Moskau geführt wurden. Japan hätte also mit sehenden Augen seine eigene Einkreisung durch die USA. fördern sollen, wenn es amerikanischen Kriegstransporten nach der sibirischen Küste auf die Dauer untätig zugesehen hätte.

Herr Roosevelt aber mußte bedenken, daß, nachdem die amerikanische Rüstungsindustrie zur Zeit noch nicht einmal den Bedarf der eigenen Wehrmacht in ihrem großen Aufrüstungsprogramm, geschweige denn den Bedarf Englands decken konnte, Transporte nach der Sowjet-

union *nur unter weiterer Kürzung* der ohnehin viel zu geringen Lieferungen an England möglich gewesen wären.

All das war natürlich auch den Pressevertretern bekannt, die dem Präsidenten mit Fragen zusetzten. Im Verlaufe ihrer Beantwortung mußte Herr Roosevelt nacheinander zugeben,

1. daß für sofortige Lieferung an Rußland vorerst nur — Schuhe und Strümpfe verfügbar waren,

2. daß er noch keinerlei Vorstellung von den wirklichen Bedürfnissen Rußlands hatte,

3. daß russische Anforderungen an Lieferungen zunächst keinesfalls aus amerikanischen Vorräten ausgeführt werden könnten,

4. daß Aufträge für Flugzeuglieferungen vorläufig nicht erfüllt werden könnten,

5. daß der Flugzeugbau nicht zugunsten Rußlands beschleunigt werden könne,

6. daß er, der Präsident, sich noch nicht einmal darüber klar war, wer die Hilfe nötiger brauchte, England oder Rußland.

Diese kleine Liste im Falle Rußland würde an sich schon genügen, um die Unglaubwürdigkeit Herrn Roosevelts und der von ihm geführten Politik im Sinne des fortgesetzten Betruges aufzuzeigen. Die hervorstechendste Eigenschaft des Präsidenten war bis dahin auch in Moskau selbst hinreichend bekanntgeworden. Denn ohne das Rooseveltsche Versprechen „jeder möglichen Hilfe“ nach der obligaten Freude irgendwie zu verwerten, stellte die Sowjetpresse am 28. Juni 1941, also unmittelbar nach jenem Versprechen Herrn Roosevelts, übereinstimmend fest, daß die Sowjetunion in diesem Kriege auf eine Hilfe von außen *nicht* zählen könne.

Das Thema der betrogenen Betrüger zog sich dann zum weidlichen Vergnügen der Interessenten der anderen Seite durch die ganze Moskauer Konferenz hin, die — offiziell — am Montag, dem 29. September, begann. Es kam für *Moskau* darauf an, seine wirkliche militärische Lage den englischen und amerikanischen Delegationen unter Lord Beaverbrook und Harriman nach Möglichkeit um so mehr zu verschleiern, als ja gerade die gigantische Schlacht vor Kiew die Eindeutigkeit der Situation der Sowjets militärisch ganz schroff aufgezeigt hatte. Es kam für *England* darauf an, sich vor dem amerikanischen Partner noch als aktionsfähig hinsichtlich von Lieferungen zu zeigen, ohne sich jedoch den Roten gegenüber auf mehr als auf die lächerlichen Ergebnisse einer „Tankwoche" festzulegen. Es kam für die *USA*. darauf an, sich entgegen allen Moskauer Widerständen ein möglichst genaues Bild von der Kampflage zu machen und dann zwei Fragen beantworten zu können: Wie lange können die Sowjets noch den Engländern die Deutschen vom Leibe halten und bis zu welcher Höchstgrenze darf man mit Lieferungen gehen?

Weder für England noch für die USA. kam der Gedanke einer Hilfe für die Sowjets im Sinne einer wirklichen Rettung zu diesem Zeitpunkt noch in Frage. Dazu hatten sich die Roten denn doch in Führung, Truppe, Kampfmitteln, Disziplin und Moral den Deutschen allzu weit unterlegen gezeigt. Daß die USA. 1941 überhaupt noch nach Moskau gingen, hatte den einzigen Grund, daß man die Sowjets unter dem Vorgeben einer organisierten Zweimächtehilfe zu äußersten Anstrengungen aufputschen wollte. Sie mußten so lange kampffähig gehalten werden wie nur irgend möglich, um den Amerikanern, d. h. den Rooseveltleuten die nötige Zeit zur Durchführung ihrer

Aufrüstung zu verschaffen. Beide angelsächsischen Mächte waren töricht genug, es schon wochenlang vor der Moskauer Konferenz auszuschwatzen, daß man die Sowjetunion militärisch als aufgegebenen Fall ansah. Die Sowjetunion spielte im Sommer 1941 bereits die Rolle Frankreichs vor dessen Zusammenbruch (nur mit dem bezeichnenden Unterschied, daß Churchill dem roten Zaren nicht wie dem Defraudanten Reynaud eine Vereinigung beider Staaten anbot!). Und in weitem räumlichem und politischem Abstand hielt sich Amerika bereit, im rechten Augenblick die Rolle Englands zu übernehmen, das dann seinerseits — nach dem unvermeidlichen militärischen Zusammenbruch der Sowjetunion — nur noch Vorfeldtruppe für die USA. wie einst Frankreich für England zu sein hatte.

Die ganze Hilfspolitik Roosevelts und seiner Kreise ist in der Hauptsache die *getarnte Begründung für die eigene Aufrüstung* der USA. Denn als diese sich den Anschein gaben, als packten sie die Hilfe für England mit beiden Händen an, war Sinnen und Trachten längst auf das britische Empire und auf die Weltherrschaft eingestellt. Für amerikanisch-jüdische Begriffe war die Konjunktur für die Errichtung eines Empire allzu verlockend, zumal diese nach den Spekulationen Washingtons und der Wallstreet vor allem die diktatorische Beherrschung des gesamten Welthandels mit sich bringen sollte. Seit der Verjudung der nordamerikanischen Politik ist es noch niemals vorgekommen, daß die Koalition Washington—Wallstreet ein großes Geschäft aus der Hand gegeben hätte, von Nikaragua angefangen bis zu den Westindischen Inseln. So wie man früher von der bedrohten Sicherheit schwatzte und auf diese Weise von der immer wieder aufgescheuch-

ten und schließlich kopflos gewordenen Schar der Parlamentarier die Unsummen in Rüstungen sinnlosester Art erhielt, so fingerte die Koalition der Yankees und der Juden das große Bauernlegen gegen England — betrogene Betrüger hüben und drüben.

Es ist nicht etwa das im Anfang dieses Kapitels genannte Chikagoer Blatt allein, das Herrn Roosevelt bewußten Bruch aller seiner Versprechen vorgeworfen hat. Es ist schon in mehr als einem großen Blatt in der Welt zu lesen gewesen, daß er sich als bewußten Lügner und Betrüger auf dem Präsidentenstuhl selbst entlarvt hat. Auf dem Wege zur Ablösung Englands aus seiner Weltstellung hat Herr Roosevelt jedenfalls sich schon allein folgende großen Täuschungen und Betrügereien zuschulden kommen lassen:

1. den New Deal mit den Folgen von mehr als 17 Millionen Arbeitsloser und ungeheurer Staatsverschuldung,

2. den Schwindel mit der Neutralitätsgesetzgebung,

3. den Wahlbetrug vor seinem dritten Amtsantritt,

4. den Betrug mit dem „Pacht- und Verleihgesetz" für England,

5. die Hilfsversprechen an zahlreiche Staaten des englischen Gefolges,

6. das Kriegsziel nicht der Errettung Englands, sondern der Erwerbung der Weltherrschaft im kalten Verfahren.

Er hat es alles in allem erreicht, daß er sich mit einem Churchill auf eine Stufe stellen kann. Und das will angesichts der Konduite des Herrn englischen Ministerpräsidenten etwas heißen.

VII.

Der USA.-Traum vom Weltreich

„Um wirklich Amerika zu werden, müssen sich die Vereinigten Staaten immer mehr von England entfernen. Sie müssen den Weg zu Ende gehen, den die dreizehn Kolonien mit der Unabhängigkeitserklärung erstmalig beschritten haben." Colin Roß.

Als Colin Roß diese Sätze niederschrieb, hat er vielleicht kaum erwartet, daß sie einmal die Bedeutung bekommen würden, den Griff der USA. nach der Weltherrschaft anzukündigen. Die amerikanischen *Wünsche* haben sich eindeutig über folgende Stationen entwickelt:

1. Beherrschung des ganzen Doppelkontinents auf Grund des zunehmenden wirtschaftlichen Einflusses nach dem Weltkriege in Mittel- und Südamerika,

2. Beherrschung beider Weltmeere im Zusammenhang mit dem ständigen Rückgang der britischen Seeherrschaft seit dem abessinischen Kriege,

3. Vertretung Englands bzw. Nachfolgerschaft in Ostasien nach Aufgabe wichtiger britischer Positionen,

4. Beherrschung des britischen Dominions Kanada auf Grund der gleichen Einflüsse wie in Mittel- und Südamerika,

5. Beherrschung Ostasiens nach dem Ausbau der pazifischen Kriegspositionen der USA.,

6. nach allen diesen Expansionsbestrebungen in den vier Windrichtungen schließlich die politische und wirtschaftliche Beherrschung der Welt im Zusammenhange mit dem englischen Kriege.

Übersieht man diese Entwicklung, so ergibt sich, daß mit Ausnahme der Station, die wir unter 1 verzeichneten, stets englische Maßnahmen und Fehler den Anlaß und meistens auch den Grund zu den späteren Weltherrschaftsplänen der USA. und Roosevelts gegeben haben. In der Tat arbeiteten denn auch die Starrheit und Überheblichkeit der britischen Außenpolitik den Rooseveltkreisen bei der Planung direkt in die Hände.

Wir haben die Anlässe und Gründe schon im großen ganzen in anderen Zusammenhängen in den vorstehenden Kapiteln genannt und können uns hier auf Ergänzungen und Erläuterungen beschränken.

Der Beginn der eigentlichen Weltherrschaftspläne läßt sich nicht auf den Tag festlegen. Im allgemeinen verlegt man ihn wohl in die Zeit zwischen dem abessinischen Kriege und dem Beginn des zweiten englischen Krieges gegen Deutschland, nachdem der abessinische Krieg die USA. auf die Schwächen Englands und nicht zuletzt auf die Schwächen der politischen Weltstellung Englands geradezu gestoßen hatte.

Das mag so sein. Aber nach der heutigen Entwicklung muß man den wirklichen Ursprung der Weltherrschaftspläne der Vereinigten Staaten in ihren ersten Keimzellen doch wohl *viel früher* suchen. Wir meinen den *Weltkrieg und die unmittelbare Folgezeit.* Es ist zum mindesten eine Frage, ob nicht schon in jener Zeit die Wurzeln des später so weit ausgreifenden amerikanischen Imperialismus zu suchen sind. Die USA. waren damals mit einem Schlage zum Großgläubiger Europas geworden. Es liegt in der Natur der Sache, daß ein Gläubiger die Frage nach Pfändern oder Sachwerten um so kritischer prüft, je größer die Engagements der Schuldner sind. Die großen ameri-

kanischen Kapitalinvestierungen jener Zeit waren — vielleicht noch unbewußt, vielleicht — der erste Ausdruck von Plänen sehr kaufmännischer, wirtschaftspolitischer Art. Kam hinzu, daß sich die Alte Welt für amerikanische Begriffe der Neuen Welt unterlegen gezeigt hatte.

Unzweifelhaft spielen die *Kriegsschulden* mit dem ganzen Komplex ihrer Folgeerscheinungen und direkten Wirkungen in den Spekulationen auf die Ablösung und Beerbung der britischen Weltherrschaft eine große Rolle. Vielleicht darf man nach der Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik der letzten Jahre annehmen, daß die ständigen *Stundungen* vor allem gegenüber dem Hauptschuldner schon damals mit dem Hintergedanken erfolgten, für spätere günstigere Gelegenheiten *einen möglichst umfangreichen, zusätzlichen Schuldtitel gegenüber England* in der Hand zu haben, so unfreiwillig jene Stundungen an sich auch sein mochten oder zu sein schienen. Die Schulden von 11—13 Milliarden Dollar — auch für die reichste Macht der Erde eine gewaltige Summe —, die man inzwischen dem eigenen Steuerzahler ohne weiteres als Geschäftsunkosten der amerikanischen Beteiligung am Weltkriege auferlegte, konnten erst in der Folge einer regelrechten Krise des britischen Weltreiches Aussicht auf Erfolg haben — daß die Überzeugung von der Überalterung dieses Weltreiches auch bei amerikanischen Politikern aufgekommen war, sahen wir ja schon an mehreren Beispielen. Kam aber einmal die große Gelegenheit, auf die man in der Roosevelt-Ära immer zuversichtlicher zu hoffen begann, dann war klar, daß sie auf jene amerikanisch-jüdische Art ausgenutzt werden würde, die *gerade das amtliche England* der Folgezeit des Weltkrieges bei den erbitterten Diskussionen um die Schuldenfrage immer als

die des *„amerikanischen Shylock“* angeprangert hatte. Jeder hat die Freunde, die er verdient.

Der Gedanke an die Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit einer späteren amerikanischen Weltherrschaft ist der Koalition Weißes Haus—Wallstreet nicht zwischen Fallen und Aufstehen gekommen. Nachdem er aber einmal gefaßt war und die Übereinstimmung zwischen den beiden Geschäftspartnern in Washington und New York festgestellt war, begann man mit den Vorbereitungen für eine frühere oder spätere Verwirklichung. Denn die USA. hatten sicher schon aus den ständigen Rückschlägen in der Politik der beiden europäischen Westmächte vor diesem Kriege und erst recht im Kriege selbst eins gelernt: daß man große, weltweite Entscheidungen weder mit raschen Improvisationen, also Behelfsmitteln meistert, die der französischen Politik eigen waren, noch mit den schwerfälligen, immer verspäteten, immer altmodischen Teilmaßnahmen, die zum traditionellen Handwerkszeug Englands gehören. Wir haben die verschiedenen Stufen der amerikanischen Vorbereitungspolitik, beginnend beim sogenannten Neutralitätsgesetz, bereits aufgezeigt. Es war die „New York Sun“, die am 26. Juli 1941, als Herr Roosevelt die Abgabe einer Neutralitätserklärung im deutsch-sowjetischen Konflikt abgelehnt hatte, feststellte, daß der Präsident *alle wichtigen Sicherungen* des ehemaligen Neutralitätsgesetzes *in noch nicht einmal sechs Monaten ausgeschaltet* hatte.

Die Einzelschritte und Maßnahmen der USA. bei der Vorbereitung auf eine Übernahme der Weltherrschaft entsprachen der Verschiedenartigkeit der Gründe und Anlässe. Sie lassen sich leicht in folgende Gruppen gliedern:

1. innenpolitische,
2. außenpolitische,
3. wirtschaftsimperialistische,
4. persönliche und
5. rassische.

Was zunächst die *innerpolitischen Beweggründe* angeht, so liegen sie, wie wir schon sahen, vorwiegend in der ewigen Jagd nach der von Herrn Roosevelt oft versprochenen, nie wiedergekehrten Prosperity. Der erste Anlauf begann seinerzeit 1917 unter Führung der Gruppe House—Morgan, deren Strohmann Präsident Wilson war. Der Weg über die direkte Kriegsbeteiligung erwies sich nach scheinbaren Anfangserfolgen als falsch. Der zweite Versuch, der New Deal des Herrn Roosevelt mit dem Ergebnis von 17 Millionen Arbeitsloser und 45 Millionen Unterernährter mißlang genau so. Der dritte Anlauf in der Richtung auf die schon beinahe zur inneren Plage gewordene Prosperity kam dann mit dem englischen Kriege, den Roosevelt und seine Kreise längst herbeigewünscht hatten. Daß man dabei *zwei* dicke Fliegen mit einer Klappe zu treffen gehofft hatte, beflügelte den redseligen Eifer des Präsidenten noch mehr.

Damit sind wir bei den *außenpolitischen Gründen*, der Ablösung Englands und der Übernahme der Weltherrschaft durch die USA.

Aus der ganzen amerikanischen Erbschaftspolitik und den entsprechenden Aktionen hätte England schon zur Genüge entnehmen müssen, wie man in Washington die militärische Lage Großbritanniens und seines Empire beurteilte. Die verschiedenen Stadien des Krieges hatten die Schwächen Englands so schonungslos enthüllt, daß die USA. ihre Beerbungspläne weit über das ursprünglich vorgesehene Maß hinaus verfolgen konnten. Sie gewannen

schnell festere Gestalt in dem Wunsch nach einem „Anschluß“ Englands, den man nach außen „Union“ nannte. Anfang Dezember 1940 war man in Washington so weit, daß man gegenüber dem einst allmächtigen England, dem „Mutterlande“, einfach die Bestandsaufnahme anordnete und politische Taxbeamte unter der Bezeichnung von Sondergesandten auf vorher ausgearbeitete Touren ausschickte. In aller Schamlosigkeit enthüllte sich hier der Plan: es im Wege einer nach Möglichkeit kalten Kriegsbeteiligung zu einem mindestens angelsächsischen, lieber amerikanischen Weltreich zu bringen. Die Praktiken der Eroberung des britischen Weltreiches sollten dabei ins Amerikanisch-Jüdische abgewandelt werden — das Schicksal zahlte den Briten mit gleicher Münze heim.

Von hier aus erklärt sich auch der scheinbare Widerspruch, der darin liegt, daß die USA. die Lage Englands genau kennen und doch riesige Kapitalien an dasselbe, dem Untergang geweihte England wenden. Washington hat gerade im Hinblick auf seine Erbschaftspläne ein praktisches Interesse daran, daß England auch nach seiner Niederlage wenigstens noch eine solche Macht darstellt, daß es für die USA. einen nützlichen Gefolgsmann abgibt, *mehr aber auch nicht!* Dieser würde dieselben Funktionen auszuüben haben, wie sie England seinen früheren Hilfsvölkern innerhalb und außerhalb Europas zugemutet hat. So glaubte man in Washington beispielsweise auch eine Entscheidung in dem Kampf um die Vorherrschaft im Raume des Pazifik und Ostasiens zugunsten der USA., also gegen Japan, vorbereiten zu können. Daß England bei alledem eines Tages noch viel mehr als heute von den USA. *auf die gleiche Weise betrogen werden wird,* wie es

England mit seinen Gefolgsstaaten in zwei europäischen Kriegen tat, liegt auf der Hand.

Am 6. September 1940 konnten große amerikanische Blätter endlich unumwunden die Forderung aussprechen, die einmalige Chance auszunutzen, die Vorherrschaft in der Luft und auf den Meeren an sich zu bringen und „vom britischen Reich zu retten, was noch zu retten ist, um es in Wirklichkeit, wenn auch nicht formell, unserem Machtbereich *einzuverleiben*". Die amerikanischen Sonderverträge mit Kanada und Australien waren nur vorbereitende Teilaktionen in dieser Richtung. Als dann im Dezember des gleichen Jahres der englische Unterhausabgeordnete *Stickes* eine Zusicherung der Regierung verlangte, „daß kein öffentlicher oder geheimer Vertrag über die Vereinigung Großbritanniens mit den USA. abgeschlossen werden würde", trippelte nur einer der vielen Ahnungslosen in England wieder einmal hinter der wirklichen Entwicklung her, und die Regierung konnte nichts anderes mehr bestreiten, als daß eine solche Vereinigung „in der praktischen Politik" vorlag. Mister Stickes ließ sich durch die plumpe Dialektik der Regierungsantwort tatsächlich bluffen.

Die Regierung Churchill hat es sich ihrerseits am 16. Juni 1940 auch noch nicht träumen lassen, daß sie ein halbes Jahr später *selbst das Objekt eines Unionsplanes* sein würde. Damals hatte Churchill seinem französischen Mitläufer Reynaud die Vereinigung Frankreichs mit England nach einem Plan vorgeschlagen, dessen entscheidender Satz lautete:

> „Beide Regierungen erklären, daß Frankreich und England aufgehört haben, zwei Staaten zu sein und nur noch eine französisch-britische Union bilden."

Im Frühling 1941 stand Churchill an der Stelle Reynauds.

Der Kampf der USA. im Dienste Judas hatte in der Bevölkerung der Vereinigten Staaten keine Resonanz gehabt. Daher kam man dann mit der Behauptung, die Angleichung der amerikanischen und englischen Politik werde eine angelsächsische Weltherrschaft zur Folge haben. Es mag für die Herren in Washington eine Überraschung gewesen sein, daß auch diese Parole kein ausreichendes Interesse im Volke fand, das ja in seinem täglichen Leben die Schattenseiten der Rooseveltschen Innen- und Außenpolitik aus allernächster Nähe sah, ja am eigenen Leibe zu spüren hatte. Man nahm also in Washington die künstliche Erzeugung einer Invasionspsychose hinzu. Dergleichen hatte eher Aussicht auf Glauben, wie man ja schon bei dem tollhäuslerischen Rummel mit der Invasion vom Mars her hatte feststellen können. Bei dem tiefen Bildungsstand des Durchschnittsamerikaners hat selbst die blödsinnigste politische Parole immer noch eine mindestens ebenso große Chance wie die Millionenreklame für irgendein neues Haarfärbemittel oder einen neuen Filmstar.

Bei alledem verschwieg man in Washington dem Volke wohlweislich, dem man zum drittenmal innerhalb von 24 Jahren durch einen Großschwindel künftigen Wohlstand vorspiegelte, die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten von Amerika trotz ihres ungeheuren Goldschatzes schon bis zum Sommer 1941 mit runden 60 Milliarden verschuldet waren und daß niemand anders als die breite Masse der kleinen Steuerzahler in erster Linie die Last dieser alten und neuen Schulden zu tragen hatte. Daraus machte man sich in Washington keinerlei Gewissen, wie die Bemerkung

des Unterstaatssekretärs *Welles* vom 26. November 1941 in einem Artikel zeigt, den er in der Wochenzeitschrift des Bundeshandelsamtes „Foreign Commerce Weekly" im Hinblick auf die riesigen Rüstungen der USA. veröffentlichte: „Dadurch bürden sich die Vereinigten Staaten eine Schuldenlast auf, die unwillkürlich (?) *die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Kindeskindern verringern müssen.*"

Die Hilfe an England aber, sie mag ausfallen wie sie will, *muß auf jeden Fall bezahlt werden.* Hochfinanz und Rüstungsindustrie, die zuletzt die Kosten der Betrugswahl des Herrn Roosevelt aufgebracht hatten, wollten nicht nur diese Kleinigkeit, sondern vor allem Gewinne von neuzeitlichen Umfängen zu den alten häufen. Folglich werden die Hauptinteressenten ihre Beteiligung an der eigentlichen Finanzierung der Kriegsbeteiligung in denjenigen Grenzen halten, die durch die Verteilung des Risikos gegeben sind. Der amerikanische Steuerzahler aber wird am Ende des weltherrschaftlichen Abenteuers noch höhere Steuern vorgelegt bekommen, als er schon nach dem Weltkriege und neuerdings nach der — teilweisen — Durchführung desEngland-Hilfegesetzes aufgepackt bekam.

Ob der Haupttrick der amerikanischen Spekulation, nämlich das „befreundete" England durch Beerbung im Umfang erheblicher Sachwerte *gleich die Gesamtschuld der 11 Milliarden alter Kriegsschulden abtragen zu lassen,* dabei gelingt, hängt davon ab, ob der amerikanische Bauernfänger es fertig bringt, dem britischen Räuber eine in Jahrhunderten zusammengebrachte Beute wenigstens zum Teil abzuschwindeln. Wir verdanken dem Herrn amerikanischen Staatssekretär *Morgenthau* eine aufschlußreiche Äußerung dazu. Als er bei der öffentlichen Demas-

kierung Englands durch die USA. Ende Januar 1941 amtlich feststellte, England könne zwar die bereits gegebenen Aufträge in den USA. bezahlen, habe aber keine Dollars mehr für weitere große Aufträge, enthüllte er zugleich das amerikanische Geschäft mit den Weltkriegsschulden in Verrechnung gegen britische Sachwerte: Er habe, erklärte er, die 5,7 Milliarden Weltkriegsschulden „im Geiste bereits abgeschrieben". *Das konnte er auch!* Denn die USA. Herrn Roosevelts legten gar keinen Wert mehr auf die bargeldmäßige Rückzahlung der Schulden, sondern hatten längst alle Minen für das große Geschäft mit britischen Grundliegenschaften gelegt.

Sogar große Teile des Privatbesitzes englischer Staatsbürger in den USA. wurden im Laufe des Jahres 1941 verkauft, um wenigstens einen Teil der britischen Rüstungsaufträge bezahlen zu können. Je länger England in seinen selbstverschuldeten Krieg verwickelt ist, um so größer kann die amerikanische Erbschaft werden. Als England diesen zweiten Krieg gegen Deutschland veranlaßte, ahnten seine Drahtzieher nicht, daß sie den Zerfall des Empire in doppelter Hinsicht verschuldeten. Die Rechnung ist einfach: Ohne die amerikanische Hilfe bricht England zusammen, und zwar für die amerikanischen Spekulationen *vorzeitig.* Das mußte verhindert werden. Also investiert Amerika wieder wie 1917 die Steuergelder seiner Bürger in einen englischen Krieg und ermöglicht den Briten die Kriegführung *gerade so lange,* bis sich die USA. die Vollendung der Aufrüstung und außerdem die Erbmasse in gewünschtem Ausmaß gesichert haben. Das „Mutterland" wird mit einem Trick enteignet, dem man die jüdische Herkunft ansieht.

Die außenpolitischen Gründe erstrecken sich bis über

den Krieg selbst hinaus zu einem etwaigen Friedensabschluß *einschließlich.* Auch hierbei gedenkt man in Washington, das nachzuholen, was die Zeit Wilsons nach Ansicht des Rooseveltkreises versäumt hat. Von dem Plan einer amerikanischen Weltherrschaft ist der Gedanke einer Beteiligung am Friedensschluß, mindestens einem direkten Einfluß auf die Einzelheiten eines solchen für amerikanische Begriffe, d. h. für die Leute um Roosevelt, nicht zu trennen. Für solche Fälle hält man in den großen Demokratien Formeln bereit wie die, man könne nicht dulden usw. Wie man sich das in Washington vorstellt, daß man sich über 6000 km Entfernung praktisch in einen Friedensabschluß einschaltet, der die USA. in ihrem fernen Erdteil nichts angeht, das bleibt vorläufig ein Rätsel. Aber wenn Herr Roosevelt schon am 11. September 1941 durch einen Brief jenen phantastischen Kriegsplan in Auftrag gab, der eine Expeditionsarmee von 5 Millionen Mann und eine Gesamtarmee von mehr als 10 Millionen Mann vorsieht und dessen Enthüllung durch zwei amerikanische Blätter der Präsident mit einem Tobsuchtsanfall begleitete, dann wird er sich um die technischen Einzelheiten einer amerikanischen Beteiligung an einem europäischen Friedensschluß noch weniger Kopfschmerzen gemacht haben als um die 150 Milliarden Mehrkosten jenes Planes oder um die Frage, wo die 10 Millionen Mann und ihre Ausrüstung und vor allem der Schiffsraum herkommen sollen. Die Mächte des Berliner Dreierpaktes haben wohl bisher noch bei niemandem den Eindruck erweckt, daß sie sich von irgend jemand in ihre ureigensten Angelegenheiten hineinreden lassen, und mit Botschaften oder Kaminreden oder ähnlichen Manövern ist ja dergleichen nicht zu machen. Trotzdem ließ Washington schon im Frühjahr

1941 auf dem Wege über führende amerikanische Blätter den Anspruch für die USA. erheben, daß sie bei einem Friedensschluß gehört zu werden wünschten und nicht etwa nur den Beobachter wie 1919 spielen wollten.

Über die *wirtschaftspolitischen Gründe* der USA. brauchen wir nach allem Vorangegangenen nicht mehr viel zu sagen. Der Namensvetter des einstigen Rauhreiterobersten und Präsidenten Theodore Roosevelt, der frühere amerikanische Gouverneur auf den Philippinen, spricht in seinen Aufzeichnungen einmal das wahre Wort: „Entscheidend für die amerikanische Außenpolitik ist das Scheckbuch." Wieviel mehr für die Wirtschaftspolitik der USA.! Gleichwohl schwatzte Herr Franklin Roosevelt, als er den großen Neutralitätsschwindel aufzog, von dem „Narrengold", von dem viele Menschen bei einem Konflikt in einem anderen Erdteil angezogen werden. Als ob nicht die amerikanisch-jüdischen Börsenjobber am liebsten die ganze Welt in einen einzigen Krieg verwickelt sehen würden, um daraus ein Riesengeschäft für sich und ihre politischen und geschäftlichen Freunde zu machen, was in den USA. dasselbe ist!

Für diesen Teil des amerikanischen Regierungstrusts bedeutet Weltherrschaft *in erster Linie* Beherrschung des Welthandels und der Weltwirtschaft. Die „Washington Post" war durchaus im Irrtum, als sie gelegentlich des Neutralitätsschwindels schrieb, Amerika gebe damit geradezu den alten Anspruch auf die Freiheit der Meere auf. Aber nein! Es war vielmehr die Vorbereitung zu ihrer Beseitigung in einem noch radikaleren Sinne, als es die Vorgänger, die Briten, getan hatten. Denn das ganze große Geschäft begann praktisch ja schon bei der — Zurückziehung der amerikanischen Schiffahrtslinien aus dem

Atlantik, so paradox das auf den ersten Blick erscheinen mag. Der Ausfall wurde von den amerikanischen Sachverständigen mit etwa 40 Millionen Dollar berechnet. Er wurde jedoch bereits dadurch ausgeglichen, daß man den Engländern amerikanischen Schiffsraum zu Phantasiepreisen überließ. Man überließ ihnen aber auch sehr bereitwillig die Nordatlantikfahrten mit ihrem ungeheuren Verlustrisiko im Kriege — jedes englische Risiko und jeder englische Verlust *werden automatisch für die USA. zum Gewinn.* Dafür wurde England von Amerika veranlaßt, seine Schiffe zuerst aus dem Südatlantik und dann aus dem Pazifik herauszuziehen und diese Fahrten den Amerikanern abzutreten.

Auch die Gründe und Anlässe *persönlicher Art,* die bei dem Streben der USA. nach der Weltherrschaft mitsprechen, sind nach allem bisher Gesagten schon ziemlich deutlich. Sie sind verkörpert vor allem in der Person Franklin Delano Roosevelts. Von Hause aus Rechtsanwalt, treibt ihn sein persönlicher Ehrgeiz in die Politik. Er geht den üblichen Weg, wird schließlich Unterstaatssekretär für die Marine — ohne irgendwelche Kenntnisse oder Fähigkeiten dafür mitzubringen, wie das so in demokratisch-parlamentarischen Staaten ist —, vermag keine Lorbeeren zu erringen, fällt bei der Kandidatur für die Vizepräsidentschaft durch und wird selbst von einem Wilson als Kabinettskollege durchaus nicht geschätzt. Merkwürdige Parallele zu einem Churchill, dem „Narren", den Chamberlain keinesfalls in sein Kabinett nehmen wollte. Wie die meisten Amateurpolitiker, die in den Demokratien nicht vorwärts kommen, geht Roosevelt in die Geschäftswelt über, alliiert sich mit einer jüdischen Firma, studiert dort jüdische Geschäftspraktiken, die ihm

noch heute zugute kommen, und versucht sich auf Grund dieser Studien mit Erfolg als Devisenspekulant mit deutscher Inflationsmark. Und wiederum eine Parallele: England holte sich in seiner schwersten Staatskrise ausgerechnet den Katastrophenpolitiker Churchill, der von namhaften Männern seines eigenen Landes in zahlreichen Äußerungen stets als Charlatan, Phantast und Hochstapler gekennzeichnet worden ist — die USA. holen *ausgerechnet nach der großen Wirtschaftskrise* einen Roosevelt ins Weiße Haus, der als Amtspolitiker nicht reussiert hat und ihnen die Misere des New Deal bringt.

Nun treffen zwei Momente zusammen, die für einen Mann vom Charakter Roosevelts verhängnisvoll werden müssen. Außerhalb der autoritären Staaten hat kein Staatsoberhaupt und Regierungschef eine derartige Fülle von Vollmachten wie der Bundespräsident der Vereinigten Staaten, der Staats- und Regierungschef zugleich ist und zudem für die gesamte Politik der USA. verantwortlich zeichnet. Er hat keine Minister, er hat Staatssekretäre, die seine Gehilfen und ausführenden Organe sind.

Eine geradezu gefährliche Machtfülle für einen Mann von dem Geltungsbedürfnis und dem Ehrgeiz eines Roosevelt, Eigenschaften, die durch seine körperliche Behinderung nur noch gesteigert werden. Ein Mann, der eine so schwere Lähmung mit solcher Energie bekämpft, gibt sich nicht mit dem amtlichen Umkreis zufrieden, wenn er ungeachtet aller Hemmungen schließlich doch das höchste Amt erreicht. Auch darin zeigt sich seine fatale Ähnlichkeit mit manchen Wilsonschen Zügen, daß er sich in allen seinen Taten den Satz Wilsons zum Muster nahm: „Der Präsident hat nach Recht und Gewissen die Freiheit, ein so starker Mann zu sein, wie er will.“ Wobei dann freilich

Begriffe wie Recht und Gewissen in Verbindung mit einem Roosevelt sich noch weit unangebrachter ausnehmen als bei seinem Vorläufer. Er stürzte sich in die Experimente, spielte sich als Sozialist und Freund des kleinen Mannes auf, zog wider die Riesengewinne vom Leder, startete den New Deal, der jedem amerikanischen Bürger sein Standardglück bringen sollte und — hatte am Ende seiner zweiten Amtsperiode einen Scherbenhaufen vor sich, dessen stärkste Merkmale eine bis dahin noch nicht gekannte Arbeitslosigkeit von mindestens 17 Millionen, ein weltbekanntes Bauernelend, die Unterernährung fast der halben Bevölkerung und die Verdoppelung der Staatsschulden waren.

Das alles war für Roosevelt nur Anlaß, sich zum drittenmal als Präsidentschaftskandidat aufstellen zu lassen, zumal er sich auf seine Wahlhelfer aus der Finanz- und Rüstungsaristokratie verlassen konnte, denen er entgegen den Parolen seiner ersten Amtszeit die großen Gewinne unangetastet gelassen hatte. In die zweite Hälfte seiner zweiten Amtszeit fällt seine entschlossene Wendung von der Innen- zur Außenpolitik. Sie mußte fürs erste einmal die Ablenkung der breiten Massen von den inneren Mißständen bringen. Das war nur mit stärksten und heftig wirkenden Mitteln möglich, also etwa auf dem Umweg über eine außenpolitische Gefahr oder Krise großen Stiles. Sie war nicht vorhanden, mußte also geschaffen werden. Zwei Wege standen offen. Erstens konnte man die ohnehin seit Jahren latente Spannung im Stillen Ozean durch weiteres Vortreiben der amerikanischen Angriffspositionen in Gestalt der zahlreichen Inselfestungen fördern. Zweitens war die zunehmende Spannung in Europa *für einen Risikospieler viel zu verlockend*, um nicht die Ein-

mischungspolitik Wilsons mit neuen Variationen und entsprechend modernen Sicherungen aufzugreifen. Die Folge waren die Schwindeltricks mit der Neutralitäts-, dann der Hilfspolitik. Hier waren eventuell zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. England hatte seine Unfähigkeit zur Schaffung einer Weltordnung und zugleich seine wirklichen inneren und äußeren Schwächen zu deutlich aufgezeigt. So entstand in Roosevelt der Gedanke, die USA. auf die Rolle der einzig möglichen Weltpolizeimacht hinauszuspielen und zugleich England in seiner überlebten Position als Weltherrschaftsträger abzulösen.

Gelang das, so mußte Franklin Delano Roosevelt, ehemals kleiner Rechtsanwalt, einmal als Schöpfer eines amerikanischen Empire, eines Weltreiches, in die Geschichte eingehen, und die Mißerfolge zweier Präsidenten-Amtszeiten waren ein für allemal vergessen. Da der Traum des Rooseveltschen Ehrgeizes zugleich das Ziel der jüdisch-amerikanischen Plutokratie und des internationalen Judentums war, das seine letzte Großfestung in Europa, England, ernstlich gefährdet sah und daher seine Leute unter Führung Chaim Weizmanns immer dichter um das Weiße Haus und seinen so rasseliberalen Herrn geschart hatte, so standen die Chancen für das Gemeinschaftskomplott nach übereinstimmendem Ermessen des Weißen Hauses und seiner Ratgeber mindestens 75 : 25, wenn nicht gar günstiger. Es galt, den größten Gewinn mit kleinsten Mitteln zu erzielen. Ging es nicht anders als durch die Hineinführung der USA. in den europäischen Krieg, so waren die Spesen angesichts der Verschuldung der USA. in Höhe von rund 60 Milliarden (1941) etwas deftig. Ging es mit der kalten Kriegsbeteiligung, „ohne einen Schuß abzufeuern", wie es ein besorgter englischer Publizist aus-

drückte, um so besser. Ging es gar mit der bloßen Kriegsdrohung nach Ost und West, dann war es am besten. In *jedem* Falle aber mußten Umsatz und Reingewinn in Gestalt des Weltmarktes und eines Weltreiches ausreichender Ausgleich für jedes Risiko und sämtliche Geschäftsspesen sein.

Wir setzen zum ergänzenden Vergleich eine Schilderung des Präsidenten aus bester amerikanischer Quelle hierher. Unter dem Titel „Ein Landjunker im Weißen Haus" (A country squire in the White House) hat der amerikanische Publizist John Thomas Flynn eine Schrift erscheinen lassen, die Roosevelts Persönlichkeit und seine politische Wirksamkeit einer kritischen Betrachtung unterzieht. Im folgenden bringen wir einen kurzen Auszug:

„Seine Familienbeziehungen bewogen die demokratische Parteileitung des Staates, ihn unter ihre Fittiche zu nehmen, und die demokratische Lawine des Jahres 1910 schwemmte ihn in den New Yorker Staatssenat. Sein Eintreten für Wilson und das Gewicht seines Namens verschafften ihm den Posten eines Hilfsmarineministers im Wilson-Kabinett, obwohl er von Marineangelegenheiten nichts weiter verstand, als daß er von Jugend auf Marinebilder gesammelt hatte. Mit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg fühlte sich Roosevelt in seinem Element. Unter seiner begeisterten Führung — sein Chef, der Marineminister Daniels, galt als eine rückgratlose Wetterfahne — wurde ein großzügiges Bauprogramm verwirklicht. 97 Zerstörer und 10 Kreuzer, die zusammen nahezu 300 Millionen Dollar verschlangen, wurden zu erhöhten Kriegskosten und in übertriebener Eile fertiggestellt. Viele, vielleicht die meisten dieser hauptsächlich unter seiner Leitung gebauten Schiffe waren mangelhaft, wenn nicht wert-

los. In einer späteren Rede rühmte sich Roosevelt mit einer gewissen Genugtuung dessen, wie er während des Krieges mit dem Geld um sich geworfen habe. Und ein anderes Mal, daß er *sich an keine Gesetze und Vorschriften gehalten* habe, daß er sich Gesetzesübertretungen habe zuschulden kommen lassen, die ihm unter anderen Umständen zusammengerechnet 1000 Jahre Gefängnis eingetragen hätten. Es ist ein eigenartiger Vorgang in der Laufbahn dieses Mannes, daß ihm sein erster Verwaltungsposten die Ausgabe von Hunderten von Millionen in die Hände spielte unter Voraussetzungen, die normale Hemmungen und Rücksichten ausschlossen. Als Präsident erklärte er einmal den Zeitungsvertretern auf die Frage, auf welche Weise das Geld für seine Milliardenrüstungsplanung beschafft werden solle, das sei eine nebensächliche Frage, die ihn nicht interessiere.

Als Bewerber um die Vizepräsidentschaft fiel er durch, mit 127 gegen 404 Wahlmännerstimmen, und damit trat er von der politischen Bühne ab, bis er 1928 zum Gouverneur des Staates New York gewählt wurde. In der Zwischenzeit beteiligte er sich an sechs oder sieben Wallstreet-Spekulationen, von denen mehrere die deutsche Inflation auszunutzen suchten und die alle mit einer einzigen Ausnahme — Spekulation in deutschen Wertpapieren — den Aktieninhabern nichts als Verluste eintrugen. So z. B. eine Verkaufsautomaten-Gesellschaft, die für 11 Millionen Aktien auf den Markt warf und beim Konkursgericht landete — zu den Direktoren gehörten Roosevelt und sein heutiger Minister Morgenthau — und eine in seinem Anwaltsbüro organisierte „International Germanic Corporation“, die deutsche Industrien zu finanzieren und Aktien deutscher Unternehmungen aufzukaufen suchte,

aber gleichfalls bankrott machte. Als Roosevelt das Gouvernementsamt im Staate New York antrat, übernahm er zugleich einen Überschuß von 15 Millionen, und als er abtrat, waren die Staatsschulden auf 111 Millionen Dollar angeschwollen; *das Defizit seines letzten Amtsjahres allein betrug 48 Millionen.*" Roosevelts New Deal ist in Flynns Bewertung ein Fehlschlag auf der ganzen Linie. „Das Ergebnis der ersten zwei Präsidentschaftszeiten Roosevelts offenbart sich in einer Arbeitslosenziffer von 11 Millionen und einem gänzlichen Darniederliegen der privaten Kapitalanlagen. Das Farmerproblem ist da stehengeblieben, wo er es aufgenommen hat. Er hat wohl einige der dringlichsten Sozialreformen — und zwar mit Widerstreben — durchgeführt, allein sie müssen von Grund auf überholt werden. Die Gesamtkosten dieser wirkungslosen Maßnahmen betragen 22 Milliarden Dollar, die von der kommenden Generation bezahlt werden müssen. Derselbe Roosevelt, der Hoovers Planungspolitik brandmarkte und die republikanische Partei angriff, weil sie die Antitrustgesetze nicht durchführte, hob diese Antitrustgesetze auf, ohne ein Wort zu verlieren, und führte die umfassendste Wirtschaftsplanung ein, die je erlebt wurde.

Wie kommt es, daß Roosevelt trotz seiner offenkundigen Mißerfolge während seiner beiden Amtstermine ein drittes Mal auf den Präsidentenposten gerufen und gewählt wurde? Die uferlose und dilettantische, Milliarden verschwendende Notstandspolitik des New Deal hat *fünfmillionenköpfige Armeen von Unterstützten und Besoldeten* unter seine Fahnen versammelt, die für die Fortsetzung dieser Politik der uneingeschränkten Geldausgaben und für die verlängerte Amtszeit des Vertreters dieser Politik am Stimmkasten eintraten: die Arbeitslosen, die

kleinen Geschäftsleute, die kleinen Hausbesitzer, die Farmer und die Beamten. Die an die Arbeitslosen ausbezahlten Unterstützungsgelder flossen zu einem guten Teil in die Kassen der Nachbarschaftsläden. Arbeiter und Kleinbürger hatten während der Hochkonjunktur der zwanziger Jahre Häuser zu Inflationspreisen gekauft und mit Hypotheken belastet, welch letztere von der Regierung übernommen wurden, und zwar in der Höhe von 3 Milliarden Dollar überfälliger hypothekarischer Belastungen.

Ebenso übernahm die Regierung die Hypotheken der Farmer. Beide Gruppen, die Hausbesitzer wie die Farmer, sind dabei ihre Schulden nicht losgeworden. Die Regierung hat aber Hypotheken in der Hand, zu Beträgen, die größtenteils den Realwert übersteigen. Die einzigen Profitierenden bei diesem ‚Sanierungsgeschäft' sind die Geldverleiher (also meistenteils die Juden), die für ihre zweifelhaften Hypotheken dreiprozentige Regierungsbonds ausgehändigt erhielten. Eine für deutsche Begriffe unvorstellbare Erscheinung ist die Geschäftigkeit, mit der die Familie des Präsidenten die Konjunktur der Roosevelt-Ära ausnutzt."

Das Bild der Persönlichkeit Roosevelts zeichnet Flynn mit folgenden Strichen: „Roosevelt hat keine wissenschaftliche Grundlage, pflegt keine regelmäßige Lektüre und ist kein Freund der Denkarbeit. Er ist ein Mann der Impressionen, der Ab- und Zuneigungen. Sein Wissen ist Stückwerk, seine Kenntnisse hat er meist in der Unterhaltung aufgeschnappt. Seine Auffassung der politischen Geschichte seiner Zeit besteht nicht in der Erkenntnis der Tendenzen und Bewegungen, sondern im Wissen um Personen; er denkt in Persönlichkeitsbegriffen. Eine politische Frage drängt sich ihm als Meinungsunterschied zwischen zwei

Männern auf. Er löst das Problem dadurch, daß er die Träger verschiedener Auffassungen zusammenbringt und sie veranlaßt, mit einem Händedruck ihren Meinungsstreit aufzugeben. Er ist *wankelmütig, unentschlossen und impulsiv.* Er schiebt eine Entscheidung auf, bis er dazu gedrängt wird, und dann hastet er ohne viel Überlegung aus der Hitze des Augenblicks in einen Kurswechsel hinein. Er hat nie viel geschrieben; seine Reden läßt er sich von anderen zusammenstellen. So kommt es, daß gegensätzliche Auffassungen der amerikanischen Probleme in seinen Reden verzeichnet stehen. Auf dem demokratischen Nationalkonvent in Chikago hielt Roosevelt seine Präsidentschafts-Annahmerede in der Form, daß er erst einen Teil aus seiner Rede ablas, die ihm kurz zuvor ausgehändigt wurde, und die Fortsetzung einem anderen Manuskript entnahm. Die Rede bei seiner Amtseinführung hatte ebenfalls zwei verschiedene Verfasser, die in wichtigen Fragen gegenteilige Ansichten vertraten. Roosevelt gab einem Dritten den Auftrag: ‚Schweißen Sie die beiden zusammen!' Eine Stärke und eine Schwäche des Rooseveltschen Wesens ist seine bestechende Leutseligkeit im Umgang: eine Stärke insofern, als er dadurch Leute in seinen Bann zieht, eine Schwäche, weil er durch sein Entgegenkommen der Beweisführung seiner Besucher und Ratgeber unterliegt."

In dem Kurs, den Roosevelt in der auswärtigen Politik eingeschlagen hat, sieht Flynn einen *Ausweg aus der Sackgasse,* in die er sich verrannt hat, einen Versuch, das durch seinen Bankrott in der Innenpolitik verlorene Prestige durch Erfolge in einem Kriegsabenteuer sich wieder zu sichern. „*Roosevelts Regierung ist gezwungenermaßen auf Geldverschwendung abgestellt.* Wenn sie damit aufhört,

bricht sie zusammen. Sie hat kein anderes Mittel, um am Leben zu bleiben. Sie muß sich mittels Geldbewilligung einen Ausweg schaffen, der den Widerstand der Gegner bricht. Und dieser Ausweg heißt: Nationale Verteidigung. Politische Machenschaften, ein Hin- und Herschwanken, ewige Sucht, der Situation sich gewachsen zu zeigen, eine (laut H. G. Wells) ‚erschreckend zugängliche' Geistesverfassung, durch die alle Sorten halbausgereifter Ideen ein- und ausgehen, *eine Vorliebe für das Theatralische*, vorgefaßte Meinung gegenüber den Angelegenheiten und Kriegsproblemen Europas und dabei nur eine schwache Vorstellung von den tieferen Wirtschafts- und Finanzproblemen des eigenen Landes, ein Gemisch von wohlmeinenden Absichten und konfusen ethischen Konzeptionen — all dies trieb Roosevelt dem tragischen Moment entgegen, in dem er sein Regime nur noch dadurch retten kann, daß er das Land der Kriegshysterie überantwortet."

Soweit Flynn. Da haben wir das persönliche und politische Porträt Roosevelts, gezeichnet von einem namhaften *amerikanischen* Publizisten, dem langjährigen Berater des Senates in Bank- und Währungsfragen, zur Zeit Herausgeber der Wochenschrift „Uncensored", die gegen den Eintritt der USA. in den Krieg arbeitete, ein Mann, der den Werdegang des „Weltpräsidenten" aus nächster Nähe beobachtet hat.

Die Skizzierung der persönlichen Anlässe und Gründe haben uns schon mit der letzten Gruppe in Verbindung gebracht, mit den *rassischen Momenten*. Die Geschichte der nordamerikanischen Außenpolitik von 1914 bis heute ist nur zu verstehen, wenn man die steil ansteigende Kurve des jüdischen Einflusses in den USA. ständig im Auge be-

hält. Morgan und Genossen finanzierten den Weltkrieg, Morgan und Genossen finanzierten auch die gesamte Expansions- und Einmischungspolitik ihres politischen Funktionärs Roosevelt. Es kommt dabei auf Hunderte von Millionen Dollar gar nicht an, und es darf auch auf Dutzende von Milliarden nicht ankommen. Wenn jemals, dann schien jetzt, im Gefolge des europäischen Krieges, *die doppelte Gelegenheit* gegeben: einmal dem tödlich gehaßten neuen Deutschland ans Leben zu gehen, das die Juden aus der fetten Pfründe Europa hinausgeworfen hatte, und zweitens das größte Geschäft der ganzen Menschheitsgeschichte mit fremdem Blut zu machen, d. h. den ganzen Welthandel, die ganze Weltwirtschaft und alle finanziellen Kampfmittel der Welt endgültig in die Hand zu bekommen. Juda hatte das mächtige England erobert, Juda hatte das mächtigere Amerika erobert. Gelang den USA. der Griff nach der Weltherrschaft, *so mußte diese logischerweise die äußere Erscheinungsform des weltregierenden Judentums werden.* Dann war die Schmach, die der römische Gouverneur von Palästina, Pilatus, dem Judentum mit der Bezeichnung „Rex Judaeorum" über dem Kreuz des Nazareners angetan hatte, getilgt, gestillt auch die Rache an den Deutschen, die man ja im Wege der Sterilisierung langsam aussterben lassen würde.

Aber die Hebräer in England, die dort einen nicht geringen Teil der Plutokratie bilden? Hatten sie, die den amerikanischen Juden bei der Überleitung der Weltherrschaft an die USA. so gut in die Hände gearbeitet hatten, nicht gleichberechtigten Anspruch auf die spätere Gewinnbeteiligung? Nun, erstens gehört die jüdische Hochfinanz in England zu den ersten Vermögensträgern, die ihr Schäfchen schon vor Beginn des Krieges ins amerikanische

Trockene gebracht hatten. Zweitens hatten sie sich die Transferierungsmöglichkeiten auch während des Krieges zu sichern gewußt — man hatte nicht umsonst seine Verbindungsleute in der Downingstreet. Und im übrigen, jeder ist sich selbst der Nächste. Wer sich von den englischen Rassegenosen nicht rechtzeitig mit seinem Hab und Gut davonmachen kann, der muß eben sehen, wo er bleibt. Wo es um ungezählte Milliarden und um ein Weltreich geht, da kann man nicht Rücksicht auf einzelne nehmen. Bei aller klebrigen Zusammengehörigkeit hat das auserwählte Volk für Sentiments niemals etwas übrig gehabt — ‚business as usual". Und wenn es um derart große Gewinne geht, dann gilt eben der alte Grundsatz aus der Zeit der Wüstenwanderung: „Der Stärkere hat recht." Im Großen gesehen stellt sich die geschäftliche Tätigkeit des Judentums im Zusammenhang mit den Weltreichzielen der USA. als die *Errichtung einer jüdisch-angelsächsischen Rohstoff - Monopolgesellschaft für die ganze Welt dar.* Es gab einmal einen englischen Außenminister — es war wohl Sir Samuel Hoare —, der sich im Unterhaus baß erstaunt darüber zeigte, daß sich diese Deutschen fortgesetzt über die ungerechte Verteilung der Rohstoffe beschwerten. Er warf die Frage auf, wozu die Deutschen eigentlich eigene Rohstoffgebiete brauchten, denn sie könnten ja alles Nötige aus den britischen Gebieten kaufen. Die imitierte Bonhomie stand dem Herrn englischen Außenminister schlecht zu Gesicht; sie war der Ausdruck einer maßlosen Überheblichkeit und des Schachergeistes Englands. Zudem lag darin der innige Wunsch versteckt, die Deutschen für alle Zeiten von den Rohstoffgebieten der Erde fernzuhalten.

Was er sich aber als das große Zukunftsgeschäft, als

Dauerpfründe Englands gedacht hatte, übertrug dann der jüdisch-amerikanische Imperialismus ins Weltherrschaftliche. Dieser betreibt *seit mindestens sechs Jahren* das Projekt, im Wege der Weltherrschaft sämtliche Rohstoffgebiete der Erde unter nordamerikanische Oberhoheit zu bringen, einschließlich der britischen, und dann den Nationen ihre Rationen nicht nach Bedarf, sondern je nach Marktlage, d. h. nach den von New York aus zu diktierenden Preisen zu kontingentieren. Es würde dann also in ganz großem Stil das gemacht werden, was England in Ägypten und Indien ohne jede Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung tut. Ägypten war einst eins der wohlhabenden Getreideüberschußländer. Es wurde und wird gezwungen, seinen Getreideanbau zugunsten des Baumwollanbaues für die plutokratischen Interessen der englischen Textilindustrie scharf einzuschränken. Es ist für England unerheblich, daß die Fellachen und die mit ihnen unter den Aufseherpeitschen schwer arbeitenden Kinder hungern. Es ist ausschließlich wichtig, daß Manchester ein möglichst billiges Produktionsgebiet möglichst nahe hat. Und in Indien werden die bitterarmen Hindus heute wie jemals ganz nach den Bedürfnissen des britischen Opiummarktes gezwungen, Getreidefelder umzupflügen und Mohn anzubauen, wenn die Renten aus dem Opiumhandel zu sinken drohen. Sinkt aber einmal trotz aller Vorsichtsmaßnahmen der Opiumpreis, dann werden ohne Rücksicht auf die Verluste der Bauern wieder einmal Mohnfelder umgepflügt.

In millionenfach vergrößertem Maßstabe würde eine jüdisch-amerikanische Rohstoff-Monopolgesellschaft dieses terroristische System über die Menschheit bringen, wenn sie Aussicht auf Gelingen ihres großen Ausbeutungs-

projektes hätten. So wie England beispielsweise den Spaniern und Portugiesen vorschreiben will, was sie an Rohstoffen — sogar aus ihren eigenen Kolonien! — einführen dürfen, so würde die Weltmonopolgesellschaft, repräsentiert durch die um das britische Empire vergrößerten Vereinigten Staaten von Nord- (und natürlich auch Süd-) Amerika, dann den Völkern je nach den Bedürfnissen der jüdisch-amerikanischen Börse vorschreiben, welche Rohstoffe sie zu beziehen hätten und welche nicht. Nach der jeweiligen Gehorsamsfreudigkeit der Völker würden ihnen Kontingente zugewiesen werden, ganz gleich, was die einzelnen Nationalwirtschaften brauchen würden und was nicht.

Es gehört zu den großen Gesichtspunkten des Berliner Dreimächtepaktes, daß dieses riesige Rohstoffraub- und Monopolprojekt für die Ordnungsmächte und für die ihnen befreundeten Staaten nach menschlichem Ermessen genau so wenig Schrecken haben kann, wie es einst vor dem Kriege Reichswirtschaftsminister Funk von einer englischen Blockade sagte.

Wie die USA. seit dem Weltkriege langsam, aber sicher England politisch überflügelt hatten, so hatte Washington—New York als Zentrale des Weltjudentums London überflügelt. Seit der Austreibung der Juden aus Europa hatten die Kapitalkräftigen unter ihnen die USA. ohnehin als das gelobte Land angesehen und sich dort einzunisten begonnen. Je mehr so die Vereinigten Staaten mit ihren östlichen Großstädten zur Zentrale des Weltjudentums geworden waren, desto mehr trafen die *gemeinsamen* Neigungen Roosevelts und der jüdischen Hochfinanz zur direkten und indirekten Beherrschung der Welt zusammen. Instinktiv hatten es die Juden richtig erfaßt, daß nach

dem Verlust aller ihrer Positionen in Europa einschließlich des unmittelbar bedrohten England der amerikanische Kontinent für sie ein sicherer Zufluchtsort war, ganz abgesehen davon, daß die Expansionspolitik der USA. in dem südlichen Halbkontinent ungeahnte Gewinnmöglichkeiten eröffnete.

Dazu kam noch ein weiterer Umstand, der den aus Europa nach den USA. eingewanderten Juden zusammen mit ihren dortigen Rassegenossen den Aufenthalt als höchst nützlich erscheinen ließ. Es gab kein Land in Europa mehr, das sich der von Deutschland ausgehenden *Aufklärung* über das Judentum hätte entziehen können. Selbst England wurde, wenn auch langsam, in gewissen, einst so folgsamen Volksschichten von dieser durch den Äther kommenden Aufklärung allmählich angesteckt, wenn ihre Wirkung sich auch noch nicht so bemerkbar machen konnte wie in anderen Ländern Europas. In einem noch viel höheren Grade aber als in England war die breite Volksmasse in den USA. über die wahre politische Entwicklung in Europa und über alles, was Ordnungsstaat, Nationalsozialismus, Faschismus usw. heißt, ganz planmäßig belogen worden. Die gewollte Unwissenheit der Politiker wurde durch die sorgsam aufrechterhaltene Unwissenheit des Volkes ergänzt, das urteilslos und kritiklos wie eine Herde den öffentlichen Parolen der Kombination Washington-Wallstreet folgt. Und da diese Parolen entweder von Rassegenossen oder von den weißen Juden um Roosevelt gemacht werden, so war nach jüdischem Ermessen kaum zu befürchten, daß die Pest der Aufklärung auch nach den USA. übergreifen werde. Den Richtstrahler des deutschen Rundfunks kann freilich auch in den USA. jeder hören, der ihn hören will.

Nur in der heutigen Juden-Weltzentrale, den östlichen Teilen der USA., konnten so ordinäre, so ausgesprochen verbrecherische und von dem Staatsoberhaupt selbst geförderte Pläne propagiert werden, wie sie das Buch des Juden Theodore Nathan Kaufmann „Germany must perish — Deutschland muß untergehen" enthält. Der Präsident der amerikanischen Friedensgesellschaft (!) liefert auf 104 Seiten (mit Goldschnitt und in rotes Leinen gebunden) den *Beitrag des untersten Ghettos zu den Rooseveltschen Weltherrschaftsplänen.* „Die Deutschen", so sagt der intime Berater des Herrn amerikanischen Bundespräsidenten, „sind nur Tiere und müssen als solche behandelt werden." Nach seinem Plan sind 48 Millionen Deutscher einfach zu sterilisieren; dann ergibt sich ein jährlicher Schwund von 1,5 Millionen und sie sind in absehbarer Zeit ausgestorben. Zu dem Programm gehören natürlich Entwaffnung, Enteignung, Versklavung, Aufteilung des Reiches, Aufenthaltsbeschränkung, Verbot der deutschen Sprache: „So verläßt Deutschland die Bühne und gerät in Vergessenheit."

Der Fall hat seinen *wohlerwogenen Platz* im weitgespannten Rahmen des Rooseveltschen Weltherrschaftsprogramms: diese Deutschen mit ihrem Können einerseits und ihrer rassischen Aufklärung andererseits stören die Entwicklung der Pläne des Weißen Hauses gar zu sehr: „Ceterum censeo Germaniam esse delendam." Was der britische Kumpan mit zwei Blockadekriegen nicht fertig brachte, das besorgt Herrn Roosevelts politischer Berater, der Jude Kaufmann, mit der „großen hygienischen Maßnahme" der Sterilisierung des kulturell, wissenschaftlich und technisch bedeutsamsten Volkes der Erde. —

Es ist ein seltsames Gespann, der Rooseveltsche Ehrgeiz

und die jüdische Rachsucht und Raffgier. Als sich die USA. 1917 vor den britischen Kriegswagen spannen ließen und sich einbildeten, die Menschheit und die Demokratie und die Kultur und weiß Gott was noch alles zu retten, wurden sie von den Engländern regelrecht übertölpelt, als sie ihre Schuldenrechnung präsentierten. In dem Gespann Roosevelt-Chaim Weizmann glaubt der Präsident bei der Verfolgung seiner Weltherrschaftspläne die jüdische Hochfinanz als die wichtigste Kampftruppe sicher in der Hand zu haben. Roosevelt ist unzweifelhaft intelligent. Aber er ist gerissener als intelligent, und in der Gerissenheit sind ihm seine jüdischen Ratgeber und Aufsichtsräte ganz erheblich über. Schon der Präsident der ersten Amtszeit hat seine sozialistischen Liebhabereien zugunsten der amerikanischen Plutokratie aufgeben müssen. Heute glaubt er, nach eigener Phantasie auf der großen Weltorgel spielen zu können — sollte er wirklich nicht merken, daß *andere* die Register ziehen? Es ist undenkbar.

Beiden Komponenten jedenfalls, dem Rooseveltschen Ehrgeiz wie der jüdischen Mentalität, sind Begriffe wie Weltfrieden, Wohlstand der Völker, Zusammenarbeit der Nationen, gerechte Verteilung der Rohstoffe nur aus ihrer Phraseologie bekannt. Das bleibt entscheidend.

VIII.

Das „Amerikanische Zeitalter"

„Entweder werden nach Kriegsende die wirtschaftlichen Kräfte der Welt in der Richtung totalitärer Autarkie organisiert werden mit ihren unzähligen Methoden und Tricks, die freie Völker empören (!) — oder diese wirtschaftlichen Kräfte werden unter die Führung einer großen Nation kommen wie der unseren — und ich kenne keine andere, die dazu in der Lage wäre." Staatssekretär Hull am 2. 4. 1941 im Haushaltsausschuß des Senats.

Der vorstehende Ausspruch des Herrn Hull ist in zweifacher Beziehung bezeichnend. Erstens scheint man in Washington unter der Führung Herrn Roosevelts gar keine andere Möglichkeit als die wirtschaftliche und damit tatsächliche Beherrschung der Welt durch eine Nation zu kennen. Höchstwahrscheinlich will man es auch gar nicht anders. Denn die andere Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den großen, mittleren und kleinen Nationen, die das A und O der *deutschen* Außenpolitik bildet, ist für die USA. undiskutierbar geworden, seitdem sie sich begründete Aussichten auf die Ablösung der britischen Vormachtstellung und auf die Übernahme der Weltherrschaft durch Washington machen zu können glauben.

Zweitens ist um die Zeit, in der obiger Ausspruch von dem amerikanischen Außenminister getan wurde — es ist das Frühjahr 1941, eine Zeit also, in der England immerhin noch über das Gros seiner Flotte und seiner sonstigen Streitkräfte verfügte —, der Gedanke einer Beherrschung

der Welt durch England zu einer bloßen Erinnerung an vergangene Zeiten, wenn nicht zu einer Kuriosität geworden. Fügen wir gleich hinzu, daß in den USA. auch niemand im Traume daran denkt, den Mechanismus des Empire in irgendeiner Form zu übernehmen. Dazu sind die USA. als Staat zu jung und England zu alt.

Die Form späterer Einrangierung britischer Empireteile ist fürs erste noch eine Angelegenheit zweiten Ranges für Washington. Im Vordergrund steht ausschließlich die Expansion, das Vortreiben der Ausdehnungspolitik in einer scheinbar einzigartigen, wohl nie wiederkehrenden Konjunktur. Die Geschichte der USA. beginnt bereits mit einem Expansionsgedanken, wie wir sahen: Man nannte den neuen Staatenbund noch nicht einmal „Vereinigte Staaten von *Nord*amerika", sondern beanspruchte gleich den Namen, der ja nun einmal zwei volle Kontinente umfaßt. Dies, obwohl von den insgesamt 42 900 000 qkm die USA. nur 7 839 081 qkm haben (zur Zeit ihrer Gründung noch nicht einmal diese!), also *nur 18%*. Lange vor Franklin D. Roosevelt, zu einer Zeit, als schon genau wie heute viele Hunderttausende von Quadratkilometer hochwertigen Landes ungenutzt dalagen, begann auch die nordamerikanische Union sich einen *Raubkalender* anzulegen. Herr Roosevelt bot am 13. April 1939 in einer zum Panamerikanischen Tage gehaltenen Rundfunkrede allen anderen amerikanischen Staaten „Garantien" nach englischem Muster an, auch gegen wirtschaftlichen Druck von außen, „damit kein amerikanischer Staat *auch nur einen Bruchteil* seiner souveränen Freiheit aus wirtschaftlichen Erwägungen aufzugeben braucht" (!!). Er bot ihnen damit also einen Schutz für ihre Freiheit an. Sehen wir ganz

kurz, ob und wie die USA. zu einem Angebot in so hochtrabenden Worten qualifiziert sind:

1846 überfielen die USA. *Mexiko* mit einem Kriege und raubten ihm sechs der heutigen Bundesstaaten.

1898 raubten sie den Spaniern *Kuba*.

1899 raubten sie das unabhängige Königreich *Hawaii*, dessen Herrscherin Liliukalani sie schon 1893 abgesetzt hatten.

1903 begannen sie mit dem rücksichtslosen Druck auf *Kolumbien*, um den Verkauf der späteren Panamakanalzone zu erpressen, verkündeten aus eigener Machtvollkommenheit ein „unabhängiges" Panama, verhinderten unter Ausnutzung ihrer Machtmittel die Landung kolumbianischer Truppen und zwangen schließlich Kolumbien zum Verkauf der Kanalzone.

1916 bereiteten sie *Nikaragua* dasselbe Schicksal, um sich — wiederum auf fremdem Hoheitsgebiet — die Möglichkeit eines zweiten Kanalbaues zu sichern.

Es folgten *Haiti*, die dänischen *Antillen* und *San Domingo*.

Ferner wurde nach dem Weltkriege *Honduras* in finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit gezwungen. Es wurde schnell zu einer Provinz des nordamerikanischen Bananentrusts, der United Fruit Company, hinabgedrückt. Die Revolution von 1924/25 benutzten die USA. zur offenen Einmischung, ließen die beiden wichtigsten Hafenstädte durch Marinetruppen besetzen und gaben sie nicht wieder her.

Bis 1925 haben die USA. von insgesamt *zehn* mittelamerikanischen Staaten *sechs in unlösbare Abhängigkeit gebracht*. Gar nicht zu reden von *Liberia* in Afrika und von den *Philippinen* im Stillen Ozean, nicht zu reden auch

von der Beteiligung am ersten Weltkriege, die eine ausschließlich imperialistische Angelegenheit Washingtoner Prägung war.

So also sieht die geschichtliche Qualifikation der USA. für die Erteilung von „Garantien" aus! In unseren Tagen wurde die Expansion in einem Stil vorwärtsgetrieben, im Vergleich zu dem die vorgenannten Eroberungen harmlos zu nennen waren. Es begann mit dem schrittweisen Vordringen im *Stillen Ozean* bis an die Grenze der Lebensinteressen Japans, wurde fortgesetzt mit der Erfindung der *„westlichen Hemisphäre"* durch Roosevelt, mit dem Griff nach dem britischen *Westindien,* ferner nach *Grönland,* nach *Island,* wo das englisch-amerikanische Kondominium nur ein Übergangsstadium zur Aneignung durch die USA. ist, überschritt die geographische Grenze selbst der sogenannten „westlichen Hemisphäre" ohne weiteres durch die Vorbereitung der Pläne für *Nordirland,* den Freistaat *Irland,* die *Azoren,* die *Kapverdischen Inseln, Madeira, Dakar, Freetown* und *Gambia,* verlangte und erhielt Stützpunkte in *Südamerika,* das seit Beginn des pazifischen Krieges unter immer schärferen Druck gesetzt wurde, und zwang gleichzeitig diesen Erdteil mit den Mitteln wirtschaftlicher Erpressung in immer engere Verbindung mit den USA. Ebenfalls gleichzeitig kam das England-Hilfegesetz, ein derber Trick, durch den Herr Roosevelt die britischen Interessen in der ganzen Welt für alle Zukunft nach Belieben wahrnehmen zu können beansprucht mit dem Dolus, daß es sich ohnehin um die späteren eigenen Interessen der USA. handelt.

Zu keiner Stunde der indirekten und direkten Kriegsbeteiligung der USA. galt das nordamerikanische Interesse den Vereinigten Königreichen Seiner Britischen Majestät

als solchen, sondern neben dem ungeheuren Außenbesitz Englands vor allem der Kaufkraft und Aufnahmefähigkeit des Empire für amerikanische Rohstoffe und Waren. Im Rahmen der Pläne Washingtons werden diese Märkte bzw. Besitzungen für die USA. um so nötiger, als die nordamerikanische Unfriedenspolitik immer schroffere Gegensätze zu Europa und dann auch zu Ostasien geschaffen hat. Automatisch bringt diese Politik auch eine *gleichmäßig steigende Schwächung Englands* mit sich, im Verein mit der von England selbst verschuldeten Zwangslage gegenüber den USA. Daraus ergibt sich wiederum, wie wir schon sahen, für die Dominien die Notwendigkeit, von der britischen Linie allmählich weiter ab- und näher an die amerikanische Linie heranzurücken, sie mögen wollen oder nicht.

☆

Im Sommer 1940 sind die USA. nach Meinung der regierenden Kreise so weit, daß man in Washington die Maske lüften, wenn auch noch nicht fallen lassen kann. Der Gedanke der Ausdehnungspolitik wird jetzt in die Presse lanciert und zur Kommentierung freigegeben. Man will die Meinung im eigenen Volk und in der Welt erproben. Man schmettert nicht gleich mit Pauken und Trompeten los. Man läßt beispielsweise erst einmal Francis Brown im Sonntagsmagazin der „New York Times" in einem Artikel mit der Überschrift „Amerikas Horizonte weiten sich" u. a. erklären: „Die Nation wendet sich ab vom starren Isolationismus, sie scheint in eine neue Ära der Expansion zu treten. Amerikas gefährlicher Weg führt von der Basengemeinschaft zur Partnerschaft mit England (Mister Brown und seine Auftraggeber ahnten

nicht, wie den USA. u. a. gerade diese Basengemeinschaft dann im Dezember bei Ausbruch des pazifischen Krieges verhängnisvoll werden sollte. D. Verf.) zur Verschmelzung der historischen Pax Britannica mit der Pax Americana. So wird den USA. eine Interessengemeinschaft über ein Gebiet zuwachsen, das von 700 Millionen Menschen bewohnt ist."

Hier haben wir *die Vorstufe zu dem „Amerikanischen Zeitalter"*, von dem Henry A. Luce, Roosevelts Chef für innere Agitation, in der Zeitschrift „Life" sprach, wie wir in einem früheren Kapitel sahen. Luce sprach von zwei Milliarden Menschen — Brown gibt den Start des „Amerikanischen Zeitalters", da sind es erst 700 Millionen.

Der Brownsche Vorbereitungsartikel ist noch aus anderen Gründen interessant und aufschlußreich. Er gebraucht zwar schon den Begriff Expansion, aber mit einem Hinweis, durch den man dem Volke schonend beibringt, wie schädlich der „starre Isolationismus" sei. In jener Zeit wird noch sorgsam das Dekor gewahrt: es ist von der Partnerschaft mit England so die Rede, als wenn die Rettung Englands jemals das Ziel der Rooseveltkreise gewesen wäre — freilich mit der Einschränkung, daß diese Sache auf eine Vereinigung der „Pax Britannica" mit der „Pax Americana" hinauslaufen wird, einer Pax Americana, die vorher kein Mensch gekannt hat und die jetzt ad hoc erfunden wurde.

Wie sagte doch gleich der amerikanische Gesandte in Shaws „Kaiser von Amerika" zum König von England: „. . . wir haben beschlossen, uns wieder mit dem Britischen Reich zu vereinigen . . . England wird nicht untergehen, es wird aufgehen in einem größeren und glänzenderen Unternehmen."

Herr Roosevelt und Genossen sind fest entschlossen, die von ihnen herbeigeführte Hausse rücksichtslos zu nutzen und das amerikanische Zeitalter im Wege der Expansion einzuleiten. Sehen wir uns einmal den sozusagen Januar des ersten Jahres besagten Zeitalters rund um die USA. etwas näher an. Erstes und wichtigstes Objekt der nordamerikanischen Ausdehnungspolitik ist England und das britische Empire.

1. England...

Es hat unglaubhaft lange gedauert, bis die Engländer eine Ahnung davon bekamen, daß der nordamerikanische Imperialismus Rooseveltscher Prägung die britischen *Heimatinseln* in seine Expansionspläne mit einbezog. Selbst dann, als Roosevelt schon nach Grönland und Island gegangen war und seine Hände nach den ostatlantischen Inseln sowie nach Stützpunkten an der Westküste Afrikas ausstreckte, nahm man das in London immer noch als Sicherungsmaßnahmen für die „westliche Hemisphäre" so, wie man die Kolonie amerikanischer Ingenieure, Techniker und Arbeiter in Nordirland bis weit in den Spätherbst 1941 hinein lediglich als Vorbereitung der direkten Kriegsbeteiligung der USA. und als nichts anderes ansah. Überdies verließ man sich in England auch in diesem Zeitpunkt noch immer auf die Abreden der atlantischen Zusammenkunft zwischen Roosevelt und Churchill — waren sie nicht Sinnbild einer Zusammenarbeit, wie man sie sich nicht intimer wünschen konnte?

Aber gerade diese Vereinbarungen auf der Präsidentenjacht „Potomac" hätten den Engländern endlich die Augen öffnen sollen. Denn dort hatte Herr Roosevelt, nachdem er in der widerlichen Gottesdienstkomödie den Beistand

des Himmels beschworen hatte, nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß *England überall in seinem Weltreich Stützpunkte an die USA. übergeben sollte, wann und wo diese es für nötig erachten würden.*

Es hieße einen Churchill unterschätzen, wollte man annehmen, daß er die Dehnbarkeit dieser Formel nicht erkannt hätte. Denn das britische Weltreich bestand ja nicht nur aus seinen Dominien, Kronkolonien und „Mandaten" — es gehört schließlich auch das britische Heimatland dazu. Aber gerade Churchill, der England in die Hörigkeit gegenüber den USA. gebracht hatte, sorgte dafür, daß diese Abmachung in England selbst zunächst nur in einer abgeschwächten Formulierung bekannt wurde.

Erst in der zweiten Hälfte des November 1941 begannen den Engländern einige Schuppen von den Augen zu fallen, als es längst zu spät war, und das kam so:

Seit dem Sommer waren die Amerikaner mit einem immer größer werdenden Apparat in *Nordirland* erschienen. Man hatte zuerst behauptet, sie hätten im Auftrage der amerikanischen Regierung die Aufgabe, für England Marine- und Flugstützpunkte zu bauen. Es wurde im Laufe des Herbstes eine stattliche Kolonie von mehreren tausend Mann daraus, die sich in eigenen Barackenlagern festsetzten und sogar auf Verlangen Washingtons eine eigene Polizei zugestanden bekamen. Im Spätherbst 1941 glaubte selbst in England niemand mehr die Zweckbehauptung von diesen Amerikanern auf britischem Boden. Jedermann wußte, daß sie dort in Nordirland Basen nicht für England, sondern *für die Vereinigten Staaten* bauten. Nach der endgültigen Zerfetzung des sogenannten Neutralitätsgesetzes durch Herrn Roosevelt, die er nur durch Bestechung und schärfsten Druck gegen eine

Reihe von Mitgliedern der Opposition zustande gebracht hatte, erfuhr man in London, daß die Amerikaner ihre bewaffneten Schiffe in Geleitzügen in die Kriegszonen, also auch nach England schicken wollten. Dementsprechend richtete man sich in England darauf ein, die nordamerikanischen Schiffe nach den gleichen Grundsätzen zu behandeln wie die Schiffe sonstiger Verbündeter.

Diese Londoner Illusion zerplatzte dann am 19. November. Reuter meldete direkt aus Washington, die amerikanische Regierung erwarte, daß ihr, d. h. ihren Flottenstreitkräften, *auf der englischen Insel selbst* ausreichende Stützpunkte zur Verfügung gestellt würden; ebenso brauche Washington Flugstützpunkte für diejenigen Marinemaschinen, die zusammen mit der Flotte die amerikanischen Geleitzüge nach England schützen würden.

In London gab es lange Gesichter. Man hatte sich darauf verlassen, daß Churchills Stellvertreter, Attlee, gelegentlich seines kurz vorher erfolgten Aufenthaltes in Washington diese ganze Frage mit Herrn Roosevelt im englischen Sinne ausgemacht hätte. Jetzt stellte sich heraus, daß Roosevelt-Shylock auf seinem Schein, also auf den Vereinbarungen von der „Potomac" bestanden hatte, die ihm das Recht gaben, im *ganzen* englischen Weltreich, also auch in *England* selbst, Stützpunkte nach Bedarf zu verlangen. Man kennt in England die Verwandtschaft von jenseits des Ozeans zu gut, um nicht zu wissen, daß sie wie die Engländer selbst keinesfalls mehr da hinausgeht, wo sie sich einmal festgesetzt hat. Zu der Londoner Dependance Washingtons in Gestalt der amerikanischen Botschaft und zudem der Mission Harriman, beide in Größe von Ministerien, kam also in absehbarer Zeit die Eröffnung amerikanischer Stützpunkte, zweifellos im Stil

der Niederlassung in Nordirland, also mit den Vorrechten einer selbständigen Kolonie.

Die Vorgänge sind die Anzeichen für den *ersten Einbruch der USA. in den englischen Heimatbereich.* Nachdem Churchill das Weltreich von den westindischen Inseln bis Singapore etappenweise in die Hände Roosevelts gespielt hatte, warf er auch die englischen Inseln in die Masse des britischen Ausverkaufs — es war die Zeit, da sich die militärische Unterlegenheit der Sowjets selbst dem ständig belogenen englischen Volke bemerkbar zu machen begann. Unter allen Umständen mußten die Amerikaner bei der Stange gehalten werden. Schlimmstenfalls mußte man es auf ein Kondominium ankommen lassen wie ein paar Jahre vorher auf einigen Inseln im mittleren und westlichen Pazifik, ein Verfahren, das dort bekanntlich mit der entschädigungslosen Ausquartierung, also Enteignung Englands geendet hatte.

...und Mittelmeer!

Zur gleichen Zeit erfuhren die Engländer beiläufig aus der „Daily Mail", daß die Marinestäbe beider angelsächsischen Mächte an dem Plan arbeiteten, die englische Flotte im Atlantik dadurch zu entlasten, daß in diesem Meere amerikanische Kriegsschiffe die englischen Patrouillen ablösen sollten. Die so frei werdenden englischen Einheiten sollten dann die Mittelmeerflotte verstärken. Soweit war die Sache den Engländern durchaus plausibel. Aber dann kam der amerikanische Pferdefuß: der Marinemitarbeiter des genannten Blattes verwies ziemlich unverblümt darauf, daß die Amerikaner eigentlich beabsichtigten, ihrerseits die englischen Stützpunkte im Mittelmeer

zu übernehmen, und daß diese Absicht in den englischen Blättern vorbereitenderweise *bereits angekündigt* werde.

Also Ausdehnung der „westlichen Hemisphäre" über Gibraltar und Malta bis nach Cypern, Haifa und Alexandrien — natürlich alles zur Verteidigung der beiden Amerika! In Washington tat man so, als habe man niemals etwas von dem Mare Nostrum der Italiener gehört. Bezeichnenderweise sah der Mann von der „Daily Mail" *keine Möglichkeit oder Veranlassung,* auch nur ein Wort der Ablehnung des amerikanischen Planes zu äußern. Daraus muß man wohl schließen, daß die Regierung Churchill zu den Absichten Washingtons hinsichtlich der englischen Stützpunkte kein rundes Nein gesagt hatte.

2. Britisches Empire

Wir haben auch hier schon mancherlei vorwegnehmen müssen und ergänzen nun. Der geographisch nächstliegende Teil des Empire, das riesige

Kanada ist heute schon über den Stand einer amerikanischen Wirtschaftsprovinz weit hinaus, den Herr Roosevelt mit seiner Reise von 1938 zunächst stabilisiert hatte. England hatte unter amerikanischem Druck selbst vorarbeiten müssen. In Vorbereitung des zweiten englischen Krieges gegen Deutschland hatte London die Schutzzölle, die man in den Wirtschaftsverträgen von Ottawa als Präferenzsystem der Dominien gegenüber dem „Mutterlande" zwecks engeren Zusammenschlusses und Ausschaltung der Konkurrenz der amerikanischen Industrie eingeführt hatte, Stück für Stück wieder beseitigen müssen, und der englisch-amerikanische Handelsvertrag von 1938 tat ein übriges. Zwei Jahre nach dem ersten Rooseveltbesuch — der zweite war ursprünglich

für den Mai 1941 geplant gewesen — sah sich Kanada durch ein regelrechtes *Militärbündnis* an die USA. gebunden, das aber beileibe nicht so genannt wurde.

Auch diese Stufe hatte man in Washington in aller Ruhe vorbereitet, nachdem die Schwächen Englands seit dem abessinischen Kriege offenbar geworden waren. Im Oktober 1938 war im „American Mercury" ein großer Artikel mit dem fanfarenartigen Titel „*Anschluß* with Canada?" erschienen. Da wurde klipp und klar auseinandergesetzt: Vom Januar 1931 bis Dezember 1936 gingen von insgesamt 97 899 amerikanischen Auswanderern 53 462 aus den USA. und nur 19 875 aus England nach Kanada. Im gleichen Zeitraum wanderten 67 589 Kanadier nach den USA. ein. In den Jahren 1931—37 bezog Kanada 55—60% seiner Einfuhr aus den Vereinigten Staaten, aber nur 16—24% aus England. In Kanada sind insgesamt 18 Milliarden Dollar investiert; davon sind 4 Milliarden oder 22% amerikanisches Eigentum. Im gleichen Zeitraum gab Kanada allein für amerikanische Zeitschriften etwas über 32 Millionen Dollar aus, aber nur 1½ Millionen für englische. Aus alledem geht also, fuhr der Artikel fort, klar hervor, daß Kanada eben längst ein Teil der USA. geworden ist.

Folgt die simple Nutzanwendung: man kann die Frage des „Anschlusses" lösen entweder durch Beseitigung des Dominienstatus oder gelegentlich einer kriegerischen Auseinandersetzung, in die England früher oder später geraten könnte, oder beim Angriff einer dritten Macht auf Kanada. Im letzteren Falle müßten die USA. auf Grund des Rooseveltschen Versprechens in der Rede von Kingstown im August 1938 Kanada verteidigen, und daraus würde sich der Anschluß Kanadas ganz von selbst ergeben.

Herr Roosevelt hatte in jener Rede die Monroe-Doktrin, die er damals noch brauchte, mit väterlicher Geste auf Kanada ausgedehnt. In England hatte niemand etwas dagegen einzuwenden gehabt, im Gegenteil, der „Daily Herald“ hatte die Rede gar „ein Stück *englischer* Geschichte“ genannt. Konnte man mehr verlangen? Es stimmte ja auch, das mit dem Stück englischer Geschichte, nur ganz anders herum, als es sich die braven Spießer in den Redaktionsstuben des englischen Labourblattes dachten.

Im April 1941 kam es dann zu einer der häufigen Reisen des kanadischen Ministerpräsidenten Mackenzie King nach Washington, die diesmal das Schicksal Kanadas als Beuteobjekt der amerikanischen Expansion besiegeln sollte. Sie erfolgte zu einer Zeit, als der Regierungschef Kanadas dringend von Churchill in London erwartet wurde; die wiederholte Aufforderung lehnte er schließlich kurz ab. In der zweiten Hälfte des April erreichte Herr Roosevelt dann die Unterzeichnung eines Planes der *„wirtschaftlichen Angleichung“*, der die natürlichen und technischen Hilfsquellen beider Länder für die gemeinsamen Rüstungsanstrengungen mobilisieren und die aus der kanadischen Zahlungsbilanz entstandenen Schwierigkeiten beseitigen soll. Reuter selbst meldete, daß Kanadas Dollarreserven in Zukunft für Rüstungsankäufe nicht mehr in Anspruch genommen werden sollten. Die „New York Times“ feierte die Rooseveltsche Bauernfängerei mit einem Leitartikel und nannte auf Grund ihrer direkten Informationen aus Washington das Abkommen „einen Schritt in Richtung auf die Gleichschaltung der nationalen Verteidigung im Rahmen der *kontinental-amerikanischen* Politik“. Deutlicher brauchte man die Einbeziehung des britischen Dominions in die machtpolitischen Spekulationen

der USA. gar nicht auszudrücken, Spekulationen, denen die Aussicht auf den früheren oder späteren Zusammenbruch Englands und seines Weltreiches zugrunde lag. Im einzelnen stellte Kanada nun der amerikanischen Kriegsindustrie Nickel, Aluminium, Kupfer, Blei, Chrom, Zink und überhaupt alle benötigten Rohstoffe zur Verfügung und lieferte dazu eine Reihe von Munitionsarten und Schiffen — lauter Dinge, die im „Mutterlande" gebraucht wurden wie das liebe Brot.

Das Geschäft wurde mit etwa 300 Millionen Dollar — vorläufig — limitiert.

England war bei der ganzen Angelegenheit der *zahlende und verlierende Teil.* Denn einmal lieferte Kanada nun die in England so dringend benötigten Rohstoffe nicht an das „Mutterland", sondern — bestenfalls — an die USA., die damit ein weiteres großes Zwischengeschäft in Kriegslieferungen machten. Zweitens mußte England widerspruchslos zusehen, daß Kanada zur Steigerung seiner Einkäufe in den USA. verpflichtet wurde, was nur durch eine noch größere Einschränkung seines Handels mit England möglich ist. In Washington nannte man das Ganze die „Koordination der Rüstungsproduktion im Interesse der gemeinsamen Verteidigung". Die gemeinsame kanadisch-amerikanische Erklärung enthielt sogar eine kleine Anspielung darauf, daß die „Koordination" in erster Linie *nicht im Interesse Englands,* sondern der USA. erfolge. Das ist insofern wesentlich, als daraus hervorgeht, daß Herr Roosevelt im Frühjahr 1941 eine *Rettung* Englands im Wege amerikanischer und kanadischer Rüstungslieferungen *endgültig aufgegeben* hat. Er sieht keinen Grund mehr, die wertvollen kanadischen Rohstoffe, die Munitionsarten und Schiffe uneingeschränkt

den Engländern zu lassen, da sie ja dabei doch nur ins Danaidenfaß des Atlantik versinken oder drüben auf den britischen Inseln wirkungslos verplempert werden — ein weiterer Beweis für die absolute Unzuverlässigkeit Herrn Roosevelts und seine Hörigkeit gegenüber dem geschäftstüchtigen Einfluß seiner jüdischen Umgebung.

„Anschluß with Canada?“ Jetzt war er wirtschaftlich wie militärisch vollzogen, nachdem schon ein Jahr vorher in einem besonderen Verteidigungsabkommen die Nichtverteidigung der kanadischen Grenze gegenüber den USA. festgelegt worden war.

Aus England aber, dem das größte und an Bodenschätzen reichste seiner Dominien auf kaltem Wege enteignet wurde, schallte unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrages durch Mackenzie King die Stimme des „News Chronicle“ über den großen Teich: *„Die Grenzen zwischen Kanada und den USA. sind nunmehr endgültig ausgelöscht“* — dies im Tone tiefster Befriedigung, so als wenn jetzt die Gemeinsamkeit der Rüstungsanstrengungen Kanadas und der USA. zugunsten Englands erkauft wären! Das offizielle England tat faute de mieux so, als fände es alles wunderschön, ja, das Dominienoffice setzte am Tage nach der Unterzeichnung des kanadisch-amerikanischen Vertrages sogar das „Gerücht“ in die Welt, Kanada werde die USA. wahrscheinlich um Ersatz derjenigen Truppen bitten, die das Dominion nach Europa geschickt habe, und war vermutlich noch stolz auf diese Albernheit, die von der Ohnmacht Englands gegenüber dem Abgleiten des Dominions in die nordamerikanische Abhängigkeit ablenken sollte.

Auch in London mußte man wissen, daß selbst dieser wirklich weitgreifende Vertrag wieder nur ein Vorspiel zu

dem späteren endgültigen Anschluß Kanadas an die USA. war. Denn nicht dem Kanada, wie es heute ist, gilt das gierige Interesse des Polypen der nordamerikanischen Hochfinanz, zumal dessen riesige Weizenproduktion ständig auf die amerikanischen Farmer drückt, ähnlich also wie die Hauptprodukte Südamerikas in den USA. als störend empfunden werden, weil man sie selbst in Hülle und Fülle hat. Aber so wie man in Washington mit der schon fast terroristischen Durchdringung des südlichen Kontinents auf dem besten Wege ist, die spätere völlige Umstellung der südamerikanischen Landwirtschaftsproduktion auf die nordamerikanischen Bedürfnisse vorzubereiten, so spekuliert man hinsichtlich Kanadas in anderer Weise auf die Zukunft: Kanada, das Land der riesigen leeren Räume, hat höchstens 11,5 Millionen Einwohner — was liegt näher, als daß einmal, wenn eine englische Regierung die Inseln des „Mutterlandes" aufgeben muß, wenn also England von England selbst verraten wird, *Millionen von Engländern nach Kanada* gehen werden! Die Spekulationen Washingtons bewegen sich um mindestens 10—20 Millionen Menschen, die als höchst erwünschter Zuwachs erwartet werden. Erst dann gedenkt man in Washington in das große kanadische Geschäft zu steigen, denn eine Vermehrung der kanadischen Bevölkerung um das Doppelte oder gar Dreifache muß den Umsatzwert dieses Landes für Industrie und Handel der USA. im gleichen Verhältnis hinaufschnellen lassen.

Von dem Ausbau des St.-Lorenz-Stroms, einem der Lieblingsprojekte Herrn Roosevelts, sprachen wir schon. Zeitlich näher noch liegt die Möglichkeit einer Aufrüstung Kanadas im Wege großer Dollaranleihen. Es wäre für die USA. das Mittel, den militärischen Vertrag in einem

entscheidenden Punkte zu ergänzen, entscheidend deshalb, weil dann die kanadische Wehrhoheit unter amerikanische Kontrolle käme. Es ist nicht mehr weit bis zu diesem Punkt.

Dafür sorgt schon der amerikanisch-kanadische „Verteidigungsausschuß" — er heißt wirklich so —, zu dessen Aufgaben ja die Angleichung der beiderseitigen Wehrmächte gehört. Er gibt sich mit Kleinigkeiten nicht ab. So mußte der Hohe Kommissar, also der oberste englische Aufsichtsbeamte, am 15. März mitteilen, daß dieser Ausschuß die Errichtung von Flughäfen in Grande Prairie, Fort St. John, Fort Nelson, Watson Lake, White Horse, Prince George und Smithers beschlossen habe. Seine Lordschaft der Hohe Kommissar, Vertreter des Königs von England, hat dergleichen Dinge heute nur noch zur Kenntnis zu nehmen, und damit basta. —

Australien, das zweitgrößte Dominium, setzte wie Kanada vor dem Vertrag mit den USA. auf *beide* Pferde, glitt aber infolge der Unfähigkeit Englands, die Verbindung zu Australien im friedensmäßigen Umfange aufrechtzuerhalten, mehr und mehr in ein engeres Verhältnis zu Washington. Nach dem Abschluß des Berliner Dreimächtepaktes versuchte es vorübergehend, seine Außenpolitik aus dem britischen Rahmen zu lösen und selbständiger zu gestalten. Die wirtschaftliche Annäherung an Japan lag nahe. Um die Jahreswende 1940/41 kam denn auch eine Vereinbarung über die Errichtung diplomatischer Vertretungen beider Staaten beieinander zustande. Das war immerhin ein bemerkenswerter Fortschritt insofern, als es ja einige Jahre vorher einen regelrechten Handelskrieg zwischen den beiden Mächten gegeben hatte, in dessen Verlauf Australien u. a. die Erzausfuhr nach Japan

sperrte. Australien hatte den Handelskrieg schließlich einstellen müssen, weil es angesichts seiner ewigen Finanzkalamitäten seinen Absatzmarkt für seinen Weizen und vor allem für seine Wolle wiedergewinnen mußte.

Der von England heraufbeschworene Krieg machte der Annäherung an Japan bald ein Ende. Australien sah trotz aller furchtbaren blutigen und finanziellen Verluste im Dienste Englands während des Weltkrieges seine Aufgabe darin, von neuem die Blüte seiner Jugend der britischen Plutokratie zur Verfügung zu stellen, obwohl diesmal irgendwelche ähnlichen Gewinne wie die Steigerung seiner Verselbständigung in Gestalt des Domnienstatus nicht zu erwarten sind. Australien mußte bald einsehen, daß dieser zweite Krieg Englands gegen Deutschland völlig andere Voraussetzungen hatte als der Weltkrieg. Deutschland war nicht nur auf allen Weltmeeren durch seine Handelsstörer vertreten, die den Stillen Ozean so beunruhigten wie den Atlantik, sondern der Krieg machte auch das Mittelmeer, die wichtigste Verbindung Englands zu seinen östlichen Empireteilen, mit dem Eintritt Italiens in den Krieg und erst recht mit dem Auftreten deutscher Streitkräfte im Raum des Mittelmeeres schnell zu einem Weg mit allzu hohem Risiko. Ohne einen ständig freien Handels- und Flottenverkehr zwischen England und seinen östlichen Besitzungen gibt es eben kein ausgeglichenes Verhältnis zwischen „Mutterland" und Dominien. Der Versuch, gelegentlich einer *Empire-Teilkonferenz*, wie sie im Spätsommer 1940 nach Delhi einberufen wurde, die Rüstungsversorgung der östlichen Besitzungen zugunsten Englands mehr auf eigene Füße zu stellen, scheiterte; die Konferenz endete mit Beschlüssen, die praktisch ergebnislos blieben. Dazu kam dann noch nach dem Feld-

zug gegen Jugoslawien und Griechenland die Abdrängung Englands in das östlichste Mittelmeerdreieck, schließlich gar die direkten Angriffe auf den Suezkanal. Australien sah sich gezwungen, der neuen Lage Rechnung zu tragen — wie überall in englischen Empireteilen blühte damit gleichzeitig der Weizen der USA., die schon vorher die britischen Schiffahrtslinien übernommen hatten.

Politisch hat sich Australien durch die schon erwähnte Errichtung einer besonderen Gesandtschaft in Washington sowie durch den Abschluß des sogenannten Schiedsvertrages die Verbindungen zu einem engeren Verhältnis zu den USA. geschaffen. Sowenig wie im Falle Kanada vermochte England hier etwas gegen das *allmähliche* Abgleiten in den amerikanischen Kurs zu tun. Die Übernahme der pazifischen Schiffslinien Englands durch die USA. im Kriege tat ein übriges. Dabei kann man nicht verkennen, daß Australien noch nicht einmal im Mittelpunkt der nordamerikanischen Empireinteressen, sondern mehr am Rande liegt. Splittert einmal das Empire, dann kann Australien nicht unberührt bleiben. Bliebe die Möglichkeit, daß eine englische Regierung einmal nach der Aufgabe der britischen Heimatinseln außer Landes gehen müßte. Es ist nicht gut vorstellbar, daß man in Washington nach so vielen und weitgehenden Vorbereitungen der Übernahme der englischen Weltherrschaft die politische Spitze eines Rumpfempires gerade in Kanada, dem nächstgelegenen Dominion, gern sehen würde, das man politisch, wirtschaftlich, militärisch und kulturell schon so eng an die USA. gebunden hat, daß das deutsche Wort „Anschluß" dafür in den politischen Kreisen der USA. längst gang und gäbe ist, wie wir sahen. Der Name „Vereinigte Staaten von *Amerika*" hat seine imperialistische Bedeutung

im Sinne der restlosen Erfassung des ganzen Doppelkontinents ja gerade unter Roosevelt bekommen. Könnte man es also erreichen, den Engländern begreiflich zu machen, daß sie als Macht in Kanada unerwünscht sind — und man ist ja schließlich in der Lage, ihnen das klarzumachen —, dann könnte man sie nach dem Bereich des Indischen Ozeans bzw. des südwestlichen Stillen Ozeans dirigieren, wo ja der Hauptteil ihres Empire liegt, soweit es nach diesem Kriege noch als solches existiert. In diesem Falle bestände die Möglichkeit, daß irgendein Verbandsverhältnis zwischen Australien und den Engländern bestehen bleibt. Es liegt kein Grund vor anzunehmen, daß man in Washington etwas dagegen haben würde. —

Sonstige britische Gebiete: Bleiben wir gleich im Raum des Pazifik. Anfang 1941 hatte der amerikanische Admiral Stirling in Washington den Vorschlag gemacht, daß die beiden angelsächsischen Mächte *Singapore „gemeinsam benutzen"* sollten. Der Vorschlag zu dem genannten Zeitpunkt konnte schon lange nicht mehr überraschend für England kommen; dazu war es schon viel zu stark auf die USA. angewiesen. Aber London selbst hatte überdies bereits 1938 mit der Möglichkeit gerechnet, daß einmal der Tag kommen würde, an dem es die Amerikaner mit ihrer ostasiatischen Expansionsmanie von Singapore nicht mehr würde fernhalten können. Man war sich 1938 über das spätere Verhältnis zueinander allem Anschein nach im klaren, jedenfalls in den USA. Anders ist folgender kleiner höchst bezeichnender Diskurs über den Atlantik hinweg nicht zu erklären. Als der parlamentarische Sekretär der Regierung Chamberlain vor dem aufhorchenden Unterhause die immerhin verblüffende Bemerkung machte, England sei „notfalls" bereit, Singapore

an die USA. zu verpachten, gab nach Bekanntwerden dieser Äußerung ein namhafter Politiker in Washington die bezeichnende Antwort: „Verpachten? *Sie werden noch einmal froh sein,* wenn wir überhaupt dorthin kommen werden!" Das hing natürlich aufs engste mit den sehr eindeutigen Bedarfsinteressen der USA. in Südostasien zusammen, die Staatssekretär Hull einmal vor zwei Jahren so skizzierte: „Der südliche Teil Ostasiens produziert einen großen Teil des Weltertrages an Gummi, Zinn und Kopra. Viele Staaten, darunter die USA., sind auf diese Produkte angewiesen."

Schließlich hatte nun einmal derjenige, der in Singapore saß, die *Herrschaft über Niederländisch-Indien und mindestens die Malaiische Halbinsel.* Ihre Erzeugung an Gummi und Zinn spielte in den Rüstungsplänen der USA. eine geradezu ausschlaggebende Rolle. Das ging noch viel weiter. Denn von mehr als zwanzig kriegswichtigen Rohstoffen, die in den Vereinigten Staaten in ausreichender Menge nicht produziert werden können, stammte ein volles Dutzend aus Ostasien. Niederländisch-Indien, die malaiischen Gebiete und Japan gehörten zu den Ländern mit dem größten Export nach den USA. (der entscheidende Grund dafür, daß Washington im Sommer 1941 eine radikale Aus- und Einfuhrsperre gegen Japan verhängte und sie doch mit beträchtlichen Lücken ausstattete).

Am 20. März 1941 trafen dann im Zuge der von Washington betriebenen Entwicklung überall, *in Singapore, Port Darwin, Sidney und Auckland,* also in lauter britischen Kriegshäfen, *hohe amerikanische Marineoffiziere* ein. Sie verstärkten die Stäbe an Marinesachverständigen, die schon vorher dort gearbeitet hatten. Und auf der Pazifikkonferenz, die Mitte Mai 1941 in Manila stattfand,

brachten die USA. dann ein regelrechtes Militärbündnis mit England, Australien, Niederländisch-Indien und der Tschungkingregierung auf die Beine. Vorangegangen war im gleichen Monat der Versuch Washingtons, erstens die Militärkonferenz zwischen dem amerikanischen Flottenbefehlshaber in den ostasiatischen Gewässern, Admiral Hart, dem amerikanischen Oberkommissar Sayre, dem Vertreter der Bataviaregierung, Kleffens, und dem Kommandanten von Singapore zustande zu bringen, die die vorgeschrittene Schwäche Englands dort erneut zum Ausgangspunkt weiterer Abmachungen nehmen konnte. Der Versuch führte jedenfalls im November zu neuen Verhandlungen zwischen Washington und London mit dem Ziel, den gesamten Bereich Singapore unter „gemeinsamen" Oberbefehl für den Fall kriegerischer Komplikationen mit Japan zu stellen. Daß „gemeinsam" nur verstärkten amerikanischen Einfluß bedeuten konnte, verstand sich angesichts der rapiden Entwicklung der britischen Abhängigkeit von den USA. im Jahre 1941 von selbst. Zweitens war ebenfalls noch im Mai vorangegangen der Versuch Washingtons, Japan zum Verzicht auf die Fortführung seiner Bestrebungen im südlichen Stillen Ozean zu bewegen. Man hatte in Tokio begreiflicherweise volles Verständnis für die Notwendigkeit der Ablehnung dieser Forderung. Im übrigen schafften die japanischen Siege in dem Raum von Singapore bis Neuguinea das ganze Bündel dieser Probleme zugunsten Japans kurzerhand aus der Welt.

Das immer enger werdende Verhältnis zwischen den USA. und dem britischen Dominion Südafrika, dessen Regierung sich durch den Mund eines amtierenden Ministers die Vereinigten Staaten ganz offen als verstärkende

Macht in *Afrika* wünschten, die Entsendung von Marineoffizieren nach Kapstadt und die Bestrebungen Washingtons in der Richtung auf Freetown und Dakar hatten die Expansionspläne der USA. in dem bis dahin vorwiegend von England beherrschten schwarzen Erdteil deutlich genug gemacht. Es war nichts anderes als der konzentrierte Ausdruck dieser Pläne, wenn im Frühjahr 1941 die amerikanische Regierung die Zeit für gekommen hielt, eine „Friedensplankommission“ einzusetzen. Zunächst ging daraus wieder einmal die klare Absicht der Rooseveltkreise hervor, sich auf jeden Fall jede nur erdenkliche Einmischungsmöglichkeit für die Liquidierung des zweiten englischen Krieges zu sichern, also vielleicht gar den Vorsitz auf einer Friedenskonferenz demokratischen Stiles anzustreben. Bis dahin sollte die Kommission die Interessen Englands und der USA. möglichst eng ineinander verkoppeln, also das Schicksal Englands von dem unbedingten Zusammengehen mit den USA. abhängig gestalten und nach außen hin den Anschein fördern, als wollte man in Washington Englands militärische, außenpolitische und finanzielle Lasten brüderlich teilen.

3. Ostatlantische Gebiete

Auch die Pläne Washingtons hinsichtlich der *Azoren*, der *Kapverdischen Inseln* und *Madeiras* dienen im Grunde nur seinen Expansionsbestrebungen. Diese Inselgruppe ist in den Plänen der USA. dazu ausersehen, nach ihrer Besetzung die *Seewege Europas zu den westafrikanischen Kolonialgebieten zu sperren.* Man hat das in der amerikanischen Weise Schritt für Schritt vorbereitet, indem man im Sommer 1941 begann, in zahlreichen westafrikanischen Häfen amerikanische Konsuln einzusetzen, für die es dort

vorher merkwürdigerweise keinen Bedarf gegeben hatte. Man schuf Fluglinien von den USA. dorthin, für die auch erst jetzt ein dringendes Bedürfnis in Washington empfunden wurde, und bald folgte die Verstärkung der amerikanischen Schiffahrtslinien nach Westafrika unter dem Vorwand, man wünsche die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Kontinenten zu steigern. Der Vorwand ist schon aus dem einfachen Grunde fadenscheinig, weil die USA. fast alle afrikanischen Ausfuhrgüter ebensogut aus den beiden Amerika haben können. Aber auch in diesem Punkt kamen die durch die Kriegspolitik Englands geschaffenen Verhältnisse der amerikanischen Expansion entgegen. Die Exportmöglichkeiten Afrikas einschließlich der Südafrikanischen Union waren so stark abgesunken, daß man in London die Wichtigkeit der Azoren für die Engländer bei den Verhandlungen glatt abstritt. Man hatte nicht damit gerechnet, daß kurz darauf die amerikanische Zeitschrift „United Service Review" völlig unbeeindruckt von dem Leugnen Londons auseinandersetzte, daß die portugiesischen Häfen ganz allgemein für die britische Flotte in dem Augenblick eine schlechthin entscheidende Bedeutung bekommen würden, in dem Gibraltar aufgehört haben würde, als Sperrschloß für das Mittelmeer zu wirken. Dann fuhr die Zeitschrift wörtlich fort:

„Die Azoren *können wir* (!) *wirklich sehr gut gebrauchen.* Als Stützpunkte für Überwasser- und Unterwasserseestreitkräfte kontrollieren die Inseln in ihrem Bereich sehr weite Strecken auf See. Ihr militärischer Wert würde sich noch ganz erheblich durch die Stationierung von Flugzeuggeschwadern steigern lassen, wenn nämlich die Azoren uns gehörten oder uns uneingeschränkt zur Verfügung ständen."

Und im März 1941 holte Walter Lipmann in der „New York Herald" wieder einmal das stets bereit gehaltene Gespenst einer deutschen Invasion auf den Azoren aus der Schublade, um daran die Forderung einer sofortigen Entsendung eines amerikanischen Geschwaders und die Besetzung der wichtigsten Punkte auf den Atlantikinseln Portugals zu knüpfen. Dies beiläufig zur gleichen Zeit, als man in Lissabon Anlaß zu der ernsten Sorge hatte, England habe einen Gewaltstreich gegen die Azoren vor.

Die heutige Manier Washingtons, die Einbeziehung fremder Hoheitsgebiete in die eigenen Eroberungspläne zu veranschlagen, gleicht den Anschlägen der großen Seeräuberzeit gegen friedliche Kauffahrteischiffe aufs Haar. Diese Gleichheit wurde zum Überfluß noch von der amerikanischen Regierung *amtlich bestätigt.* Als Portugal seine Verteidigungsstreitkräfte auf den Inseln infolge der amerikanischen Drohungen verstärken mußte, unternahm der portugiesische Gesandte in Washington eine Demarche mit dem Ersuchen um Aufklärung. Herr Hull wurde vorgeschickt, um jegliche Absicht der USA. auf die Inseln zu leugnen. Portugal nahm ihn sofort beim Wort und ersuchte um eine offiziell bindende Garantie Washingtons, daß es niemals einen Anschlag gegen die Azoren unternehmen würde. Auf ein derartiges staatsrechtlich bindendes Versprechen Washingtons *wartet Portugal heute noch!*

Im Bereich der Afrikapläne der USA. tragen wir noch die USA.-Ansichten hinsichtlich der britischen Kolonie Gambia mit dem Hafen *Freetown* nach. Ihr ist eine besondere Funktion für die Kontrolle des Südatlantik zugedacht insofern, als die USA. gegenüber in *Pernambuco* eine gleichwertige Flottenbasis errichten wollen. Von

beiden Punkten aus gedenkt man dann den Südatlantik leicht abpatrouillieren zu können. Gambia rundet die von den USA. auf fremdem Gebiet beabsichtigten Stützpunkte auf *ein halbes Hundert* ab, wenn man England, Schottland, Irland, Nordirland, Kanada und andere britische Gebiete oder Interessensphären einbezieht. Der Ausdruck „ein halbes Hundert" ist von Herrn Roosevelt selbst in seiner Antwort auf die besorgte Anfrage eines Senators gefallen. Im Sommer 1941 kristallisierte sich dann ziemlich schnell ein noch weitergehender Plan Herrn Roosevelts heraus. Er bildete sich gleichzeitig mit seiner Konzeption der Schiffsbrücke über den Nordatlantik und hatte eine *Luftbrücke zwischen Südamerika und Afrika* zum vorläufigen Ziel. Nach außen hin mußte wieder einmal die Behauptung als Grund herhalten, man müsse England mit allen Mitteln zu Hilfe kommen, diesmal auf dem Wege amerikanischer Lieferungen für die englische Front im Nahen Orient. Die Anlage begann damit, daß man von Brasilien nicht weniger als 11 Flugplätze pachtete (noch vor wenigen Jahren hätte Brasilien ein solches Ansinnen als eine empörende Zumutung zurückgewiesen!). Hüben, auf dem afrikanischen Ufer, sind als Lufthäfen vorgesehen

1. das britische *Freetown* in der Sierra Leone,
2. das britische *Bathurst* in der Kolonie Gambia,
3. *Monrovia*, die Hauptstadt des Negerstaates Liberia, und
4. *Lagos*, die Hauptstadt der britischen Kolonie Nigeria.

Der von Roosevelt stelbst angekündigte Flugdienst soll nach Angabe der amerikanischen Zeitschrift „News Week" von New York, Baltimore und San Juan in Portorico nach Trinidad und Natal in Brasilien und von dort nach

Monrovia und Bathurst gehen. Weitere Flugstrecken sind vorgesehen über Lagos in Nigeria nach Chartum im Sudan (!) und eine weitere nach Leopoldville im Kongo mit dem Endpunkt Kapstadt. Die Flugstrecke über den Ozean usw. wird mit 9000 km angegeben. Noch im September 1941 gingen nach amerikanischen Angaben von je 5 Flugzeugen 1 verloren, das war also ein Ausfall von 20%. Und das benutzte Herr Roosevelt dazu, um durch die amerikanische Presse die Ansprüche auf die portugiesischen Inseln erneuern zu lassen.

Das Ganze hat mit der Hilfe für England nur in zweiter Linie zu tun wie alles, was Washington im Zusammenhange mit diesem Kriege unternimmt. In erster Linie kommt es den USA. darauf an, auf dem Schwarzen Kontinent im Hinblick auf die spätere Weltherrschaft Fuß zu fassen. Nach Bathurst und Freetown, die man, da englischer Besitz, ohnehin als sichere Beute betrachtete, gingen schon Ende August amerikanische Ingenieure und Arbeiter für die Anlage von Flugstützpunkten ab. Was Liberia betrifft, so hat man sich in Washington um diesen Negerstaat bis dahin nur insofern gekümmert, als man dafür sorgte, daß dort riesige Gummiplantagen durch Amerikaner angelegt wurden, deren Ausnutzung zugleich ein Mittel war, um den kleinen Staat in hoffnungslose amerikanische Verschuldung zu bringen und ihn dadurch vom Schutzstaat allmählich zu einer Kolonie hinabzudrücken.

Gehen wir bei der Verfolgung der amerikanischen Expansionspläne auf Kosten Englands jetzt nach dem Westen und nehmen wir den Weg über Grönland.

4. Grönland

Als Herr Roosevelt begriffen hatte, daß Deutschland dem englischen Einfall in Norwegen im Frühjahr 1940 durch

seine blitzschnelle Aktion unwiderruflich zuvorgekommen war, machte er den Versuch einer demonstrativen Gegenaktion, indem er erklärte, die USA. sähen Grönland als Teil der „westlichen Hemisphäre" an, zu der es noch nicht einmal geographisch gehört. Von Stund an haben amerikanische Zerstörer und Wachtschiffe das zweifelhafte Vergnügen, an der Küste des dänischen Grönland zu patrouillieren. Wie in westafrikanischen Häfen hatten die USA. jetzt ein dringendes Bedürfnis nach der Errichtung von Konsulaten auf Grönland, so in Godthab, und — Wunder über Wunder — das amerikanische Rote Kreuz fand plötzlich, daß es sich auf jeden Fall per sofort um die insgesamt 15 000 Einwohner der Eisinsel kümmern müsse. Gleichzeitig wurden Pläne ausgearbeitet, um amerikanische Bomber über Neufundland, Grönland,. Island und die Färöer nach England zu fliegen. Ob man dabei in Rechnung gestellt hatte, daß für die Errichtung der notwendigen Flugplätze auf Grönland jährlich bestenfalls *drei Monate* verfügbar sind, ist nicht bekannt. Über die Proteste Dänemarks setzte man sich mit dem unbekümmerten Standardlächeln Amerikas hinweg und nahm die ständigen Bedürfnisse an Lebensmitteln auf Grönland gern zum Anlaß, um einen Vertreter der Insel nach Washington kommen zu lassen und ihn binnen 48 Stunden einzuwickeln.

Am 10. April 1941 erfuhr Dänemark plötzlich, daß es auf Grönland nie wieder etwas zu sagen haben würde. Nachdem schon längere Zeit vorher die Absicht eines amerikanischen Anschlages gegen das riesige Gebiet bekanntgeworden war, wurde an diesem Tage von Washington aus kurzerhand mitgeteilt, daß die USA. Grönland „zur Sicherung gegen einen Angriff unter amerikanischen

Schutz gestellt" hatten. Es war ein glatter Raub, mitten im Frieden zwischen den nichtkriegführenden USA. und dem nichtkriegführenden Dänemark. Nach gut angelsächsischer Manier bekam er zwei Mäntelchen umgehängt: erstens tätigte Washington das amtliche Gangsterstück im Wege eines „Abkommens" mit dem dänischen Gesandten Kauffmann, der von seiner Regierung in keiner Weise zu einem derartigen Akt autorisiert war, und zweitens wurde die Souveränität Dänemarks in dem Schriftstück ausdrücklich anerkannt. Selbstverständlich blieb der dänische Protest völlig wirkungslos.

Grönland ist nur eins von vielen Mitteln für die USA., um ihr „Verteidigungssystem" (sic!) möglichst weit nach Osten gegen den europäischen Bereich vorzuschieben. Man sprach darüber ganz offen in der amerikanischen Presse, indem man versicherte, die Besetzung Grönlands sei *nur ein Schritt in der Ausführung eines weit gesteckten Programms,* die westliche Hemisphäre durch einen ganzen Ring vorgeschobener Stützpunkte gegen die „Diktatoren" zu schützen, und der nächste Schritt sei eine entsprechende Aktion gegen die Azoren, deren Einbeziehung in die amerikanische „Verteidigung" dann der Senator Pepper forderte. —

5. Island

Mit der widerrechtlichen Besetzung des gleichfalls dänischen Island griff Herr Roosevelt direkt in den europäischen Bereich der westlichen Hemisphäre ein. Am 8. Juli 1941 landeten dort amerikanische Marinetruppen, nachdem die Insel schon einige Zeit vorher durch die Engländer besetzt worden war. Einen Tag danach erläuterte Mister Willkie die Sache dahin: wenn man die Sache mit

Island in Ordnung bringen, d. h. beenden wolle, dann müsse man auch gleich Nordirland, Irland und Schottland besetzen, und einen weiteren Tag später nannte die „Washington Post“ die amerikanische Expedition nach Island einen absoluten Bruch des Rooseveltschen Versprechens, amerikanische Streitkräfte nicht auf fremdem Boden einzusetzen. Eine Woche nach der Besetzung erhielt der Kongreß durch eine Botschaft des Präsidenten die Mitteilung über eine Angelegenheit, in der er wieder einmal überhaupt nicht gehört, geschweige denn gefragt worden war.

Da nach wie vor die Truppen beider angelsächsischen Mächte auf der Insel blieben, deren Bewohner ihnen eine herzliche Abneigung entgegenbringen, so könnte man die Sache ungeklärt nennen, wenn nicht die USA. ein absolutes Übergewicht hätten wie überall, wo England der Partner ist. Island ist nach allen amerikanischen Maßnahmen ein für allemal ein amerikanischer Stützpunkt, der seit dem Eintreffen der Truppen aus den USA. in laufenden Schiffstransporten schleunigst mit kriegsmäßig aufgemachten und entsprechend ausgerüsteten Flug- und Marinebasen ausgestattet wurde. Island ist der nördlichste Punkt der Stützpunktreihe, die sich die USA. auf der Strecke über Irland, die Azoren, die Kapverdischen Inseln, Dakar und Freetown bis hinunter nach der Südafrikanischen Union ausgewählt hat. Das England Baldwins sah seine Grenze am Rhein, das Amerika Roosevelts sieht seine Ostgrenze an der Westgrenze Europas. Selbstverständlich hat das alles nichts mit Imperialismus zu tun, sondern ausschließlich mit der Notwehr gegenüber der deutschen Welteroberung.

6. Mittel- und Südamerika

Wir kommen nun zu einer der umfangreichsten Expansionsbewegungen der Rooseveltpolitik, nämlich auf dem amerikanischen Doppelkontinent selbst. An dem nordamerikanischen Raubkalender sahen wir schon, daß System in der Sache liegt. Aber die Leute vor Roosevelt, die sich mit den kleinen mittelamerikanischen Staaten abgaben, waren Waisenknaben gegen den heutigen Herrn amerikanischen Bundespräsidenten. Der schaffte sich auf dem mittelamerikanischen Isthmus für alle Fälle eine sichere Verbindung mit dem südamerikanischen Luftfahrtsystem, indem er Anfang April 1941 *Mexikos* Unterschrift unter einen Vertrag erzwang, der den Luftwaffen beider Staaten die Benutzung der beiderseitigen (!) Lufthäfen und Stützpunkte ermöglicht — wegen der „Verteidigung und Sicherheit des amerikanischen Kontinents". Der Gedanke, daß Mexikos Luftwaffe jemals das Ansinnen an die nordamerikanische Regierung stellen könnte, sie müsse die nordamerikanischen Lufthäfen benutzen, und sei es auch zur „Verteidigung des amerikanischen Kontinentes", ist eine alberne Zumutung an die Leichtgläubigkeit der ganzen übrigen Welt. Der Vertrag hat selbstverständlich keinen anderen Sinn, als die mexikanischen Lufthäfen in den ständigen Bereitschaftsdienst für die nordamerikanische Luftwaffe zu stellen, mit anderen Worten: Mexiko hat die Lufthoheit über seinem Staatsgebiet *nur so lange, wie es die USA. zulassen,* und kann sie in jedem Augenblick ganz und gar loswerden, wenn man das in Washington für die „Verteidigung und Sicherheit des amerikanischen Kontinentes" für nötig erklärt.

Sinngemäß schrieb denn auch der mexikanische General Garcia im Mai 1941: „Es ist sehr schön, wenn die

USA. uns gegen Deutsche, Japaner und wer weiß gegen wen sonst noch verteidigen wollen. Aber *wer verteidigt uns gegen die USA.?*" Unter Anziehung vieler Äußerungen nordamerikanischer Politiker und Publizisten weist er dann auch gleich nach, daß die beabsichtigte Ausweitung der nordamerikanischen Positionen in Südamerika ausgesprochen offensive Bedeutung hat.

Wir überschreiten mit Herrn Roosevelt und seinen vielen Emissionären die mittelamerikanische Landenge und sehen uns in dem *südlichen Kontinent* mit seinen 17 871 394 qkm um, die unter 10 Staaten mit 86,4 Millionen Einwohnern aufgeteilt sind. Die Zeiten, in denen die USA. und England in Südamerika noch in heftiger Konkurrenz lagen, gehen in reißendem Tempo ihrem Ende entgegen. Man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß England aus dem Felde geschlagen ist. Auch hier boten die englischen Regierungen unter dem Zwange des von ihnen verschuldeten Krieges teilweise selbst die Hand dazu, daß die USA. den Weg zur Vorherrschaft antreten konnten.

Es hat seinerzeit viel Staub aufgewirbelt, als die Regierung Roosevelt im Jahre 1937 den südamerikanischen Staaten Kriegsschiffe, ältere Typen, „mietweise" anbot, zu Verteidigungszwecken natürlich. Damals waren die beiden amerikanischen Kontinente noch nicht annähernd von den „Deutschen, Japanern und wer weiß von wem sonst noch" so fürchterlich „bedroht" wie heute, Herr Roosevelt hatte diesen Teil seiner Agitation noch nicht ausbauen können. Kein Mensch auf der weiten Welt vermochte einen halbwegs vernünftigen Grund dafür zu entdecken, daß die USA. den Südamerikanern durchaus eigene Kriegsschiffe aufschwatzen wollten. Allzu unverhüllt gab

sich hier der nordamerikanische Expansionsgeist, das Echo war entsprechend, und Washington ließ die Sache schnell einschlafen, zumal man in Südamerika beim besten Willen nicht wußte, warum man sich zu den übrigen Sorgen auch noch fremde Kriegsschiffe auf den Hals laden sollte, für die man einfach keine Verwendung hatte.

Seitdem bereitete man die bessere Gelegenheit, die künstliche Konjunktur in Washington, mit der Gründlichkeit und Umsicht vor, mit der Gangster einen ganz großen Schlag vorzubereiten pflegen, bei dem die aufgewandte Mühe und Geduld auf alle Fälle einmal durch die Größe der Beute belohnt werden soll. Im großen ganzen betrieb man das *auf vier Wegen:* 1. mit der plötzlich neu entdeckten Theorie von der Homogenität der beiden Amerika; 2. mit der Verdrängung der britischen Interessen; 3. mit der These von der Bedrohung Südamerikas von Europa her; und 4. mit politischen Erpressungen.

Die nordamerikanischen Manöver drehen sich in erster Linie um Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay, Bolivien und Peru. Wir begegnen hier einer ähnlichen Erscheinung wie auf dem afrikanischen und dem kanadischen Felde, daß nämlich auch die südamerikanischen Produktionsgüter entweder reichlich in Nordamerika vorhanden sind oder daß sie selbst im Bedarfsfalle von den USA. nicht annähernd in ausreichendem Maße abgenommen werden, um die südamerikanische Wirtschaft ganz auf die Bedürfnisse der USA. einzustellen. Tatsächlich ist denn auch die südamerikanische Produktion überwiegend auf den Export nach Europa und nach Ostasien ausgerichtet und ist stets sehr gut dabei gefahren.

Es ist in diesem Zusammenhang ein bewußter Schwindel, wenn die „New York Times“ Mitte Mai 1941 „im

Zusammenhang mit der amerikanischen Wirtschaftsordnung" für Europa, der wir im Schlußkapitel begegnen werden, u. a. schreibt:

„Die südamerikanische Wirtschaft ist durch den Krieg und durch den Verlust der europäischen Märkte für Rohstoffe tödlich getroffen worden. England hat schon sein Wirtschaftsprogramm erschöpft, kann also, wenn überhaupt, nur wenig Bareinkäufe in Übersee aufbringen. Also müssen die USA., um die Stabilität in den südamerikanischen Staaten zu erhalten, *große Käufe in Rohstoffen und Lebensmitteln in Südamerika machen* und diese Waren für die Verschiffung nach dem Nachkriegseuropa aufstapeln." Demgegenüber braucht man beispielsweise nur die Frage anzurühren, wann der Dollargeist und die verjudete USA. - Wirtschaft jemals große Kapitalien ausgerechnet für internationale Wohlfahrtszwecke auf unabsehbare Zeit oder gar für immer in Stapelwaren stillgelegt hätte. Andererseits sahen wir ja schon, daß die Expansionspolitik Washingtons gegenüber Südamerika schon mit bestimmten Plänen spielt, um beispielsweise fernöstliche Produktionsgüter einfach nach Südamerika umzusiedeln, wobei die südlichen Staaten bisher noch nicht einmal gefragt worden sind, ob sie mit einem riesigen Umstellungsprozeß einverstanden sein würden, der auf ihre eigenen Bedürfnisse keine Rücksicht nimmt und sie dafür in eine wachsende direkte Abhängigkeit von nordamerikanischen Kaufangeboten bringen muß. Sie könnten dabei sehr schnell in eine ähnliche Lage wie Ägypten kommen, das von England seinerzeit zum Massenanbau von Baumwolle gezwungen wurde und heute seine Wirtschaft langsam, aber sicher *dem Ruin entgegengehen sieht,* weil England weder das Geld noch die

Schiffe zur Abnahme der ägyptischen Baumwollernten verfügbar und im übrigen nur noch Interesse an der militärischen Ausnutzung des Nilstaates hat.

Die vorhin genannten südamerikanischen Staaten schufen vor dem Kriege jährlich Ausfuhrgüter von etwa 1 Milliarde Dollar. Ganz Europa nahm ihnen davon volle *55%*, die USA. dagegen nur *18%* ab. Europa lieferte dafür vorwiegend Fertigwaren, die die USA. im gleichen Ausmaß und vielfach auch in der gleichen Qualität nicht liefern konnten — und heute schon gar nicht liefern könnten. Statt dessen liegen die USA. mit den Staaten des südlichen Kontinentes schon seit Jahrzehnten in schärfster Konkurrenz auf den Gebieten Fleisch, Baumwolle, Weizen und Mais. Südamerika seinerseits hat einen jährlichen Importbedarf von 3,2 Milliarden Dollar und einen Gesamtexportbedarf von jährlich 4,1 Milliarden Dollar. Beides, Einfuhr und Ausfuhr, liegt seit Beginn des Krieges unter der Doppelwirkung der englischen Blockade und der nordamerikanischen Kontrolle in zunehmendem Maße darnieder. Der steigenden *Lähmung der südamerikanischen Wirtschaft* unter den Einwirkungen des Krieges begegnete man in Washington einerseits mit der völligen Abschließung des Südens von den europäischen Märkten, andererseits mit den schon erwähnten Zumutungen radikaler Umstellungen der wirtschaftlichen Produktion nach ausschließlich nordamerikanischen Wünschen, u. a. mit der Ankurbelung weitgehender Industrialisierung überwiegend *landwirtschaftlicher* Staaten im Wege sehr hoher nordamerikanischer Kapitalinvestierungen, eins der bewährtesten Mittel, fremde Staaten in die Abhängigkeit zu überführen und ihnen gleichzeitig ein breites entwurzeltes Industrieproletariat zu verschaffen. Gegenüber allen diesen

Plänen Washingtons verwahrte sich beispielsweise die argentinische Zeitung „Prensa", das größte Blatt dort, am 20. Mai 1941 mit folgenden Feststellungen: „Es ist eine nur allzugut bekannte Tatsache, daß Nord- und Südamerika *grundverschieden* sind, nicht nur in geographischer Struktur und Geschichte, sondern ebenso auch in Tradition und Volksseele. Ibero-Amerika wird niemals eins mit den USA. werden, die ihrerseits Kolonien aus der goldenen Zeit des britischen Seeräubertums sind." Auch John Mac Cormac, bekannt als einer der radikalsten Vertreter des nordamerikanischen Imperialismus, gesteht in seinem Buch „Kanada, das Problem Amerikas", daß die USA. außerstande sind, für das nächste halbe Jahrhundert dem südlichen Kontinent als Abnehmer bei dessen Absatzkalamitäten irgendwie beizuspringen.

Der Mangel einer einheitlichen Außenpolitik, verstärkt durch zahlreiche Kriege und Streitigkeiten in Südamerika, dem „Erdteil der latenten Grenzkonflikte", wurde für Washington geradezu zum Hebel für seine Expansionspolitik. Wir greifen aus der Fülle der Tatsachen und Momente nur folgende *Beispiele* heraus:

Peru mußte auf Veranlassung Washingtons den nordamerikanischen Kapitän Quigley zum Stabschef seiner Flotte ernennen, ein Vorgang, den es bis dahin in der Geschichte Südamerikas noch nicht gegeben hatte. Vorher hatten schon mehrere südamerikanische Staaten ihren Luftverkehrslinien die Konzession entziehen müssen. Washington bot ihnen dafür große Kapitalien für den — Ausbau ihres Luftverkehrsnetzes an, um allmählich die ganze südamerikanische Luftfahrt unter Kontrolle zu bekommen.

In *Argentinien* — wir geben hier nur einige wenige Beispiele — betrieb Washington die Übertragung eng-

lischer Eisenbahnkapitalien an ein nordamerikanisches Bankenkonsortium. Gleichzeitig kündigte Herr Roosevelt an, er werde wie 1936 eine ausgedehnte Besuchs-, also Inspektionsreise durch die argentinischen Provinzen unternehmen, die bisher wegen allzu starker Inanspruchnahme des Herrn Präsidenten durch den europäischen Krieg noch nicht erfolgen konnte. Schließlich arbeitet Washington an dem Plan eines Wirtschaftsblocks für die Weizenproduktion mit Argentinien, Kanada und Australien, was im Endeffekt nur auf eine starke Einschränkung des argentinischen Weizenanbaues hinauslaufen kann. Argentinien hat auf diesen Plan jedoch eine Absage erteilt, zumal seine Handelsbilanz mit den USA. ständig passiv gewesen ist.

In *Brasilien* werden große amerikanische Stahlwerke errichtet. Die New Yorker Export- und Importbank gibt dazu allein 25 Millionen Dollar auf Anweisung und mit Unterstützung von Washington her. Die USA. stellen nicht nur alle Maschinen, sondern auch sämtliche Ingenieure. Ferner werden brasilianische Erzgruben durch die USA. ausgebeutet.

In *Columbien* werden große Gummiplantagen mit ausschließlich nordamerikanischem Kapital angelegt.

Regelrechte *Militärabkommen* wurden abgeschlossen mit *Brasilien, Columbien, Ecuador, Salvador, Guatemala, Peru und Venezuela.* Nach außen hin betreffen sie lediglich Abmachungen über die Einrichtung nordamerikanischer Militärkommissionen, deren Zweck nur die Umorganisation der südamerikanischen Wehrmächte auf nordamerikanische Bedürfnisse sein kann.

Im *Rundfunkwesen* setzen die USA. einen von Monat zu Monat stärker werdenden Einfluß durch, teilweise mit scheinbaren finanziellen Hilfen, teilweise mit Erpressun-

gen. Ansprachen Herrn und Frau Roosevelts an die Adressen der südamerikanischen Staaten sind zur feststehenden Regel geworden, ein Beeinflussungsmittel, dessen sich auch Minister wie Stimson, Knox, Hull und andere bedienen. Die Columbia-Broadcasting-Company hat durch maßgebliche Vertreter ihrer Leitung die mittel- und südamerikanischen Staaten fast zwei Monate lang bereisen lassen mit dem Ergebnis, daß 64 Funkgesellschaften und Radiostationen restlos dem „lateinamerikanischen Programm" der nördlichen Funkgesellschaften angeschlossen wurden und seitdem ein ausschließlich von den USA. kontrolliertes Programm senden. Es ist eins der Mittel, mit denen die „antidemokratische Durchdringung südlich des Rio Grande" bekämpft werden soll.

Das *Flugwesen* Südamerikas ist eins der wichtigsten Angriffsgebiete für die nordamerikanische Expansionspolitik im südlichen Kontinent. Die Fluglinien des südlichen Erdteiles wurden bekanntlich vielfach von deutschen Piloten und mit deutschen Maschinen aufgebaut. Die USA. sammeln planmäßig Flugstützpunkte im Süden mit dem Ziel der absoluten Beherrschung des Luftraumes. Die von Henry Robinson Luce, dem schon erwähnten Herausgeber der größten Zeitschrift „Life", ebenfalls geleitete Zeitschrift „Time" (1 Million Auflage) schrieb im April 1941, die Panamerican Airways seien die große Hoffnung der USA. für die baldige Verdrängung, d. h. Auslöschung der südamerikanischen Luftlinien. Am 23. Mai 1941 stellte überdies Herr Roosevelt selbst 8 Millionen Dollar aus dem Rüstungsfonds (!) für die Subventionierung der nordamerikanischen Luftverkehrsunternehmen gegen die südamerikanischen zur Verfügung. Die nordamerikanischen Investierungen beliefen sich bis zum Juli 1941 bereits auf

3,9 Milliarden Dollar, hatten mithin die Anlagen Englands weit überflügelt.

Die Liste könnte man noch seitenlang fortsetzen, ohne zum Ende zu kommen. Aber lassen wir die Einzelheiten und werfen wir noch einen Blick auf die größte nordamerikanische Organisation zur Durchdringung des Südkontinentes, auf die *„Zentralstelle zur Koordinierung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen amerikanischen Republiken"*, zu deren Leiter *Nelson Rockefeller* berufen wurde und die man wohl kurzweg das „Rockefeller-Institut" nennt.

Seine Finanzierungszentrale ist wieder die schon genannte Export- und Importbank. Sie ist das Finanzministerium für die Expansionspläne der USA. im Süden. Ihre Praxis ist dadurch gekennzeichnet, daß sie mit den ständig anleihebedürftigen südamerikanischen Staaten Kreditverhandlungen anknüpft, diese bis unmittelbar vor dem Abschluß vortreibt und dann im letzten Augenblick, sozusagen mit dem Geld in der linken Hand, ausgesprochen politische Bedingungen stellt.

Mit diesem Finanzinstitut im Rücken, über das die Washingtoner Regierung fast unbeschränkte Mittel zur Verfügung stellt, entfaltete Rockefeller einen riesigen Propagandafeldzug in Südamerika mit dem stillen Ziel, die gesamte amerikanische Ausfuhr unter eine einheitliche Kontrolle Washingtons zu bekommen. Zur Erreichung dieses Zieles, für das man die ganze mittel- und südamerikanische Wirtschaft im Erpressungswege zu einer Filiale der Wallstreet machen will, ist jedes Mittel recht. Die Staaten Peru, Guatemala, Brasilien, Columbien, Ecuador, Costarica, Salvador, Mexiko und Bolivien haben sich bereits einfangen lassen.

Das Rockefeller-Institut betreibt vor allem erstens die Untersuchung der Achsenpropaganda und setzt dabei seine Fonds zur Hetze gegen die Achsenmächte ein; zweitens die „Unterstützung" der Filmindustrie, wofür wieder besondere Fonds zur Durchsetzung des nordamerikanischen Films eingesetzt sind; drittens „Nachforschungen über alles, was in südamerikanischen Staaten vor sich geht", was nichts anderes als *wirtschaftliche und politische Ausspionierung bedeutet;* viertens die Bearbeitung der Presse, die Verbreitung von Propagandabroschüren und die Zusammenstellung von Kino-Wochenschauen nordamerikanischer Prägung: das ist die Geschäftsreklame der Yankees für die organisierte Verdummung eines ganzen Erdteiles, dessen Bevölkerung auf das Unwissenheitsniveau der nordamerikanischen Bevölkerung gedrückt werden soll; fünftens einen besonderen Plan für die Umstellung des südamerikanischen Rundfunks auf nordamerikanische Sendungen.

Die Mission Rockefellers geht aus von der „Panamerikanischen Union". Sein Institut ist mit sehr weitgehenden Vollmachten und enormen Geldmitteln ausgestattet. Die Rockefeller-Organisation ist *die „5. Kolonne" der USA. in Südamerika, die einzige dort.* Bis zum Juli 1941 hatte das Institut bereits für 1800 südamerikanische Firmen und Einzelpersonen Schwarze Listen aufgestellt. Man hatte dazu mehr als 5000 Firmen usw. monatelang überwacht — eine Schnüffeltätigkeit, an der sich 17 000 nordamerikanische Firmen, ferner das Washingtoner Außen- und das Handelsministerium beteiligt hatten, wohl *das bisher größte Beispiel schamlosester Wirtschaftsspionage.* Auf Grund der Schwarzen Listen forderten dann die nordamerikanischen Missionschefs in Mittel- und Süd-

amerika Sofortmaßnahmen gegen die betreffenden Firmen und Personen einschließlich der Entlassung deutscher Angestellter und des Verzichtes des Verkehrs mit Deutschen. Zehntausende von Existenzen wurden erbarmungslos ruiniert, wobei man sich auch nicht scheute, mit gefälschten Dokumenten und direkten Bedrohungen zu arbeiten. Die Ergebnisse der Spionagearbeit des Büros Rockefeller gehen laufend durch die diplomatischen Kuriere der nordamerikanischen Gesandtschaften nach Washington und werden dort verarbeitet.

Aber lassen wir doch einfach hier die Industriezeitschrift „Fortune" über den Zweck dieses ganzen üblen Unternehmens sprechen, die ebenfalls von Herrn Luce herausgegeben wird:

„*Das im Fort Knox deponierte Gold* muß herausgeholt und in Stromliniendivisionen verwandelt werden, die *in allen zweifelhaften (!) Ländern der ganzen Welt* eingesetzt werden müssen. Es kommt dabei nicht darauf an, Politiker und Generäle zu bestechen, daß sie ihre Länder verraten. Viel wichtiger ist es, diejenigen Politiker und Generäle zu ermutigen, die an die demokratischen Ideale der USA. glauben, und ihre Kampfkraft zu stärken. Man muß Zeitungen, akademische Vereinigungen, freundlich eingestellte Firmen und Konzerne durch Anzeigen, Geschenke und andere Vergünstigungen unterstützen. Wir tun das schon bei einigen Regierungen durch Anleihen. Aber einzelne Personen sind oft mehr wert als Regierungen. Wir müssen unsere formalistischen Hemmungen in dieser Beziehung aufgeben. Amerikanische Geschäftsleute, die mit der USA.-Regierung zusammenarbeiten, können außerordentlich nützlich sein, indem sie im Auslande Regierungsgelder in Form von Anzeigen und Aufträgen ver-

teilen. *Vor allen Dingen müssen Südamerika, Französisch-Nordafrika, die Türkei, Indochina und Thailand auf die Liste dieser amerikanischen Spendenempfänger gesetzt werden.*"

Genügt das? Fügen wir zur Ergänzung noch hinzu, daß Anfang August 1941 das amtliche Deutsche Nachrichtenbüro einen großen Tatsachenbericht über die nordamerikanische Stützpunktpolitik veröffentlichen konnte. Danach sind im ganzen Bereich des Doppelkontinents im ganzen *124* Stützpunkte auf *fremdem* Hoheitsgebiet vorgesehen. Wir geben den sehr eindrucksvollen Bericht hier im Auszuge wieder:

„Das imperialistische Übergreifen der Vereinigten Staaten nach dem Süden des Kontinents, das mit dem Schaffen der Panamakanalzone und der militärischen Ausstaffierung ihrer Umgebung seinen ersten, weithin sichtbaren Ausdruck gefunden hatte, setzte sich in diesem Krieg auf militärischem Gebiet in selbst für amerikanische Ausmaße erstaunlichem Umfang und Tempo fort. Nichts Geringeres ist das Ziel der Regierung der Vereinigten Staaten, als das ganze Ibero-Amerika mit einem Gürtel von Stützpunkten für seine Land-, Luft- und Seestreitkräfte zu umgeben, ja, für die Luftwaffe auch mit einem Netz von solchen Stützpunkten zu überziehen, was, in die Tat umgesetzt, die absolute und ungeteilte Herrschaft der Vereinigten Staaten über die lateinamerikanischen Staaten zur Folge haben würde.

Es können folgende Ergebnisse festgestellt werden: voller Erfolg in den Gebieten der kleinen zentralamerikanischen Republiken, die wirtschaftlich und militärisch schon so stark unter dem Einfluß der Vereinigten Staaten stehen, daß einzelne von ihnen den Vereinigten Staaten

Stützpunkte sogar geradezu angeboten haben. Kriegsmaterial und Flugzeuge unter dem Kommando nordamerikanischer Offiziere befinden sich bereits dort an Ort und Stelle. Die Flugstützpunkte werden angeblich im Auftrage der nordamerikanischen Luftverkehrsgesellschaft „Pan-American-Airways" von nordamerikanischen Technikern und nordamerikanischem Material, wie z. B. in Haiti und Nicaragua, unter Leitung eines amerikanischen Offiziers in Guatemala ausgebaut. *Mexiko* hat sich bereiterklärt, auf eigene Kosten mit eigenen Ingenieuren und Arbeitern sein Verteidigungsnetz auszubauen und dieses im Kriegsfall den Vereinigten Staaten zur Verfügung zu stellen. Ein im April dieses Jahres in Washington abgeschlossenes Abkommen gestattet den Militärflugzeugen der Vereinigten Staaten das Überfliegen mexikanischen Hoheitsgebietes und die Benutzung seiner Flugplätze.

Die drei Republiken *Venezuela, Columbien und Ecuador* haben den Vereinigten Staaten gestattet, daß amerikanische Offiziere ihre Küstengewässer und Inseln unter dem Gesichtspunkt der Stützpunktanlage vermessen. Die hier zu errichtenden Stützpunkte sollen den amerikanischen Staaten zu Dollarmillionen verpachtet werden. Auch hier sind nordamerikanische Firmen die Unternehmer des Ausbaues. Das große *Brasilien* war der Gegenstand besonderer Pressionen, weil die Vereinigten Staaten die Enge des Atlantik zwischen Natal und Dakar beherrschen wollen. Schon benutzen amerikanisch-kanadische Nachschubtransporte für die britischen Streitkräfte in Afrika Natal als Stützpunkt; und dieser Tage erhielten die „Pan-American-Airways" von der brasilianischen Regierung die Genehmigung, Flugplätze an der atlantischen Küste zu bauen bzw. auszubauen, die für den militä-

rischen Gebrauch durch die amerikanische Luftwaffe bestimmt sind.

In *Peru* hat der Senat einen Gesetzentwurf über die Errichtung einer amerikanischen Werft und einer Torpedostation angenommen, die im Kriegsfall den Vereinigten Staaten zur Verfügung stehen soll. *Uruguay* versteckte seine Bereitwilligkeit hinter der Formel, daß seine Stützpunkte sämtlichen amerikanischen Staaten zur gemeinsamen kontinentalen Verteidigung zur Verfügung stehen sollten. In *Paraguay* und *Bolivien*, den beiden Binnenstaaten Ibero-Amerikas, richtet sich das Interesse der Vereinigten Staaten auf die Überlassung von Flugbasen.

Bei der Ausführung der nordamerikanischen Pläne spielen ihre engen Beziehungen zu den *Streitkräften* der ibero-amerikanischen Staaten, mit denen sie einen regen Missionsaustausch seit jeher pflegen, eine ausschlaggebende Rolle. Für Oktober 1940 hatte der amerikanische Generalstabschef die Höchstkommandierenden aller ibero-amerikanischen Heere zu einer Besichtigungsreise nach Nordamerika eingeladen, auf der Flotten- und Luftbasen, Werften, Flugzeugfabriken und Rüstungsindustrien besucht wurden. Im Juli dieses Jahres lud Präsident Roosevelt 75 Offiziere von 20 ibero-amerikanischen Republiken zu einer halbjährigen Dienstleistung in der Armee der Vereinigten Staaten ein. Diese Einladung wurde durchweg angenommen.

Militärische Missionen der Vereinigten Staaten befinden sich in *allen* zentralamerikanischen Republiken. Das Zentrum für diese ist Panama und der dortige Höchstkommandierende der Kanalzone. In Venezuela befindet sich eine Marinekommission der Vereinigten Staaten zwecks Beratung der venezolanischen Marine auf Grund eines

Abkommens vom Frühjahr dieses Jahres. In Peru befindet sich eine Marinekommission. Befehlshaber der peruanischen Luftwaffe ist ein amerikanischer Offizier. In Chile befindet sich eine Luftwaffenkommission unter Führung eines nordamerikanischen Obersten. Über die Stützpunktvermessung in Columbien und Ecuador durch amerikanische Offiziere wurde weiter oben berichtet.

Auch die *Eingriffe*, die die Vereinigten Staaten in das *zivile Luftfahrtwesen* Ibero-Amerikas in den letzten Jahren unternahmen, sind nur aus militärischen Beweggründen zu verstehen. Zwar betreiben die großen Luftfahrtgesellschaften Pan-American-Airways und Panagra schon seit langem den internationalen Verkehr auf dem südlichen Teil des Kontinents. Aber das genügt nicht. Auch die in den einzelnen Staaten vorhandenen nationalen Flugverkehrsgesellschaften müssen erworben, übernommen, kontrolliert oder sonstwie ausgeschaltet werden.

Das Ergebnis dieser Politik ist schon fast ein totales. Bereits Anfang 1940 wurde die columbianische Gesellschaft Scadta von einer Tochtergesellschaft der Pan-American-Airways übernommen. Dabei wurde das ganze leitende Personal zum Ausscheiden gezwungen und durch Nordamerikaner, unter denen sich bisherige Angehörige der nordamerikanischen *Kriegsmarine* befanden, ersetzt. Sodann wurde Anfang d. J. der peruanischen Lufthansa die Konzession entzogen. Dies ist die erste Tat des seit kurzem eingestellten neuen Befehlshabers der peruanischen Luftwaffe, eines nordamerikanischen Obersten. In der Reihe der Anwendung finanzieller Mittel folgen Columbien und Bolivien. Die columbianische ARCO geht in das Eigentum der nordamerikanischen Kontrolle der AVIANKA über. Der bolivianische AERO-Lloyd wird

nationalisiert. Die nordamerikanische PANAGRA kontrolliert diese Neugründung. Finanzielle Verhandlungen mit anderen nationalen Luftverkehrsgesellschaften sind im Gange. — Unter den anderen „angemessenen Methoden", die zum Erwerb südamerikanischer Luftverkehrsgesellschaften angewandt werden sollen, spielt die *Betriebsstoffsperre* als beliebtes Druckmittel die größte Rolle. Die ecuadorianische Gesellschaft STEDA ebenso wie das in Brasilien ein umfangreiches Flugnetz unterhaltende Condor-Syndikat wurden die ersten Opfer dieser Politik. Dafür erhielten die Pan-American-Airways vor kurzem die Erlaubnis, von Rio de Janeiro nach Asuncion zu fliegen.

Daß all diesen Bestrebungen *allein militärische Motive* zugrunde liegen, erhellt eindeutig aus dem Reiseweg, den der nordamerikanische General Mc Gody im März d. J. genommen hat, um mit den Leitern der zivilen Luftfahrt in Ibero-Amerika „Besprechungen über die künftige Entwicklung der Luftfahrt" zu führen. Auf seiner Reiseroute erscheinen alle die Ortsnamen wieder, die aus den öffentlichen und geheimen Stützpunktverhandlungen bekanntgeworden sind.

Die Krönung der gesamten Stützpunktpolitik aber finden wir in einer diplomatischen Akte; denn es mußte sichergestellt werden, daß die Stützpunkte im Ernstfalle auch benutzt werden können. Wäre es doch möglich gewesen, daß eine der beteiligten Mächte, wie es selbstverständliche Pflicht eines neutralen Staates im Sinne des normalen Sprachgebrauches ist, die Benützung der Stützpunkte durch die Vereinigten Staaten im Falle ihrer Beteiligung am Kriege verweigerte. So ließ die uruguaysche Regierung im Juni durch ihre Gesandten in sämtlichen Staaten des amerikanischen Kontinents den

Entwurf einer Entschließung überreichen, in der vorgeschlagen wird, daß die amerikanischen Länder einen Staat des amerikanischen Kontinents, der sich im Kriege mit einer nichtamerikanischen Macht befindet, nicht als kriegführend betrachten sollen. Das Ziel des Vorschlages ist, kriegführenden Staaten des amerikanischen Kontinents nach wie vor die Häfen, Flugplätze und sonstigen militärischen Einrichtungen der übrigen amerikanischen Staaten ungehindert zur Verfügung zu stellen. Wenn dieser Vorschlag auch von Uruguay ausging, so besteht doch kein Zweifel darüber, daß er seinen Ursprung einer Inspiration durch die Vereinigten Staaten verdankt. Bedürfte es hierfür noch eines Beweises, so kann er in der im überschwenglichen Tone gehaltenen zustimmenden Antwortnote der Regierung der Vereinigten Staaten gesehen werden. Brasilien, Bolivien und Ecuador haben bereits zugestimmt.

Im Vorstehenden sind nur Tatsachen aneinandergereiht. Sie sprechen eine derart überzeugende Sprache, daß ihnen nichts hinzuzusetzen ist. Unwiderleglich beweisen sie das ebenso zielbewußte wie rücksichtslose Vorgehen, das Roosevelt anwendet, um die ibero-amerikanischen Staaten sich militärisch botmäßig zu machen. Der *Generalangriff der Vereinigten Staaten auf die Staaten Ibero-Amerikas* ist auf allen Gebieten eröffnet. Den bis zum Terror gesteigerten Mitteln, mit denen die Vereinigten Staaten diesen Kampf führen, vermögen die Staaten Südamerikas kaum mehr etwas entgegenzusetzen. Ja, sie werden durch diesen Terror sogar veranlaßt, selbst Hand anzulegen an die Zerstörung ihrer Freiheit, politischen Unabhängigkeit und wirtschaftlichen Zukunft.

So sieht — „nehmt alles nur in allem“ — die „Politik

der guten Nachbarschaft“ aus, die Herr Hull auf der panamerikanischen Konferenz von 1933 in Montevideo als bevollmächtigter Vertreter der Vereinigten Staaten gegenüber Südamerika verkündete! Hier wie in allen anderen Fällen der nordamerikanischen Expansionspolitik geschieht Zeile um Zeile, Schritt für Schritt das, was Herr Roosevelt ständig wider besseres Wissen Deutschland vorwirft. Es ist der Großangriff *auf die Souveränität* der südamerikanischen Staaten schlechthin. Es gehört ein außergewöhnliches Maß von Verlogenheit zu dieser Art von Eroberungspolitik. Es gehört eine nordamerikanisch-jüdische Auffassung von „Demokratie“ (d. h. Volksherrschaft!) dazu, die wie in England eine Klique von Millionären jüdischer und nichtjüdischer Herkunft lächelnd und gewinngierig ein riesiges soziales Elend übersehen läßt. Es gehört eine nordamerikanisch-jüdische Auffassung von der „Freiheit der Völker“ dazu, die jetzt in wenigen Jahren alles an Länderraub und Völkerunterdrückung nachzuholen versucht, was England den USA. seit drei Jahrhunderten voraus hat. Es gehört eine nordamerikanisch-jüdische, wahrhaft zynische Auffassung von „Christentum“ und „Religion“ dazu, wie sie sich etwa in der widerwärtig-abstoßenden Szene offenbart, wenn Herr Roosevelt und Herr Churchill vor dem Beginn ihrer Atlantikverhandlungen auf dem später im Pazifik versenkten englischen Schlachtschiff „Prince of Wales“ einen Schaugottesdienst abhalten und dort um den Segen des Himmels für die geplanten weiteren Großverbrechen der bolschewistisch-plutokratischen Zweckvereinigung bitten.

Mitte September 1941 leistete sich der Herr amerikanische Bundespräsident dann in Verfolg seiner Weltreichpläne einen *dreifachen Betrug*, bei dem Südamerika, der

nordamerikanische Steuerzahler und England die Opfer waren. Er dehnte nämlich das Ermächtigungsgesetz und das sogenannte Pacht- und Leihgesetz auf Südamerika aus. Kurz vorher hatte er aber weitere 6 Milliarden Dollar für die Zwecke des Pacht- und Leihgesetzes, also des Hilfegesetzes angefordert, da die bis dahin bereitgestellten 7 Milliarden Dollar bis auf einen Rest von 550 Millionen bereits verbraucht waren.

Das bedeutete folgendes: Dem amerikanischen Steuerzahler, der noch an der Abtragung der Weltkriegsschulden der europäischen Mächte im Wege der Steuerhebung zu kauen hat, wurden außer den bisherigen steuerlichen Belastungen durch die Rooseveltsche Kriegsbeteiligungspolitik jetzt noch weitere 6 Milliarden als zusätzliche Belastung auferlegt — wohlgemerkt: bei einer schon bestehenden Staatsverschuldung von 60 Milliarden Dollar. Diese weitere Ausgabenlast bedeutet eine politische Schiebung des Gesetzgebers im Weißen Hause insofern, als sie unter der Firma der Hilfe für England, also auf Grund des Pacht- und Leihgesetzes angefordert wurde; das heißt also, daß der amerikanische Steuerzahler, der ja in diesem demokratischsten aller demokratischen Länder nichts zu sagen hat, glauben soll, er nähme alle diese Belastungen als seinen Anteil für die Unterstützung Englands gegen die Nazis auf sich, die ja angeblich die ganze Welt erobern wollen.

In Wirklichkeit wurden die neu angeforderten Dollarmilliarden von Roosevelt nur zum Teil für die angeblichen Englandzwecke, zum überwiegenden Teil aber dazu verwandt, um die imperialistische Eroberungspolitik Washingtons nach dem südamerikanischen Erdteil weiterzutreiben, diesmal in denkbar handfestester Form. Denn die südamerikanischen Staaten produzieren an Massengütern

ziemlich genau dasselbe wie die USA.; die letzteren können also für Südamerika keinen Abnehmermarkt abgeben. Die USA. aber sind es, die zusammen mit England die südamerikanischen Staaten hermetisch von ihrem natürlichen Absatzmarkt Europa abgesperrt haben. Infolgedessen sitzen die Staaten des südlichen Halbkontinents nicht nur auf ihren Produkten fest, sondern geraten gleichzeitig auch durch die angelsächsische Blockadepolitik immer tiefer in Schulden.

Hier setzte nun in alter Frische der Dollarimperialismus ein. Er stellte den südamerikanischen Staaten — auf Grund des Ermächtigungs- und Hilfegesetzes für England! — *Anleihen und Kredite* zur Verfügung, aber unter der *diktatähnlichen Bedingung*, daß Südamerika zum Ausgleich Stützpunkte für die USA.-Streitkräfte zur Verfügung stellte. Dieses neue Abwürgemanöver gegenüber der Souveränität der iberoamerikanischen Staaten wurde ergänzt durch das weitere nordamerikanische Angebot, die Exportüberschüsse des Südens aufzukaufen, „um Südamerika von dem Handel mit dem kontinentalen Europa zu entwöhnen". Auch hier bestand die Gegengabe für dieses abgefeimte Manöver in der weiteren Zersetzung der Staatshoheiten des Südens, vor allem auf militärpolitischem Gebiet.

Es handelt sich also um einen Betrug größten Stils, vor allem gegenüber dem nordamerikanischen Steuerzahler; zweitens um eine doppelte Erpressung gegenüber den südamerikanischen Staaten und drittens um einen Betrug gegenüber dem erklärten Bundesgenossen England, den man um Beträge von Dollarmilliarden zugunsten der nordamerikanischen Expansion im Süden brachte. Das

ganze Betrugsmanöver entsprach durchaus der politischen Vergangenheit des Herrn Präsidenten Roosevelt.

Im Grunde konnte sich keiner der drei betrogenen Teile beklagen. Das amerikanische Volk beobachtet ja die Kriegs- und Expansionspolitik seines Staatsoberhauptes nicht erst seit heute und gestern; es muß also wissen, wieviel an weiteren steuerlichen Lasten und persönlichen Einschränkungen es sich die Weltherrschaftspolitik seines judenhörigen Präsidenten noch kosten lassen will. Die südamerikanischen Staaten kennen den Dollarimperialismus auch nicht erst seit der mehr oder weniger gewaltsamen Verdrängung Englands aus Südamerika, sondern konnten ihn bereits an den Schicksalen mittelamerikanischer Staaten wie Nikaragua, Panama, Honduras und Mexiko studieren. Sie haben gleichwohl ihre eigenen Zwistigkeiten nicht zurückzustellen vermocht, um eine gemeinsame Verteidigung gegenüber dem Imperialismus des Nordens zu organisieren. Und was England betrifft, so hat die Politik gerade Churchills reichlich dafür gesorgt, daß England für eine Abwehr amerikanischer Betrügereien und sonstiger Manöver längst keine Handhabe mehr hat. Dazu ist die Amerikapolitik Churchills schon zu lange eine regelrechte Erfüllungspolitik im schlimmsten Sinne des ominösen Wortes geworden.

Das New Yorker Blatt „Daily Mirror“ nannte die Südamerikapolitik des Weißen Hauses im August 1941 treffend „eine Kombination aus wirtschaftlichen Drohungen, nämlich der Schwarzen Listen, und der Bestechungen, nämlich durch Anleihen“.

Was den südamerikanischen Staaten sonst noch bevorsteht, das faßte Sherry Mangan in der Mainummer der „Fortune“ ganz offen wie folgt zusammen: „Südamerikas

erfahrene politische Beobachter sind sich bewußt und seine breiten Volksmassen fühlen instinktiv, daß die Vereinigten Staaten jetzt in jede Phase des südamerikanischen Lebens mit größter Schnelligkeit eingreifen müssen. Der anhaltende Kriegszustand in Europa und unsere Stellung Japan gegenüber bedingt, daß wir Südamerika brauchen, und gibt uns gleichzeitig die Möglichkeit, all die Mächte, *insbesondere England, aus Südamerika zu vertreiben*, die zur Zeit anderswo zu sehr beschäftigt sind, um ihrer Verteidigung volle Aufmerksamkeit schenken zu können. Ein Frieden in Europa würde Südamerika den Rivalen der Vereinigten Staaten wieder eröffnen.

Die wirkliche Periode des amerikanischen Imperialismus beginnt jetzt endlich . . . Die Regierungen, die mit den Vereinigten Staaten ‚Ball spielen', können auf Hilfe und auf jede Unterstützung rechnen. Diese Hilfe kann *anfangs* sogar selbstlos sein und für das betreffende Land günstiger als für die Vereinigten Staaten selbst, um es fest in den Bannkreis der USA. zu ziehen. Dann will USA. ernten. Und diejenigen, die nicht ‚Ball spielen' wollen, können sich auf eine *scharfe Intervention* gefaßt machen. Keine gewählte Regierung oder Demokratie darf dann bestehen, wenn sie nicht pro-amerikanisch eingestellt ist. Kredite werden gesperrt und verweigert, Märkte geschlossen, die innere Wirtschaft in Krisen gestürzt, ihre politischen Gegner öffentlich unterstützt oder sogar privat unterstützt werden.

Der wahre Grund ist natürlich, daß wir Hitlers wirtschaftliche, *nicht* militärische Durchdringung Südamerikas befürchten. Die Antwort ist klar: die südamerikanischen Märkte müssen geschlossen werden. Sie müssen ein ausschließlich amerikanisches Wirtschaftsgebiet werden."

Die Maßnahmen Washingtons zur Enteignung der Souveränität der südamerikanischen Staaten haben auf der Konferenz von Rio im Januar 1942 einen — vorläufigen — Höhepunkt erreicht, indem sich die meisten Staaten zu einer kriegsnahen Haltung gegenüber ihrem besten Abnehmergebiet Mitteleuropa pressen ließen. —

All dem gegenüber wirkt es schon beinahe bescheiden, wenn die Expansionspolitik Washingtons sich auch mit so kleinen Objekten wie den französischen Besitzungen an der Westküste des Atlantik befaßt. Seitdem ein französischer Kreuzer im Zusammenbruch Frankreichs 1940 die stattlichen Reste des französischen Staatsgoldes nach *Martinique* flüchtete und es sogar dem Zugriff der britischen Seeräuber zu entziehen vermochte, ging Washington darauf aus, das Gold den Engländern abzujagen und sich zugleich ein Vorgriffsrecht auf die Inseln zu sichern. Am 8. Juni 1941 gab Staatssekretär Hull bekannt, es sei zwischen den USA. und Admiral Robert als dem Hohen Kommissar für die französischen Besitzungen in der westlichen Hemsiphäre ein Abkommen getroffen worden, wonach nordamerikanische See- und Luftstreitkräfte das Gebiet um Martinique und Guadeloupe abpatrouillieren, also eine direkte *Kontrolle* ausüben. Mit keinem Wort wurde von Washington aus versucht, einen annähernd stichhaltigen Grund für diesen neuen Übergriff in die französische Staatshoheit zu formulieren, zumal die französischen Inseln von niemandem als den Engländern und Amerikanern bedroht waren und sind. Des Pudels Kern sitzt denn auch in der dem französischen Admiral aufgezwungenen Verpflichtung, *kein Gold von dort ohne die Zustimmung der USA. wegzuschaffen.* Außerdem sollen sich die Inseln jeder Aktivität enthalten, „die die Inter-

essen der USA. beeinträchtigen könnten". Die gegen diese Erpressungen gemachten Versprechungen für Lebensmittelsendungen für die Inseln enthüllen sich als ein übles Gegengeschäft: sie werden mit einem eigens dazu freigegebenen Teil der eingefrorenen französischen Guthaben in den USA. bezahlt, ein Trick, um diese Guthaben endgültig in den Besitz der USA. zu überführen.

Die Inseln liegen im Antillenbogen. Für den Hafen der Hauptstadt Fort de France auf Martinique bilden fünf Forts einen ungenügenden Schutz gegenüber schwerer Schiffsartillerie. In einem dieser Forts sind 14000 Sack des französischen Goldes hinterlegt, das der Kreuzer „Emile Bertin" im Juni 1940 dorthin geschafft hatte. Es hat dem Admiral Robert gar nichts geholfen, daß er im Februar 1941 erklärte, er werde Martinique mit allen Mitteln gegen jeden Versuch verteidigen, die Inseln Frankreich zu entreißen.

Ferner gab Washington eines Tages bekannt, man habe mit der „niederländischen Regierung" vereinbart, daß die USA. den „Schutz" Niederländisch-Guayanas — selbstverständlich gegen deutsche Eroberungsgelüste — übernähme, und wenige Tage später wehte dort auch schon die amerikanische Flagge und landeten Truppentransporter. Gleichzeitig ließ man durch Presse und Rundfunk mitteilen, daß auch die Tage der französischen Herrschaft in *Französisch-Guayana* und auf Martinique in dem Augenblick gezählt sein würden, wenn die Regierung von Vichy sich erlauben würde, sich mit Deutschland in irgendein Einvernehmen zu setzen, das Herrn Roosevelt nicht in den Kram passen würde.

Man sieht im Washington der jüdischen Vorherrschaft nicht ein, warum man nicht die beiden hervorstechenden

Eigenschaften des Angelsachsentums und Judas, Raubgier und Vergewaltigung Schwacher, bei so angenehmer Konjunktur anwenden sollte. Da man den Nachrichtenapparat der Welt zum überwiegenden Teil beherrscht, so kann man die Phrase von der Freiheit der Völker und dem Schutz der Schwachen nach Belieben strapazieren und braucht sich z. B. auch nicht um so kleine Schönheitsfehler zu kümmern wie den, daß die „Niederländische Regierung" für den Raub der Besitzungen in Guayana durch die USA. sogar nicht ohne weiteres zu haben gewesen war.

7. Ostasien

In dem Streben der USA. nach einer späteren Weltherrschaft bildet die Position Japans in Ostasien einen Sperrblock. In dem europäischen Kriege ersahen die USA. eine Gelegenheit, ihre Welteroberungspolitik auch in Ostasien ein Stück vorwärtszutreiben. Es fehlte den USA. bis dahin noch ein fester Punkt auf dem ostasiatischen Landkomplex, der die Einkreisung Japans von Norden her vollendet hätte. Dieser Punkt war im Wege der Unterstützung der Sowjetunion mit Kriegsmaterial zu gewinnen. Ob die Sowjets amerikanische Kriegslieferungen zunächst bar bezahlen konnten, war eine Frage zweiter Ordnung. In jedem Falle mußte ihr Bedarf nach den ungeheuerlichen Verlusten in den Schlachten des Sommers und Herbstes 1941 so gewaltig sein, daß die in Moskau verfügbaren Devisen keinesfalls ausreichen konnten. Aber selbst dann, wenn diese ausgereicht hätten, wäre zwar die amerikanische Sachleistung, nicht aber die Tatsache der kriegerischen Unterstützung als solche abgegolten worden.

Bei diesem Punkt setzten die amerikanischen Bemühungen ein, den Sowjets die Notwendigkeit einer Überlassung

von *Wladiwostok* als Stützpunkt für die USA. plausibel zu machen. Die Sicherung der Lieferungen ergab einen Vorwand. Wladiwostok ist der einzige sibirische Großhafen am Pazifik und seit seiner Begründung als Kriegshafen eine der stärksten Festungen in Ostasien, die mit Schiffswerften, Docks und Industriewerken einschlägiger Art reich ausgestattet ist. Der Hafen ist etwa hundert Tage im Jahr zugefroren; neuerdings versucht man, ihn auch im Winter mit besonders starken Eisbrechern offenzuhalten.

Ließen sich die Sowjets in irgendeiner Form auf gemeinsame Benutzung oder auf Überlassung einer amerikanischen Zone dort ein, so gewannen die USA. einen Stützpunkt von beträchtlicher Stärke, der *innerhalb des japanischen Meeres und nur 900 km von Tokio entfernt liegt.* Im August 1941, als die amerikanischen Öllieferungen für die sowjetische Luftflotte nach Wladiwostok bevorstanden, erklärte der Sprecher der japanischen Regierung, amerikanische Kriegslieferungen nach Wladiwostok würden von Japan als offene Herausforderung aufgefaßt werden; daraus ging hervor, daß Japan die Sowjethilfe Amerikas lediglich als Vorwand der USA. ansah, sich auf dem asiatischen Festlande festzusetzen. Wie erinnerlich, hatten die USA. auf der Panamerikanischen Konferenz selbst die Festlegung einer 300 Seemeilen breiten neutralen Zone an der ganzen Küste des amerikanischen Doppelkontinents beantragt und auch durchgesetzt. Ein gleiches Recht für Japan, das durch die amerikanischen Expansionsbestrebungen im ureigensten Seeraum unmittelbar bedroht wird, schien man in Washington nicht für diskutierbar zu halten.

Ergänzt werden die Bemühungen der USA. um Wladi-

wostok durch die Anregungen, auch auf der Halbinsel *Kamtschatka und an der Beringstraße* Stützpunkte zu gewinnen. Am 22. August 1941 wurde beispielsweise der Kongreßdelegierte Dimond, der Vertreter Alaskas, vorgeschickt, um in einem Interview zu fordern, daß die Sowjetunion ihre strategischen Pazifikinseln besonders im Beringmeer und die Diomedengruppe an die USA. übergeben solle, „damit die Vereinigten Staaten die Zufahrtsstraßen nach Japan beherrschen können". Die ganze amerikanische Presse sah damals in dieser Forderung eine halbamtliche Bestätigung der Wünsche Washingtons. Gleichzeitig wurden die Ergebnisse einer bolschewistisch-chinesischen Militärkonferenz in Tschita bekannt, die in acht Punkten zusammengefaßt u. a. die Schaffung einer gemeinsamen Fernostarmee von 3½ Millionen Mann und die Herstellung des Friedens zwischen der Kuomintang und den chinesischen Kommunisten vorsahen. Es ist klar, daß die USA. im Hinblick auf ihre Stützpunktpläne dabei mindestens Pate gestanden haben.

In *China* hat Washington sich so weit eingenistet, daß der von der Tschungkingregierung beherrschte Teil mehr und mehr unter amerikanische Vormundschaft gerät. Als Tschiangkaischek im Jahre 1940 infolge der Schließung der Burmastraße durch die Engländer im Zusammenhang mit den vorübergehenden Annäherungsversuchen Englands an Japan in die größten Schwierigkeiten geriet und ihm auch die Kommunisten wieder hart zusetzten, sorgte Herr Roosevelt dafür, daß der chinesische Militärchef auf Lauchlin *Currie* aufmerksam gemacht wurde, der gerade im Auftrag Roosevelts in Niederländisch-Indien herumreiste, als Sondergesandter natürlich. Der hatte nur auf den Ruf Tschiangkaischeks gewartet, kam nach Tschung-

king und machte sich erst gar nicht die Mühe, die verwickelten Verhältnisse Rumpfchinas auch nur einigermaßen zu studieren, sondern versprach den Chinesen sofort jede gewünschte Hilfe. Die Schnelligkeit dieser Zusage bestätigte die naheliegende Vermutung, daß der Tschungkingabstecher Curries eine abgekartete Sache war.

Während Herr Roosevelt allen Staaten, die sich von England in den Krieg ziehen lassen, seine Hilfeversprechen blanko gibt, stellte er hier eine *Bedingung:* Einführung des New Deal, der in den USA. bekanntlich zu einer der größten Wirtschaftskrisen geführt hat. Currie, als Nutznießer des New Deal und daher eifriger Anhänger dieses Systems, war der Mann dafür, den Chinesen den Schritt plausibel zu machen. Man kann China nicht auf den New Deal umstellen, ohne den Dollar als maßgebliche Währung vorauszusetzen — also begann man mit der Einführung der Dollarwährung in China. Damit ist ein weiterer Schritt in der Richtung getan. Tschungking-China auf ganz ähnliche Weise wie die südamerikanischen Staaten zu einer amerikanischen Kolonie im Sinne zunächst der amerikanischen Exportindustrie zu machen. China geht genau wie die südamerikanischen Staaten den Weg der *Verschuldung* an die USA. nur deshalb, weil es sich trotz seiner Bedrängnis nicht dazu entschließen kann, die japanischen Vorschläge zur Zusammenarbeit unter dem Motto einer ostasiatischen Monroedoktrin anzunehmen.

Die amerikanische Hilfe bestand in zwei Vorgängen. Erstens mußte England auf den Druck Washingtons, wie schon an anderer Stelle erwähnt, die Burmastraße öffnen — angeblich um den Chinesen über diese Straße amerikanisches Rüstungsmaterial zuzuleiten. In Wirklichkeit kam es den Amerikanern in erster Linie darauf an, die

wichtigen in China aufgekauften Metalle herauszutransportieren. Als die Japaner dann die Straße unter die Kontrolle ihrer Flieger nahmen, hatten die Chinesen zwar noch kaum amerikanisches Rüstungsmaterial zu sehen bekommen, aber die Metalltransporte für die USA. waren längst nach Burma gelangt. Die amerikanischen Lieferungen selbst, die der als Hauptmann verkleidete James Roosevelt im Auftrage seines Vaters auf einer Reise nach Tschungking dort angekündigt hatte, entsprachen den alten Zerstörern, die die USA. an England verhökert hatte: die Flugzeuge waren Museumsstücke, die Geschütze hatten schon im Weltkriege gedient. Aber man tat in Washington ein übriges und delegierte noch 300 Flieger als „Freiwillige" nach Tschungking.

Die beiden Hauptzwecke waren erreicht: Washington hatte den Chinesen der Tschiangkaischeckkreise den Weg zu einer Einigung mit Japan verbaut und hatte sich zugleich einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf Tschungking gesichert.

☆

Die nordamerikanische Expansion versucht, über das britische Weltreich und über andere Stationen zu dem erstrebten „amerikanischen Zeitalter" vorzudringen, obwohl mancherlei gewichtige Tatsachen einem solchen Zeitalter direkt entgegenstehen. Immerhin — Kanada und wohl auch Australien muß man als einen für England aufgegebenen Fall ansehen. Auf dem ganzen amerikanischen Doppelkontinent arbeitet Washington in skrupelloser Manier an der Unterwerfung. Gegen Ostasien richteten sich offene Angriffsabsichten, nachdem der Stille Ozean von den Aleuten bis nach Samoa, von San Fran-

zisko bis zu den Philippinen mit amerikanischen Seefestungen, Flotten- und Flugbasen offensiven Charakters gespickt worden war. Die britischen Besitzungen um den Indischen Ozean sind wie die in Afrika nach amerikanischer Auffassung Zukunftsreserven; sie sollen ein amerikanisches Weltreich so oder so ergänzen, je nachdem, ob sie einmal in der einen oder anderen Form an die USA. fallen oder ob sie britischer Verwaltungsbesitz unter amerikanischer Oberaufsicht werden. Früher oder später einmal rächt sich jede Untat in der Geschichte, wieviel mehr ein Raubsystem, wie es England seit drei Jahrhunderten betreibt: *Wäre England auf die Friedenspolitik des Führers eingegangen,* wofür die schwerwiegendsten Gründe der Politik, der Wirtschaft, der Sozialpolitik, der Kultur und des praktischen Verstandes sprachen, dann hätte es nicht nötig gehabt, sein Empire teilweise zu verschleudern und teilweise als sichere Beute der amerikanischen Erbgier ansehen zu müssen. Als Adolf Hitler den Engländern den Bestand ihres Empire ausdrücklich zusicherte, haben sie sich nicht träumen lassen, daß eben dieses Weltreich bereits das Zielobjekt der nordamerikanischen Außenpolitik im Sinne einer Enteignung auf kaltemWege darstellen würde. So mancher Beurteiler der englischen Politik hat in manchem Aufsatz, in manchem Buch den angeblich fabelhaften politischen Instinkt, die Gabe sicherer Erkenntnis für kommende politische Notwendigkeiten an England und seiner herrschenden Kaste zu rühmen gewußt. Dieser soviel gerühmte britische Instinkt *hat nicht dazu ausgereicht,* die geradezu *entscheidenden* Chancen zu erkennen, die in der deutschen Außenpolitik für eine vernünftige Zusammenarbeit zwischen den beiden Mächten gelegen haben. England wäre in der Lage gewesen, den inneren Ausbau

seines Weltreiches ungestört fortzusetzen. Es wäre ihm unter den angedeuteten Voraussetzungen ohne weiteres möglich gewesen, selbst den deutlichsten amerikanischen Bestrebungen nach englischem Besitz entgegenzutreten, wie es den primitivsten Lebensbedürfnissen Deutschlands entgegengetreten ist. England hat in der entscheidenden Stunde seiner Geschichte den Befähigungsnachweis für seine vermeintlich überragende politische Begabung *nicht* zu erbringen vermocht. Es hat nun die Folgen bis zur bitteren Neige zu tragen. Sie bestehen vor allem darin, daß England seine übersteigerten Interessen zum ersten Male in seiner Geschichte hinter die Weltmachtbestrebungen einer anderen Macht, der USA., zurücktreten lassen und einer stückweisen Enteignung hilflos zusehen muß. Auf nichts anderes laufen die sogenannten Schiedsverträge der USA. mit Kanada, Australien und Neuseeland hinaus, um nur an dieses eine Beispiel zu erinnern.

Es ließen sich der Beispiele für diese rückläufige Entwicklung der britischen Stellung in der Welt, besonders gegenüber den USA., noch genug anführen, etwa folgendes:

Es gibt noch immer so etwas wie einen Welthandel, wenn auch mit erheblichen Einschränkungen. London war einst der beherrschende Umschlagplatz dafür. Heute ist — ausschließlich infolge der Uneinsichtigkeit der englischen Außenpolitik — New York bereits an die Stelle Londons getreten. Amerikanische Schiffe laufen, wie wir bereits gesehen haben, auf allen britischen Schiffahrtslinien, Westafrika nicht ausgenommen. Täglich mehr bekommt die Londoner City die Wirkungen zu spüren. U. a. stieg die amerikanische Ausfuhr in die verschiedenen Teile des britischen Weltreiches (ohne die britischen Heimatinseln), die 1938 einen Wert von 700 Millionen Dollar

betrug, auf eine Milliarde Dollar bis zum Juni 1941 und zeigt diese Tendenz in steigendem Maße weiter. Umgekehrt stieg die Einfuhr aus den Teilen des Empire nach den USA., die 1938 465 Millionen Dollar betrug, bis zum Juni 1941 auf 900 Millionen Dollar, also um fast 100%, ebenfalls mit gleichmäßig ansteigender Tendenz. Ausgleichsmöglichkeiten sind für England nicht vorhanden und dürften es nach diesem Krieg erst recht nicht sein.

Die Abhängigkeit Englands von den Zufuhren aller Art aus den USA. ist bekannt. Darüber hinaus aber laufen seit Kriegsbeginn sogar die Lieferungen der britischen Dominien nach England nicht mehr direkt, sondern über amerikanische Häfen. In den drei Kriegsjahren 1939—41 hatte England ein Hinaufschnellen des Einfuhrüberschusses von 1,5 Milliarden Dollar auf 5 Milliarden zu verzeichnen. Es ist fortlaufend von amerikanischer zuständiger Seite festgestellt worden, daß die englischen Zahlungsreserven in den Vereinigten Staaten seit langem verbraucht sind; England besaß im Sommer 1941 — dies als ergänzenden Vergleich — noch ganze 300 Millionen Dollar in Gold, die USA. haben 22 Milliarden gehortet. Das ergibt *ein Verhältnis wie 22 : 0,3 oder wie 73 : 1!* Daneben läuft der unaufhaltsame Ausverkauf britischer Großkonzerne und Einzelfirmen an nordamerikanische Trusts. Der englische Eisenbahnbesitz in Argentinien ist mit einem Wert von schlecht gerechnet 250 Millionen Pfund in amerikanische Hände übergegangen. Nicht anders ergeht es den englischen Besitztiteln in Brasilien im Wert von 1 Milliarde Dollar sowie dem englischen Ölbesitz im Irak und in Mexiko. Die englischen Auslandseffekten im Wert von 6 Milliarden Dollar liegen längst in den amerikanischen Tresoren.

Alle diese und viele andere Einzelheiten sind Randglossen zu der amerikanischen Expansion im Hinblick auf den Zukunftstraum von einem amerikanischen Weltreich, ja von einem amerikanischen Zeitalter überhaupt. Die „New York Daily News“ vom 23. Juli 1941 drückten das schlicht so aus: „Die Vereinigten Staaten von Amerika werden in einem neuen Völkerbund tonangebend sein, und es ist wirklich nicht schwer, zu sagen, wer der *Präsident der neuen Weltregierung* sein wird.“ Das England von heute wird sich ja wohl nicht ernstlich einbilden, daß der amerikanische Anspruch vor einem besiegten England mehr Respekt haben wird als vor der früheren Weltmacht, zumal ja, wie wir sahen, zahlreiche Stimmen führender Engländer den USA. ihren Anspruch als geradezu berechtigt bescheinigt haben. Die Kosten der amerikanischen Zukunftsphantasien tragen in erster Linie England und sein Empire. Das „Mutterland“ dankt vor dem „Tochterland“ ab wie ein Monarch, der seiner Zeit nicht mehr gewachsen ist.

In zweiter Linie werden die Kosten getragen von dem seit 1917 genarrten amerikanischen Steuerzahler. Er bekam u. a. im August 1941 eine neue Kostprobe davon, was ihm unter seiner verjudeten Regierung noch bevorsteht: Es wurde ihm ein neues Steuerprogramm in Höhe von 3 Milliarden Dollar zusätzlich diktiert, das tief in die Lebensbedürfnisse der breiten Masse eingreift, alles nur, damit Herr Roosevelt und seine jüdischen Auftraggeber ihr größtes Geschäft in Weltherrschaftsaktien machen können. Diese politische Verschwendungssucht, die dem Volk gegenüber als Weltherrschaftsmission getarnt wird, skizziert General Johnson in seinem im April 1941 erschienenen Buch „Hell-ben of War“ so: „Wir haben ge-

nug damit zu tun, erst einmal Amerika wieder aufzubauen, was bisher noch nicht geschehen ist. In den letzten acht Jahren wurden immer neue Dringlichkeitsprogramme aufgestellt, aber durchgeführt ist noch herzlich wenig. Dafür sind 50 Milliarden verpulvert worden, ohne daß ein Erfolg eingetreten wäre."

Kam der Londoner „Daily Mail" eine leise Ahnung, als sie am 10. Juli 1941 schrieb: „Auf die USA. soll man sich nicht verlassen, sondern nur auf sich selbst"?

Die Ahnung blieb in jedem Falle gänzlich hinter den Tatsachen zurück ...

IX.

„Union now!"

„Amerika kann die Entwicklung nur begrüßen, da sie zwangsläufig spätestens nach dem Kriege, d. h. im Falle einer völligen Erschöpfung Englands, zur Heimkehr (!) Englands nach Amerika führen muß. Die beherrschende Wehrmacht nach dem Kriege wird Amerika sein." Millory Brown, Frühjahr 1941 in der Christian Science.

Mit der ganzen Zielstrebigkeit, die aus der innigen Zusammenarbeit der Yankee-Smartness und der jüdischen Geschäftsgerissenheit entstanden ist, gehen die USA. also auf die Weltherrschaft los. Dabei ist der bisherige Träger der „Weltherrschaft", England, mit seinem Empire nicht etwa im Wege, sondern höchst erstrebenswertes *Objekt*. England erlebt heute mit seinem Empire in zeitgemäßer Abwandlung dasselbe wie Spanier, Portugiesen, Holländer, Franzosen und andere Kolonialmächte, die in früheren Jahrhunderten Kolonialgebiete erwarben, sie ausbauten und nutzbringend gestalteten und dann eines Tages an die aufkommende Beherrscherin der Meere abtreten mußten.

Die Sorge, in welcher Form England die Notwendigkeit eines Herrschaftswechsels, einer Ablösung — sie bleibt in der Familie — handgreiflich klargemacht werden müßte, ist den Amerikanern im Grunde in willkommener Weise genommen worden in dem Augenblick, in dem sich England auf das tollköpfige Abenteuer eines Krieges gegen das neue Deutschland einließ. Daß die USA. diesen

Fall seit mindestens einem halben Dutzend von Jahren sorgfältig einkalkuliert und vorbereitet hatten, haben wir hier etappenweise verfolgt. Es galt nun, die Entwicklung zu fördern und in die richtige Bahn zu lenken, d. h. es mußte der Anschein erweckt werden, als tue Amerika seine Verwandtschaftspflicht, wenn es England beisteht, und als wenn es dann nur die weitere traurige Pflicht übernehme, die Hinterlassenschaft Englands, *dessen Niederlage für die USA. feststeht,* zu ordnen und in die rechten Hände zu bringen.

Aus diesen Überlegungen entstand „Union now".

Das ist erstens ein Buch, zweitens ein daraus entstandenes bzw. entnommenes, von Washington gehätscheltes Schlagwort, drittens eine „Bewegung", viertens das abgefeimteste politische Großgeschäft der ganzen bisherigen Menschheitsgeschichte.

Die Ironie der Weltgeschichte will es, daß die Keimzelle für „Union now" nirgends anders stand als *in — England.* Der geistige Vater ist zudem ausgerechnet einer der bekanntesten britischen Imperialisten, *Cecil Rhodes* (1853—1902), ein doppelter Treppenwitz der Weltgeschichte. Er hat sich freilich nicht träumen lassen, daß seine Vorstellung von dem Zusammenschluß der angelsächsischen Völker vier Jahrzehnte später in jüdisch-amerikanischer Fassung neu bearbeitet und verwirklicht werden sollte.

Cecil Rhodes schrieb: „Ich behaupte, daß wir die höchste Rasse der Welt sind, und je größere Gebiete der Erde wir bevölkern, desto besser für die Menschheit. In Zukunft will ich mich einsetzen für die Ausbreitung des britischen Imperiums, für die Zusammenfassung der ganzen zivilisierten Welt unter britischer Herrschaft und für die *Ver-*

schmelzung der angelsächsischen Rasse in einem einzigen Imperium.“

Hier wird also, besonders im letzten Satz, die angelsächsische Weltherrschaft gepredigt und gefordert, freilich unter britischer Führung; eine amerikanische hätte außerhalb der britischen Vorstellungswelt gelegen. Die USA. unter Führung der Roosevelt, Baruch, Morgenthau, Frankfurter, Loeb und Genossen hatten die Verbrämung ihrer Weltherrschaftspläne mit solchen Theorien wie der „höchsten Rasse“ nicht mehr nötig, sie wäre zudem unbequem angesichts ihrer Vertreter und angesichts der Tatsache gewesen, daß in den USA. nur ein größerer *Teil der Bevölkerung angelsächsisches Blut hat* (es gibt dort 12 Millionen Neger, 10 Millionen Iren, 8 Millionen Juden, 7 Millionen Deutschstämmige, 5 Millionen Skandinavier, ferner 1,5 Millionen Mexikaner und 0,5 Millionen Angehörige verschiedener Rassen; das sind zusammen 44 Millionen Nichtangelsachsen bei einer Einwohnerzahl von insgesamt 131 Millionen, also fast ein Drittel!). Die USA. konnten sich mit der charitativen Note, mit dem Mantel der Nächstenliebe schmücken, dessen dichter Pailettenüberzug von der Rüstungsindustrie geliefert wurde.

Verfolgen wir kurz die Entwicklungsgeschichte der „Union now“. Hier ist ein sauberes Stück politischer Intrige, wie sie nur in jüdisch infizierten und beeinflußten Köpfen entstehen konnte.

Das Vorspiel liefert jener amerikanische Präsident, der dafür gesorgt hatte, daß sich um seine Person die wildromantische Geschichte des ollen ehrlichen Rauhreiterobersten gebildet hatte. *Theodore Roosevelt* sprach 1894 das Wort: „Wir können keinen Fremdling gebrauchen, der nicht von seiner Nationalität lassen will. *Wir können*

nur Amerikaner brauchen und nichts anderes!" Dies ist, wie wir noch sehen werden, das Vorwort beispielsweise zu der schon 1939 in den USA. erhobenen Forderung, daß die USA. nach der Übernahme Englands von diesem die Aufgabe des Königtums verlangen müßten.

Das zweite Vorspiel schrieb ebenfalls ein Amerikaner, nämlich der Kanadier und spätere englische Lord *Beaverbrook*, der 1938 erklärte: „Wir sollten die Gefährten Amerikas bei der Isolierung sein. Das ist der notwendige erste Schritt zur *Kooperation der angelsächsischen Staaten* ... Das ist die glänzende Möglichkeit, die die Isolierungspolitik uns bietet."

Damit sind wir am Vorabend der Geburt der „Union now" angelangt. Im Frühjahr erschien drüben in den USA. unter diesem Titel ein Buch des Journalisten *Astor Clarence Streit*, das zum ersten Male die Verschmelzung Englands mit den USA. behandelt und dabei vorgibt, daß sich auch andere europäische Staaten daran beteiligen könnten. Streit gehört zu den Intimen des Weißen Hauses. Anfang Juni 1941 gab er bei einem Vortrag vor dem Rotary-Club einen Kommentar zu seinem Buch, der keinerlei Mißdeutung mehr möglich macht. Er erklärte dabei u. a.:

Angesichts der unbestreitbaren Fortschritte der deutschen und italienischen Kriegführung müßten die USA. schnell handeln. Dies um so mehr, als die gegenwärtige Konstellation der Mächte die ernsteste Allianz sei, die jemals gegen die Vereinigten Staaten (??) aufgestellt worden sei.

Es sei daher die höchste Zeit, daß die USA. *England* so feste Bindungen auferlegten, daß dieses *keinen Sonderfrieden mehr schließen könnte.* Vielmehr müsse da-

für gesorgt werden, daß den Amerikanern unter allen Umständen die Herrschaft über die Weltmeere gesichert bleibe. Daher müßten Kanada, Großbritannien, Irland, Südafrika und Australien sowie alle anderen Länder, die dazu bereit seien, dazu aufgefordert werden, vorläufig erst einmal einen *Bund* zu schließen. Er habe nichts mit einem Bündnis zu tun. Seine *Grundlage* müsse *die Verfassung der Vereinigten Staaten* sein. Als Streit sein Buch „Union now" schrieb, mußte er mehr Rücksichten nehmen als heute. So forderte er damals noch, daß die neue Weltunion „eine" neue Verfassung haben müsse. Jetzt kann er die Verfassung der USA. unbesorgt im Ton der Selbstverständlichkeit als maßgebend für den „Bund" hinstellen. England ist inzwischen zu einer Größe zweiten Ranges abgerutscht und hat keinen Anspruch mehr darauf, an der Konstitutionsbildung des sogenannten Bundes angemessen beteiligt zu sein. Ebenso selbstverständlich ist es für die Kreise, aus denen Streit seine Informationen bezieht, daß die Empireteile bei der amerikanischen Neuordnung der Welt einschwenken wie die Unteroffiziere und daß die britische Weltherrschaft über die Meere schon jetzt als abgelöst zu gelten hat: „*America* rules the Waves."

Kann man es gegenüber einem seiner Weltmacht entkleideten England noch dulden, daß es in dem Kriege, den es zur tiefen Genugtuung der USA. heraufbeschworen hat, eigenmächtig Frieden schließt? Das muß verhindert werden. England muß sich also Verpflichtungen unterwerfen, daß es nur nach amerikanischen Vorschriften und Richtlinien sich an einem Friedensschluß beteiligt, sofern man es dabei noch hinzuzieht.

Wir stoßen hier wieder auf die Linie, die wir schon bei

Luce und seinem Artikel im „Life" über das kommende amerikanische Zeitalter gefunden haben: Amerika, sagte er, kann jederzeit englische Friedensziele gutheißen oder verwerfen; England dagegen muß jederzeit amerikanische Friedensziele und -bedingungen annehmen.

Damit ist zugleich ein weiterer Beweis erbracht, daß die publizistischen Sondergesandten Herrn Roosevelts alle nach einheitlichen Richtlinien arbeiten und alle das gleiche Ziel propagieren. Dieses besteht ein für allemal in der Entthronung Englands, ganz gleich, welche Zwischenstadien da aus Zweckmäßigkeitsgründen noch eingeschaltet werden könnten.

In England selbst war auf diese Propaganda der „Union" von amerikanischer Seite schon vorbereitet worden. In London hatte Anfang 1939 die öffentliche Werbung einer Organisation eingesetzt, die von den jüdisch-amerikanischen Banken in der englischen Hauptstadt finanziert wurde. Im Hintergrunde blieben dabei die Repräsentanten des amerikanischen Großbankiers Morgan, nämlich das Haus Morgan & Greenfell, und die angeschlossenen Maklerfirmen Nathan and Roselli und andere. Da die Herkunft dieser Firmen bekannt war, schob man für die Agitation zwei Mitglieder einer englischen Adelsfamilie in den Vordergrund, nämlich zwei Söhne des Lords Ronell, eines alten, nicht mehr aktiven Diplomaten aus der Weltkriegszeit. Einer seiner Söhne bekleidet den Posten eines Direktors der Firma Nathan & Roselli.

Die Agitation mit dem Schlagwort „Union now" begegnete in England schon damals der Überzeugung eingeweihter Kreise, daß man bei dem bevorstehenden Kriege gegen Deutschland auf die Dauer vermutlich nur aus einer angelsächsischen Staatenvereinigung heraus die un-

geheure Prüfung werde bestehen können. Das war immerhin ein Vorteil; man stieß von Washington aus auf einen nicht ganz unbearbeiteten Boden, wenn auch die Kreise des Merry Old England bei der Zumutung eines Aufgehens der Vereinigten Königreiche und des Empire in die USA. fest davon überzeugt waren, daß dann das Ende der Welt gekommen sei.

Da diese Kreise immer noch einen weit nach oben reichenden Einfluß hatten, mußte man diesem entgegenarbeiten. Man kann nicht leugnen, daß die Yankees bzw. ihre fremdrassigen Manager die Sache sehr gerissen anfaßten. Man fiel nicht mit der Tür ins Haus, man benutzte die vielbewährte Methode der langsamen politischen *Vergiftung.* So sahen sich etwa die Leser bekannter Zeitschriften wie „Spectator“ oder „Time and Tide“ oder „New Statesman and Nation“ unmerklich in „briefliche“ Zwiegespräche — „Der Leser hat das Wort“ — über die Frage und die Vorteile einer englisch-amerikanischen Vereinigung verstrickt. Das wurde nicht so kurz und deutlich gesagt, wie es hier steht. Die „Briefe an die Redaktion“, die kein Engländer geschrieben hatte, gingen nach angelsächsischer Manier von den Dingen des täglichen Lebens, von bekannten Sport- und Modeereignissen aus. In wohlabgemessenen Zeitabständen ließ man die interessierten „Engländer“ zu Worte kommen, die alle merkwürdigerweise wenig oder gar nichts gegen eine Union einzuwenden hatten und immer neue Vorzüge daran entdeckten. Schließlich war man so weit, daß man einzelne Tageszeitungen dann mehr heranziehen konnte, die sich ein soviel erörtertes Gesprächsthema nicht länger entgehen lassen wollten. Blätter wie die „Yorkshire Post“ des Schwiegervaters Edens und der „Manchester Guardian“

griffen die Sache auf, wobei es für den Endeffekt unerheblich ist, ob sie ahnungslos waren oder einen Judaslohn auf dem üblichen Bestechungswege bezogen. Das letztere ist das Wahrscheinlichere. Jedenfalls ließen und lassen sich die Amerikaner die Sache eine Stange Gold kosten. Die Londoner Niederlassung des Hauses Morgan verfügt über sehr beträchtliche Mittel, die aus Washington laufend aufgefüllt werden.

Der zweite Trick bestand darin, daß die in den USA. bereitgestellten Horchposten zuerst als Empfangs-, dann als Verstärkerapparate in Tätigkeit traten. Man kann noch nicht einmal sagen, daß es sich um ein Ballspiel zwischen eingeweihten Engländern und Amerikanern handelte. Es war eine Angelegenheit, die in diesem Stadium noch ausschließlich von Amerikanern gemacht wurde. Zudem ließ man sich in den USA. das erste Echo und seine Kommentierung gleich zusammen aus England von den dortigen Kontrolleuren kabeln. Mit scheinbar noch halb reservierter Freude schrieb etwa Mellory Brown, der Leiter der „Christian Science" für Europa:

„Amerika kann die Entwicklung nur begrüßen, da sie zwangsläufig spätestens nach dem Kriege, d. h. im Falle einer völligen Erschöpfung Englands zur *Heimkehr* (!) führen muß. Die beherrschende Weltmacht nach dem Kriege wird Amerika sein. Folglich wird eine *Heimkehr Englands nach Amerika in der Form eines ‚Commonwealth of English speaking Nations' mit dem Sitz auf dem amerikanischen Kontinent erfolgen,* wobei die USA. die absolute Aktienmehrheit haben werden. Falls der Mittelpunkt dieser neuen Großmacht Washington sein würde, *würden die USA. die Aufgabe des englischen Königtums verlangen.*"

Dies ist wohlverstanden im März 1939 — also *ein halbes Jahr vor dem Kriege* — geschrieben! Es ist um so interessanter und aufschlußreicher für die ganze „Hilfs“-politik der USA., daß man drüben schon um diese Zeit, als der Krieg noch gar nicht begonnen hatte, mit absoluter Sicherheit die „völlige Erschöpfung“, also die unvermeidliche Niederlage Englands einkalkulierte und daraus kaltschnäuzig die Folgerungen zog. Etwas anderes als die Übernahme einer herrenlosen Erbmasse durch die USA. kam für die Vertreter der „Union now“ sowenig in Frage wie die Fortführung einer vollen Souveränität Englands, das sich eben in die vergrößerten USA. einzufügen und seinen King in den wohlverdienten Ruhestand zu überführen hatte.

Wer die Mentalität der regierenden englischen Kaste nicht kennt, dem mochte es verwunderlich erscheinen, daß man dieser Propaganda in keiner Weise entgegentrat. Tatsächlich waren die maßgeblichen Kreise Londons sogar daran indirekt *interessiert*. Beide Partner gingen ohnehin seit dem Beginn der Vorbereitung des englischen Krieges um einander herum wie die Kontrahenten eines großen Börsengeschäftes, die einander so stark wie nur irgend möglich am Risiko beteiligen wollten, um im geeigneten Augenblick dem anderen das Gesamtrisiko zuzuschieben. In London verstand man sich auf solche Manöver: War es nicht in und nach dem Weltkriege glänzend gelungen, als man die USA. erst mit großen Mitteln sich engagieren und dann nach getaner Schuldigkeit auf den nicht bezahlten englischen Kriegsschulden sitzen ließ? Es war kein Grund zu sehen, daß es diesmal, wenn auch nicht genau so, so doch auf ähnliche Weise glücken wollte. Die Sache mit der späteren amerikanischen Vor- oder gar Weltherr-

schaft nahm damals noch kein Mensch in Englands politischen Kreisen ernst. Diese Yankees nahmen nun mal gern das Maul voll. Man brauchte sie — später konnte man sie irgendwie abfinden, schlimmstenfalls mit einigen Sachwerten, die man verschmerzen konnte. Es gab im weiten Empire und in den Kronkolonien genug Plätze und Gebiete, die für das britische Prestige wegen ihrer bedauerlichen Verhältnisse nicht eben förderlich waren.

Daher sah London in der „Union now"-Agitation im eigenen Lande nur das Mittel, um den Yankees die Kriegsbeteiligung in der einen oder anderen Form schmackhaft zu machen und der Wallstreet die ausreichende Veranlassung und geschäftliche Sicherheit dafür zu geben, daß sie *mit möglichst hohem Einsatz* an das Geschäft der neuen Kriegsfinanzierung usw. heranging. Hinterher würde man bedauern, daß der Krieg und seine Ausweitung eben sämtliche Voranschläge weit überstiegen habe und daß England leider nicht in der Lage sei usw. usw. Wir sagten es schon: die Torheit und Rückständigkeit dieser Spekulationen der englischen Kriegspartei bleibt selbst dann noch rätselhaft arrogant, wenn man das langjährige amerikanische Drängen nach Bezahlung der alten Kriegsschulden voll in Rechnung stellt.

Nicht auf das Konto dieser Spekulationen ist freilich unseres Erachtens eine Äußerung Churchills zu setzen, die man andernfalls als einen weiteren Schritt der Gewöhnung an den Gedanken einer englisch-amerikanischen Vereinigung ansehen müßte. Er warf im Herbst 1940, nie verlegen um ein theatralisches Wort für die Ohren des kleinen Mannes, die Bemerkung in die Debatte, die beiden Weltreiche seien in einer Bewegung aufeinander hin begriffen, die „unaufhaltsam wie der Lauf des Mississippi"

sei. Es hieße Churchill unterschätzen, wenn man ihm zumuten wollte, daß er um diese Zeit, d. h. ein Jahr nach Beginn des Krieges, mit der inzwischen erfolgten militärischen Bloßstellung Englands nicht längst erfaßt hätte, wie der Hase lief. Er spielte damals schon Va banque. So mußte ihm die Idee der „Union now" geradezu wie ein rettender Hafen erscheinen. Gelang es, ihn mit selbst noch so schwerer Havarie anzulaufen, so mußte für den Abenteurer womöglich noch so etwas wie der Glorienschein eines Steuermannes zu beschaffen sein, der die Brücke des Staatsschiffes um keinen Preis einen Augenblick zu früh verließ.

Schließlich war ihm ja aus seiner eigenen unheilvollen Praxis solch eine Unionsidee nicht fremd geblieben. Churchill war es, der am *16. Juni 1940* auf dem Höhepunkt der französischen Staatskrise dem damaligen französischen Ministerpräsidenten Paul Reynaud die „Vereinigung" Frankreichs mit England vorschlug. Alfred Fabre-Luce erzählt in seinen Aufzeichnungen, Chautemps habe damals, als der Vorschlag des Engländers ruchbar geworden war, erschrocken ausgerufen: „Frankreich wird doch kein britisches Dominion werden!", ganz ähnlich wie der englische König in Shaws Schauspiel „Der Kaiser von Amerika" bei dem Ansinnen des amerikanischen Gesandten erschrocken war. Es ist nicht bekannt geworden, ob ein englischer Politiker von Rang gegenüber den amerikanischen Plänen ausgerufen hätte: „England wird doch kein amerikanisches Dominion werden!"

Im Jahre 1941 ist die Agitation für die Vereinigung Englands und der USA. schon eine Angelegenheit geworden, die man nicht mehr durch falsche „Briefe aus dem Leserkreise" vorsichtig an das Publikum heranzu-

tragen braucht. Man kann frei von der Leber weg reden. Das tut mit gewohntem Mangel an jeder Delikatesse ein so reinblütiger Yankee wie Mister *Willkie.* Vor seiner Abreise aus England erklärte er am 3. Februar 1941:

„Nach meiner Rückkehr in meine Heimat werde ich der amerikanischen Öffentlichkeit die *Notwendigkeit revolutionärer Umwälzungen* in den Beziehungen meines Landes und des britischen Empire klarmachen. Dazu gehören:

1. eine wirtschaftliche und eine soziale Revolution;
2. die Abschaffung aller Einwanderungsbeschränkungen zwischen den Ländern des Empire und den Vereinigten Staaten, wobei die Inhaber amerikanischer Pässe im ganzen Empire und die Inhaber britischer Pässe in den Vereinigten Staaten wie Staatsbürger behandelt werden;
3. eine bleibende Festlegung des Wechselkurses zwischen Dollar und Pfund, gleichzeitig eine ähnliche Festlegung der Kurswerte zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen Ländern des britischen Empire."

Herr Willkie gibt hier in ein paar Worten, die die Vertreter aller maßgeblichen englischen Zeitungen mit fliegenden Bleistiften notierten, bereits einen knappen *Aufriß verwaltungsmäßiger Überführung des englischen Weltreiches in die Obhut der USA.* Punkt 1 besagt, daß man sich die wirtschaftliche Koordination so ähnlich denkt wie die künftige Zusammenarbeit mit dem großen südamerikanischen Sammeldominion der USA., daß man also bemüht sein wird, die gesamtbritische Produktion unter den bestimmenden Gesichtspunkt des amerikanischen Weltreiches zu stellen. Sehr bemerkenswert ist die „soziale Union". Schon seit Kriegsbeginn und wachsend mit jeder

neuen Enttäuschung der englischen Labourparty befürchtet man in Washington, daß die Tage der konservativen Herrschaft in England ohnehin bald gezählt sein werden und daß man mit einem sozialistischen Umschwung der inneren Verhältnisse Rückwirkungen auf die ständig streikbereiten amerikanischen Gewerkschaften zu erwarten hat. Dem zuvorzukommen und etwaige Radikalismen rechtzeitig abzufangen, erscheint der nordamerikanischen Plutokratie um so nötiger, als die Regierung Churchill von Zeit zu Zeit der werktätigen Bevölkerung Englands ein goldenes Zeitalter zu versprechen pflegt, um sie bei der Stange zu halten. Es kommt für die USA. also darauf an, diese Strömung beizeiten in ein amerikanisches Bett zu leiten, im Sinne der völligen Abhängigkeit des Arbeitnehmers vom „Boß".

Punkt 2 verlangt die *Freizügigkeit* der beiderseitigen Einwohner im ganzen amerikanischen Weltreich der Zukunft. Das läuft auf die allmähliche *Verwischung des Britentums* zugunsten des Amerikanertums auf dem Wege über eine möglichst weitgehende Durchdringung mit amerikanischem Blut hinaus. Wir bemerkten schon bei der Betrachtung Kanadas, daß man in Washington mit der Übersiedlung von 15 bis 20 Millionen Engländern bei einer Aufgabe der britischen Inseln durch die englische Regierung rechnet. Das wäre schon fast die Hälfte aller Engländer der Heimatinseln (der Prozentsatz in den Dominien und Kolonien ist ohnehin verschwindend gering). Man weiß in Washington, daß sich die Engländer in aller Welt untereinander abzuschließen pflegen. Da ist Kanada mit seiner Mischbevölkerung, seiner britischen Minderheit und seiner Durchdringung durch den Ameri-

kanismus gerade das rechte Feld für eine *Umschulung des Engländers* auf den Zukunftsamerikaner.

Punkt 3 der Willkieschen Erklärungen kündigt die beherrschende Stellung des amerikanischen Dollars im geplanten amerikanischen Weltreich gegenüber dem englischen Pfund an und eröffnet gleichzeitig entsprechende Ausblicke auf die Rolle, die der Dollar dann im Welthandel nach Verdrängung des ohnehin notleidenden Pfundes spielen soll.

So weitgehende Offenherzigkeiten kann sich Herr Willkie im Frühjahr 1941 nicht nur wegen der aussichtslosen militärischen Lage Englands und der daraus entstehenden immer größer werdenden Abhängigkeit von den USA., sondern auch deshalb erlauben, weil zu jener Zeit die New Yorker Organisation der „Union now" schon mit englischem Gelde arbeiten kann! Lord *Beaverbrook*, der „Biber", wie man ihn in Londoner Kreisen nennt, bekannt für die absolute Unberechenbarkeit seiner exzentrischen Einfälle, legt sich ab März 1941 mächtig ins Zeug, um die englischen Dominien je eher je lieber einem angelsächsischen Commonwealth zuzuführen. Er plaudert dabei von der „Union der angelsächsischen Rasse", schreibt ihr die Fähigkeit zur Beherrschung der ganzen Welt zu und verweist geschmackvollerweise darauf, daß seine Heimat Kanada sowieso das Bindeglied zwischen England und den USA. sei.

Der März bringt dann auch *die erste praktische Verwirklichung der Idee der „Union now"* in Gestalt des englisch-amerikanischen Vertrages über die westindischen Inseln, der unter der Formel der Verpachtung auf 99 Jahre einer Abtretung durch England gleichkommt. Es ist bezeichnend, daß England *nicht* die Möglichkeit hat, das

Abkommen zu einem beliebigen Zeitpunkt zu widerrufen, wohl aber die USA., oder daß diese die militärischen Stützpunkte auf den Inseln nach Belieben, wenn auch formell mit Zustimmung Englands, erweitern können; andererseits hat England *nicht* die Vollmacht, die Forderung nach Verkleinerung der Basen vorzubringen. In Washington ist man trotz der Kenntnis der militärischen Lage Englands doch überrascht über soviel verhängnisvolle Nachgiebigkeit und streicht „die großzügige Manier“ Herrn Churchills durch die Presse gewaltig heraus. Unbesorgt kann Roscoe Drummond in Washington das Kind beim richtigen Namen nennen: *„Die Bedeutung des Abkommens im umfassenden Sinne liegt im Zusammenschluß des britischen Gemeinwesens und der USA.*, der nun so tief reicht und *so vollständig ist*, daß sich kaum irgendeine Aussicht oder Möglichkeit oder ein Verlangen vorstellen läßt, daß die beiden Mächte sich wieder einmal auseinanderleben könnten.“ Das heißt mit anderen Worten an die Adresse der Engländer: ihr könnt nicht mehr zurück — *wer Westindien sagt, muß auch einmal Empire* sagen.

In der Tat, der Westindienvertrag ist nur ein Muster für die spätere Regelung der beiderseitigen Besitzfragen in Ostasien und im Stillen Ozean, für die ja die „gemeinsame Benutzung“ von Singapore wiederum ein kleines Beispiel ist. Walter Lippmann hatte durchaus nicht übertrieben, als er schon im Februar 1941 nach Annahme des Englandhilfegesetzes in der „Washington Post“ schrieb: „Die Bill 1776 *hat die Hilfe für England nicht als letztes Ziel.* Vielmehr besteht das Hauptziel darin, eine Art Auffangvorrichtung herzustellen, falls England fällt. Präsident Roosevelt muß mit England weitgehende Abmachun-

gen treffen, um die *Flotte* und die in der Welt verstreut liegenden Teile der englischen *Luftflotte* sowie die *Stützpunkte* des britischen Empire übernehmen zu können."

Es ist seinerzeit bei der Veröffentlichung dieses Hilfegesetzes meistens darüber hinweggelesen worden, daß England darin nicht mehr seinem Range als Weltmacht entsprechend, sondern ausdrücklich als „hilfsbedürftige Nation" bezeichnet und auch behandelt wird, insofern nämlich, als es *mit Mächten wie China oder Griechenland auf eine Stufe gestellt* wird. Es entsprach durchaus dieser Einstellung, wenn die amerikanische Presse dabei ganz offen bemerkte, daß England ja sowieso ohne direkte und engste Verbindung mit den USA. keine führende Rolle mehr spielen könne. In diesem Sinne hatte schon im März 1941 der Korrespondent des Londoner „Observer" in Washington in einem Artikel eine „englisch-amerikanische Assoziation" in einer Form vorgeschlagen, als sei das seine persönliche Anregung und als sei sie nicht auf dem Weg über die sozusagen Austauschbank Morgan und Genossen mit entsprechendem Salär an ihn herangetragen worden. Der Brave war aber wenigstens bemüht, seinem Artikel insofern eine neue Note für die „Union now" zu geben, als er darin eine Gemeinschaftsverwaltung für Singapore, Gibraltar und — Kiel anregte. Der freundliche Vorschlag erfolgte am 18. März. Wir nennen das Datum dieses an sich läppischen Vorganges deshalb, weil merkwürdigerweise am gleichen Tage der nächste Aufschlagball aus England über den Atlantik flog, gegeben von dem bekannten Mitglied der Labourparty, *Wedgewood*, der sich eigens ein Interview dazu bestellt hatte, um die Union als einziges Mittel „zur Durchsetzung der Friedensideale unter den heutigen Umständen" zu empfehlen. Man sieht,

der Kreis der Rentenempfänger der „Union-now"-Bewegung erweitert sich mehr und mehr und erfaßt Kreise des englischen Parlaments.

Im April 1941 gehen dann die britischen Anhänger der Vereinigung mit Amerika in großem Stil an die Öffentlichkeit. Zum ersten Male kündigen der Minister für Flugzeugbeschaffung Lord *Beaverbrook* und Handelsminister *Littleton* eine Union zwischen den Vereinigten Königreichen und den Vereinigten Staaten als durchaus möglich an — vergessen wir nicht, daß wir uns mitten im Kriege befinden, in dem England somit wiederum ein neues Zeichen seiner Schwäche gibt! Beaverbrook kann sich wie üblich nicht beherrschen und verfällt in die gewohnte exzentrische Ausdrucksweise. Er kündigt zunächst eine „Union of interests and purposes", eine Interessen- und Zweckgemeinschaft, an und fährt dann fort: „Vielleicht ist jetzt die Stunde der Wiedervereinigung dieser beiden Welten gekommen. *Wie sehne ich mich danach, diesen Tag noch zu erleben!*" Der Kanadier Aitken, beheimatet in England, Inhaber eines britischen Lordtitels, gebärdet sich, als gehöre er zu den Kreisen der Willkie, Donovan, Harriman, Hopkins usw., also der vertrauten Sondergesandten des amerikanischen Bundespräsidenten, und als sei er nordamerikanischer Chefdelegierter in der Londoner Regierung.

Ebenfalls in diesem April 1941 steigt im englischen Unterhaus *zum ersten Male in der Geschichte Englands ein offizieller Antrag auf die Vereinigung Englands mit den USA.*, eingebracht von dem Abgeordneten Craven Ellis. Es geschieht das merkwürdigerweise wieder im gleichen Augenblick, in dem drüben in Amerika Henry Robinson Luce in seiner Millionenzeitschrift „Life" den

von uns bereits ausführlich behandelten großen Leitartikel über das kommende amerikanische Zeitalter veröffentlicht und dabei feststellt, daß England schon jetzt nach der Pfeife der USA. tanzen muß. Er erfährt dabei noch nicht einmal eine Zurechtweisung aus London, im Gegenteil, aus dem dortigen „Economist" schallt es wie eine Antwort nach Washington hinüber:

„Wenn eine ständige engere Verbindung zwischen England und Amerika zustande kommt, dann kann ein Inselvolk von weniger als fünfzig Millionen Menschen nicht erwarten, der Seniorpartner zu sein. Das Schwergewichtszentrum und die letzte Entscheidung muß sich mehr und mehr nach Amerika verlegen. Wir Engländer dürfen uns über diese historische Entwicklung nicht kränken. *Wir sollten uns eher stolz fühlen,* daß der historische Zyklus von der Abhängigkeit über Feindschaft und Unabhängigkeit sich in einer neuen gegenseitigen (??) Abhängigkeit schließt."

Wenn man einem halbwegs prominenten Mann der politischen Kreise Englands noch vor zehn Jahren, ja auch nur vor einem halben Jahrzehnt auf den Kopf zugesagt haben würde, daß eine führende englische Zeitschrift sich derart würdelos dem heraufkommenden Tochterstaat an den Hals werfen würde, so wäre man von ihm noch nicht einmal niedergeboxt worden, sondern er hätte den offenbar Verrückten durch das Personal hinauswerfen lassen. Selbst den Yankees war das zuviel. Sie nahmen offiziell keinerlei Notiz von dem Kotau des „Economist". Nur Luce zitierte die Londoner Zeitschrift in seiner nächsten Ausgabe des „Life" ganz nebenbei, noch nicht einmal im Ton der Genugtuung, sondern mit der überlegenen Nachsicht eines Mannes, der die an sich überflüssige Meinung

eines Nachgeordneten zur Kenntnis genommen hat, ohne ihr irgendeinen Wert beizumessen. Seine Zeitschrift „Life" führte die Linie konsequent weiter. In einer der nächsten Nummern schrieb Elliot Jameway: „Wir müssen erkennen, daß *England aufhört, ein fremder Staat zu sein.* Es ist vielmehr unser 49. Staat, der zufällig in der Feuerlinie liegt."

Ebenfalls noch im April 1941 können Engländer und Amerikaner in der bekannten New Yorker Zeitschrift „Federal Union World" mit einiger Verblüffung das sorgfältig ausgepinselte Zukunftsbild einer *Sitzung des amerikanisch-englischen Parlamentes aus dem Jahre 1944* (also schon in drei Jahren!) lesen, die nach diesem Artikel *„im neuen Ratsgebäude der Union auf den Bermudasinseln"* stattfindet. Schreibt dergleichen irgendein Phantast? Aber nein, dazu gibt sich die genannte Zeitschrift ja auch zu anspruchsvoll. Der Verfasser dieses resignierten Zukunftsbildes ist niemand anders als — Ward Price!

Aus der Fülle der Beispiele dieses für England unheilschwangeren Frühlings 1941 greifen wir schließlich noch ein sehr aufschlußreiches heraus. Am 20. Mai teilt der Londoner Vertreter des schon mehrfach erwähnten amerikanischen Blattes „Christian Science Monitor", unbehindert von der sonst so scharfen britischen Zensur, mit, es lägen *in den Geheimakten des Unterhauses noch mehr Anträge* auf die Herstellung einer vollständigen Union zwischen den beiden Mächten. Sie gingen aus von Politikern, die darin die einzige Möglichkeit einer Flucht aus der allgemeinen britischen Krise sähen, beispielsweise von den Unterhausmitgliedern Granville und Sir Henry Morris Jones. In diesen Anträgen werde klipp und klar „eine politische, wirtschaftliche und industrielle Union" gefor-

dert. Sie seien, so fügt der Korrespondent hinzu, von der englischen Regierung zunächst noch zurückgestellt worden, und für diese Zurückstellung gibt der amerikanische Journalist eine Begründung, die selbst angesichts der militärischen Lage Englands erstaunlich ist und bleibt: man hat nämlich in London, so schreibt der Amerikaner, die Ausdehnung der Monroedoktrin über die Grenzen der westlichen Hemisphäre hinaus, also nach dem Ostufer des Atlantik und damit auch auf europäischen Besitz, mit interessierter Aufmerksamkeit verfolgt, weil man in England auf diese Weise gewissermaßen zwanglos *unter den Schutz der Monroedoktrin schlüpfen zu können glaubt*, derselben Monroedoktrin also, die von Roosevelt selbst erst grob mißbraucht und dann versiegelt und in einen bombensicheren Bunker eingeschlossen wurde.

Der „Economist" war nicht der einzige, der den Yankees mit seiner allzu deutlich gezeigten Sucht des Sichheranschmeißens an die USA. und der Überführung der britischen Großliegenschaften unter die Oberhoheit der USA. verfrüht auf die Nerven ging. Hatte Roosevelt fast ein halbes Dutzend Jahre geschäftskluger Geduld aufgebracht, um die Übernahme der britischen Erbmasse Schritt für Schritt, Maßnahme für Maßnahme vorzubereiten, dann brauchten diese Engländer nicht plötzlich in einen Exhibitionismus der Hörigkeit zu verfallen. So machte der englische Geschäftsmillionär Victor *Sassoon*, einer der vielen geadelten Juden Englands, der die britische Geschäftswelt Ostasiens beherrscht, den Leuten in Washington durchaus keine ungetrübte Freude, als er Juni 1941 amerikanischen Pressevertretern gegenüber unter anderem erklärte: um eine Weltherrschaft Hitlers zu verhindern, gebe es nur ein einziges Mittel, nämlich einen

demokratischen Weltbund. In diesem *müßten England, Kanada und Australien Teile der Vereinigten Staaten werden* (die fernöstlichen und ostasiatischen Gebiete, in denen der Jude seine eigenen Geschäftsinteressen hat, nimmt er freundlicherweise aus). Die Vereinigten Staaten von Amerika brauchten nämlich, so begründet der jüdische Baron seine Form der Union, England und seine Dominien *als Absatzmarkt*, zumal sie ohnehin nicht wüßten, wohin mit den südamerikanischen Ausfuhrüberschüssen. Diese müßten aber von den USA. irgendwie untergebracht werden, wenn sie sich die südamerikanischen Staaten auf die Dauer als Verbündete — Sir Victor Sassoon sagte wirklich „Verbündete" — erhalten wollten.

Die Offenbarungen Sassoons vor der amerikanischen Presse zeigen, daß der Großschieber selbst bei den umfassendsten politischen Problemen nur in schieberhaften Vorstellungen zu denken vermag: als ein neues Riesengeschäft taucht plötzlich der Gedanke auf, daß die USA. gewaltige Absatzgebiete brauchen, wie ja die ganze Außenpolitik der Yankees nur in Absatzmärkten denkt. Die größten Absatzmärkte auf dieser für Alljuda leider so klein gewordenen Welt bestehen in den großen Räumen des britischen Empire. Der Nichtengländer, der rassefremde Jude Sassoon, sagt am Ende dieser Gedankenreihe öffentlich, daß dann also die USA. eben den britischen Besitz als Absatzmärkte haben müßten — sagt dies wohlverstanden nicht etwa als einen wohlmeinenden Rat in dem Lande, das seinem Vater und ihm selbst und seinen Brüdern zur Stellung vielfacher Millionäre, zu ungeheurem wirtschaftspolitischem Einfluß und schließlich gar zum Baronstitel verhalf, sondern er geht mit der genannten Forderung zu der Macht, die heute *nach außen hin Eng-*

lands Bundesgenosse, in Wirklichkeit sein gnadenloser Todfeind ist. Leute wie die Gebrüder Sassoon haben nicht umsonst ihre erstklassigen Beziehungen zu den regierenden Juden von Washington-Wallstreet. Man wird sich in jedem Fall in einer Union mit den amerikanischen Rassegenossen arrangieren und wird dann mehr Spielraum für die ganz großen Geschäfte haben als bei diesem ewigen Konkurrenzkampf innerhalb des Dreiecks England-Empire-USA.

Wie gesagt, in dieser Form war das den Herren in Washington zu diesem Zeitpunkt, Juni 1941, noch zu dick aufgetragen. Durch solche Leute, die als Engländer noch päpstlicher als der plutokratische Papst und zukünftige „Weltpräsident" in Washington sein wollen, machte man nur andere britische Kreise vorzeitig kopfscheu. Man hatte seine Erfahrungen. Lord Lothian war auf dem Unionsohr ohnehin völlig taub gewesen. Sein Nachfolger, Lord Halifax, hatte zwar die aussichtslose Zwangslage Englands und seiner Churchillregierung für einen Engländer ziemlich klar erfaßt. Aber der Mann redete, wohin er auch in den USA. kam, immer nur von „Zusammenarbeit", während kein Mensch drüben etwas anderes als Union im Sinne von „Union now" meinte. Dabei hatte dieser komische Lord, der mit Bibelsprüchen um sich warf und sich am Sonntag wie ein Prediger benahm, schon bei seiner Ausreise nach Amerika auf dem wirklich sehr brauchbaren Schlachtschiff „King George V." *ziemlich weitgehende Vollmachten* für die Beschaffung der direkten Unterstützung Englands durch die USA. von seiner Regierung mit auf den Weg bekommen, und zwar einschließlich gewisser grundsätzlicher Zusagen Londons im Sinne der „Union now". Was aber tat der Lord? Stellte sich hin und predigte, als er sich endlich dazu entschloß, das

Wort Union überhaupt in den Mund zu nehmen, den aufhorchenden Amerikanern dies: „Kein Glied einer derartigen Verbindung von Nationen, wie *wir* sie uns vorstellen, wird den Ehrgeiz haben, die übrigen Partner zu beherrschen." Das war den regierenden Yankees und Juden denn doch zuviel. Wenn der Mann im guten nicht hören wollte, dann mußte man ihm deutlicher kommen. Den entsprechenden Auftrag, dieser Auffassung des Lord Halifax zu steuern, erhielt Mister Willkie, bekannt für seine Zugänglichkeit und für die Qualität seiner Lieferungen. Willkie brachte die Angelegenheit vor dem außenpolitischen Ausschuß mit einem Kinnhaken ins reine, der den frommen Herrn britischen Botschafter für die Zeit auf die Bretter legte: „Wenn die Vereinigten Staaten England wirkliche Unterstützung zur Verfügung stellen, dann werden die Vereinigten Staaten hinterher alles *beherrschen*, was dann geschieht." Das war für amerikanische Begriffe eine ruhige, klare Angelegenheit, und wenn die Herren des Zweckverbandes Washington-Wallstreet Goethes „Faust" gekannt hätten, dann hätten sie vermutlich wie Mephisto mit Genugtuung gedacht: „Jetzt ist der Lümmel zahm." In der Tat hat der britische Botschafter in Washington seitdem nicht mehr wider den Unionsstachel gelökt.

Schließen wir den unerfreulichen Reigen durch einen Kronzeugen, der der ganzen Sache würdig ist, durch den Juden Hore-Belisha, ehemals Kriegsminister Seiner Britischen Majestät. Er schlug am 18. September 1941 vor, eine *gemeinsame Staatsbürgerschaft* für England und die USA. einzurichten. Er sprach als Vertreter des Judentums und griff als solcher den Gedanken Mister Willkies mit den gemeinsamen Pässen auf. Man hat in den politischen Kreisen der USA. von dem Vorschlag Hore-Belishas nichts

hergemacht, sondern legte ihn stillschweigend zu den Bekundungen anderer englischer Politiker im Sinne des Aufgehens Englands in einem angelsächsischen Empire zu den Akten.

Der Plan ist von einer penetranten Gerissenheit: es geht den Juden darum, sich vor einer als unaufhaltsam erkannten englischen Katastrophe mit ein wenig Tinte und einigen amtlichen Stempeln für wenige Schillinge dagegen zu sichern, daß man sie etwa als — Engländer behandelt, wenn den britischen Inseln etwas Britisches zustoßen sollte. Was ist einfacher, als die Ausgabe falscher Pässe rechtzeitig im großen zu organisieren und einfach auf diese Weise die Juden in England als „angelsächsische Staatsbürger" zu erklären! Sie wären damit als Staatsangehörige der USA. ausgewiesen, also als Bürger einer damals noch „neutralen" Macht, die ihre Leute mit ihren überlegenen Mitteln schon zu schützen wissen würde. Da man das nicht für die Juden in England allein verlangen kann, schlägt man eben die gemeinsame Staatsbürgerschaft für *alle* Engländer vor.

Der Vorschlag Hore-Belishas gehört zu den Beweisen dafür, daß die Juden in England die englische Sache ebenso aufgegeben haben wie die englischen Inseln. Es kommt darauf an, Kapital und Masse zu retten. Die „Agenzia Stefani" schrieb damals, in politischen Kreisen Roms lege man den Vorschlag Hore-Belishas so aus: erstens entspreche das von ihm geforderte gemeinsame englisch-amerikanische Bürgerrecht dem Charakter dieses Krieges, in dem sich auf der einen Seite die Völker englischer Sprache mit ihren Dienern und Freigelassenen und auf der anderen Seite die übrige Welt gegenüberstehen, wobei das Erscheinen der Bolschewisten nur eine Episode dar-

stellt; Hore-Belisha habe mit seinem Vorschlag noch einmal den Charakter dieses Krieges als Kampf für die englisch-amerikanische Vorherrschaft bestätigt. Es sei zweitens logisch, daß ein Jude das „Prinzip des gemeinsamen Bürgerrechts“ vertrete, da *diese Union vor allem den Interessen der Juden entsprechen* würde, die es freudig begrüßen würden, wenn ihre in den angelsächsischen Ländern angelegten Kapitalien unter den Schutz eines einzigen Staates gestellt würden. Drittens zeige der Vorschlag, daß England selbst das Ende seiner Vorherrschaft fühle und seine ganze Hoffnung nur noch in einer Union mit den USA. sehe. Viertens werde der Gedanke, auf diese Weise zwanglos der Erbe Englands zu werden, in den politischen Kreisen der USA. begrüßt. Endlich wies man in Rom noch darauf hin, daß die von Hore-Belisha benutzte Formulierung, wonach die USA. ihre „Unabhängigkeitserklärung gegenüber England“ durch eine „Unabhängigkeitserklärung *mit* England“ ersetzen müßten, die ernsten Bedenken mancher englischer Kreise zeigt, England müsse eines Tages, gezwungen durch die Ereignisse, seine Abhängigkeit von den USA. zugeben.

*

Bei dem Agitationsbegriff „Union now“ liegt der Ton auf „now“. Der Anschluß Englands und seines Empire an die USA., ihr Übergang in das zukünftige vermeintlich amerikanische Weltreich soll nicht in einer unbestimmbaren Zukunft, sondern *in der Gegenwart, „jetzt“*, erfolgen. Würde das Ganze nicht so durchdringend nach der Mischung von militantem Pazifismus und jüdisch-finanziellem Imperialismus stinken, so könnte man es den

Yankees und Juden drüben noch gar nicht einmal verdenken, daß sie es plötzlich mit der Union etwas eilig haben. Schließlich haben ihre diplomatischen, politischen, finanziellen und kommerziellen Vorbereitungen auf den großen Schlag Jahre gedauert, und zudem ist die Konjunktur wirklich einzigartig; dafür haben die Geschäftsfreunde gesorgt, deren Funktionär Churchill genau so ist, wie es Herr Roosevelt im Dienst der regierenden Finanzjuden der USA. ist.

Kommt hinzu, daß man bei diesen „damned nazis" ohnehin nie weiß, was man von ihnen noch an Überraschungen zu erwarten hat. Wer hätte ernstlich geglaubt, daß sie die einst stärkste Militärmacht der Welt, Frankreich, in ein paar Wochen über den Haufen rennen und die englischen Freunde aus Europa hinausprügeln würden?! Man kann diesen Leuten nicht über den Ozean trauen.

Für das Volk die „Bedrohung" durch Deutschland — für Washington-Wallstreet das größte Betrugsgeschäft der englisch-amerikanischen Geschichte, das — man kann es nicht oft genug sagen — mit der Neutralitätsgesetzgebung begann und mit der kalten Enteignung Englands enden soll. Lieber heute als morgen! Now — jetzt!

X.

Nur eine bolschewistische Episode?

„Kommunismus ist der Amerikanismus des 20. Jahrhunderts." Agitationsparole der amerikanischen Kommunisten, Sommer 1938.

„Sowjetrußland wirkt unermüdlich durch alle möglichen Kanäle und Agenten daran, den Kampf der Sowjetunion zur Sache Amerikas zu machen." Kongreßmitglied Dies, Vorsitzender des Ausschusses zur Untersuchung antiamerikanischer Umtriebe, 1938.

Die Vereinigung mit dem Bolschewismus seitens der angelsächsischen Mächte erscheint uns Europäern als widernatürlich, und sie ist es auch, soweit sie besonders die Gefährdung der Völker durch weitere Infizierung mit dem Kommunismus angeht. Was aber die weltpolitischen Ziele der USA. betrifft, so ist auf diesem Wege das Bündnis mit Moskau für Washington auf jeden Fall genau so konsequent und logisch wie die trügerische Neutralitäts- und Hilfspolitik. Es ist kaum anzunehmen, daß man in London oder Washington länger als nötig mit Stalin oder seinesgleichen arbeiten wird. Daran ändert auch Herrn Roosevelts Brief an seinen „lieben Freund Stalin" vom September 1941 nichts, zumal er ja zu einer Zeit verfaßt und abgeschickt wurde, als derselbe Roosevelt hinter dem Rücken besagten „lieben Freundes" bereits mit einer der verrufensten Gestalten der 1917er russisischen Emigration, dem Schwätzer Kerenski, über die Bildung einer „nationalen" russischen Regierung im Hinblick auf den Eintritt gewisser Eventualitäten verhandelte.

Die plötzliche Verbrüderung hat in den eigenen Völkern Befremdung genug verursacht, nachdem man noch im finnisch-sowjetischen Kriege die Sowjets als den Abschaum der politischen Menschheit hingestellt hatte. Das hatte die Engländer nicht gehindert, ihren Salonbolschewisten, Sir Stafford *Cripps*, als Botschafter nach Moskau zu schicken; er hatte die Aufgabe, monatelang dort unbeschäftigt herumzulaufen, bis ihm nach seinem Antrittsbesuch zum ersten Male ein Gespräch mit Molotow gelang. Und es hatte die Amerikaner nicht gehindert, durch ihren Mann in Moskau nach wie vor die Beziehungen zu einem Staat aufrechtzuerhalten, mit dem sie sich seit seiner Entstehung überwiegend wie Hund und Katze gestanden hatten. Es hatte der Holzhammertechnik der amerikanischen Publikationsmethoden bedurft, um den Widerhall aus dem Publikum über die plötzliche Verbrüderung zwischen dem Weißen Hause und dem Kreml wenigstens so weit aufzufangen, daß es nicht allzuviel unliebsames Aufsehen in der Welt gab. Nichts ist bezeichnender, als daß in den Erklärungen nach dem Atlantiktreffen zwischen Roosevelt und Churchill die Sowjetunion oder ihr bereits aussichtsloser Kampf oder die Notwendigkeit einer durchgreifenden Unterstützung für sie überhaupt nicht erwähnt wurden. Die Tatsache wurde damals mit Recht in der Presse der ganzen Welt stark unterstrichen.

Zu diesem Zeitpunkt also, im August 1941, ergibt sich das Bild, daß die angelsächsischen Mächte beinahe täglich neue Meldungen darüber veröffentlichen, daß und in welchem Umfange und auf welchen Wegen und mit welchen technischen Mitteln sie den Bolschewisten zu Hilfe kommen wollten, ja, daß sie — scheinbar — sogar einen verfrühten Ausbruch eines Konfliktes mit Japan in Kauf

zu nehmen bereit sind — und daß sie *gleichzeitig* in der Sowjetunion einen aufgegebenen Fall sahen.

Moskau spielt in diesem Stadium des europäischen Krieges, der für die USA. die Vorstufe zur Gewinnung der Weltherrschaft sein soll, nur noch die Rolle des Treibballes in einem westöstlichen Karambolagespiel. Die Sowjetunion ist nach langen Bemühungen von England in den Krieg hineingebracht worden. Beide Mächte, Sowjetunion und England, werden wiederum von den USA. getrieben. Jeder von allen dreien glaubt, das Heft in der Hand zu haben und die beiden andern ausnutzen zu können, ein geradezu klassisches Beispiel aus der älteren Kriminalgeschichte.

Die Entwicklung nimmt einen Verlauf, wie ihn sich Washington bis zum Juni 1941 nicht hat träumen lassen. Denn Moskaus Außenpolitik war ganz und gar darauf abgestellt, in dem großen Entscheidungskampf schließlich als der lachende Dritte dazustehen.

Es ist ohne weiteres klar, daß das Kapitel Sowjetunion bis zum Juni 1941 in den nordamerikanischen Weltmachtplänen mit Sorgen betrachtet wurde, die vom machtpolitischen Standpunkt aus schwerwiegend begründet waren. Ganz gleich, wie der europäische Krieg ausgeht, eine Sowjetunion, die nicht an ihm beteiligt gewesen war, statt dessen aber ihre Wehrmacht nicht nur unberührt gelassen, sondern sie auch nach den ständig beobachteten praktischen Erfahrungen des modernsten Krieges geschult und ausgerüstet hätte, wäre ein sehr unangenehmer Verhandlungspartner und ein noch weit unangenehmerer Verhandlungs- oder gar Konfliktgegner gewesen. Man hatte mit der Sowjetunion erfreulicherweise keine gemeinsamen Grenzen, man war nur gemeinsamer Anlieger am Stillen

Ozean. Wie die Sowjets eigentlich zu Japan wirklich standen, war seit dem Matsuoka-Abkommen für Washington nicht mehr ganz deutlich zu erkennen. In jedem Fall aber lagen im mittleren und südlichen Westen des Pazifik *die am dichtesten bevölkerten Gebiete der ganzen Erde mit zusammen rund 850 Millionen Menschen.* Dieses ungeheure Menschenreservoir mußte, ganz abgesehen von den rohstofflichen Schätzen Ostasiens und Indiens, ein ständiger heftiger Anreiz für eine Staatsdoktrin werden, deren Vertreter die von Lenin überkommene *Verpflichtung zur Ausbreitung der bolschewistischen Weltrevolution keine einzige Stunde vergessen hatten.*

Nichts war klarer, als daß die Sowjets ihrerseits den Ausbruch eines europäischen Krieges im allgemeinen und das Engagement der größten Militärmacht, Deutschland, und der zweitreichsten Weltmacht, England, geradezu triumphierend begrüßt hätten. Jede Kugel, jede Granate, jede Bombe, die traf, mußte in den Vorstellungen der Kremlleute direkt für die Sache des Bolschewismus arbeiten. Waren die kämpfenden Parteien erst einmal so weit geschwächt, daß ein Friede in der einen oder anderen Form kommen mußte, dann mußte es doch, so sagte man sich in Moskau, mit dem Teufel zugehen, wenn nicht die Länder der Kriegführenden inzwischen für die bolschewistische Infektion aufnahmebereit geworden wären wie ein frischbearbeiteter Acker und wenn nicht überdies die Sowjetunion dann als die stärkste und größte Macht der Welt neben den USA. dagestanden hätte. Danach wäre also unter solchen Voraussetzungen die Weltpolitik, die Teilung der Erde, auf einen Dualismus zwischen einem amerikanischen und einem bolschewistischen Empire hinausgelaufen, eine Entwicklung, die absolut nicht in den

Kram Herrn Roosevelts und seines jüdischen Aufsichtsrates gepaßt hätte. Immer waren die Sowjets samt den dort regierenden jüdischen Rassegenossen als Gegengewicht gegen die Ordnungsstaaten willkommen gewesen — als Teilhaber oder gar Konkurrenten in der Frage der Weltherrschaft nach der Liquidierung des europäischen Krieges konnte man sie keinesfalls gebrauchen.

An diesem Punkt etwa waren die Kalkulationen in Washington über das Kapitel Sowjetunion angelangt, als der Krieg an der deutschen Ostfront ausbrach. In Washington wußte man natürlich von den langfristigen Vorbereitungen. Daß die Sowjets die Angelegenheit jedoch so forciert hatten, daß die Deutschen ihnen aus Gründen der Notwehr zuvorkommen mußten und daß infolgedessen nun schon im Juni 1941 die Sowjetunion Teilnehmer des englischen Krieges wurde, mußte nun wieder in Washington Triumphgefühle hervorrufen, und zwar doppelter Art: Einmal war man trotz der skeptischen Beurteilung der sowjetischen Wehrmacht durch amerikanische Militärfachleute der Überzeugung, daß Deutschland den ungeheuren Massen der bolschewistischen Heere keineswegs lange standhalten könnte; das konnte nur eine erwünschte Verringerung des Weges bis zum Antritt der Weltherrschaft durch die USA. zur Folge haben. Zweitens aber — und das war der entscheidende Grund — konnte Moskau in den Augen Washingtons gar keinen größeren und gar keinen erwünschteren Fehler begehen, als es jetzt, mitten im englischen Kriege, zu einem deutsch-sowjetischen Sonderkriege kommen zu lassen. Denn damit war die alte bolschewistische Spekulation, nach diesem Kriege als der lachende und mitdiktierende Dritte dazustehen, von vorn-

herein zugunsten der amerikanischen Weltmachtspläne stark gefährdet.

Aber betrieb man nicht gerade nach dem Atlantiktreffen zwischen Roosevelt und Churchill voll Eifer eine Konferenz in Moskau? Nun, erstens hatte diese Konferenz am allerwenigstens den Zweck, über Hilfemöglichkeiten für die Bolschewisten zu beraten; denn dann hätte man ja der Besprechung den Charakter einer Militärkonferenz gegeben und hätte überwiegend Generalstäbler und dergleichen Militärfachleute als Delegierte vorgesehen. Die Konferenz hatte lediglich den Zweck, den beiden angelsächsischen Mächten endlich einmal nach den nicht abreißenwollenden Großniederlagen der Sowjets an Ort und Stelle einen Einblick darüber zu verschaffen, was denn die Sowjetunion überhaupt noch für einen Kampffaktor darstelle und wie man nach den ungeheuerlichen Materialverlusten noch ihren potentiel de guerre einzuschätzen hatte. Mit anderen Worten, es kam nur darauf an, festzustellen, *wie lange man noch mit einem Standhalten der roten Landsknechte rechnen konnte.* Da man diese Dinge im demokratischen Lager mit der gewohnten tölpelhaften Indiskretion behandelte, so war es kein Wunder, daß man auch in Moskau die geplante Konferenz allmählich mit etwas anderen Augen ansah. Als sie dann nach fast zwei Monaten Verzögerung doch Ende September 1941 zustande kam, wurde sie nach drei Tagen plötzlich abgebrochen, obwohl sich die angelsächsischen Delegierten auf acht- bis zehntägige Verhandlungen eingerichtet hatten und die sechs Fachausschüsse allein fünf Tage für die Ausarbeitung ihrer Berichte vorgesehen hatten. Das Ergebnis der Konferenz wurde im übrigen von England und Ame-

rika schon vor dem Schluß vorweggenommen; Churchill stellte im Unterhaus fest, daß England nicht helfen könne, und Herr Roosevelt teilte mit, es kämen überhaupt nur 50% der amerikanischen Rüstungsproduktion für England und die Sowjetunion in Frage, wobei alle Fragen der Transportmittel und Transportwege offenblieben.

Fürs erste jedenfalls brauchte man die Sowjets noch, war also auch an der Herstellung einer britisch-sowjetischen Verbindung über den Iran sowie an der Öffnung des Transportweges über den Hafen Basra interessiert. Deswegen hatte ja Herr Hull die Vorstellungen des iranischen Gesandten mit so schmierig-ausweichenden Redensarten beantwortet, obwohl die Hochburg der Demokratie auf Grund ihrer eigenen Definition über „Aggression" und „Aggressor" dem Iran gegen den britisch-sowjetischen Überfall jede diplomatische und materielle Hilfe hätte gewähren müssen.

In jedem Falle hielt Washington zwei Eisen im Feuer: die Bereitwilligkeit zur Moskauer Konferenz und den südlichen Zugang zur Ostfront auf dem Umweg über die Engländer. Weder das eine noch das andere hatte mit einer Hilfe für die Roten zu tun, mehr schon mit dem notorischen Einmischungsbedürfnis Herrn Roosevelts, am meisten aber mit einer *neuen Spekulation*, die sich im Laufe des Ostfeldzuges ergeben hatte, und zwar gerade mit seinem für die Sowjets unglücklichen Verlauf. Wie wir schon gelegentlich der Erwähnung der Moskauer Konferenz gesehen hatten, gedachte man dabei endlich einen einigermaßen ausreichenden Einblick in die wirkliche Lage der Roten zu gewinnen. Bis die Konferenz zustande kam, konnte bei der zermahlenden Dauerwirkung der deut-

schen Wehrmacht noch viel Unangenehmes passieren. Folglich mußten die Roten allmählich doch wohl etwas zugänglicher für die angelsächsische Beratung werden, d. h. man konnte daran denken, sich in die militärische Führung einzuschalten. Hatte man aber da erst mitzureden, dann machte sich das Vorgehen der Engländer vom Süden, also vom Iran her, bezahlt. Denn zunächst kam es darauf an, die Ölfelder im Süden zwischen Batum und Baku zu sichern. Gelang das, dann hatte man einen weiteren Einflußhebel in der Hand, konnte sich allmählich noch stärker in die Führung der Sowjets einschalten.

So etwa dürfte in groben Zügen der Gedankengang gewesen sein, den man im *August 1941* in Washington und London verfolgte. Zur gleichen Zeit liefen, wie schon an anderer Stelle verzeichnet, die nordamerikanischen Bemühungen um Stützpunkte an der Beringstraße, an der sibirischen Küste, auf der Halbinsel Kamtschatka und in Wladiwostok. Vielleicht war auf diese Weise auch die transsibirische Bahn in die Hand zu bekommen. Daß sich die Fernöstliche Armee der Sowjets für diese bis zum Weißbluten schlagen würde, war ohnehin nicht anzunehmen, wenn das militärische Desastre an der russischen Westfront nur noch durch das angelsächsische Eingreifen aufzuhalten war. So konnte man vielleicht *die russische Raumfrage zugleich mit der militärischen und der politischen lösen.* Man bekam gleichzeitig festen Fuß auf dem asiatischen Festlande und gewann ein weiteres Ausfalltor für den Angriff gegen Japan, das man jetzt immer noch mit dem ständigen Wechsel von Drohung und scheinbarer Nachgiebigkeit hinhalten mußte. In jedem Fall war mit dem Plan für Rußland und für Sibirien wieder ein Schritt auf dem Wege zur Weltherrschaft getan.

Das Ganze liest sich heute noch viel phantastischer als im August 1941. Es ist ein typisch angelsächsischer Plan, von jener bornierten Unbekümmertheit, die etwa zur gleichen Zeit die Engländer den Plan einer Landung in Hamburg und Bremen erörtern ließ (noch dazu in der Presse!) — so, als gäbe es weit und breit keine Deutschen, weder an der deutschen Westküste noch an der deutschen Ostfront.

Es ist nicht bekannt, wieweit man in Washington bei der Verfolgung der Rooseveltschen Weltherrschaftspläne vor dem Eingreifen der Sowjets in den Krieg mit einer späteren Auseinandersetzung mit Moskau um die Frage einer etwaigen Teilung der Weltherrschaft gerechnet hat. In jedem Falle glaubte man die Sowjets so mit dem inneren Aufbau oder dem, was sie dafür hielten, beschäftigt, daß man sie nicht als Konkurrenten anzusehen brauchte — Weltrevolution hin, Weltrevolution her. Die Sowjetunion war mit ihren 21 338 233 qkm halb so groß wie der amerikanische Doppelkontinent oder fast doppelt so groß wie Frankreich mit seinen sämtlichen Kolonien (vor dem Kriege). Sie bildete den größten zusammenhängenden Landkomplex unter allen Staaten der Erde und stand unter den Kolonialreichen an zweiter Stelle. Nur das Britische Reich mit 33,7 Millionen Quadratkilometer war noch größer, war aber dafür in alle Welt verstreut.

War die Sowjetunion also bei der alten Leninschen Theorie von der Ausbreitung der bolschewistischen Weltrevolution geblieben, dann hatte sie vorläufig noch viele Jahre lang mit den Vorbereitungen zu tun, vor denen sich die USA. im Schutze des Stillen Ozeans sicher glaubten. Die allgemeine Neigung zur Unterschätzung der kommunistischen Gefahr in den angelsächsischen Ländern hatte

schon vor diesem Kriege die sonderbarsten Blüten unter den demokratischen Politikern getrieben, auch unter solchen, die pflichtgemäß hätten orientiert sein müssen. Wir erinnern nur an den grotesken Ausspruch Herrn Edens, der 1935 nach einem nur zweitägigen Aufenthalt in Moskau sich als Expert für Kommunismus fühlte und nach seiner Rückkehr erklärte, der Kommunismus sei eine harmlose und zudem innerrussische Angelegenheit! Diese Neigung zur Unterschätzung der kommunistischen Gefahr mußte nach einer militärischen Niederwerfung des Bolschewismus durch die Deutschen zumal bei den Amerikanern noch größer werden, obwohl sie ja seit Jahren eine durchorganisierte kommunistische Partei nicht nur, sondern vor allem zahlreiche getarnte kommunistische Organisationen unter ähnlich irreführenden Bezeichnungen wie in England haben. Es muß wohl seinen guten, schwerwiegenden Grund gehabt haben, wenn ein Mann wie Eugene *Lyons* im August 1941 in New York ein Buch mit dem Titel *„The red Decade"* erscheinen ließ. Er hatte früher längere Zeit in Moskau als Korrespondent der „United Press" gearbeitet, hatte also einen wesentlich gründlicheren Einblick in das Wesen des Bolschewismus genommen, als es irgendein amerikanischer Botschafter oder sonstiger Diplomat oder gar als das Weiße Haus jemals hatte tun können. Nach seiner Rückkehr in die amerikanische Heimat hat er anscheinend vergleichende Studien mit dem Kommunismus in den USA. getrieben. Was er dabei fand, veranlaßte ihn mit zur Veröffentlichung seines Buches, in dem er die Stalin-Propaganda dort im Zusammenhang mit den Kämpfen in der Sowjetunion behandelt. Er sagt es den Amerikanern offen, daß infolge der Verbrüderung mit dem Bolschewismus die

kommunistische Gefahr in den USA. akut geworden sei, und verlangt, daß die Bundesregierung den Kommunismus in ihrem Bereich ausrotte. Es gehört immerhin einiger Mut dazu, wenn Lyons angesichts der Terrorisierung der öffentlichen Meinung in den USA. durch das jüdische Publikationssystem gegen die Regierung Roosevelts die *öffentliche Anklage* erhebt, daß sie ganz bewußt die Kommunisten fördert und sogar in Amtsstellen, ja in Regierungsposten bringt. Nach allen bisherigen Erfahrungen mit derartigen Versuchen muß man annehmen, daß das Buch Lyons' sofort entweder verboten oder boykottiert oder aufgekauft worden ist. Herr Roosevelt kann sich da ganz auf den halbjüdischen und vollbolschewistischen Oberbürgermeister von New York, La Guardia, verlassen.

Die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß auch nach einer militärischen Vernichtung des Bolschewismus in Europa, ja *gerade dann* seine Sachwalter Himmel und Hölle in Bewegung setzen werden, um den verlorenen Boden in irgendeiner Form wiederzugewinnen. Wie kann das dann noch geschehen? Diese Frage beantwortet sich unseres Erachtens leicht:

Nach ihrer Niederlage in Europa müssen sich die Augen der Sowjets logischerweise nach dem Lande richten, das für kommunistische Ideengänge mehr oder weniger offener Art am anfälligsten und empfänglichsten ist. Zwei Voraussetzungen müssen dafür gegeben sein: erstens eine schwierige soziale Lage mit ausgebreitetem Massenelend, zweitens eine starke Durchsetzung mit Juden. Unter diesen beiden Auspizien bilden die USA. *einen geradezu idealen Nährboden* für spätere kommunistische Infizierung, für die schon seit Jahren besonders auffallend die akademische Jugend empfänglich ist. Die Entwicklung in

den Vereinigten Staaten muß notwendig zu einer Verschärfung der sozialen Gegensätze führen, um so mehr, als die regierende Schicht der USA. dann immer weniger für die innerpolitischen Notwendigkeiten übrig haben wird, weil sie dem Phantom der Weltherrschaft nachjagen wird. Da es ferner nicht anzunehmen ist, daß die USA. bis dahin einen Grund gefunden haben werden, die kommunistischen Organisationen mit Stumpf und Stiel auszurotten, deren jüdische Verbindungen bis hoch hinauf in die Regierungskreise reichen, so werden die Vereinigten Staaten *auch oder gerade auf dem plutokratischen Wege einer immer größer werdenden Gefahr der inneren Bolschewisierung* entgegengehen. Es hat — gelegentlich — ein paar antijüdische Demonstrationen in den USA. vor und in dem Kriege gegeben. Zu antikommunistischen Kundgebungen lag für die seit Jahrzehnten planmäßig auf dem Verordnungswege belogenen und irregeführten Amerikaner kein Grund vor. Kommunisten — das waren ein paar Schwärmer, die man unter sich ließ wie die Heilsarmee und die religiösen Sekten.

Dazu kommt noch die Tatsache, daß den Amerikanern selbst dann, wenn sie sich über die Gefährlichkeit des Kommunismus und seiner schleichenden Gifte klar wären, die Fähigkeit zu einer wirksamen Abwehr fehlen würde. Es ist da mit der innerpolitischen Krisenfestigkeit der Bevölkerung ähnlich wie mit der finanziellen Krisenfestigkeit zu Inflationszeiten. Man hat gerade auf diesem Gebiet die wichtigsten Studien in Deutschland gemacht und beispielsweise festgestellt, daß Bevölkerungskreise, deren Unterhalt nicht ausschließlich von dem Lohn des Familienvaters abhängt, sondern die noch eine Garten- und Kleinviehwirtschaft daneben haben, ein volkswirtschaft-

lich und auch politisch *viel sichereres* Element darstellen als die Bevölkerung etwa in reinen Industriestädten, die nur aus der Lohntüte lebt. Die anschaulichsten Beispiele für diese Krisenfestigkeit lieferte seinerzeit etwa die kleinbürgerliche Bevölkerung in vielen Teilen Württembergs und Schwabens.

Auf die Frage der kommunistischen Infizierung angewandt, heißt das: eine Bevölkerung mit einem hohen Lebensstandard, hohem Durchschnittsniveau der Schulbildung, hohem sozialem Stand und ausgeprägtem Nationalstolz ist gegen die rote Infektion immun. Da alle diese Voraussetzungen bei der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, die schon 1940 zu vollen 10% aus Negern und Mischlingen bestand, fehlen, *so fehlt ihr mithin auch die innerpolitische Krisenfestigkeit* gegenüber den kommunistischen Zersetzungsgiften. Und das scheint uns nicht gerade eine ausreichende innere Basis für den Aufbau einer Weltherrschaft zu sein. Wir erinnern nur daran, daß schon im Sommer 1941 nach der Durchführung der Dienstzeitverlängerung amerikanische Soldaten in Massen entlassen werden mußten, weil sie eine geradezu aufrührerische Haltung eingenommen hatten. Bei dieser Gelegenheit wurden über die Moral der amerikanischen Truppen derart erstaunliche Dinge bekannt, daß man in Washington die im Gange befindliche Untersuchung nunmehr streng geheim fortsetzte und schließlich ganz einschlafen ließ. Welchen Anreiz müssen solche Feststellungen auf die Funktionäre Moskaus gehabt haben, die seit Jahren wie in England kommunistische Zeitungen und Literatur in die amerikanischen Kasernen geschmuggelt hatten und ihre Saat so dicht aufgehen sahen. Wenn also die amerikanische Wehrmacht Zersetzungskeime schon in sich trug, als sie noch

gar nicht einmal auf die äußerste Probe gestellt worden war, wie wird dann diese Wehrmacht einmal aussehen, nachdem sie es erleben mußte, daß ihre Regierung mit dem Weltfeind Nr. 1 durch dick und dünn geht, ja, daß offizielle Redner und die Presse den bolschewistischen Massenmördern Ruhmeskränze winden?! Man wird von diesen am Narrenseil herumgeführten amerikanischen Soldaten später *nicht mehr verlangen können,* daß sie kommunistische Zeitungen und Hetzschriften als etwas Verbotenes ansehen, seitdem die Regierung Roosevelt zusammen mit Stalin auf den Kreuzzug „zur Befreiung der Völker vom nazistischen Joch“ ging.

Auch das ist keine Unterbauung einer zukünftigen Weltherrschaft. Auf einen halbwegs soliden Unterbau aber wird Washington einmal angewiesen sein, wenn es die plutokratische Konstruktion des Staatsgebäudes der USA. aufrechterhalten und zugleich noch andere Erdteile mitbeherrschen will. Selbst dann also, wenn die USA. den Feind nicht schon seit Jahren im eigenen Lande hätten, besteht ein sehr hoher Grad von Wahrscheinlichkeit, daß ihre enge Berührung mit dem Bolschewismus *nicht* mit der Verbrüderungsepisode von 1941 abgetan sein wird. Herr Roosevelt ging in seine imperialistische Amtsperiode im Schmuck der Hebräerplakette — am Vorabend ihrer Weltherrschaftstour steckten sich die USA. Hammer und Sichel an den Rockaufschlag. Abgesehen von der englischen Kriegserklärung an Deutschland hat es noch niemals eine leichtfertigere Außenpolitik gegeben als die nordamerikanische unter Herrn Roosevelt. Er hat in gewissem Sinne ein Recht dazu. Denn da er von seiner Mutter her jüdisches Blut in den Adern hat, so brachte er die beiden entscheidenden jüdischen Eigenschaften für das weltpoli-

tische Abenteuer mit: die Selbstüberschätzung und den abgründigen Haß gegen politische Sauberkeit.

Es ist bezeichnend, daß man in politischen Kreisen der USA. selbst eine Ahnung gehabt haben muß, was es mit dem bolschewistischen Bundesgenossen und seinen amerikanischen Anhängern auf sich hatte. Denn am 4. Oktober meldet der „New Daily Mirror“ aus Washington selbst, man wisse in gewissen, der Regierung nahestehenden Dienststellen, *daß die Regierung Roosevelt sich vorbereite auf eine — kommunistische Sabotagewelle* von bisher nicht erlebtem Ausmaß, falls die Sowjets eine plötzliche Wendung angesichts ihrer militärischen Vernichtung vornehmen sollten. Die Regierung sei im Besitz von Informationen, die besagten, daß die Kommunisten, die schon jetzt (also im Oktober 1941) mit der amerikanischen Hilfe unzufrieden seien, aus Rache groß angelegte Sabotageakte in den amerikanischen Industrien unternehmen würden. Verantwortliche Regierungskreise rechneten durchaus mit einer bolschewistischen Kapitulation in diesem Winter und seien im Zustand großer Aufregung über eine mögliche Reaktion der radikalen Elemente in den USA. Seit drei Wochen (!) seien Geheimkonferenzen über diese Möglichkeiten im Gange, an denen außer Polizei auch Vertreter des Kriegs- und des Marineministeriums teilnähmen. Man behalte besonders gewisse Gewerkschaften scharf im Auge. *Die gleiche Sabotagegefahr drohe auch England*, wo radikale Kreise ihre Unzufriedenheit mit der englischen Hilfe für Rußland geäußert hätten.

Angesichts dieser Kenntnis der kommunistischen Gefahr in den USA. ist es um so unbegreiflicher, daß Washington nach der Flucht der Stalin-Regierung aus Moskau im letzten Drittel des Oktober ohne weiteres dem

sowjetischen Plan die Genehmigung gab, die Dritte Internationale, also die Pioniertruppe des Bolschewismus, nach New York zu verlegen. Demnach schien die Wahl einer etwaigen neuen Zentrale des Bolschewismus durch Stalin zu diesem Zeitpunkt für alle Fälle schon getroffen zu sein.

*

Die Anfälligkeit der USA. für den Kommunismus, die unter Umständen einmal eine erhebliche Rolle bei der Endentscheidung um die Weltherrschaft spielen dürfte, beruht nicht nur auf der geschickt getarnten bolschewistischen Agitation und Organisation, sondern nicht zuletzt auf der schon fast gemeingefährlichen Ahnungslosigkeit, d. h. Unwissenheit des Durchschnittsamerikaners, die durch einen erschreckenden Mangel an Wissens- und Bildungsbedürfnis ergänzt wird. Seine Schulkenntnisse sind für unsere Begriffe kläglich. Einmal aus der Schule gekommen, kennt er nur noch den Job, den Kampf um die Berufsstellung, um eine Wohnung, um den Unterhalt, um die Zufriedenstellung der kleinen Bedürfnisse der Frau, darüber hinaus noch um Zigaretten, eine sensationell arbeitende Zeitung, deren dürftigen politischen Teil er kaum überfliegt, und schließlich um das Kino, dessen Darbietungen auf den allerprimitivsten Geschmack zugeschnitten sind. Kommunismus, Bolschewismus, Sowjets — das sind Dinge, von denen er gehört hat, die aber langweilig sind, zumal sie ja ganz weit weg drüben auf dem anderen Kontinent sind. Er weiß von ihnen nicht mehr als von Nationalsozialismus und Faschismus, nur mit dem Unterschied, daß diese beiden eben etwas ganz Gefährliches sind, weil sie alle Welt knechten wollen — die

Kommunisten reißen im New Yorker Hafen wohl mal eine Flagge von einem Nazischiff herunter, aber sonst sind die Leute ja gar nicht zu merken.

Von seiten der Presse und der Regierung geschieht alles, um die Volksmasse in dieser sträflichen Unwissenheit zu halten — weniger um des Kommunismus willen, dessen Protektoren freilich bis hinauf in die höchsten Regierungsstellen sitzen, als vielmehr aus dem allgemeinen Grundsatz, daß Menschen, die möglichst wenig wissen und Politik für langweilig halten, um so leichter politisch zu gängeln sind. Nirgends blüht daher die Politik der künstlichen Zweckhysterie der Massen so wie in den USA; wir erwähnten diese Erscheinung schon.

Es ist klar, daß die bolschewistische Agitation in einem solchen Lande ein leichtes Spiel hat. *Darauf beruht die Zukunftsspekulation Moskaus gegenüber den USA.* Man kann alle diese Zusammenhänge und ihre Bedeutung für die Weltherrschaftsfrage nicht verstehen, wenn man nicht die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen und die wichtigsten Merkmale der inneren Organisation des Kommunismus in den USA. kennt. Wir geben hier einige Stichworte, die als Beispiele dienen mögen.

Es wirkt heute grotesk, wenn man sich daran erinnert, daß an der Wiege der amerikanisch-bolschewistischen Beziehungen eine der lächerlichsten Gestalten der amerikanischen Diplomatie steht: Herr Bullitt. Er ist durch seine haarsträubend falsche Beurteilung der europäischen Entwicklung als Pariser Botschafter genau so unrühmlich bekannt geworden wie Herr Oberst Donovan und wird infolgedessen seit seinem Abschied von Paris von Herrn Roosevelt für einen hohen Posten bereit gehalten.

Herr Bullitt war der erste Botschafter der USA., seit-

dem diese 1933 — also erst vor acht Jahren — die Sowjetunion anerkannt hatten. Bullitt ist ein typisches Beispiel für den unwissenden Amerikaner. Mit der ganzen Ahnungslosigkeit des politischen und diplomatischen Laien machte dieser Amateurbotschafter überall in Moskau shake-hands, hielt Sympathieansprachen, lud ein, wen er bekommen konnte, ließ sich einladen, spielte Polo, das er in der Moskauer Garnison einführte, und stand nach zweijähriger Tätigkeit fassungslos vor der Tatsache, daß der Abbruch der Beziehungen bevorstand. Herr Bullitt sah sich in der peinlichen Lage, die Note seiner Regierung überreichen zu müssen, in der gegen die Reden auf dem Kominternkongreß von 1935 in schärfster Form protestiert wurde, weil sie weitgehende Einmischungen in die inneramerikanischen Angelegenheiten darstellten. Herr Bullitt war peinlich berührt; denn es war ihm zugetragen worden, daß Stalin schon 1933 von ihm gesagt hatte: „Er hat schon Lenin gefallen, und auf mich und meine Genossen hat er einen guten Eindruck gemacht."

Im gleichen Jahre waren die Schuldenverhandlungen zwischen beiden Mächten abgebrochen worden. Sie waren im Spätherbst 1933 von Litwinow bei seinem Besuch in Washington listigerweise aufgenommen worden. Der Trick wurde aber wirkungslos, als die amerikanische Regierung die bekannte Johnsonbill auch auf die Sowjetunion anwandte: das Gesetz verbot die Gewährung von Krediten an solche Staaten, die ihre alten Schulden nicht bezahlt hatten.

In Moskau wußte man, wie man mit diesen politischen Ignoranten und Dollarmenschen umging. Auf dem Moskauer Parteikongreß 1935 gab Dimitroff die neue Parole für den amerikanischen Kommunismus aus: „Seit drei Jahren schon ist der Kommunismus in den Vereinigten

Staaten ohne Falsch wie die Tauben und klug wie die Schlangen . . . Dank dem trojanischen Pferd hat der kommunistische Einfluß in den USA. ein alltime high erreicht." Stanley High schrieb dazu einen großen Artikel: „Der Kommunismus bügelt seine Hosen"; mehr hatte er noch nicht gemerkt. Diesen von außen gebügelten Hosen verdankte es der Kommunismus in den USA., daß die Literarische Abteilung des „Nationalen Komitees", eine rein kommunistische Teilorganisation, 1938 mitteilen konnte, Stalin und Browder, der amerikanische Kommunistenhäuptling, seien die meistgelesenen Linksschriftsteller in den USA.

Die Bezeichnung „Nationales Komitee" ist nur eins von den vielen Beispielen dafür, daß die Kommunisten in den USA. sich genau wie in England fast ausschließlich in *getarnten Organisationen* verstecken und nach außen hin kaum in Erscheinung treten, wenn sich ihre Zahl seit 1929 auch verzehnfacht hat. Im übrigen gelten sie in den USA. als irgendeine politische Gruppe, die man nicht allzu ernst nimmt und der man ein gewisses nachsichtiges Wohlwollen entgegenbringen kann. Daher veröffentlichen auch große bürgerliche Zeitungen lange Berichte über die kommunistischen Parteikongresse in den USA., und die großen Rundfunkgesellschaften wie die Columbia und die Nationale (!) Rundfunkkorporation bringen aus den gleichen Anlässen besondere Sendungen — was kann also schon an den Kommunisten Gefährliches sein?! Daß die Kommunisten durch die „Amerikanische Liga gegen den Krieg und Faschismus" die Studenten an einem bestimmten Tage im Jahre zu einem feierlichen Gelöbnis veranlassen, *in keinem kommenden Kriege Waffendienst zu tun,* nimmt man als die Schwärmerei von etwas verschrobenen Idea-

listen, und daß die meisten Gangsterbanden z. B. auch in Chicago kommunistisch organisiert sind, das sagt den Amerikanern drüben kein Mensch.

Nährboden für den Kommunismus sind in den USA. zwei Schichten: erstens die 40 Millionen Menschen, die in den grauenhaftesten Slums der Großstädte wohnen und zu denen nicht weniger als zwei Drittel der amerikanischen Arbeiter gehören; zweitens die Jugend der *wohlhabenden* Kreise. Die Jugendorganisation, die Jungkommunistische Liga, arbeitet in erster Linie in den Schulen, und zwar nach der Moskauer Instruktion: „Die Jungkommunistische Liga muß den Geist der Rebellion, der unter den Schulkindern geweckt worden ist, auf eine höhere Bewußtseinsstufe heben durch ihre Erziehungsarbeit unter den Studenten." Dafür werden zahlreiche atheistische Klubs wie „Die Gottlosen" oder „Gottes schwarze Schafe" oder „Die Legion der Verdammten" eingesetzt. Auf den Hochschulen selbst wollen Dozenten und Studenten durchaus „fortschrittlich" sein. Selbst große angesehene studentische Organisationen wie die „Studentische Abteilung des Verbandes für Außenpolitik" oder der „Vereinigte Ausschuß für christliche Jugendbewegung" oder der „Völkerbundsverband", ja selbst rein religiöse Jugendverbände stehen völlig unter kommunistischem Einfluß. Die *Columbia University* in New York und die Chicago University, wo überwiegend Juden studieren, sind bekannt für ihre kommunistischen Tendenzen. Unter solchen Umständen ist es weiter kein Wunder, wenn schon 1934 nicht weniger als 16000 Mitglieder der Jungkommunistischen Liga aus den Arbeitslagern der USA. wegen kommunistischer Sabotageakte zwangsweise entfernt werden mußten. Triumphierend verkündete damals die Liga: „Die meisten Konflikte und

Zusammenstöße in den Arbeitslagern werden von uns veranlaßt und geleitet!“ Zugleich wird, in New York z. B. durch den kommunistischen „Daily Worker“, völlig ungehindert die Parole verbreitet: „Keine militärische Disziplin für die amerikanische Jugend!“

Dergleichen geniert drüben genau sowenig wie die Inszenierung von Massenstreiks durch die rein kommunistischen Gewerkschaftsleitungen, bei denen die Partei der Moskowiter stets im Hintergrunde bleibt. Selbst die Verschleppung der Fertigstellung von sieben großen Kriegsschiffen im Jahre 1935 durch den großen Schiffsbauerstreik, durchgeführt von der Gewerkschaft der Seeleute und Schiffsbauarbeiter, hatte keine andere Tonart gegenüber den Kommunisten zur Folge. Die Verhütung von Ausschreitungen u. dgl. ist eine Angelegenheit der Polizei genau so wie etwa die Verfolgung allzu unbekümmerter Gangsterbanden.

Im Sommer 1938 erscheint auf Grund der „gebügelten Hosen“ des nordamerikanischen Kommunismus in der „Time“, der meistgelesenen politischen Zeitschrift der USA., ein ganzseitiges Buntfoto vom 10. „National Convent“ (!) der amerikanischen Kommunisten; der Text dazu lautete: „Für Stalin, für Roosevelt, für Arbeitsplatz, Sicherheit, Demokratie (!) und Frieden“; die letzten vier Worte erschienen zudem als Kampfruf der KP. zwischen den Sternen und Streifen des amerikanischen Bundesbanners auf dem Bilde. Gleichzeitig erschien ein langer Artikel über den kommunistischen Kongreß in der Sonntagsausgabe der „New York Times“, nicht etwa im kritisch-ablehnenden Sinne, sondern mindestens so, wie etwa der Jude Georg Bernhard in Berlin über dergleichen Dinge zu schreiben pflegte. Um die gleiche Zeit war

überall in den Vereinigten Staaten ein Plakat öffentlich angeschlagen; man sah dort auf dem Sternenbanner die Köpfe von Washington, Jefferson, Lincoln, dem Negerführer Douglas und Marx. Darunter der Text: „*Kommunismus ist Amerikanismus des 20. Jahrhunderts.*" Ebenfalls seit dem Mai 1938 ist in die Statuten der KP. in den USA. der Satz aufgenommen, daß die KP. „die Verfassung der Vereinigten Staaten verteidigt"!

Das alles hinderte nicht, daß *die gleichen Statuten* aus der gleichen Zeit sich auf den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Komintern aufbauten, in denen ein offenes Bekenntnis *zur Weltrevolution und zur Diktatur des Bolschewismus* abgelegt wird. Mit keinem Wort ist dabei die Rede davon, daß die USA. von besagter Weltrevolution und von der Bolschewisierung ausgenommen sein sollten. Warum auch? Die KP. ist führend in den größten Gewerkschaften der USA., in den öffentlichen Dienststellen sind 62000 Juden tätig — soll sich Moskau etwa derartige Chancen entgehen lassen, wenn man soviel Duldsamkeit, um nicht zu sagen Entgegenkommen von oben her findet?! Schließlich ist die KP. auch nicht umsonst mit einem leibhaftigen Minister in der Regierung des Herrn Roosevelt selbst vertreten; der *Arbeitsminister*, Frau Perkins, ist für seine ausgesprochen kommunistischen Tendenzen bekannt genug, und *Innenminister* Ickes, der die autoritären Staaten täglich zum Frühstück verspeist, ist Mitglied der „Civil Liberties Union", die unter der direkten Leitung Moskaus steht; ihr Begründer ist derselbe Jude Frankfurter, den Herr Roosevelt als Obersten Bundesrichter für geeignet ansieht. Aber wenn der Präsident zum 20. Jahrestag der Sowjetunion selbst ein herzliches Telegramm nach Moskau schickt . . .

Die genannte „Civil Liberties Union“, die sich der Mitgliedschaft des Herrn amerikanischen Innenministers erfreut, ist nur ein Beispiel von vielen dafür, wie sich die unter kommunistischer Leitung stehenden Organisationen der USA. unter harmlosen Namen zu verstecken pflegen. Wir nennen noch folgende: „Antiimperialistische Liga“, „Einheitsliga der Gewerkschaften“, „Liga der militärentlassenen Arbeiter“, „Nationale Studentenliga“, „Amerikanische Freunde des chinesischen Volkes“, „Buch-Vereinigung“, „Kundinnenvereinigung“, „Verbraucherverband der USA.“, „Schutzverband der Milchkonsumenten“. Daneben lesen sich Namen wie „Freunde der Sowjetunion“ oder „Internationaler Arbeiterorden“ schon direkt hetzerisch. Angesichts solcher Zustände ist es weiter kein Wunder, wenn der amerikanische Kommunistenhäuptling Browder, der mit einer waschechten Moskauerin rein bolschewistischer Provenienz verheiratet ist, vor drei Jahren in einer Rede vor Studenten der Theologie (!) bemerken konnte: „Daß wir in der KP. Pfarrer haben, die gleichwohl ihr kirchliches Amt bekleiden, wird Sie sicher interessieren.“

Der Grad der kommunistisch-jüdischen Verseuchung der USA. wird meistens noch unterschätzt. Und doch liegt ein Zeugnis vor wie das des amerikanischen Generals *van Horn Moseley,* des ehemaligen stellvertretenden Generalstabschefs und früheren Befehlshabers des 4. Armeekorps. Es handelt sich nicht nur um ein Zeugnis, sondern auch um Vorgänge, die beweisen, wie eng das internationale Judentum und der Kommunismus in den USA. zusammenarbeiten — selbst in solchen Dingen, die der amerikanischen Regierung Anlaß zu rücksichtslosem Durchgreifen geben sollten. Es wurde freilich auch durchge-

griffen, aber nicht gegen den jüdischen Kommunismus, der auf direkte Anweisung Moskaus handelt, sondern gegen seine Ankläger wie General Moseley.

Es ist eine blutige Ironie des Schicksals, daß Moseley ausgerechnet vor dem bekannten Dies-Ausschuß aufsehenerregende Enthüllungen über die *umstürzlerische Tätigkeit der moskowitischen Kommune in den USA.* machte. Der Ausschuß, dem der gleichnamige Abgeordnete des Repräsentantenhauses vorsitzt, hat die Aufgabe, alle gegen die Sicherheit der USA. gerichteten Umtriebe zu untersuchen, um dadurch ihre Verfolgung zu ermöglichen. Es läßt sich ohne weiteres denken, was dabei angesichts der Untertänigkeit des amerikanischen Präsidenten gegenüber dem Judentum herauskommt. Tatsächlich hat Herr Roosevelt auch schon vor drei Jahren versucht, den Ausschuß ganz lahmzulegen, als dieser die kommunistische Einstellung des Innenministers Ickes und des Arbeitsministers Frau Perkins klarlegte. Man wäre nicht im Lande der größten offenen Staatskorruption, wenn sich der Ausschuß nicht ohne weiteres hätte umlegen lassen auf die Untersuchung gegen die „Faschisten", d. h. gegen ausgeprägt nationale Amerikaner!

Zu diesen nationalen Amerikanern gehört General Moseley, der als Militär einen hervorragenden Ruf genießt. Er erhob vor dem Ausschuß die schwersten Anklagen gegen die jüdisch-kommunistischen Umtriebe und belegte seine Anklagen durch eine umfangreiche Denkschrift mit entsprechendem Tatsachenmaterial. Es ist bezeichnend für den Grad der öffentlichen Korruption in den USA., daß der General tagelang einen schweren Kampf durchführen mußte, bis er die Denkschrift überhaupt verlesen durfte. Aber Herr Roosevelt hatte keine

Mühe, einen Beschluß des Dies-Ausschusses durchzusetzen, daß die Denkschrift *nicht in das amtliche Protokoll aufgenommen wurde!*

Die Verhandlungen vor dem Dies-Ausschuß über die Denkschrift des Generals Moseley fanden im Juni 1939 statt. In der Denkschrift heißt es u. a.:

„Nach meiner Ansicht sind die beiden großen Probleme, mit denen unsere Politik zu tun hat, die folgenden: erstens der Kampf für einen ehrenvollen Frieden und die Beseitigung der internationalen Haßkampagne. Zweitens der Kampf innerhalb unserer Landesgrenzen, um jene *umstürzlerischen Einflüsse zu überwinden,* die nach meiner Überzeugung bewußt darauf hinarbeiten, uns zu zerstören und unsere Regierungsform grundlegend zu verändern. Wir sind heute die älteste Republik der Welt. Ist jetzt für uns die Zeit gekommen, abzutreten? Ich hoffe, daß das nicht der Fall ist. Aber die Handschrift an der Wand ist so deutlich wie ein Alarmsignal für alle diejenigen, die willens sind, die Wahrheit zu lesen."

Der General schildert dann im einzelnen die Arbeitsweise des Bolschewismus und fährt fort: „Sind Sie sich eigentlich darüber klar, daß Rußland erwartete, Deutschland würde der nächste kommunistische Staat in Europa sein? Aber der Charakter des deutschen Volkes stand glücklicherweise auf der Wacht, und es hat sich von dem kommunistischen Joch befreit."

Diese Proben würden schon allein genügen, um zu verstehen, daß der jüdische Kommunismus in den USA. gegen die Denkschrift und ihren Verfasser Sturm lief, natürlich auf dem Wege über das Weiße Haus. Die zweite Art, gegen den General vorzugehen, bestand zunächst noch in dem Versuch, ihn durch Bestechung zum Schweigen

zu bringen. Der bekannte jüdische Großbankier Lewis L. *Strauß*, i. Fa. Kuhn, Loeb & Co., ließ den General wissen, daß es ihm auf eine angemessene Summe nicht ankommen würde, hatte aber kein Glück. Dann gingen die jüdischen Kommunisten bzw. ihre Hintermänner zum nächsten Mittel über. Wir zitieren hier aus einem Brief des Generals an seinen Freund, den Brigadegeneral de Lamater:

„In einigen Tagen werde ich im Mittelwesten sprechen. Heute morgen erreichte mich ein Brief, durch den mir mitgeteilt wurde, daß die Juden Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um das zu verhindern. Das haben sie schon einige Male vorher getan. Sie gingen sogar so weit, daß sie mir *drohten, ich würde körperlichen Schaden davontragen* . . . Das alles führt dazu, daß wir zu der Erkenntnis gelangen, daß viele Juden in unserer Mitte eine wirkliche Gefahr sind und daß sie den Kommunismus schüren."

Mit der Zurückweisung des Straußschen Bestechungsversuchs war die Angelegenheit für die jüdisch-kommunistischen Kreise nicht abgetan. General Moseley schildert in seiner Denkschrift weiter, wie sich der „Harmonie-Club" in die Sache einschaltete, dem einflußreiche Juden wie der Bankier Baruch, ferner der Vater des Schatzsekretärs *Morgenthau* und andere führende Persönlichkeiten der USA. von heute angehören. Die Vertrauensleute des Generals gaben diesem die Beweise dafür, daß auch dieser jüdische Klub den General zu kaufen versuchte, wie das in den USA. so gang und gäbe ist. In dem Brief eines dieser führenden Juden an einen Freund heißt es u. a.: „Andere Mittel werden angewandt werden, um den General ungefährlich zu machen, da wir seine Aktion nicht länger dulden können. Er wird zu einer Gefahr für uns."

Die Denkschrift deckt dann weiter den bekannten „Carp-Plan" auf. Sein Urheber, der amerikanische Jude Carp, ist der Schwager Litwinows, stellt also eine der wichtigsten Querverbindungen zwischen dem Weißen Hause und dem Kreml dar. Nach dem genannten Plan sollten Waffenlager der amerikanischen Armee, Depots und Waffenfabriken von Kommunisten entweder unversehrt „übernommen" oder, wenn das nicht möglich war, zerstört werden. Das war also ein regelrechter kommunistischer Umsturzplan unter jüdischer Anleitung. In dem Plan heißt es u. a. wörtlich:

„Unser Feind, General Craig (der amerikanische Generalstabschef) wird bald zurücktreten. Wenn er danach infolge Herzstörungen oder gewisser Magenbeschwerden seine Adresse plötzlich mit Arington (dem Heldenfriedhof in Washington) vertauschen sollte, würden wir ihn endgültig los sein. Wir können keine weiteren Moseleys mehr brauchen."

Hier wird also in aller Ausführlichkeit auseinandergesetzt, wie man solche Leute, die den jüdischen Führern der amerikanischen Kommunisten unbequem werden, durch Giftmordanschläge aus dem Wege räumt. Daß derartige Pläne so breit schriftlich erörtert werden, wirft ein grelles Licht darauf, *wie sicher sich die jüdischen Kommunistenführer der USA. unter dem Schutze des Herrn Roosevelt fühlen müssen.*

General Moseley teilte dem bedrohten Generalstabschef Craig den jüdischen Anschlagsplan mit, konnte jedoch seinen Sturz nicht mehr verhindern: im Sommer 1939 ernannte Herr Roosevelt einen neuen Generalstabschef, der vor den Augen der Juden und Kommunisten Gnade fand. Es war der General Marshall.

Die Denkschrift des Generals Moseley enthält noch einen weiteren Beweis, wie weit der jüdisch-kommunistische Umsturzplan schon vorbereitet war. Er zitiert aus einem Schreiben eines der Drahtzieher:

„Ich möchte Sie darüber unterrichten, daß die Liga für Frieden und Demokratie jetzt über 4025920 Mitglieder verfügt (die Liga ist eine der vielen unter Decknamen getarnten jüdisch-kommunistischen Organisationen). Davon sind 2814374 Mitglieder im militärischen Alter, die sofort der Volksarmee nach Plan Nr. 2 oder nach Plan Nr. 3 beitreten werden, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, *um ein Sowjetamerika erstehen zu lassen.* In jedem Falle kann man auf sie rechnen, wenn es sich darum handelt, das Land von den Moseleys, den Coughlins (dem bekannten ‚Radiopriester'), den ‚Rotenfressern' und allen anderen Antisemiten zu befreien."

Der General weist in seiner Denkschrift in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Kreise, die kommunistische Umsturzpläne betreiben oder mit solchen in Verbindung stehen, *bis in die Kreise der Regierung hineinreichen,* und fährt dann fort: „Man ist sich darüber klar, bis zu welchem Grade der jüdische Staat innerhalb der USA. schon organisiert und in Tätigkeit ist, als eine fertige Nation innerhalb einer anderen Nation ... Wir sind an dem armen Kommunisten interessiert und an jenen Menschen, die diese Macht kontrollieren ... Ich wünsche, daß die Kontrolle des Landes wieder in die Hände einer anständigen Regierung und an Millionen wirklich loyaler anständiger Amerikaner zurückgegeben wird."

Im Schluß der Denkschrift stehen Sätze, die gerade durch die Vorgänge des Jahres 1941, durch die Hetze gegen Lindbergh u. a. m. inhaltlich neu bestätigt werden:

„Wenn amerikanische Patrioten weiterhin als unamerikanisch belästigt und verfolgt werden, nur weil sie versuchen, die Öffentlichkeit über die wahre Natur und den Charakter des organisierten Weltjudentums zu unterrichten, dann sollten wir die Freiheitsstatue mit einem Schild versehen, das die Aufschrift tragen sollte: ‚Unamerikanische Wühlarbeit willkommen — amerikanische Betätigung verboten und in Verruf erklärt'."

✡

Fassen wir zusammen: Es gibt in den USA. nicht erst seit heute, sondern seit einer Reihe von Jahren eine durchorganisierte Gemeinschaft zwischen Juden und Kommunisten, die das Ziel eines radikalen politischen Umsturzes verfolgt. Die führenden Persönlichkeiten, die diesen Plänen nahestehen, gehören entweder direkt zu den maßgeblichen Kreisen der USA. oder verfügen mindestens über die besten Beziehungen zu Washington. *Mit dieser Organisation und ihren Machtmitteln also kann Stalin im Bedarfsfalle rechnen* — und dieser Bedarfsfall kann einmal sehr plötzlich eintreten. Angesichts der überaus engen Beziehungen zwischen dem führenden Judentum der USA. und Herrn Roosevelt ist es ausgeschlossen, daß der Präsident jene bolschewistisch-jüdische Organisation und ihre Pläne nicht kennt. Es war also nicht weiter verwunderlich, wenn er im Jahre 1941 seine kommunistischen Sympathien so weit aufdeckte, daß er der Sowjetunion sogar Religionsfreiheit andichtete, wider besseres Wissen.

So stehen die Dinge zwischen Washington und Moskau. Daß man in Anbetracht solcher Intimitäten es als störend empfand, daß die amerikanische Volksmeinung auf das

von Herrn Roosevelt und seinen Ministern verkündete Bündnis mit dem Bolschewismus vom Sommer 1941 mit dem Ausdruck des Unbehagens reagierte, ist begreiflich. Man braucht die Leute in Moskau im Vorbereitungsstadium einer zukünftigen amerikanischen Weltherrschaft zunächst noch wie die englischen Verwandten; man verfügt dabei durch die regierende Judenclique über die besten internen Beziehungen zu Moskau. Später, wenn man sich selbst einmal mit den Ordnungsstaaten endgültig auseinandergesetzt hat und die Welt nach Gutdünken in Gerechte und Ungerechte aufgeteilt hat, wird man sich mit Stalin und seinen Leuten rangieren (sofern sie dann noch existieren). Da man im Weißen Hause kein Freund von Wirklichkeiten ist, so weist man dort die Frage, ob man später einmal einen Trennungsstrich gegenüber den Moskowitern ziehen *kann*, vorläufig noch weit von sich.

Ob diese amerikanischen Spekulationen sich einmal verwirklichen lassen, diese Frage scheint uns angesichts einer *kompletten Filiale Moskaus in New York-Washington* zum mindesten in weitem Feld zu liegen. Für die Gegenwart und für die Ablösung der englischen Weltherrschaft durch eine amerikanische bleibt in jedem Fall festzuhalten, daß in den USA. Judentum und Kommunismus ein und dasselbe ist. Diese Tatsache wird für die Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik eine noch wesentlich größere Rolle spielen als bisher schon.

XI.

Schluß

Die Teilung der Erde

„Raum für alle hat die Erde." Schiller.

Es war der Winter 1941/42, der in dem ganzen Problem der Weltherrschaft zwei Ereignisse von weltpolitischer Bedeutung auf den beiden Hauptgebieten der Klärung der Fronten und der weiteren Zerstückelung des britischen Weltreiches brachte. Der Krieg im pazifischen Raume war kaum zwei Wochen alt, als die Welt schon eine *Parallele zur Entlarvung der angeblich unwiderstehlichen Machtmittel Englands erfuhr.* Noch niemals in der Menschheitsgeschichte war die Selbstverleihung von Vorschußlorbeeren in einem solchen Ausmaß betrieben worden, wie es von amerikanischer Seite gegenüber Japan geschehen war, das man hatte „ausradieren" wollen. Und noch niemals war politische Großmäuligkeit außer dem sowjetrussischen Vorgang in einem so radikalen Sinne Lügen gestraft worden wie jene.

Nachdem die Welt sich vielfach sehr zögernd zu der Einsicht hatte bequemen müssen, daß die seit Menschenaltern verbreitete Religion von der Unüberwindlichkeit Englands ein unbegründeter Aberglaube gewesen war, klammerte sie sich an die Übermächtigkeit der USA., ihrer gewaltigen Flotte und sonstigen Kampfmittel sowie ihrer märchenhaften Rohstoffschätze, an denen jeder An-

griff scheitern mußte. Es gab einen regelrechten Schock, als die pazifische Flotte der USA. beim ersten japanischen Ansturm in ihrem Kern zerschlagen, amerikanische Inselfestungen weit draußen im Pazifik ausgeschaltet wurden, Englands Flotte ihren Anteil mit zwei Schlachtschiffen zahlen mußte, Hongkong fiel, die Philippinen zerniert wurden, Borneo und Celebes besetzt wurden, die Malayenhalbinsel der Schauplatz eines japanischen Siegeslaufes wurde, britische Oberbefehlshaber die immer für unüberwindlich ausgegebene Großfestung Singapur fast fluchtartig verließen, kurz *in knapp sechs Wochen die ganze amerikanische Pazifikpolitik in Trümmer geschlagen* und England dort erneut als hilfloser Sekundant demaskiert wurde, nicht zuletzt deshalb, weil Generalfeldmarschall Rommel mit ein paar Divisionen ein ganzes britisches Heer in Nordafrika band.

Es kam dazu, daß, bevor noch Singapur im Bereich japanischer Bomber lag, die Presse in England und in den USA. das Volk auf den bevorstehenden Verlust sogar dieser Festung vorbereitete, daß ferner General Wavell sein Hauptquartier gar nicht erst in Singapur, sondern gleich im niederländisch-indischen Soerabaja aufschlug, daß nicht mehr der Angelpunkt des ganzen britischen Weltreiches, sondern die großen Sunda-Inseln zur vorläufigen Verteidigungslinie um die Mitte des Januar 1942 wurden und daß sogar die niederländisch-indische Regierung schon um die gleiche Zeit die Übersiedlung ihrer Verwaltung nach — Australien vorzubereiten begann, Zeichen dafür, welches geringe Vertrauen sie in die englisch-amerikanische Kampfkraft setzte.

Das Ganze war die Auswirkung des *ersten japanischen Schwertstreiches in die Weltherrschaftspläne der Roose-*

velt-Klique hinein. Plötzlich war nicht nur der südwestliche Pazifik, sondern der ganze Stille Ozean bis weit östlich von dem schon im ersten Drittel des Januar 1942 blockierten Hawaii zum unbestrittenen Tummelplatz der japanischen Luft- und Seestreitkräfte geworden, während man in der ganzen angelsächsischen Welt ratlos schrie: „Wo bleibt die amerikanische Flotte?“ Man kann den *Kontrast* zwischen den nordamerikanischen Illusionen und den bitteren Wirklichkeiten des pazifischen Krieges schon in seinen ersten Wochen gar nicht besser aufzeigen als durch folgende Sätze aus der Zeitschrift „American Mercury“ vom September 1941, die die allzu voreilige Überschrift trugen *„Amerika übernimmt den Pazifik“:*

„Wir Amerikaner sind im Begriff, ein Empire in unseren Schoß fallen zu sehen, das Empire des Pazifik. Wir gehen Tausende von Meilen über die Philippinen hinaus in noch reichere Gefilde. Wir übernehmen die Verantwortung für den status quo von Niederländisch-Indien, für die Verteidigung von Malaya und die Offenhaltung der offenen Tür von Burma nach China. Wir sind im Begriff, mit dem Segen von Lord Halifax einen indischen Gesandten zu empfangen. Die Bewohner der pazifischen Inseln und der chinesischen Küste, die noch vor einem Jahre auf alles Amerikanische herabsahen, haben ihr Urteil berichtigt. Im Geiste üben sie bereits den Kniefall vor Uncle Sam, dem Imperator des Pazifik. Wir retten den Pazifik vor der gröberen Art des Aufbauens von Weltreichen durch andere, indem wir ein amerikanisches Protektorat errichten. Vor zwei Jahren hatten wir noch nicht einmal die Vermessung der Gewässer der Aleuten vollendet. Heute ist die Kette der Aleuten das Gebiet der größten und geheimsten maritimen Konstruktionen einschließlich

unterirdischer Flugplätze. Von diesem Bogen des großen Kreises her beherrschen wir den Nordpazifik. Heute kündigen wir die unmittelbar bevorstehende Vollendung einer Kette von ähnlichen Einrichtungen an: die Midways, Wake, Guam, Johnston und Palmyra, und wir können andeuten, daß noch andere Inselfestungen im Bau sind. Dieses sind die Gibraltars von heute, die Polizeistationen an der längsten Ozeanstrecke, *die niemals aufgegeben werden, weil sie nicht aufgegeben werden können.*

Unsere Expansion ist nicht theoretisch und nicht vorübergehend. Wir bauen Werke von Dauer von der Beringstraße bis nach der Südsee. Wir leihen Geld an die, die von uns abhängen.

Die Verbindungslinien eines modernen Weltreiches sind in demselben Maße von der Luftwaffe bestimmt wie jene der absterbenden Reiche durch die Flotte, und es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß der Luftverkehr im Pazifik zuerst durch die USA. eingeführt worden ist. Die Luftmacht ist das Instrument des Weltreiches von morgen, so wie die Seemacht das Instrument des Weltreiches von gestern war. Der Pazifik, so kann man prophetisch sagen, ist der Sitz des größten und vielleicht letzten Empire der Geschichte. Es gab einmal eine Pax Romana und eine Pax Britannica. Nun stehen wir am Vorabend einer Pax Americana im pazifischen Raume. *Wir müssen die Autorität übernehmen, weil das in unserer Natur liegt und in der Natur der Sache.* Wir haben bereits ein Protektorat über den pazifischen Raum errichtet: über Australien und Neuseeland, Malaya und Niederländisch-Indien, über Tahiti und wahrscheinlich über China. Es wird *ausgedehnt werden über Japan,* sobald dieses in wirklichen

Schwierigkeiten ist und uns braucht (!), vielleicht sogar über das pazifische Sibirien.

Ein Protektorat ist der erste Schritt zu einem Weltreich. Wir, die Amerikaner, scheinen mit größerer Wahrscheinlichkeit als Deutschland, Japan, Rußland oder England aus diesem Kriege (d. h. dem englischen Kriege! der Verf.) als die Baumeister eines Empire hervorzugehen. Laßt uns mit dem Pazifik beginnen! Er liegt schon in unserem Schoße."

Man muß jeden dieser Sätze lesen und seinen Inhalt mit den Tatsachen des Januar 1942 vergleichen, um zweierlei feststellen zu können: Erstens sind die USA. unter der Führung eines Roosevelt und seiner planmäßigen Betrugspolitik gegenüber dem eigenen Volke *mit noch größeren Illusionen* in den pazifischen Krieg gegangen als England in den europäischen. Zweitens hat sich die in der Welt verbreitete Vorstellung von der Unwiderstehlichkeit und Unüberwindlichkeit der USA. sowie ihrer Kampf- und Hilfsmittel binnen weniger Wochen ebenso als Aberglaube erwiesen wie vorher der gleiche Glaube an die britische Weltmacht. Gerade diejenige Weltmacht, die ihre Weltherrschaftspläne scheinbar ungestört und unaufhaltsam hatte vorbereiten können, hatte gegenüber einer vermeintlich viel kleineren Macht sich als unterlegen gezeigt. Damit waren die Weltherrschaftspläne der Roosevelt-USA. mit einem Schlage als Utopie bloßgestellt — ein Vorgang, der für die endgültige Auseinandersetzung nicht nur im pazifischen Raume, sondern für die Liquidierung der ganzen englisch-amerikanischen Kriegsabenteurerpolitik überhaupt von mitentscheidender Bedeutung ist. Es wirkte wie ein Symbol für diese Wendung, wenn am 12. Januar 1942 der amerikanische Marineminister Knox

für die Regierung die Erklärung abgab, daß man sich im Pazifik auf eine defensive Kriegführung beschränken und das Hauptgewicht nach dem Atlantik verlegen müsse. Diese Erklärung war *das Todesurteil für den englischen, amerikanischen und niederländisch-indischen Besitz im westlichen Pazifik.* Es ist dabei gar nicht entscheidend, ob nun irgendwelche Teile dieses Besitzes von Japan besetzt werden oder nicht. Entscheidend ist vielmehr die Tatsache, daß schon im ersten Teile des ostasiatischen Krieges ein rohstofflich und weltwirtschaftlich außerordentlich wichtiges Gebiet auf jeden Fall aus den amerikanischen Weltherrschaftsplänen herausgebrochen wurde:

> Zum ersten Male hatten die Feindmächte die Bedeutung und *die praktische Reichweite des Berliner Dreimächtepaktes* gegenüber ihren Plänen für die Teilung der Erde in nachdrücklichster Weise zu spüren bekommen.

Die Entwicklung trägt alle Merkmale dafür in sich, daß es nicht das letztemal gewesen ist. *Wie eine riesige westöstliche Zange hat der Pakt die ganze Rooseveltsche Weltherrschaftsutopie gefaßt und schneidet sie mitten durch.* Wenn der Herr amerikanische Bundespräsident diesen Krieg — seine ureigenste Schöpfung — überleben sollte, dann wird er sich nach einem anderen Ablenkungsmittel für seine verfahrene Innen-, Außen- und nicht zuletzt Wirtschaftspolitik umsehen müssen. Und wenn er auch seine dritte Präsidentenzeit überleben sollte, dann hat er auf jeden Fall seine lächerliche Rolle als „Weltpräsident“ seit dem Januar 1942 nach menschlichem Ermessen für immer ausgespielt.

Das zweite Ereignis, fast um die gleiche Zeit liegend, war der Ausbruch des zweitgrößten britischen Dominions,

Australien, aus dem „British Commonwealth of Nations“. Der Vorgang gewann Mitte Januar 1942 greifbare Gestalt, als Australien ein Militärbündnis, anscheinend sogar ohne Vorwissen des nach Washington gefahrenen Churchill, mit den USA. vorbereitet hatte und kurz darauf offen mit dem endgültigen Übergang zu den USA. drohte. In den USA. hatte man England seinerzeit als „49. Staat“ angesprochen. Inzwischen stand die Mitgliedschaft Kanadas im Empire nur noch auf dem Papier; es sollte der 50. Staat werden. Australien, dem zweitgrößten Dominion, war mithin die Rolle des 51. zugedacht.

Immer wieder stößt man auf die Parallelen zwischen Roosevelt und Churchill, die den politischen Dilettantismus im angelsächsischen Bereich ad absurdum geführt haben. Im Falle Australien hatte der Herr amerikanische Bundespräsident, Ministerpräsident und oberste Befehlshaber der amerikanischen Wehrmacht das Pech, daß gleichzeitig mit seinen Verhandlungen über ein Militärbündnis mit Australien, das dieses allmählich in die nordamerikanische Oberhoheit überführen sollte, die englisch-amerikanischen Stellungen im südwestlichen Pazifik von den Philippinen bis zur Malayenhalbinsel, von Singapur bis hinunter nach Australien auch in London und Washington als verlorene Posten angesehen wurden.

So mußte das britische Dominion Australien gerade bei seiner eben erst eingeleiteten Anlehnung an die USA. zu einer weiteren schweren *Belastung* für diese werden, anstatt das skizzierte Weltreich der USA. zu erweitern, wie es sich Herr Roosevelt noch während der Konferenz in Washington im Dezember/Januar gedacht hatte.

Als die Londoner am Neujahrsmorgen 1942 zu ihrer Verblüffung auf der Westminsterabtei das Sternenbanner

neben dem Union Jack wehen sahen, erinnerten sie sich vielleicht des Artikels aus der „Times", in dem ihnen klargemacht worden war, daß zur Rettung wichtigster Positionen des Common Wealth die Führung an Washington abzugeben sei. Es war lediglich eine Umschreibung dafür, daß Churchill in Washington zur Begleichung der Lieferungen auf Grund des „Pacht- und Leihgesetzes" die Unterwerfung unter die Welthandelspolitik der USA., den Abbau des Zollabkommens von Ottawa und die „Mitbenutzung" aller britischen Stützpunkte und Rohstoffquellen hatte zugestehen müssen, wenn er nicht wollte, daß man das auch ohne die Zustimmung Englands tat oder England schon jetzt so fallen ließ, wie ihm das in absehbarer Zeit ohnehin bevorstehen wird. Es hatte daher auch gar nicht erst solcher Äußerungen bedurft wie der „News Week", daß die Ausführung der amerikanischen Forderungen zwar Zusammenarbeit genannt werde, aber selbstverständlich den ersten Schritt zur amerikanischen Führung in der Nachkriegszeit bilde, oder anderer amerikanischer Zeitungen, die offen von dem „Führertum der Wallstreet" sprachen, „das die britischen Regierungen nicht hatten stellen können". Was hatte es demgegenüber noch zu sagen, wenn kurz vorher, im Dezember 1941, englische Blätter in — Kairo für eine „Anglo-Amerikanische Föderation" unter einer „autonomen gemeinsamen Regierung" und mit einem „internationalen Kongreß mit zwei Kammern" eingetreten waren! Tempi passati.

So konnten die beiden Flaggen auf der Westminsterabtei am Neujahrsmorgen angesichts der Entwicklung des zweiten Weltkrieges zwar nicht mehr die kommende amerikanische Weltherrschaft mit England als Trabanten

dokumentieren, sondern waren nur noch eine Illustration für das Wort: „Mitgegangen — mitgehangen!"

Es ist eine alte kriminalistische Binsenwahrheit, daß jeder Verbrecher, auch der abgefeimteste, entweder bei der Vorbereitung der Tat oder bei der Ausführung irgendeinen Fehler macht, der es der verfolgenden Strafbehörde ermöglicht, ihn zu fassen. Roosevelt und seine jüdischen Mitverschwörer machten bei ihrem Komplott zur Aneignung der Weltherrschaft gleich *zwei entscheidende Fehler*. Erstens betrieben sie zu einer Zeit, als die USA. nach den Urteilen ihrer eigenen führenden Militärfachleute noch in keiner Weise mit ausreichenden Machtmitteln ausgestattet waren, gleichwohl den Krieg nach zwei Seiten, über den Atlantik und den Pazifik. Der Dilettant und Abenteurer Roosevelt hatte aus den peinlichen Erfahrungen des Dilettanten und Abenteurers Churchill von Gallipoli bis Kreta nichts, aber auch gar nichts gelernt. Zweitens gab man sich in Washington der schier unbegreiflichen Täuschung hin, daß der *Dreimächtepakt* trotz seines ganz eindeutigen Wortlautes nur ein diplomatisches Instrument, nicht aber ein Abwehr- und Kampfmittel allerersten Ranges sei. Diese Täuschung wurde ergänzt durch die Illusion, Japan habe sich auf dem chinesischen Festlande bis zur nahen Erschöpfung verausgabt — während es in dem Kriege gegen Tschungking seine Wehrmacht tatsächlich auf einen Höchststand der Kriegsschulung gebracht hatte. In Washington hatte man bei der seit 1935 betriebenen Planung einer amerikanischen Weltherrschaft nicht für nötig befunden, sich über die wirkliche Stärke Deutschlands und Japans nach Möglichkeit zu informieren. Überheblichkeit ist noch niemals ein Ersatz für

Wissen, Können und Opferwillen gewesen, im amerikanischen Falle so wenig wie im britischen.

☆

Wir haben in den vorstehenden Kapiteln einen Streifzug durch die verschiedenen Positionen Englands in der Welt unternommen, wir sahen seine zahlreichen Schwächen, deren Steigerung und Vervielfältigung, von den USA. mit den Augen des Halsabschneiders beobachtet, diese für Yankeebegriffe geradezu zur Übernahme der Erbschaft herausfordern. Wir sahen in die Intrigen, Schliche und Erpressungen der nordamerikanischen Expansionspolitik in vier Erdteilen und sahen in die Vorbereitungen der Einkreisung des fünften Erdteiles, Europa, in dem die maßgeblichen Staaten, die Achsenmächte, weder von der Demokratie jüdisch-plutokratischer Sorte noch vom New Deal, sondern nur von nationaler Ehre und Freiheit, von Lebensrecht und Lebensraum und sogar von völlig selbständiger Bestimmung ihrer Politik und ihres Schicksals etwas wissen wollen.

Aber indem wir diese beiden Momente, die amerikanische Expansion und das neue, im Aufbau befindliche Europa, in einem Atem nennen, grenzen wir auch schon den Begriff der Weltherrschaft automatisch ein. Wir sahen an zahlreichen Stimmen und Aktionen der USA., daß diese unter der jüdisch gesteuerten Regierung Roosevelt die Übernahme der Weltherrschaft mit allen Mitteln anstreben. *Aber: Gibt es so etwas heute noch?* Ist eine Weltherrschaft, d. h. die bevormundende Stellung einer einzigen Macht gegenüber der ganzen übrigen politischen Welt heute praktisch *noch möglich?*

Die fortgeschrittene und immer sich weiter steigernde Technik der Raumüberbrückung scheint das zu begünstigen. Das moderne Flugzeug hat die Erdteile sozusagen um Tausende von Kilometer näher aneinandergerissen. Die Funktechnik ermöglicht gleichzeitig die ständige engste nachrichtliche und beeinflussungsmäßige Verbindung zwischen den Ländern und Erdteilen. Die Weltwirtschaft ist in erheblich größerer Unordnung, als sie jemals nach dem Weltkriege gewesen ist, dank der Politik der Verallgemeinerung des englischen Krieges durch die angelsächsischen Mächte. Ja, es gibt eine Reihe von Staaten, deren Eigenwirtschaft infolge eben dieser Politik vor dem Ruin steht, man braucht nur an Südamerika zu denken.

Und doch stehen heute der Übernahme der Weltherrschaft, die nach den nordamerikanischen Plänen viel weiter gehen würde, als es die britische jemals gewesen ist, Tatsachen gegenüber, an denen auch die nordamerikanische Expansionspolitik scheitern muß.

Erstens hat sich vor und während dieses Krieges eine Entwicklung angebahnt, die, von den USA. in erster Linie selbst verursacht, diesen den Weg zur Weltherrschaft verbaut: die *Fronten* sind in der *Klärung begriffen.* Schon vor dem Kriege hatte die Welt immer wieder an unzähligen Beispielen, an unzähligen Großtaten moderner autoritärer und nationalsozialistischer Politik deren segensreiche Folgen für die Völker in geradezu handgreiflicher Weise studieren können. Ordnung, wirklicher Fortschritt, Steigerung des Lebensstandards, natürliche Machtentfaltung durch Beschränkung der nationalen Wirkungskräfte des eigenen Volkes auf den notwendigen Lebensraum — diese und viele andere greifbare Vorteile in den autoritären Staaten sind auch von ausländischen Beobachtern zu

oft in bewundernden und dabei sachlichen Darstellungen geschildert worden, als daß sie nicht Eindruck auf die Völker gemacht hätten. Gerade aus diesem Eindruck und aus den gegebenen Vergleichsmöglichkeiten erklärt sich ja die Tatsache, daß die sogenannten Demokratien den ganzen riesigen Verhetzungsapparat ihrer Nachrichtenmittel aufbieten müssen, um dem immer weiter um sich greifenden Ruf der Ordnungsstaaten auf allen politischen und sonstigen öffentlichen Gebieten — mühsam genug — entgegentreten zu können. Der Unterschied gegen die plutokratische Kliquenwirtschaft, gegen die hemmungslose, von den demokratischen Regierungen beschützte und geförderte Korruption, gegen die kolonialpolitisch anmutende Ausnutzung der breiten Massen, die als Arbeitstiere künstlich auf niedrigem Lebensstandard gehalten werden, um die Dividenden der herrschenden Kaste hochzutreiben — „dies ist das Leben, das uns lebenswert erscheint"! —, ferner gegen eine allgemeinpolitische Verdummung, die planmäßig bis zum politischen Heidentum hinaufgesteigert wird, der Unterschied schließlich gegen die völlig unbekümmerte gewohnheitsmäßige tägliche Gegenüberstellung eines in ein paar hundert Familien monopolisierten krassen Reichtums und einer Massenarmut, wie sie nur noch in britischen Kolonien und in der Sowjetunion überboten wird — alle diese Unterschiede wären schon im Zeitalter der Postkutsche bekanntgeworden, wieviel mehr denn im Zeitalter des Richtstrahlsenders und des Bildfunks! Man stelle sich nur einmal vor, wie allein die Entwicklung der modernen deutschen Sozialpolitik mit ihren zahlreichen Betreuungseinrichtungen von dem Schutz der Schwangerschaft der berufstätigen Frau bis zu den weißleuchtenden Ozeanriesen der KdF.-Schiffe, vom Kündigungsschutz bis

zum Bad der Zwanzigtausend auf Rügen wirken muß gegenüber einem plutokratischen Ausnutzungssystem, das in den beiden Plutokratien den nicht gehorsam fronenden Arbeitssklaven augenblicklich auf die Straße wirft, ja sogar Pfund- und Dollarmilliarden dutzendweise in rein imperialistischen Kriegen verpulvert, während Millionen von Arbeitslosen in den Straßen herumlungern und hungernde Soldatenfrauen auf die Pfennigbeträge der Unterstützungen warten.

Derartig schroffe Unterschiede kann man weder mit systematischer Verfälschung in der Nachrichtengebung, noch mit Hetzreden oder Hetzfilmen auf die Dauer übertönen. Genau sowenig, wie es die hermetische Abschließung der Sowjetunion hat verhindern können, daß die intimsten Einzelheiten über sie bekannt wurden. Die Völker werden also um so nachdenklicher werden, je mehr von den krassen Unterschieden zwischen den Plutokratien und den Ordnungsstaaten, zumal Deutschland, bekannt wird. Das ist notwendig begleitet von der weiteren Klärung der Fronten, von der wir vorhin sprachen: Hie Demokratie oder „Volksherrschaft“, d. h. Oligarchie auf Kosten der Allgemeinheit — hie Volksgemeinschaft nach dem Grundsatz: einer für alle, alle für einen. Der *Anschauungsunterricht* über die Verschiedenheit der beiden Lehren aber wird *um so drastischer wirken*, als ja beispielsweise der hohe Lebensstandard Deutschlands, seine gleichmäßig ansteigende Wirtschaftsentwicklung, die ebenso gleichmäßige Erhöhung seines Volkseinkommens und -vermögens demonstriert wird an einem Volke, das durch ein ausgesprochen räuberisches Friedensdiktat mit einer vernichtenden Inflation im Gefolge und außerdem durch zwei regelrechte Tributplätze mit alljährlichen Milliarden-

zahlungen fast anderthalb Jahrzehnte ausgeplündert worden ist — *und nicht etwa an den Ländern mit den größten natürlichen und zusammengerafften Reichtümern!*

Gerade dieses Merkmal aber zeigt allzu deutlich den maßgeblichen Unterschied zwischen einer staatsmännischen Führung modernster Art und dem demo-plutokratischen Ausplünderungssystem auf, bei dem politische Kapitalgesellschaften ohne jede Haftpflicht alle Schürfrechte im ganzen Volksboden besitzen und gegenüber der Arbeitsweise amerikanischer Gangsterbanden nur den Deckmantel der selbstverliehenen Legalität voraus haben. Es wird einmal die Erkenntnis Allgemeingut werden, daß diese legalisierte und veramtete Ausbeutungsmethode verächtlicher ist als etwa die Beutezüge räuberischer Völkerstämme früherer Zeiten.

Die Völker sehen sich also je länger je deutlicher vor die Wahl gestellt: *„Demokratie", d. h. Ausnutzung, oder „Führung", d. h. Förderung.* Diese Wahl wird für sie um so dringlicher, je schärfer sich die ruinierenden Einflüsse der angelsächsischen Expansionspolitik in der politischen Entmündigung und in der Eigenwirtschaft der Völker bemerkbar machen.

Mit alledem ist nicht etwa gesagt, daß nun die Masse der Völker kurzfristig mit fliegenden Fahnen zu der politischen Doktrin der Ordnungsstaaten übergehen werden. Wenn irgendwo, so will in der Politik gut Ding Weile haben, wie ja die Entwicklung des Nationalsozialismus vom Siebenmanntrüppchen zum Großdeutschland von heute hinreichend zeigt. Aber es sind doch seit Jahren Anzeichen dafür vorhanden, daß sich das nationalsozialistische Dogma, das weder in seiner deutschen noch in seiner italienischen Erscheinungsform Exportartikel ist,

wie eine neue politische Heils- und Glaubenslehre allmählich ausbreitet. Staaten wie Spanien und Rumänien sind Beispiele dafür, andere stehen im Vorstadium der Entwicklung. Damit aber bildet sich auf die natürlichste Weise eine *Gegenbewegung* gegen alle weltherrschaftlichen Gelüste, ganz gleich, ob sie nun wie seit 1917 von bolschewistischer oder wie heute von nordamerikanischer Seite kommen mögen. Und das führt logischerweise zu einem engeren oder loseren, auf jeden Fall unausbleiblichen Zusammenschluß unter den in ihrer Freiheit bedrohten Völkern gegen die Weltherrschaftler. Ein Europa beispielsweise, das in der Erkenntnis seiner Notwehrgemeinschaft geeint ist — unser Erdteil ist auf dem besten Wege dazu —, macht jeden Weltherrschaftsanspruch von anderer Seite zur Utopie, ganz gleich, ob es drüben einen angelsächsischen Weltmachttrust oder eine amerikanische Weltmacht mit britischem Gefolge geben wird.

Damit sind wir bei der zweiten Tatsache angelangt, die einer Neuauflage der Weltherrschaft entgegensteht, dem Berliner *Dreimächtepakt*, der ja nun einmal die für gewisse Leute so anstößige Eigenschaft hat, daß er sich nicht auf Europa beschränkt, sondern durch die Mitgliedschaft Japans um die halbe Erde greift. Es ist kein Geheimnis, daß, als der Pakt aus der Taufe gehoben wurde, auch bei uns zulande die vom Aussterben bedrohte kleine Sekte der notorischen Besserwisser überlegen die Achseln zuckte: was soll das nun wieder — ein Pakt zwischen den beiden Nachbarn Deutschland und Italien einerseits und dem über die halbe Erde entfernten Japan andererseits — was sollen wohl die europäischen Partner von dem ostasiatischen und was soll dieser von den europäischen Partnern haben?!

Sehen wir einmal von jedem — inzwischen ja wohl genügend bekanntgewordenen — praktischen Nutzeffekt des Paktes ab, so gäbe es für seine Bedeutung in der Weltpolitik schon allein in einer einzigen Tatsache einen schlüssigen Beweis: in der hektischen, ja hysterischen Inbrunst, mit der die angelsächsischen Mächte bei jeder nur erdenklichen Gelegenheit gegen den Pakt zu intrigieren versuchen, beispielsweise bei einem japanischen Kabinettswechsel. Folglich muß der Pakt doch wohl die jüdisch-plutokratischen Kreise noch viel stärker stören, als man es drüben wahrhaben will. Es ist damit ganz ähnlich wie mit der Innen- und Außenpolitik der deutschen Systemregierungen: wurden ihre Maßnahmen von den Westmächten gebilligt oder gar gelobt, dann konnte man absolut sicher sein, daß wieder ein Reststück deutscher Selbständigkeit zum Teufel gegangen war. So ist auch der Dreimächtepakt vom feindlichen Ausland nie erbitterter angegriffen worden als zur Zeit innerjapanischer Auseinandersetzungen im September/Oktober 1941, als es in Tokio um die endgültige Klärung des Verhältnisses zu den USA. ging, bis dann mit der Ernennung des Generalleutnants Tojo zum Ministerpräsidenten und seiner anschließenden demonstrativen Beförderung zum General durch den Tenno die angelsächsischen Felle wieder einmal in die Weite des Stillen Ozeans hinausschwammen.

Solche Haussen in der Bekämpfung des Dreimächtepaktes wird es noch viele geben, obwohl man in London und Washington endlich einmal einsehen sollte, daß ein Kabinettswechsel in Tokio seine eigenen Gesetze hat und in keiner Beziehung mit den häufigen asthmatischen Regierungswechseln etwa im Frankreich der Zeit zwischen den beiden Kriegen verglichen werden kann. Aber der

Pakt besteht nun einmal, und es ist heute weniger denn je einzusehen, warum er schon in seiner Jugend altersschwach werden sollte. Denn erstens ist die Pazifikpolitik der USA. von A bis Z, d. h. von 1853, dem Jahr des Erscheinens eines amerikanischen Geschwaders vor den japanischen Haupthäfen, bis heute nicht nur ausgesprochen imperialistisch, sondern nachweislich rein *aggressiv,* und die bremsende Wirkung des Dreimächtepaktes braucht man in diesem Zusammenhange ebensowenig zu untersuchen wie etwa die Frage, ob die USA. ohne die Existenz des Paktes nicht vielleicht schon nach Dünkirchen in der einen oder anderen Form aktiv in den Krieg eingegriffen hätten. Und zweitens bekommt Japan mit der militärischen Vernichtung der Sowjetunion den Rücken gegenüber den USA. für die Auseinandersetzung frei, die nach menschlichem Ermessen so unausbleiblich kommen mußte, wie auf Grund der Einkreisungspolitik der Westmächte der endgültige Ausgleich zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und England andererseits gekommen war.

Aber hat nicht der Dreimächtepakt nach der militärischen Niederlage des Bolschewismus für Japan *an Wert verloren? Ganz im Gegenteil!* Denn der praktische Wert des Paktpartners Deutschland für Japan muß *nach* den so eindrucksvollen Siegen über die zahl- und rüstungsmäßig stärkste Militärmacht der Welt, die Sowjetunion, logischerweise noch ganz erheblich gewachsen sein im Vergleich zu der Zeit, als die Drohung des roten Ungeheuers noch immer wie eine unheilschwangere Wetterwolke über der deutschen Außenpolitik und über der deutschen Wehrmacht stand. Es war nicht auf deutschem, sondern auf angelsächsischem Zeitungspapier im Oktober 1941 die Erkenntnis zu lesen, daß nach der Niederringung der

Bolschewisten es keine Macht der Welt mehr gäbe, die der deutschen noch gewachsen sei. Mit anderen Worten: ein Deutschland, das *auch seinerseits* in absehbarer Zeit den Rücken nach Osten hin frei bekommt, mußte an der Seite Japans für die Auseinandersetzung mit den USA. auf Grund der Bestimmungen des Dreimächtepaktes noch viel wertvoller als Bundesgenosse sein als vorher, ganz gleich, ob sich die Auseinandersetzung in kriegerischen oder nur in diplomatischen Formen abgespielt hätte.

Wir fassen zusammen und wiederholen die Frage: *Was bleibt noch von dem Begriff der Weltherrschaft?* Früher oder später werden sich die Staaten der Erde für die Ordnungspraxis gegen die demokratische Theorie entschieden haben, nachdem sie durch fortgesetzte Beobachtung und durch mehr oder weniger kostspielige eigene Erfahrungen gesehen haben, daß ihnen die Ordnungsstaaten politisch, wirtschaftlich und kulturell freundnachbarliche Beziehungen und Zusammenarbeit, die Demokratien dagegen lediglich die Wahl zwischen Unterwerfung oder Krieg zu bieten haben, wobei Hilfsversprechen genau so bedenkenlos gebrochen werden wie Verträge und eigene Gesetze. Diese Klärung der Fronten in der ganzen Welt wird ergänzt durch die Tatsache, daß *Europa* unter Führung der Achsenmächte für jede weltherrschaftliche Betätigung durch dritte Mächte verlorengegangen ist, und durch die weitere Tatsache, daß auch der *ostasiatische Landblock* unter Führung Japans, das ja nun einmal dort die unbestrittene Vormacht ist, ebenfalls aus dem Bereich der angelsächsischen Weltherrschaftsmöglichkeiten ausscheidet.

Allen weltherrschaftlichen Gelüsten werden also einmal mindestens zwei Ordnungsblocks entgegenstehen, der

europäische und der ostasiatische. Beide Blocks aber sind durch das Mittel des Dreimächtepaktes stärker miteinander verbunden, als es etwa eine Personalunion oder ein ähnliches Verhältnis vermöchte. Da überdies das zwischen den beiden Blocks liegende eurasische Landgebiet zum mindesten in seinem großen nördlichen Teil, also dem Gebiet Rußlands, in Zukunft, d. h. nach der völligen Vernichtung des bolschewistischen Weltfeindes, auch als zeitweiliger Bundesgenosse für die USA. ausfällt und das letzte Wort über die englisch beherrschten südlicheren Teile noch nicht gesprochen ist, so wird sich der nordamerikanische Weltimperialismus im wesentlichen auf die Gebiete des bisherigen britischen Empire beschränken müssen.

Bei dieser Möglichkeit aber stellen sich wieder ganz von selbst einige Fragen. Beispielsweise die Fragen der Dominien und der Seemacht.

Walther Scheunemann prüft in seinem Buch „Charakter und Krise der britischen Weltpolitik“ u. a. die Frage, wie es kam, daß das 19. Jahrhundert ein sozusagen britisches Jahrhundert geworden ist, und zählt dabei als für England förderliche Umstände die uneingeschränkte Seeherrschaft, die Machtlosigkeit der mitteleuropäischen Mächte, den industriellen Vorsprung u. a. m. auf. Sie führten dazu, daß sich das britische Reich im Zeitraum von nicht viel mehr als einem Jahrhundert um das *Zwanzigfache* seines Umfanges vermehrte, einer der Fälle in der Weltgeschichte, in denen ein Reich in kurzer Zeit allzu groß aufgebläht wurde und dadurch selbst einen der Gründe für seinen baldigen Verfall schuf. „Ein 19. Jahrhundert, ein ‚britisches‘, mit seiner ungewöhnlichen Gunst aller für den Aufbau des Empire zusammenwirkenden Umstände,

wird sich nach allen Erfahrungen der Geschichte nicht wiederholen", heißt es im Schluß des Buches.

Die Zeitentwicklung hat dem Verfasser vollinhaltlich recht gegeben. Was die Nachfolger Englands, die USA., betrifft, so scheinen gewisse Zeitumstände im 20. Jahrhundert ähnlich wie für England im 19. günstig zu wirken. Der bisherige Besitzer der sogenannten Weltherrschaft, England, ist schon jetzt aus einer ganzen Reihe seiner ehemals unbestrittenen Positionen verdrängt und befindet sich in anderen auf dem Rückzuge. Die zweite Macht, die weltherrschaftliche Aspirationen im Sinne einer roten Weltrevolution hat, Sowjetrußland, ist nach diesem Kriege nicht mehr imstande, ihr Programm durchzuführen. Da infolgedessen die weltherrschaftlichen Gelüste der USA. um so mehr auffallen, wird die Behauptung in die Welt gesetzt, Deutschland sei es, das die Welt erobern wolle. Eine Macht, an deren Spitze ein bekannter Lügner und Betrüger steht, eine Macht, die sich mit demselben Bolschewismus verbündet, den sie früher mit steifem Arm von sich hielt, eine Macht, deren erster Repräsentant dem Bolschewismus wider besseres Wissen Religionsfreiheit andichtet und dadurch einen Sturm der Entrüstung sogar im eigenen Lande veruracht, hat sich ihr Ansehen unter der Rooseveltschen und jüdischen Führung zu weitgehend verscherzt, als daß sie mit solchen plumpen Ablenkungsmanövern noch irgendwo Glauben finden könnte.

Bleiben eben außer Südamerika die britischen *Dominien* als Betätigungsfeld für die weltherrschaftlichen Bestrebungen der USA. Wenn der Privatgott der britischen Plutokratie nicht in allerletzter Stunde ein Wunder tut — und er scheint dergleichen nicht vorgesehen zu haben —, dann sind die Tage der britischen Weltmacht gezählt. Diese Entwicklung ist weder an das Ende des englischen

Krieges in Europa noch an das Ende des Krieges überhaupt gebunden, sondern wird erst nach diesem Kriege in ihre Hauptphase treten, dann nämlich, wenn die bisherigen Dominien und Kolonien Englands jede für sich die Gesamtbilanz aus *zwei* englischen Kriegen gegen Deutschland und aus der endgültigen Entlarvung der inneren Brüchigkeit Großbritanniens und seines Weltreiches ziehen. Diese Bilanz dürfte aller Voraussicht nach dadurch erleichtert werden, daß *England von den USA. im entscheidenden Augenblick genau so im Stich gelassen und verraten werden wird,* wie England so viele Staaten, selbst verbündete, im Stich gelassen und verraten, ja sogar als Deckschild für seine feige Flucht aus der Verantwortung benutzt hat. Viele Anzeichen deuten darauf hin, ganz abgesehen von der Tatsache, daß die USA. nicht einem einzigen Staat die Hilfsversprechen gehalten haben, einschließlich Englands selbst und der Sowjetunion, jedenfalls nicht annähernd in dem zugesicherten Rahmen. England wird so lange unterstützt, als es noch eine Vorfeldtruppe abgeben kann, hinter der sich die amerikanische Aufrüstung für die Sicherung der Weltherrschaft und die Regelung der Pazifikfrage abspielen konnte. Es wiederholte sich da das gleiche Spiel, das England zuletzt mit der Sowjetunion getrieben hatte. Ein England dagegen, das auf Grund großer amerikanischer Rüstungsmittel usw. selbst nach seiner militärischen Niederringung noch einen gewissen Machtfaktor gegenüber den USA. darstellen konnte, war in den amerikanischen Plänen nicht vorgesehen, im Gegenteil sogar unerwünscht.

Nach militärischer Niederwerfung der Sowjetunion durch Deutschland steht England allein da. Ist es vorstellbar, daß ausgerechnet die USA. der Roosevelt und Genossen

dann noch alles auf eine so schleche Karte setzen werden, wie sie die englische dann notwendig ist? Die Amerikaner der heute herrschenden Kreise wären nicht die vom Dollargeist und von der jüdischen Mentalität besessenen Yankees, wenn sie sich nicht sagen würden, daß sie bei einer heutigen regelrechten Kriegsbeteiligung noch viel mehr als nur 11,5 Dollarmilliarden zu verlieren hätten wie nach dem Weltkriege.

Wenn es aber so ist, dann haben die sämtlichen Expansionsbewegungen der USA. von Grönland über Island, von der westafrikanischen Küste bis nach Singapur vor allem den einen Sinn: *rechtzeitig die Auffangstellungen zu beziehen,* von denen aus sie sich die fette Beute aus dem Zerfall des britischen Weltreiches sichern können. Danach kann man sich dann mit dem kleinsten Erdteil Europa befassen und die autoritären Staaten aufs Korn nehmen.

Ob die USA. die Empirebeute werden halten können, steht freilich auf einem ganz anderen Blatt. Es sind in der Geschichte schon genug Reiche *allein daran zugrunde gegangen, daß sie räumlich zu groß geworden waren.* Das letzte Beispiel dieser Art erlebten wir an England, mit dem es ja genau so gekommen ist, wie es Bismarck ein halbes Jahr vor seinem Tode sagte: „England steht im Begriff, in seinem eigenen Fett zu ersticken." Mit der Raffgier und der Herrschsucht und der klassenmäßig gebundenen Profitmacherei allein ist es nun einmal nicht getan. Auch sind selbst im Zeitalter des Langstreckenflugzeuges *Weltmeere noch immer nicht zu Wassergräben geworden,* die man kurzerhand überspringt, und der europäische Staatenblock unter Führung der Achsenmächte stellt immerhin etwas gänzlich anderes dar als der selige

„Völkerbund" in seinen sozusagen besten Jahren. Amerika den Amerikanern? Gut! Aber dann genau so Europa den Europäern und Asien den Asiaten — *nicht* den Yankees! Daß niemand in Deutschland so verrückt ist, nach einer Weltherrschaft zu streben, braucht man nicht zu beweisen; der bloße Gedanke ist zu absurd und widerspricht allzu scharf dem Sinn und dem ganzen Wollen des Nationalsozialismus. Aber Deutschland hat den bisherigen Inhaber der Weltherrschaft, den berufsmäßigen Friedensstörer England, unter großen Opfern *nicht eigens dazu* niedergerungen, damit sich die USA. der Roosevelt, Morgan, Morgenthau, Baruch und Genossen unterdessen eine Weltherrschaft erschleichen und gleichzeitig ihre Hetze gegen Deutschland geistig mit der Unterstellung des Strebens nach Weltherrschaft finanzieren.

Im übrigen gehört zu einer Weltherrschaft nun einmal die uneingeschränkte *Seeherrschaft* auf allen Weltmeeren. Abgesehen davon, daß davon beispielsweise für den Stillen Ozean im Sinne Washingtons längst keine Rede mehr sein kann, hat es sich ja gezeigt, daß die einst stärkste Flottenmacht England im Ernstfalle noch nicht einmal die vor seinen Toren liegende Nordsee oder die angrenzenden Teile des Atlantiks, geschweige denn des Mittelmeeres oder gar die Weltmeere beherrschen konnte — nicht einmal dort, wo stärkste britische Flotteneinheiten ganz vereinzelten deutschen Schiffen gegenüberstanden, die immer wieder monatelange Kreuzerfahrten durchführten. Die USA. aber haben bisher noch keinen schlüssigen Beweis dafür erbringen können, daß sie beispielsweise ihr am stärksten und anmaßendsten betontes Interessengebiet, den Pazifik, in seiner ungeheuren Ausdehnung und Vielfalt beherrschen, obwohl sie seit mehr

als zwei Jahrzehnten alles nur Erdenkliche dafür getan haben. Aber schon die ersten Monate des pazifischen Krieges haben ja aller Welt deutlich genug gezeigt, was die amerikanische Wehrmacht im allgemeinen und ihre Flotte sowie die zahlreichen kostspieligen Inselfestungen im Pazifik für einen zweifelhaften Wert gegenüber der militärisch geschulten, kampferfahrenen und glänzend geführten japanischen Wehrmacht hatten. Im westlichen Drittel des Stillen Ozeans war überdies die Lage von vornherein so, daß Japan, die Vormacht in Ostasien, eine ebenso starke See-, Luft- und Landmacht war, die zudem noch die gewichtigen Vorteile der geographischen Lage für sich hatte.

Dem Begriff des britischen Weltreiches fehlte von dem Augenblick an, *in dem sich die Wirkung der englischen Seeherrschaft nicht mehr mit der Ausdehnung des Reiches deckte,* sondern sich auf einen wesentlich geringeren Raum beschränkte, ein bestimmendes, ja entscheidendes Merkmal. Und England hat ja wiederholt darauf hingewiesen, daß das Empire ohne sichere Verbindungen *nicht* bestehen könne, wobei „sichere Verbindungen" nur ein Deckwort für den herausfordernden Begriff Seeherrschaft ist. Da von dieser Sicherheit ja schon seit dem Beginn des abessinischen Krieges, erst recht aber seit Beginn des zweiten englischen Krieges gegen Deutschland keine Rede mehr sein kann, so hat England mit seiner eigenen Formulierung dargetan, daß sein Weltreich in der einstigen Form nicht mehr besteht.

Was die USA. angeht, so hat ja im Frühjahr 1941 ihr Vizepräsident *Wallace* selbst offenherzig erklärt, diesmal dürften sich die Amerikaner aber nicht mehr die Gelegenheit entgehen lassen, die Kontrolle und die Führung der

Welt an sich zu bringen. Das sind Kundgebungen, die man in London entweder als rhetorische Formulierungen ansah oder viel zu spät in ihrer Bedingungslosigkeit erkannte und dann doch nicht als Tatsache bewertete. Und doch wäre gerade gegenüber solchen zahlreichen Äußerungen von führender amerikanischer Seite jene realpolitische Sachlichkeit und jener Instinkt für gegebene oder sich vorbereitende Tatsachen angebracht gewesen, die sich die Engländer zu allen Zeiten zu bescheinigen pflegten.

Denn setzen wir einmal den rein theoretischen Fall, daß England aus seinem zweiten Kriege gegen Deutschland nicht als Unterlegener hervorgehen würde: woher wollte England dann auch nur den Schatten einer Garantie dafür hernehmen, daß die USA. auf ihrem Wege zur Weltherrschaft an den Grenzen des britischen Empire oder dem, was dann bestenfalls noch davon übrig ist, respektvollst haltmachen und ihre Truppen vor dem Union Jack präsentieren lassen? Kann man sich in England ernstlich einbilden, die USA. hätten in der Ära Roosevelt und seiner Clique mehrere Jahre lang immer neue Intrigen ausgeheckt und immer neue Dollarmilliarden aus dem amerikanischen Volk herausgepreßt, um dann im entscheidenden Augenblick dieses ganze „geistige" und münzbare Kapital so à fond perdu in den Schornstein des Weißen Hauses zu schreiben wie die Weltkriegsschulden? Oder will man in London einander glauben machen, daß Washington das größte Rüstungsprogramm in der ganzen Geschichte der USA. einschließlich einer — wenn auch demokratisch durchlöcherten — allgemeinen Wehrpflicht und zahlreicher tiefer Eingriffe in den Lebensstandard des amerikanischen Volkes gegen die Opposition im eigenen Lande durchgepaukt haben, um hinterher wegen der schönen Augen

Englands zuzugeben, daß die ganze Expansionspolitik leider fehlgeschlagen sei? Umsonst hat man, wie wir sahen, nicht den Engländern in allem neuamerikanischen Freimut gesagt, daß sie nach erfolgter „Union" auf ihren König selbstverständlich verzichten müßten (was diesen bekanntlich nicht hinderte, den inspizierenden amerikanischen Gerichtsvollzieher bei seiner Ankunft in London entgegen aller Hofetikette und aller Tradition schon auf dem Bahnhof zu begrüßen). Und mit gutem Grund haben die Amerikaner niemals in ihrer Politik jenen Begriff gebraucht, der den Engländern vielleicht noch einen Hoffnungsschimmer auf ein Nebeneinander der Gleichberechtigung hätte lassen können, den Begriff des *Angelsachsentums.* Er *existiert nicht für die USA.* Die „Kolonisten" fühlen sich nicht im geringsten als Angelsachsen, zumal ja weit über ein volles Drittel von ihnen anderer Abstammung ist, sondern ausschließlich als Amerikaner im Sinne der von Herrn Roosevelt im Stahlgewölbe beerdigten Monroedoktrin. Man sagt den in den USA. ansässig gewordenen Ausländern nach, daß dort ihr Volkstum überraschend schnell vom Amerikanertum oder, wenn man will, vom Amerikanismus absorbiert wird. Das mag für die einen mehr, für die anderen weniger zutreffen. In jedem Fall aber ist das, was am amerikanischen Volke von heute noch entfernt angelsächsisch ist, völlig absorbiert vom Amerikanismus Rooseveltscher Prägung, mag der einzelne zu den Einzelheiten der Rooseveltschen Politik stehen wie er will. Dementsprechend gibt es jenseits des großen Teiches auch keinerlei Sentimentalitäten gegenüber den Engländern wie etwa „Brudervolk" oder „Mutterstaat" oder dergleichen.

Als man in London von diesen simplen Dingen etwas

zu merken begann, schickte man nicht nur den König auf Amerikatournee, sondern ließ ihn für alle Fälle von der Königin begleiten, eine Spekulation auf das Verhältnis des Amerikaners zur Frau. Man empfing drüben die britischen Majestäten in den Formen eines riesenhaften Routs wie etwa für einen Boxweltmeister im Schwergewicht, managte eine regelrechte show für sie, zeigte sie überall herum wie ein neuerworbenes Stück für die gute Stube, schickte das zivile Paar dann heim und wandte sich wieder den Geschäften zu, zu denen damals längst die weitere Arbeit an dem großen Rooseveltschen Erbschaftsplan gehörte. In keiner Form fanden sich die Amerikaner oder gar ihre Regierenden in Washington bei alledem irgendwie „angelsächsisch“ oder gar heimisch angerührt, und was die show betrifft, so fanden und finden die Amerikaner etwa den Herzog von Windsor und seine Frau zehnmal interessanter als die königlichen Automaten aus London. Die Tournee war ein eklatanter Mißerfolg des „Mutterlandes“ gegenüber den „Kolonisten“. *So* sieht es mit dem Angelsachsentum der Amerikaner aus. Die Vokabel kommt nicht einmal im offiziellen Wörterbuch Washingtons, geschweige denn im Sprachgebrauch der Amerikaner vor.

Die amerikanische Spekulation darauf, daß die Engländer, wenn ihnen einmal das Wasser bis zum Halse stand, einschwenken würden wie die Unteroffiziere, hat sich im vollen Umfang bewährt. Denn die Engländer waren die ersten, die die Yankeetheorie von einer *amerikanisch*-englischen Weltherrschaft nach diesem Kriege nachbeteten zu einer Zeit. als sie den Vorrang der USA. vor England nicht mehr zu bestreiten wagten, sondern ihn um der Bundesgenossenschaft willen wohl oder übel zugeben

mußten. England konnte das um so mehr tun, als es ja für sich in aller Form auf die jahrhundertealte Vorherrschaft in Europa verzichtet hatte, dessen östliche Hälfte es dem Bolschewismus überlassen will.

*

Überhaupt hat Europa keine Sorgen mehr, für diesen Erdteil ist von den zukünftigen „Weltbeherrschern" vorgesorgt und vorgeplant. Wie die Engländer haben auch die Herren in Washington ihren bestimmten Plan, der selbstverständlich die Niederlage Deutschlands zur Voraussetzung hat. Im Mai 1941 kam die „New York Times" mit der Veröffentlichung einer veritablen *amerikanischen Wirtschaftsordnung für Europa* heraus, aufgestellt von einer Macht, die sich im Zeichen des New Deal von einer Krise zur anderen durchfrettet, mit ihren ungeheuren Reichtümern nichts Vernünftiges anzufangen weiß und schon etwa ein Dutzend andere Staaten wirtschaftlich an den Rand des Abgrundes gebracht hat. Diese amerikanische Wirtschaftsordnung für Europa wurde in Washington ausgebrütet unter Hinzuziehung europäischer Emigrantenpolitiker und -diplomaten als Beratern, Leuten also, die seit 1919 ihre Unfähigkeit fast zwanzig Jahre lang experimentell nachgewiesen hatten. Von den Einzelheiten besagter Wirtschaftsordnung war in der „New York Times" nicht viel die Rede; man darf also annehmen, daß ihr der alleinseligmachende New Deal zugrunde liegt, und daß man im übrigen sich gerade über die Einzelheiten nicht hat einigen können. Das letztere wird denn auch von dem genannten Blatt bestätigt. Es sieht sich mitsamt seinen Auftraggebern in der schrecklichen Lage, daß es

nicht mehr weiß, was nun eigentlich das schlimmere ist, ein Sieg oder eine Niederlage Deutschlands. Denn, schreibt das Blatt, „einige der Bilder von den zu erwartenden Zuständen in Europa nach einer deutschen Niederlage, wie sie von den offiziellen Vertretern einiger der besiegten Staaten ausgemalt werden, sind ebenso schrecklich", nämlich wie ein deutscher Sieg. „Einige Länder", fährt das Blatt beispielsweise fort, „werden die abgesetzten Herrscher wieder einsetzen wollen, andere Cliquen werden ihr eigenes neues Regime gründen wollen. Wenn die deutsche Kriegsgerichtsbarkeit fortfällt, wird es nirgends genügend stark organisierte Kräfte geben, um die Ordnung zu wahren und Leben und Gut zu schützen." Es ist schon fast amüsant zu sehen, wie die zukünftigen Beherrscher der Welt die von Deutschland geschaffene Ordnung in allerlei Umschreibungen anerkennen müssen, sie aber gleichwohl um jeden Preis abschaffen wollen.

Und dafür haben sie das angelsächsisch-demokratische Allheilmittel, wie die „New York Times" weiter mitteilte. Es gebe nämlich nur eine einzige Lösung, die von den „Beratern" vorgeschlagen worden sei: es dürfte gar nicht erst wieder zu einer „Friedenskonferenz" im Stil von 1919 kommen, sondern *die Vereinigten Staaten und England müßten eben die Herrschaft übernehmen und allen anderen Völkern „befehlen", was sie nun zu tun hätten.* Also Europa als angelsächsisches Dominion! Dieser Erdteil kann schließlich nicht anderen Erdteilen etwas voraushaben wollen! Die Angelsachsen — sprich: Amerikaner — nehmen allen anderen Völkern die Sorge über ihre staatliche Verwaltung usw. großmütig ab. Und nicht nur das, schreibt das Blatt weiter, die Weltherrscher müßten große Mengen von Rohstoffen und Lebensmitteln an

das dann ausgebrannte Europa kostenlos abgeben. Herr Roosevelt kommt nach diesem Kriege erst als Friedensengel, dann als Weihnachtsmann zu den Völkern Europas, um ihnen zu zeigen, was für ein Segen die verrufene Demokratie in Wahrheit ist.

Wir haben hier wieder einmal ein Beispiel dafür, daß die Methoden der politischen Bauernfängerei Washingtons von einer ermüdenden Gleichförmigkeit sind. Die Welt soll glauben, daß die USA. zuerst in dieser oder jener Form den englischen Krieg gegen die Ordnungsstaaten finanzieren, obwohl den Amerikanern die Schulden wie die Zahlen der Arbeitslosen über den Kopf wachsen; ferner daß Europa von den USA. und England dann gemeinsam ruiniert wird und dann das eben erst ruinierte Europa von den USA. mit Rohstoffen und Lebensmitteln — Lieferung frei Haus — gratis und franko überschüttet wird, um die neue Grundlage für das zukünftige Dominion Europa zu schaffen! Das Ganze ist eine echt amerikanische Unverschämtheit gegenüber der vermeintlichen Leichtgläubigkeit der europäischen Völker, die ja über den Wert amerikanischer Versprechungen und ihrer sonstigen politischen Praktiken niemals so gründlich und handfest aufgeklärt werden konnten wie in diesem Kriege.

*

Mit der Burleske jenes amerikanischen Planes für die europäische Wirtschaftsordnung kommen wir zum Schluß der Betrachtung der Teilung der Erde und zugleich auch der Betrachtung über das große Betrugsspiel der angelsächsischen Ablösung, den Übergang der sogenannten Weltherrschaft von England auf die USA. Mag die Teilung

der Erde unter die Mächte der Zukunft erfolgen oder nicht, mag sie ausfallen wie auch immer: in jedem Falle ist dafür gesorgt, daß weder die Ordnungsmächte im allgemeinen noch Deutschland im besonderen bei der großen endgültigen Klärung über die verschiedenen Macht- und Einflußsphären zur Komparserie, sondern zu den Trägern der Titelrollen gehören werden. Das tolle Schauspiel, daß *nicht die autoritären, sondern die demokratischen Staaten* auf dem Wege über die ständige Einmischung in fremde Angelegenheiten und über einen zweiten Krieg sich die Weltherrschaft aneignen wollen, entstand in seiner Bearbeitung von 1935 bis 1941 nicht in Berlin und nicht in Rom und nicht in Tokio, sondern in Washington unter Hinzuziehung des dramaturgischen Angestellten aus England. Das Schauspiel geht seinem letzten Akt entgegen. In diesem wird u. a. gezeigt werden, wie die neue Ordnung Europas in die Umgebung, also nach Afrika, nach dem Nahen Osten und nach Eurasien hinüberstrahlt und wie sich in Eurasien die Ausstrahlungen der Mächte des Dreierpaktes erlösend begegnen und zusammenwirken.

Die angelsächsischen Mächte, die in der Zeit von mindestens anderthalb Jahrhunderten alle Gelegenheiten zur vernünftigen und gerechten Neuordnung der Welt vorübergehen ließen, weil ihre regierenden Schichten vollauf mit der Jagd nach dem Mammon beschäftigt waren, werden dann *die Wahl* haben, entweder von ihrem Bereich aus mit dem Ordnungsblock der Mächte des Dreierpaktes an der neuen Ordnung der Welt nach dem Grundsatz der von ihnen sooft verratenen Gleichberechtigung mitzuwirken oder aber den Krieg auf gleiche bzw. ähnliche Weise zu verdauern, wie es die europäischen Westmächte auf Grund der Pariser Vorortdiktate gegenüber Deutsch-

land fast anderthalb Jahrzehnte taten. Sie, die „Sieger“ des Weltkrieges und Nutznießer der Milliardentribute, gewannen dabei gleichwohl weiter nichts als Verschuldung, Arbeitslosigkeit, allgemeine Verbitterung und Verfeindung sowie ein weltwirtschaftliches Chaos und schließlich gar die Abschüttelung der englischen Bevormundung Europas.

Dieser Abschluß des mit so großen Hoffnungen eingeleiteten Geschäftes des Weltkrieges ist, gemessen an den gewaltigen Investierungen an Kapitalien, Rohstoffen und Volkskraft, so kläglich, daß er abschreckend gegenüber einem Versuch wirken sollte, ein Manöver zu wiederholen, das schon gegenüber den besiegten Mittelmächten des ersten Weltkrieges im Endeffekt mißlang und gegenüber einem unter Führung der Achsenmächte geeinten Europa und gegenüber Japan, der Vormacht im Osten, schlechterdings nicht mehr die geringste Aussicht auf Erfolg haben kann.

☆

Die Revolution, die wir in diesen Jahren erleben, ist eine doppelte: *in* der Weltherrschaft und *gegen* die Weltherrschaft. Die bisherige oder, wie man heute sagen muß: die frühere britische Weltherrschaft, die im kleinen Europa nur vorübergehend durch ein französisches Interregnum abgelöst wurde, erschien fast der ganzen Welt so unerschütterlich, daß man sich in England auch ohne den britischen Dünkel nur zu gern an die Vorstellung ihrer Verewigung gewöhnt hatte — wer hätte sich auch gegen sie ernstlich auflehnen wollen! In der Entwicklung der englischen Weltherrschaft laufen zwei Bewegungen ziemlich parallel: die Aneignung der reichsten Gebiete der Erde und die Errichtung der Kontroll- und Wachstationen, von denen aus man gleichzeitig die nicht britisch be-

herrschten Gebiete so beobachten konnte, daß unerwünschte Entwicklungen oder gar Störungen jederzeit zu hintertreiben oder durch Gewalt zu verhindern waren; dafür hielt man in London in der Entwicklungszeit des Empire jederzeit das bekannte Spiel der Aufhetzung eines Staates gegen den anderen bereit, um dann nach Niederwerfung des Unbotmäßigen diesen *und* seinen Überwinder unter die Gewalt Englands zu bringen.

Niemals hätte England den Krieg gegen Deutschland heraufbeschworen, wenn es geahnt hätte, daß diese endgültige Auseinandersetzung schon vor ihrem Ende die britische Weltherrschaft ins Wanken bringen würde. Man werfe einen Blick auf die Weltkarte, vergleiche die riesigen Massen des britisch beherrschten Gebietes, ziehe — vom *englischen* Standpunkt aus — die Machtmittel Englands, Frankreichs, Polens, Belgiens, Hollands, Jugoslawiens, Griechenlands und schließlich gar der Sowjetunion in die Kalkulation hinein und werfe einen Blick auf die amerikanische Reserve, die vermeintlich zur Verfügung stand: dann hat man eine leise Vorstellung von dem Umfang der *Illusionen*, mit denen England in diesen Krieg hineinging. Es erscheint begreiflich, daß man in England die sich anbahnende Revolution in der Welt auch dann noch nicht gemerkt hatte, als die deutsche Wehrmacht eine britische Hilfsmacht nach der anderen zerschlug und schließlich England sich mit der Sowjetunion und den USA. allein gelassen sah. Erst die Zertrümmerung der bolschewistischen Wehrmacht und die gleichzeitige Entdeckung, daß die USA. nicht im Traum daran dachten, die Dummheiten Wilsons in der alten Kriegsmanier zu wiederholen, ja nicht einmal ihr Rüstungspotential im versprochenen Ausmaß in den Dienst der

englischen Sache zu stellen, ließ in England endlich ahnen, daß die britische Götterdämmerung angebrochen war.

Unterdessen war nämlich auch die Welt draußen etwas anders geworden — *einschließlich* der Welt des Empire. Der englische Krieg hatte den Völkern, ob sie nun den britischen Baal anbeteten oder nicht, zu ihrem eigenen Erstaunen gezeigt, daß die englische Unüberwindlichkeit ein Phantom aus dem britischen Nationalpanoptikum war. Diesen Nachweis erbracht zu haben, wird immer zu den großen geschichtlichen Verdiensten eines Adolf Hitler gehören. Er war der letzte, der diesen Nachweis herbeigewünscht hätte; es braucht hier kein Wort über seine systematische Friedenspolitik und über seine unendliche Geduld gerade gegenüber britischer Überheblichkeit gesagt zu werden. Nachdem aber einmal die Auseinandersetzung durch die englische Einkreisungspolitik unvermeidlich geworden war, mußte sie naturgemäß so durchgeführt werden, daß ihr Ergebnis dem großen europäischen Befriedungsziel des Führers entsprach, nämlich der Ausschaltung aller imperialistischen wie aller Störungskriege und dem Aufbau eines neuen Europa auf der Basis der Gerechtigkeit und des ausreichenden Lebensraumes.

Beiden Zielen stand England mit seiner Gefolgschaft in einer von kaltem Haß beseelten Feindschaft gegenüber. Sollte die kriegerische Auseinandersetzung mit England einen dauernden Erfolg im europäischen Sinn haben, so mußte sie den Engländern *alle* Möglichkeiten zur weiteren Friedensstörung für *alle* Zeiten nehmen. Der Kampf mußte also nicht nur mit allen Waffen, sondern auch bis zur vollen Entscheidung geführt werden. Das widersprach völlig den englischen Kriegsplänen, die wie immer vorgesehen hatten, daß England den Kämpfen seiner

Bundesgenossen mit Gewehr bei Fuß zusehen und schlimmstenfalls ein Expeditionskorps mehr repräsentativer Art entsenden würde.

Aber dieser Krieg entwickelte sich nicht nur militärisch entgegen allen englischen Berechnungen, sondern lieferte zugleich auch der ganzen übrigen Welt das drastischste Anschauungsmaterial darüber, daß dieses vermeintlich welt- und meerbeherrschende England trotz seiner riesigen Flotte noch nicht einmal die Meere, geschweige denn trotz seiner mehr als 400 Millionen Untertanen die Welt beherrschte. Die ganze unermeßliche britische Macht, vor der die Völker von Skandinavien bis zum Kap der Guten Hoffnung in kritikloser Unterwürfigkeit und Dienstwilligkeit erstarben, stand plötzlich da wie ein Mann, dessen athletenhafte Erscheinung lediglich ein Produkt seines Schneiders ist. *England in Unterhosen* war nichts mehr als ein hochfahrender alter Mann, der auf seine angeblichen Vorrechte pochte. Gewiß, selbst nach zwei Jahren dauernder englischer Niederlagen zu Lande, zu Wasser und in der Luft vermochten sich gewisse Kreise in gewissen Staaten noch immer nicht von ihrem angebeteten britischen Fetisch zu trennen. Aber diese Kreise sind unterdessen in die hoffnungslose Minderheit geraten — die Entlarvung der englischen Schwächen war selbst für Hörigkeitsfanatiker zu offenbar geworden.

Parallel zu der Revolution freiheitliebender Völker *gegen* die Weltherrschaft einer einzelnen Macht lief eine ebenso revolutionäre, d. h. umwälzende Entwicklung *in* der Sphäre der Weltherrschaft insofern, als Washington spätestens seit dem abessinischen Kriege die schrittweise und dann plötzliche Entblößung der britischen Schwächen mit wachsendem Interesse beobachtet und zur Grundlage

seiner Erbschafts-, dann Weltherrschaftspläne gemacht hatte. Revolutionierend ist dieser Vorgang im Bereich der Weltherrschaftsgedanken deshalb, weil es sich nicht einfach um den Übergang einer Firma auf einen anderen Inhaber, sondern um die schrittweise Enteignung Englands handelte, die z. B. im Oktober 1941 zu dem bekannten amerikanischen Diktat auf weltwirtschaftlichem Gebiet ohne Rücksicht auf die Ottawa-Verträge führte; revolutionierend auch deshalb, weil die Verlagerung irgendeiner Form von Weltherrschaft von dem peripher gelegenen England nach dem zentral zwischen den beiden größten Weltmeeren gelegenen Amerika das äußere Gefüge des Weltverkehrs und Welthandels aufs stärkste beeinflussen müßte. Das kann unter Umständen so weit führen, daß beispielsweise solche britischen Dominien oder Kronkolonien, die im bisherigen Welthandelsnetz wichtigste Knotenpunkte und Straßen bildeten, in Zukunft vielleicht einschneidende Veränderungen ihrer ganzen Wirtschaftsstruktur durchzumachen haben werden; denn trügen nicht alle Anzeichen, dann würde die Zentralisierung in einem amerikanischen Weltreich noch ungleich straffer gehandhabt werden als im alten britischen Empire. Es läßt sich an Hand einer Weltkarte mit einiger Sicherheit errechnen, welche heute noch britischen Gebiete die ihnen von den USA. zugedachte Entwicklung im Rahmen eines — etwaigen — amerikanischen Empire mit schwersten wirtschaftlichen und politischen Einbußen verschiedenster Art zu bezahlen haben werden. Das ist nun einmal das Schicksal nachgeordneter Außenbezirke innerhalb von Weltreichen, gestern, heute und morgen, solange es noch Weltreiche auf der immer kleiner werdenden Erde gibt.

Auch der Krieg im pazifischen Raume gehört, soweit er von Japan geführt wird, zur Revolution gegen eine Weltherrschaft, d. h. vor allem gegen eine Aneignung von Rohstoffen und Weltmärkten durch eine einzelne Macht oder Mächtegruppe. Ob man diesen zweiten Weltkrieg nun, von der Seite der angegriffenen Mächte aus gesehen, eine Revolution gegen die Weltherrschaft oder Auflehnung der Have-nots gegen die Besitzend - Übersättigten oder eine soziale Weltrevolution nennt, das kommt im Grunde auf dasselbe hinaus. Wie im kleineren Bereich des ehemaligen britischen Weltreiches die regierende Kaste der 200 Familien den breiten Massen gegenübersteht, die für die Regierenden zu fronen haben, so stehen in der Welt die plutokratischen, d. h. antisozialistischen Mächte den sozialistischen gegenüber. Die in erster Linie von Deutschland heraufgeführte *sozialistische Aufklärung* wird einmal in der politischen Geschichte eine mindestens ebenso hohe Bedeutung zugewiesen erhalten wie in der Geistesgeschichte die humanistische Aufklärung am Ausgang des Mittelalters.

Die bolschewistische Revolution ging und geht wie seinerzeit die französische (nur ungleich radikaler) auf eine totale Vernichtung des Gegners aus. Demgegenüber erstreben die Ordnungsstaaten, die Vertreter einer planvoll gebändigten sozialistischen Weltrevolution, eine *gerechte* Verteilung, d. h. eine *Teilung* der Erde, *nicht aber ihre Eroberung* an, wie die Feindmächte es auf die bolschewistische oder auf die Roosevelt - jüdische Methode versuchen. Das ist der Unterschied zum bedingungslosen Imperialismus: der Mangel an Eigensucht und das Merkmal des Produktiven, im Gegensatz zum Destruktiven

drüben. Wenn der (von den USA. in Verruf gebrachte) Begriff des Fortschrittes irgendwo angebracht ist, dann in diesem Zusammenhange. Man kann vielleicht darüber streiten, ob das nicht rein idealistisch gedacht ist. Eine begründete Berechtigung zu dieser Ableitung wird man ihr schwerlich verweigern können.

Das ganze riesige Ringen nur daraufhin zu betrachten, ob es ein Monopol für Gummi oder Zinn oder dergleichen bringen könnte, heißt die *Grundidee dieser Weltrevolution* — der ersten in der Geschichte der Menschheit und hoffentlich der letzten — entwürdigen. Es geht um weit mehr, um weit höhere Dinge. Daß diese auf einer völlig anderen Ebene liegen, als sie der angelsächsisch-jüdischen Mentalität zugänglich zu sein scheint, das zeigte sich ja schon in so instruktiven Tatsachen wie denen, daß Deutschland auch mit ausgesprochenen Gegnern, mit den Polen, mit den Engländern, ja selbst mit der Sowjetunion zu einem vernünftigen Vertragsverhältnis zu kommen bemüht gewesen war, ja, daß es den Engländern sogar den Besitz ihres Weltreiches zu garantieren bereit war. Ähnliches oder Gleiches hätten die USA. haben können, wenn sie sich zu der primitiven Erkenntnis hätten aufschwingen können, daß für das neue Deutschland die Anerkennung der *absoluten* Gleichberechtigung und der Notwendigkeiten eines ausreichenden Lebensraumes genau so Voraussetzung einer internationalen Partnerschaft sein müssen wie für die beiden Plutokratien, von denen jetzt die eine in der anderen aufzugehen sich anschickt.

Erscheint es nicht wie ein geschichtliches Strafgericht, daß beide, die USA. wie England, auf der Höhe ihrer Hybris und auch ihrer bisher schwersten Staatskrise, von

den beiden verhängnisvollsten Figuren ihrer Geschichte geführt wurden? Roosevelt und Churchill dürfen sich sagen, daß sie nicht nur einen zweiten Weltkrieg verschuldet, sondern zugleich auch die Revolution in der Weltherrschaft und gegen die Weltherrschaft — freilich sehr gegen ihren Willen — heraufgeführt haben.

☆

„Die Welt wird kleiner mit jedem Tag,
Weiß nicht, was kommen und werden mag"

könnte man ein bekanntes Lied variieren. Eins aber ist sicher: je kleiner die politische Welt wird, je geringer die Entfernungen zwischen den einzelnen Ländern und Erdteilen werden, um so stärker wird unser Erdteil Europa von den Veränderungen in der politischen Struktur der Welt berührt werden, wenn auch die Wechselwirkungen zwischen Europa und der Welt draußen in absehbarer Zeit nicht mehr mit den alten imperialistischen Mitteln wie Blockaden, Handelsabschnürungen, Embargos und dergleichen nach dem willkürlichen Belieben einer einzelnen Macht zu drosseln oder gar zu beherrschen sein werden. Die *Tendenz zur Bildung politischer Großräume*, wie sie sich neuerdings in dem einer endgültigen Einigung entgegengehenden Europa und in Ostasien eindrucksvoll widerspiegelt, ist auf natürliche Weise begleitet von dem erfolgreichen Streben nach versorgungsmäßiger Unabhängigkeit auf allen lebenswichtigen Nahrungs- und Rohstoffgebieten, mit einem Wort nach absoluter Blockadefestigkeit. Je mehr sich aber diese doppelte Tendenz zur Bildung unabhängiger Großräume gerade unter den

Have-nots von gestern durchsetzt, um so mehr werden dann gerade gegenüber diesen Staaten bzw. Staatengruppen solche Kampfmittel wie Wirtschaftskrieg und Blockade unanwendbar. Und das bedeutet ein anderes Mal, daß eine Weltherrschaft im bisherigen Sinne zur Utopie geworden ist.

Sowenig es in Zukunft noch eine Weltherrschaft im alten britischen Sinne geben kann, sowenig wird bei der Regelung der neuen weltpolitischen Konstellation Deutschland oder das neue Europa Objekt in der Hand fremder Mächte sein. Wenige Jahre nach der Machtergreifung schon mußte man in Mitteleuropa mit dem neuen Hitler-Deutschland politisch rechnen. Vor Beginn dieses Krieges hatte dasselbe Deutschland bereits alle anderen europäischen Staaten machtpolitisch überflügelt, geführt von einem Manne, der die Folgerung aus der ewigen Erfahrung gezogen hatte, daß kein noch so verbrieftes, kein noch so geschichtlich fundiertes Recht einen praktischen Wert hat, das nicht durch eine entsprechende *Macht* geschützt und gestützt wird. Nach diesem Kriege aber wird nicht mehr nur Europa, sondern die ganze Welt mit der europäischen Vormacht Deutschland rechnen müssen, ganz gleich, wer sich da draußen dann noch Weltherrschaftsallüren anmaßen sollte.

Inhaltsverzeichnis

IEBE · REVOLUTION DER WELTHERRSCHAFT